A 5242

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

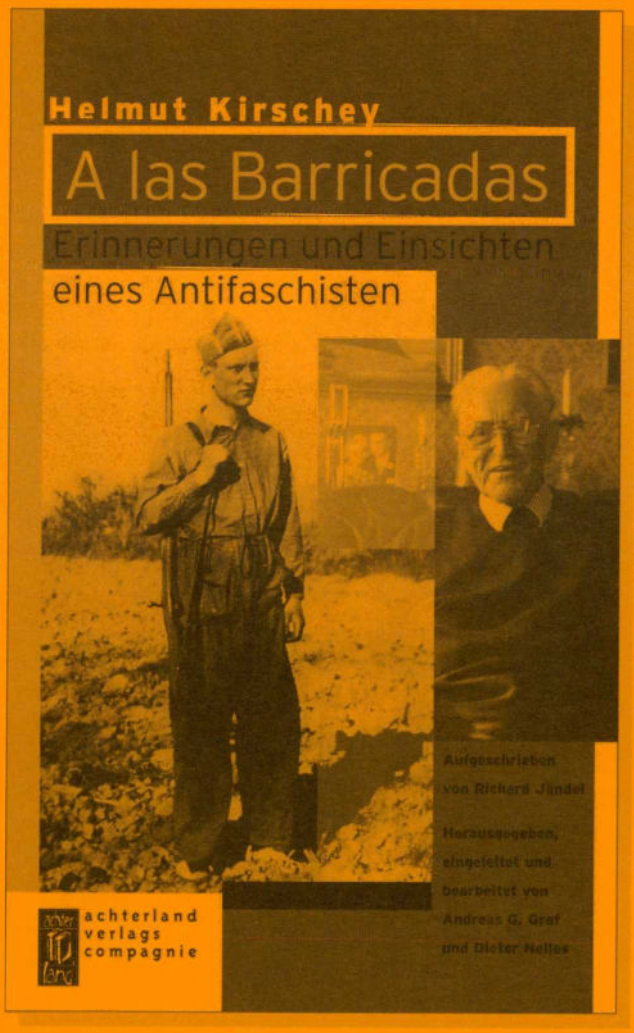
36. JAHRGANG, DEZEMBER 2000, HEFT 4

THOMAS REICHEL: Auf dem Weg zur „herrschenden Klasse"? Die Arbeiterschaft in der SBZ zwischen Betriebsräten und FDGB

OLIVER KERSTEN: „Brandenburg ist in unserer Bewegung das Pulverfaß ...". Die kommunistische Fraktionsbildung im Touristenverein „Die Naturfreunde" in der Region Berlin-Brandenburg zur Zeit der Weimarer Republik

PETER RÜTTERS: Eine Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN
TAGUNGSBERICHT • NEUE LITERATUR



ISBN 3-933377-52-8
232 S. m. s/w-Abbildungen
32,– DM

Der 1913 in Elberfeld geborene Helmut Kirschey schildert in A las Barricadas - Erinnerungen und Einsichten eines Antifaschisten seine Kindheit und Jugend in Wuppertal, die Haft im KZ Dinslaken 1933 sowie die Jahre des Exils in den Niederlanden, in Spanien, Frankreich und Schweden. Für Kirschey endete das Exil nicht 1945, sondern erst 1955, als er schwedischer Staatsbürger wurde und endlich wie ein „normaler Mensch" leben konnte. So illustrieren seine Lebenserinnerungen auch die politischen Auseinandersetzungen in der Zeit des Kalten Krieges. Sie zeichnen ein eindrückliches Bild des Exils der „kleinen Leute", das bis heute einen der großen weißen Flecken auf der Landkarte der Exilforschung bildet. Die Erinnerungen und Einsichten sind außerdem ein seltener Beitrag zur Geschichte des Spanischen Bürgerkrieges, an dem Kirschey als Freiwilliger auf Seiten der Anarchisten teilnahm. Nur wenige Spanienfreiwillige haben die zweifache Niederlage - als Antifaschist und als Anarchist gegen Kommunisten - niedergeschrieben. Doch sind Kirscheys Erinnerungen keine Verlierergeschichte, sie zeigen Überlebensstrategien und Widerstandsformen, Emigrationsodysseen und Verzweiflung, aber auch erlebte Solidarität.

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin herausgegeben von Peter Steinbach
Wissenschaftlicher Beirat: Andreas Graf, Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Henryk Skrzypczak, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt

Heft 4/00

THOMAS REICHEL: Auf dem Weg zur „herrschenden Klasse"? Die Arbeiterschaft in der SBZ zwischen Betriebsräten und FDGB 453

OLIVER KERSTEN: „Brandenburg ist in unserer Bewegung das Pulverfaß ...". Die kommunistische Fraktionsbildung im Touristenverein „Die Naturfreunde" in der Region Berlin-Brandenburg zur Zeit der Weimarer Republik 499

PETER RÜTTERS: Eine Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914 518

CHRISTOPH KOPKE: Geschichte der NS-Konzentrationslager. Ein Tagungsbericht 529

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (121). Bearbeitet von Franz Jean Frohn 533

NEUE LITERATUR

Jan Gielkens, Karl Marx und seine niederländischen Verwandten. Eine kommentierte Quellenedition, Trier 1999 *(Heinrich Gemkow)* 553

Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927. Hrsg. von Bernd Braun und Joachim Eichler, München 2000
Bernd Braun, Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1999 *(Dieter K. Buse)* 555

Friedrich Ebert. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. Hrsg. und bearb. von Walter Mühlhausen, Heidelberg 1999
Norbert Podewin, Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner: Friedrich Ebert (1871–1925), Friedrich Ebert (1894–1979). Eine Doppelbiographie, Berlin 1999 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 558

Karl-Ludwig Sommer, Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000 *(Christoph Moß)* 561

Simone Hantsch, Das Alphatier. Aus dem Leben der Gertrud Duby-Blom, Berlin 1999 *(Gerlinde Grahn)* 563

Marcel Pauker, Ein Lebenslauf. Jüdisches Schicksal in Rumänien 1896–1938. Mit einer Dokumentation zu Ana Pauker. Hrsg. von William Totok und Erhard Roy Wiehn, Konstanz 1999 *(Kurt Schilde)* 565

Am 13. Dezember 2000 verstarb im Alter von 63 Jahren

Dr. phil. habil. Gerhard Beier

Der Verstorbene war der IWK seit 1976 redaktionell verbunden.
Wir werden sein menschliches und fachliches Format vermissen.
Die IWK trauert um eine außergewöhnliche Persönlichkeit
und wird ihr Ansehen in Ehren halten.

Herausgeber, wissenschaftlicher Beirat und Redaktion der IWK

Dietlind Hüchtker, „Elende Mütter" und „liederliche Weibspersonen". Geschlechterverhältnisse und Armenpolitik in Berlin (1770–1850), Münster 1999
Meinolf Nitsch, Private Wohltätigkeitsvereine im Kaiserreich. Die praktische Umsetzung der bürgerlichen Sozialreform in Berlin, Berlin und New York 1999
(Brigitte Kerchner) 566

Wilfried Rudloff, Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910–1933, Göttingen 1998
(Karl Heinrich Pohl) 570

Hans Schafranek unter Mitarbeit von Natalja Mussijenko, Kinderheim No. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil, Wien 1998 *(Peter Erler)* 572

Dietmar Hüser, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten, 1944–1950, Berlin 1996
(Ursula Langkau-Alex) 573

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument. Hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1999 *(Andreas Herbst)* 574

Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Hrsg. von Stefan Hornbostel, Opladen 1999 *(Beate Ihme-Tuchel)* 575

Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Peter Hübner, Köln, Weimar und Wien 1999 *(Beate Ihme-Tuchel)* 577

Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Hrsg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweissig, Opladen 1999
... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Hrsg. von Bernd Gehrke und Wolfgang Rüddenklau, Münster 1999
Detlef Pollack, Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000 *(Gerd Dietrich)* 579

Jo Ann E. Argersinger, Making the Amalgamated. Gender, Ethnicity, and Class in the Baltimore Clothing Industry, 1899–1939, Baltimore und London 1999
Ruth Rhein-von Niederhäusern, Leute machen Kleider. Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Organisation in der stadtzürcherischen Bekleidungsindustrie 1880–1918, Zürich 1999 *(Brigitte Kassel)* 582

Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900–1939. Hrsg. von Clemens Zimmermann, Stuttgart 1997 *(Thomas Biewer)* 586

Christian Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, 1928–1934, Berlin 1999 *(Karl Christian Führer)* 587

Gretchen Bauer, Labor and Democracy in Namibia, 1971–1996, Athens/Ohio und London 1998 *(Ingrid Grienig)* 588

Jorge Masetti, El furor y el delirio. Itinerario de un hijo de la Revolución cubana. Edición a cargo de Elizabeth Burgos, Barcelona 1999
Jorge Timossi, Los cuentos de Barbarroja. Comandante Manuel Piñeiro, Buenos Aires 1999 *(Reiner Tosstorff)* 591

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE 593

PROJEKTFRAGEBOGEN 595

JAHRESINHALTSVERZEICHNIS ..... I*

Die IWK im Internet

Die IWK ist jetzt auch im Internet zu erreichen.

Auf unserer Webseite `http://www.hth-berlin.de/iwk/` finden Sie u. a. Inhaltsverzeichnisse der letzten IWK-Hefte, Veranstaltungshinweise und Ankündigungen sowie eine Onlineversion des Projektfragebogens.

Leserbriefe und Stellungnahmen zu einzelnen Heften oder Beiträgen können Sie jetzt auch per E-Mail an unsere Adresse `iwk@hth-berlin.de` schicken.

Autoren dieses Heftes:

Oliver Kersten, M. A., Rudolstädter Straße 115, D-10713 Berlin

Christoph Kopke, Diplom-Politikwissenschaftler, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, D-16515 Oranienburg

Thomas Reichel, M. A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Am Kanal 4/4a, D-14467 Potsdam, E-Mail: reichel@zzf-pdm.de

Peter Rütters, Dr., Privatdozent, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaft, Ihnestraße 22, D-14195 Berlin, E-Mail: ruetters@zedat.fu-berlin.de

ISSN 0046-8428

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
(Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes:
Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Straße 16–18, D-14195 Berlin

Redaktion: Franz Jean Frohn, Andreas Graf (verantw.), Dirk H. Müller

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Andreas Graf

Anschrift der Redaktion:
Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, D-14195 Berlin
Telefon: 030/838-55056 (A. Graf); 030/838-52368 (F. J. Frohn); Telefax: 030/838-55057
Internet: http://www.hth-berlin.de/iwk/; E-Mail: graf@gdw-berlin.de; iwk@hth-berlin.de

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID-Nr.): DE 811 304 768

Vertrieb: FSP GmbH, Müllerstraße 163, D-13353 Berlin

Die IWK wird regelmäßig im „Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS" des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstraße 30, D-53113 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Freie Universität Berlin alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preise: Einzelheft DM 20,–, Doppelheft DM 40,–, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 15,– bzw. DM 30,–, jeweils zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement DM 67,–, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 40,–, jeweils zuzüglich Versandkosten (Inland: DM 5,–, Ausland: DM 12,–). Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung an die Hauptkasse der FU Berlin, D-14195 Berlin, Konto Nr. 22808-109, Kassenzeichen (bitte unbedingt angegeben!): 01/11901/15520000 bei der Postbank, Niederlassung Berlin, D-10916 Berlin (BLZ 100 100 10). Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahrs (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang).
Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 14–19/20 und Jg. 10 (1974), Jg. 11 (1975), Jg. 12 (1976), H. 2, 3 und 4, Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4, Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4, Jg. 16 (1980) bis Jg. 23 (1987), Jg. 24 (1988), H. 1, 2 und 3, Jg. 25 (1989), Jg. 26 (1990), Jg. 27 (1991), H. 2, 3 und 4, Jg. 28 (1992), H. 1, 2 und 4, Jg. 29 (1993) ff.
Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte bis einschließlich H. 4/1992 beträgt DM 5,– pro Heft bzw. DM 20,– pro Jahrgang zuzüglich Versandkosten. Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an die Adresse der Redaktion!

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1.9.1997.

Gedruckt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Herstellung: Dr. Hans Theissen, Jablonskistraße 35, 10405 Berlin
Druck: MercedesDruck GmbH, Landfliegerstraße 11, D-12487 Berlin

Auf dem Weg zur „herrschenden Klasse"?

Die Arbeiterschaft in der SBZ zwischen Betriebsräten und FDGB

Von Thomas Reichel

Nach der totalen Niederlage des „Dritten Reiches" und der Befreiung durch die Truppen des ersten „sozialistischen" Staates bot sich der Arbeiterbewegung zumindest in der östlichen Besatzungszone Deutschlands nach 1945 scheinbar die Chance, nunmehr ihre „historische Mission" zu erfüllen. Ihre Gegner waren buchstäblich am Boden zerstört oder stark geschwächt, und das größte Hindernis auf dem Weg zur „herrschenden Klasse" schien die Überwindung der Spaltung in den eigenen Reihen zu sein. „Nach Hitler kommen wir", lautete denn auch das programmatische Motto der KPD-Führung im Moskauer Exil,[1] die im Frühjahr 1945 in das zerstörte Berlin zurückkehrte, um, gestützt auf die sowjetischen Besatzer, die Macht zu übernehmen. Daß es den führenden Kommunisten nicht wirklich um die Erringung der Herrschaft für die gesamte „Arbeiterklasse" ging, mußten insbesondere die Sozialdemokraten im Zuge der Zwangsvereinigung zur SED sehr bald erfahren.[2]

Neben den (im April 1946 fusionierten) Parteien stellten die Gewerkschaften und die Betriebsräte zwei weitere institutionelle Säulen der deutschen Arbeiterbewegung dar, ohne bzw. gegen die es der KPD/SED kaum hätte gelingen können, an die Macht im Staate zu gelangen. Die Taktik der Kommunisten bei der Gründung des FDGB als Einheitsgewerkschaft hatte große Ähnlichkeit mit ihrem Vorgehen bei der „feindlichen Übernahme" der SPD. Um den FDGB nach sowjetischem Vorbild in „eine entscheidende Transmission der Partei in der Arbeiterklasse" umfunktionieren zu können, sahen sie sich (auch hier) gezwungen, „vorerst die Macht mit anderen in den Gewerkschaften zu teilen".[3] Auch in diesem Fall ging man erst zur offenen und massiven Verdrängung und Verfolgung aller nichtkommunistischen Kräfte über, als Ulbricht und Genossen sich bereits fest genug im Sattel glaubten. Über den Prozeß der Vereinnahmung und anschließenden Ausgrenzung von Sozialdemokraten, aber auch Christen, Liberalen und kommunistischen „Abweichlern" wissen wir, bezogen auf die Führung und den Apparat des FDGB, inzwischen ähnlich detailliert Bescheid wie bei der SED.[4]

1 „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude und Manfred Wilke, Berlin 1994.

2 Dazu mit dem neuesten Forschungsstand: Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn u.a. 2000. Zur Problematisierung des ideologisch aufgeladenen politischen Oberbegriffs „Arbeiterklasse" und zu der Frage, wer ihr in der Zusammenbruchsgesellschaft alles zuzurechnen war, siehe: Christoph Kleßmann, Die stilisierte Klasse. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Entstehungsphase der DDR (1945–1948), in: *Archiv für Sozialgeschichte* [künftig zitiert: *AfS*], Jg. 39 (1999), S. 19–71, hier S. 28 f.

3 Hermann Matern, „Der Wiederaufbau der Gewerkschaften" (handschriftliche Ausarbeitung vom Sommer 1944 im Rahmen der Nachkriegsplanungen der KPD-Führung im Moskauer Exil), in: „Nach Hitler kommen wir" (Anm. 1), S. 207; Wilhelm Florin, „Unsere Perspektive zum Aufbau der Gewerkschaften" (gleicher Kontext wie die Ausarbeitung Materns), in: ebd., S. 206.

Weit weniger genau erforscht ist bislang, wie die kommunistische Machtergreifung an der Basis der Arbeiterbewegung und ihrer Institutionen verlief. Nach den SED-Betriebsgruppen[5] sollen daher in diesem Aufsatz die Betriebsräte und die Betriebsgewerkschaftsorganisationen im Zeitraum zwischen 1945 und Ende 1948 im Mittelpunkt des Interesses stehen. Das Jahresende 1948 stellt insofern eine Zäsur dar, als mit der Beseitigung der Betriebsräte und der forcierten Ausrichtung des FDGB nach dem sowjetischen Gewerkschaftsmodell die „Verstaatlichung der Arbeiterbewegung"[6] – zumindest bezüglich der institutionellen Grundstruktur – ihren vorläufigen Abschluß fand.

Im Folgenden werden zunächst einige neuere Erkenntnisse bezüglich der Politik von SMAD, SED und FDGB gegenüber den Betriebsräten vorgestellt, bevor anschließend Wirken und Tätigkeit der Belegschaftsvertretungen in den Betrieben zur Diskussion stehen. In einem dritten Abschnitt wird näher untersucht, inwieweit es gerechtfertigt ist, die landeseigenen Betriebe (LEB) als Vorreiter einer demokratischen Wirtschaftsordnung unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiterschaft anzusehen. Viertens geht es um den – bis 1948 eher schleppenden – Aufbau der Betriebsgewerkschaftsorganisationen, und abschließend wird die Quintessenz dieses Beitrags in einem Fazit zusammengefaßt.

I. Zur Betriebsrätepolitik von SMAD, SED und FDGB

Um die Rolle der Betriebsrätebewegung in der SBZ einschätzen zu können, bedarf es zunächst einer wenigstens skizzenhaften Darstellung des politischen Spielraumes, der ihr von der sowjetischen Besatzungsmacht, der KPD/SED und dem FDGB gewährt wurde. Grob umrissen, läßt sich deren Politik gegenüber den Betriebsräten, die letztlich entscheidend durch die SMAD geprägt wurde, in *drei Phasen* einteilen.

Die Besatzungsbehörden und die aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte KPD-Führung verhielten sich *zunächst (erste Phase)* abwartend, bevor sie im Juli 1945 die Institution der Betriebsräte offen ablehnten und ihre Auflösung forderten, soweit sie bereits bestanden.[7] Der (zentrale) Vorbereitende Gewerkschaftsausschuß in Berlin schloß

4 Detlev Brunner, Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000. Vgl. Ulrich Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie – Geschichte – Organisation – Funktionen – Kritik, Opladen 1989, insbes. S. 53 ff.

5 Thomas Reichel, „Feste Burgen der Partei"? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946–1949, in: *IWK*, Jg. 36 (2000), H. 1, S. 62–99.

6 Christoph Kleßmann, Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung". Überlegungen zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der DDR, in: Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing. Hrsg. von Karsten Rudolph und Christl Wickert, Essen 1995, S. 108–119.

7 Ausführlich zur Haltung der Besatzungsmacht siehe: Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945–1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus", Frankfurt a. M. 1982, S. 160 ff; zur Haltung der KPD ebd., S. 164 ff. Dort auch eine Darstellung der unterschiedlichen Positionen von Exilkommunisten und ihren in Deutschland gebliebenen Genossen, die sich z. T. bereits zu diesem Zeitpunkt für den Fortbestand der Betriebsräte und die Stärkung ihrer Position einsetzten (S. 169 ff.).

sich dieser Linie an, indem er Mitte Juli Betriebsräte und antifaschistische Betriebskomitees für nicht existent erklärte.[8] Sowohl die starke Stellung, die die Belegschaftsvertretungen zu diesem Zeitpunkt in den Betrieben bereits einnahmen, als auch die uneinheitliche Haltung ihnen gegenüber innerhalb der KPD und der provisorischen FDGB-Führung trugen entscheidend dazu bei, daß die Auflösungsparole bald fallengelassen wurde.

Bereits im August verkündete Ulbricht, daß sich „die Tradition der Betriebsräte [...] wieder durchgesetzt" habe, und begrüßte diesen Umstand wie selbstverständlich.[9] Damit war die *zweite Phase* der Betriebsrätepolitik eröffnet, die durch eine Doppelstrategie gekennzeichnet war. Einerseits förderten KPD/SED und FDGB nun den Ausbau der Betriebsrätebewegung und versuchten andererseits, diese unter Kontrolle zu bringen, sie quasi als Ersatz für die fehlende Basisstruktur der Gewerkschaften in den FDGB zu integrieren.[10] Einen entsprechenden Beschluß über die „Aufgaben und Rechte der Betriebsräte" faßte der FDGB-Gründungskongreß im Februar 1946.[11] Neben der Entnazifizierung und der Verhinderung eventuell fortgesetzter Kriegsproduktion sollten die Betriebsräte sich dieser Anweisung zufolge besonders der Mitbestimmung bei der „Gestaltung der Produktion und Arbeitsplanung" widmen. Zu diesem Zweck war u. a. vorgesehen, daß die Betriebsräte „Vertreter in die Planabteilung des Betriebes" entsandten, die „Preisbildung und die richtige Verteilung der produzierten Güter" kontrollierten sowie die „Wahl von Akkordkommissionen zu veranlassen" hatten.[12] Diese Aufgabenstellung wich deutlich von den traditionellen Tätigkeitsfeldern der Betriebsräte ab und wies tendenziell bereits in Richtung einer Instrumentalisierung der Arbeitervertretungen zur Steigerung der Produktion, wenngleich dieses Ansinnen noch kaum durchgesetzt werden konnte.[13]

8 Zitiert nach: Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950. FDGB, UGO, DGB. Hrsg. vom DGB Berlin, Berlin 1971, S. 31. Auch in der provisorischen Gewerkschaftsführung war diese Linie keineswegs unumstritten, zumal viele ihrer Mitglieder vor 1933 selbst als Betriebsräte tätig gewesen waren. Vgl. Suckut (Anm. 7), S. 135 und S. 162 f.

9 Walter Ulbricht, Neue Aufgaben der freien Gewerkschaften, Berlin 1946, S. 26.

10 Ausführlich zur gewandelten Betriebsrätepolitik von KPD/SED und FDGB in dieser Phase siehe Suckut (Anm. 7), S. 221 ff. und S. 250 ff. Auf Betriebsräte- oder Gewerkschaftskonferenzen der Länder und Provinzen wurde im Herbst 1945 die Erarbeitung von Betriebsrätegesetzen gefordert und im Oktober in Thüringen das erste derartige Gesetz nach Kriegsende verabschiedet. Siehe: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin 1968, S. 167–174. Inwiefern die SPD bis zur Zwangsvereinigung mit der KPD im Frühjahr 1946 eine eigenständige Politik gegenüber den Betriebsräten in der SBZ entwickelte, kann im Zusammenhang dieses Aufsatzes nicht erörtert werden.

11 Protokoll der ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz des FDGB für das sowjetisch besetzte Gebiet. 9.–11. 2. 1946, o. O. [1946], S. 222–229. Dieser Beschluß ist wieder abgedruckt in (und im Folgenden zitiert nach): Betriebsräte und Gewerkschaften. Dokumente 1945–1950. Hrsg. von Karin Kolasinski, Berlin 1990, S. 13–22.

12 Ebd., S. 15.

13 Im Betriebsrätegesetz von 1920 war der Betriebsrat zwar auch ganz allgemein zur „Unterstützung des Arbeitgebers in Erfüllung der Betriebszwecke" verpflichtet worden, aber eine konkrete Einbindung in Planung und Leitung der Produktion usw. hatte es nicht gegeben. Siehe: Michael Schneider, Höhen, Krisen, Tiefen. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945. Hrsg. von Klaus Tenfelde u. a., Köln 1987, S. 279–446,

Das im April 1946 verabschiedete Kontrollratsgesetz Nr. 22 formulierte knapp und eher vage eine legale Grundlage für die Tätigkeit der Betriebsräte in ganz Deutschland.[14] Zumal wegen seiner engen Auslegung durch die SMAD stellte das Gesetz, in dem kaum formelle Mitbestimmungsrechte festgeschrieben waren, für die Betriebsvertretungen und Gewerkschaften einen enttäuschenden Rückschritt hinter die bis dahin bereits gängige Praxis in Ostdeutschland dar.[15] Den Bestrebungen der FDGB-Führung kam das Kontrollratsgesetz jedoch insofern entgegen, als darin die Grundlage für eine maßgebliche Beeinflussung der Wahl und der Tätigkeit der Betriebsräte durch die Gewerkschaften fixiert war.[16]

Auch die SED versuchte bereits kurz nach ihrer Gründung, entscheidenden Einfluß auf die Betriebsrätebewegung zu nehmen. In einem internen Rundschreiben vom Mai 1946 zur Vorbereitung der ersten Betriebsrätewahlen in der SBZ wurde gefordert, daß „die Partei dafür sorgen muß, daß nur Anhänger der Arbeitereinheit gewählt werden [...], die aktiv am Neubau und der Steigerung der Produktion mitarbeiten".[17] Zur organisatorischen Absicherung der Einflußnahme sollten bei allen Provinz- und Landesvorständen der Partei spezielle Kommissionen gebildet werden, die zusammen mit den entsprechenden Gremien des FDGB die Herausgabe von Materialien und sonstige Vorbereitungsmaßnahmen für die Betriebsrätewahlen zu leisten hatten. Allerdings wurde – wenigstens formal – zu jener Zeit auch in internen Papieren der SED noch darauf hingewiesen, daß man darauf achten solle, die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften und Betriebsräte nicht zu verletzen,[18] wenngleich die zitierten Anweisungen bereits gegen dieses Prinzip verstießen.

Auf seinem 2. Kongreß im Frühjahr 1947 bekräftigte der FDGB den Anspruch, Träger der Betriebsrätebewegung zu sein, diese zu leiten und zu lenken.[19] Allerdings mußte man selbst eingestehen, aufgrund der noch sehr schwachen Betriebsgewerkschaftsorganisationen dazu praktisch nach wie vor kaum in der Lage zu sein.[20] Entsprechend

[Forts. von Anm. 13]
Zitat S. 303. Zum aktuellen Forschungsstand siehe: Werner Plumpe, Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie, München 1999.

14 Für den genauen Text des Gesetzes siehe: Betriebsräte und Gewerkschaften (Anm. 11), S. 22–25.

15 Vgl. Suckut (Anm. 7), S. 429 ff.

16 Vgl. insbes. die Artikel IV und VII des Gesetzes in: Betriebsräte und Gewerkschaften (Anm. 11), S. 23 bzw. S. 25.

17 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [künftig zitiert: SAPMO-BArch], DY 34 A 201.751 (unfol.), Parteivorstand der SED, Zentralsekretariat, Abt. Arbeit u. Sozialfürsorge, 27. Mai 1946, Rundschreiben Nr. 2, Betr. Vorbereitung der Betriebsrätewahlen in Berlin und der Sowjetzone.

18 Ebd. In dem Schreiben wird ausdrücklich gefordert, „nicht [zu] vergessen, daß in den Gewerkschaften auch Arbeiter organisiert sind, die einer anderen politischen Richtung angehören". Diese solle man „durch unsere sachliche Arbeit davon überzeugen, daß man sich ohne unsere Partei nicht mit Erfolg für die Forderungen der Belegschaft einsetzen kann". Diese offensichtliche Widersprüchlichkeit, selbst innerhalb eines Dokumentes, scheint dem Umstand geschuldet, daß so kurz nach der Vereinigung von KPD und SPD der sozialdemokratische Einfluß – beispielsweise in solchen Standpunkten wie dem zitierten – neben der bereits dominierenden Position der Kommunisten noch deutlich zu spüren war.

19 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1947–1949. Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1950, S. 343.

20 Dies hatte sich wiederum bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen im Mai und Juni 1947 erwiesen. Vgl. ebd.

sollte die Politik der FDGB-Vorstände „vor Ort" zwar auf die Unterordnung der Belegschaftsvertretungen ausgerichtet werden, aber gleichzeitig wurde für sie beispielsweise in Sachsen seit Frühjahr 1946 ein umfangreiches Schulungsprogramm aufgelegt.[21] Ende 1946 nahmen knapp 10000 Betriebsräte in 26 von 30 sächsischen Kreisen an diesen Schulungskursen teil. Die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre verbanden mit der Reaktivierung dieses klassischen Kooperationsfeldes[22] die Hoffnung, daß „die Betriebe [...] so laufend vom FDGB politisch durch die Betriebsräte inspiriert werden" könnten.[23] Umgekehrt war unter den Betriebsräten zunächst – ebenso traditionell – das Selbstverständnis, „verlängerter Arm" der Gewerkschaften zu sein, durchaus verbreitet.[24]

Vergleichbare Anstrengungen zum parallelen Aufbau eines eigenständigen Apparates qualifizierter Betriebsgewerkschaftsfunktionäre wurden 1946/47 noch überhaupt nicht unternommen. Lehrgänge und Schulungen für FDGB-Funktionäre fanden in diesem Zeitraum erst von der Ortsebene an aufwärts statt.[25] Diese Schulungspraxis spricht eindeutig dafür, daß der FDGB bis etwa Herbst 1947 den Betriebsräten Priorität gegenüber den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) einräumte und sie – traditionsgemäß – als Teil und Basis der Gewerkschaftsbewegung behandelte. Insofern ist der bis einschließlich 1948 im Vergleich zu den Betriebsräten deutlich geringere Verbreitungsgrad der BGL nur folgerichtig.[26]

Lediglich Spitzenfunktionäre des FDGB, die – wie Herbert Warnke – das wachsende Unbehagen der sowjetischen Besatzungsmacht angesichts der Existenz und Tätigkeit der Belegschaftsvertretungen kannten und zunehmend teilten, bewerteten dieses von den Gewerkschaften selbst mit erzeugte Verhältnis zwischen Betriebsräten (BR) und BGL bereits Mitte 1947 negativ. So beklagte Warnke im Juni des Jahres, daß bei einem Dutzend Belegschaftsversammlungen, die er in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt besucht hatte, kein einziges Mal die Betriebsgewerkschaftsgruppe offiziell oder gar führend in Erscheinung getreten sei.[27] Als Hauptgrund dafür kritisierte er die geschilderte

21 Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Dresden [künftig zitiert: SHStA], FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 147 und Nr. 148 (unfol.). Darin u. a. ein „Betriebsräteschulung in Sachsen" überschriebenes Dokument (zirka Oktober 1946), in dem von einem einheitlichen 26-Wochen-Kursus (wöchentlich ein Tag mit je sechs Stunden Unterricht) die Rede ist, der seit September 1946 in 91 Städten ganz Sachsens durchgeführt wurde. Themen dabei waren z. B. „die Aufgaben der freien Gewerkschaften in der Wirtschaft, Strukturwandel der Wirtschaft in der SBZ und Grundlagen der Wirtschaftsplanung, politische Ökonomie, Betriebswirtschaftslehre und Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung".

22 Vgl. Kleßmann, Die stilisierte Klasse (Anm. 2), S. 57 f.

23 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 147 (unfol.). Dem Geschäftsbericht des FDGB für 1946 zufolge war mit derartigen Schulungen bereits im Herbst 1945 in Sachsen begonnen worden, und 1946 nahmen in der gesamten SBZ zirka 20000 Betriebsräte an ihnen teil. Geschäftsbericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1946. Hrsg. vom Vorstand des FDGB (SBZ), Berlin 1947, S. 179 f.

24 Vgl. Suckut (Anm. 7), u. a. S. 216 und S. 414.

25 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 147 (unfol.). „Berichterstattung über die Betriebsräteschulung im Bundesland Sachsen" (13. Dezember 1946). Darin ist in bezug auf (hauptamtliche) FDGB-Funktionäre von zumeist mehrwöchigen Kompaktlehrgängen auf den Landes- und Bezirksgewerkschaftsschulen mit geringen Teilnehmerzahlen die Rede.

26 Siehe hierzu Tabelle 1, S. 467, und Tabelle 3, S. 488. Ein Vergleich der Zahlen zeigt beispielsweise, daß im Sommer 1947 in der SBZ in weniger als zwei Dritteln der Betriebe, in denen fünf Monate zuvor BR gewählt worden waren, BGL-Wahlen stattfanden.

27 SAPMO-BArch, DY 34/20312 (unfol.), Bericht Herbert Warnkes vom 2. Juni 1947 über die dritte Reise zur Kontrolle der BR-Wahlen in Magdeburg, Burg und Stendal.

Praxis, daß die Betriebsräte – und nicht die BGL-Funktionäre – durch die Gewerkschaften geschult und angeleitet wurden.

Die *dritte und letzte Phase* der Betriebsrätepolitik von SMAD, SED und FDGB beinhaltete schließlich die Beschneidung ihrer Befugnisse bis hin zur endgültigen Auflösung – formal der Übertragung ihrer Kompetenzen auf die BGL – Ende 1948. Die Genesis des Prozesses der Beeinträchtigung und Beseitigung der Betriebsräte als unabhängige Belegschaftsvertretungen läßt sich inzwischen anhand der seit 1990 zugänglichen Akten ziemlich genau nachvollziehen. Zwar ist nicht neu, daß die sowjetische Besatzungsmacht die treibende Kraft zur Abschaffung der Betriebsräte gewesen ist, was allein schon anhand ihrer von Beginn an rigiden Politik gegenüber den Belegschaftsvertretungen in den ihr direkt unterstehenden SAG-Betrieben ersichtlich wird.[28] Aber über die Art und Weise, wie sie dieses Ziel verfolgte, und darüber, mit welchen Begründungen sie das tat, konnte man bislang nur Vermutungen anstellen. Weitgehend ungeklärt war bisher auch das Ausmaß innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen bezüglich der Beseitigung der Betriebsräte und im Zusammenhang damit die Frage, inwieweit dieser folgenreiche Schritt nicht nur auf das Konto der SMAD ging, sondern auch durch die SED-Führung und ihre Gefolgsleute im FDGB-Apparat aktiv betrieben wurde.

Im Dezember 1946 berichtet Herbert Warnke, zu diesem Zeitpunkt Leiter der Hauptabteilung 7 (Betriebsräte) im FDGB-Bundesvorstand, von einem Gespräch bei der SMAD, während dessen der Besatzungsoffizier die Verwendung der Begriffe „Betriebsrätebewegung" und „Betriebsräte-Ausschüsse" monierte.[29] Natürlich ging es dabei weniger um Begriffe als vielmehr um die Sache an sich: „die Gefahr der Entstehung einer selbständigen Betriebsrätebewegung unter selbstgewählten Leitungen". Warnke, der vor 1933 selbst eine Zeitlang BR-Vorsitzender gewesen war, entpuppte sich bereits zu diesem Zeitpunkt als linientreuer kommunistischer „Gewerkschafter", der – durchaus in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den SMAD-Vertretern – das Erstarken einer unabhängigen Betriebsrätebewegung ebenfalls als „Gefahr" betrachtete und selbständig Vorschläge ausarbeitete und umsetzte, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Mit seiner Idee, der Bildung von Betriebsräteausschüssen dadurch zuvorzukommen, daß „Betriebsräte-Abteilungen des FDGB auch im Ortsmaßstab" geschaffen würden, die freilich „nicht von den Betriebsräten gewählt" werden sollten, war der sowjetische Major „absolut einverstanden". Auf „Wunsch" der SMAD bereitete Warnke kurz darauf ebenso einen entsprechenden Beschlußentwurf für den Bundesvorstand

28 Auch wenn es kein völlig einheitliches Verhalten der sowjetischen SAG-Direktoren gegenüber den Betriebsräten gab, wurden deren Befugnisse in der Regel weitgehend beschnitten. In den Schkopauer Buna-Werken beispielsweise verlor die Belegschaftsvertretung bereits bis zum Frühjahr 1947 nahezu alle Kompetenzen, was der sowjetische Betriebsleiter mit den Worten kommentierte, daß man sich „von falschen Vorstellungen über Demokratie im Betrieb lösen" müsse. Zitiert nach: Rainer Karlsch, Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), in: Arbeiter in der SBZ/DDR. Hrsg. von Peter Hübner und Klaus Tenfelde, Essen 1999, S. 269–300, hier S. 289. Die endgültige Auflösung der Betriebsräte erfolgte in einigen SAG-Werken, vor allem im Uranbergbau, früher als in der übrigen Industrie der SBZ. Vgl. außerdem: Johannes Bähr, Die Betriebe Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) in Berlin 1945/46–1953, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 1995, S. 183–208.

29 SAPMO-BArch, DY 34/20332 (unfol.), Information Warnkes vom 23. Dezember 1946 an Jendretzky, Göring, Kaufmann über Gespräch mit Major Kogan.

vor, wie er dem „Vorschlag" der Besatzungsoffiziere folgte, einen Antrag zur Änderung der Satzung des FDGB auszuarbeiten, „der die führende Rolle der Betriebsgewerkschaftsgruppe gegenüber den Betriebsräten stark herausstellen" sollte.[30]

Einen Dorn im Auge der „SMA, Abteilung Gewerkschaftsüberwachung",[31] stellten offenbar schon früh die Gesamt- bzw. Hauptbetriebsräte dar, denn im Januar 1947 gab sie der FDGB-Spitze zu verstehen, daß deren Existenz und Tätigkeit im Widerspruch zum Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrates stünde, da diese Aufgaben wahrnähmen, die in den Verantwortungsbereich der Gewerkschaften fielen.[32] Ähnlich wie die örtlichen Betriebsräteausschüsse schien den Sowjets die Institution zentraler Belegschaftsvertretungen wohl als ein „gefährliches" Strukturelement, das besonders geeignet war, eine institutionell vernetzte unabhängige Betriebsrätebewegung in der SBZ zu befördern. Anlaß zu gesteigertem Argwohn ihnen gegenüber gab beispielsweise die Auseinandersetzung um das Wirken von Gesamtbetriebsräten bei den öffentlichen Verwaltungen in der Provinz Brandenburg im Frühjahr 1947, die zu einem Verbot ihrer Tätigkeit durch den dortigen SMAD-Vertreter geführt hatte. Damit fanden sich die betroffenen Belegschaftsvertreter jedoch nicht ohne weiteres ab, sondern versuchten mit tatkräftiger Unterstützung des Zentralvorstandes (ZV) ihrer Industriegewerkschaft (IG), eine Aufhebung dieses Verbotes zu erreichen. Funktionäre des IG-Vorstandes intervenierten in dieser Angelegenheit sogar bei der SMAD-Zentrale in Karlshorst. Ihnen wurde jedoch vorgeworfen, sie wollten „die Betriebsräte bis in die Regierung hinein haben". Die Besatzungsmacht kenne den traditionellen Aufbau der Betriebsräte in der Zeit vor 1933, auf den sich die Gewerkschafter beriefen, aber damit müsse nunmehr „Schluß gemacht werden".[33] Die FDGB-Führung war über diesen Zwist zwar informiert, scheint sich jedoch nicht für die Industriegewerkschaft und ihr Anliegen engagiert zu haben. Warnke teilte der IG-Leitung lediglich mit, daß er dazu eine Unterredung mit SMAD-Offizieren gehabt habe und diese dabei hätten durchblicken lassen, daß bezüglich der Gesamt- und Hauptbetriebsräte demnächst eine grundsätzliche

30 Ebd., Warnke an Jendretzky, Göring, Kaufmann, Jäger (17. Februar 1947): „Beifolgend [...] die in der Aussprache mit Major Ponisowsky vereinbarten Dokumente", nämlich „Antrag für die Satzung des FDGB" (Neufassung § 10, Punkt 4: Die Betriebsgewerkschaftsgruppe) und „Entwurf eines Beschlusses des Bundesvorstandes über die Bildung von Betriebsräte-Abteilungen".

31 SAPMO-BArch, DY 34/20773 (unfol.), Bericht des Koll. Merz, ZV IG 15 (öffentliche Betriebe) an FDGB-Bundesvorstand (13. Juni 1947) über eine Verhandlung bei der SMA. Das Wort (Abt.) „Gewerkschaftsüberwachung" ist offensichtlich vom Empfänger des Schreibens im BuVo, HA 7 (vermutlich Herbert Warnke) durchgestrichen und durch ein unleserliches Wort ersetzt worden. Daß der Berichterstatter diese formal falsche, aber sachlich zutreffende Bezeichnung bewußt gewählt haben muß, wird daraus ersichtlich, daß er tatsächlich versucht hatte, die Position der BR zu verteidigen und den Besatzungsoffizieren nicht willfährig beipflichtete. Bei Detlev Brunner (Anm. 4, S. 265 f.) kann man nunmehr eine Fülle von Beispielen dafür finden, daß sich eine Vielzahl vor allem sozialdemokratischer Gewerkschafter auf allen Ebenen der „Sowjetisierung" des FDGB durch die Besatzungsmacht und ihre deutschen – meist kommunistischen – Gewährsmänner widersetzt hat. So hat sich z. B. Max Kiefer (SPD/SED), bis Oktober 1948 Leiter der Hauptabteilung Löhne und Tarife im FDGB-Bundesvorstand, wiederholt Auseinandersetzungen mit Warnke geliefert.

32 SAPMO-BArch, DY 34/20773 (unfol.), Schreiben Warnkes an die ZV der IG Post, Eisenbahn und öffentliche Betriebe vom 28. Januar 1947.

33 Ebd., Bericht über eine Verhandlung bei der SMA, ZV der IG 15, HA BR (Merz), 13. Juni 1947.

Entscheidung gefällt werde.[34] Die abschließenden „Verhandlungen" mit den Sowjets in dieser Sache führte Warnke offenbar allein – mit dem Ergebnis, daß außer bei Post und Eisenbahn die zentralen Belegschaftsvertretungen abgeschafft und ihre Aufgaben durch Vertreter der jeweiligen IG bzw. Gewerkschaft übernommen werden sollten.[35] Der Ausnahmestatus dieser Gremien bei Bahn und Post erwies sich als „Galgenfrist", denn sie wurden bis zum Frühjahr 1948 ebenfalls durch Gewerkschaftsvertreter „ersetzt".[36]

Ein weiteres Beispiel für die „Gefährlichkeit" der Haupt- und Gesamtbetriebsräte lieferte die zentrale Belegschaftsvertretung „Wasserstraßen und Binnenschiffahrt", die sich Anfang 1947 anschickte, ein Treffen von Betriebsräten ihres Bereiches aus allen vier Besatzungszonen zu organisieren.[37] Mit diesem Ansinnen stieß man jedoch auf strikte Ablehnung sowohl bei der SMAD als auch in der FDGB-Führung.[38] Der Abschaffung der zentralen Betriebsräte zuzustimmen oder sie zumindest zu akzeptieren wurde der Gewerkschaftsspitze vermutlich dadurch erleichtert, daß sie dies mit dem Verweis auf das in den Westzonen bereits zuvor erfolgte Verbot der Gesamtbetriebsräte gewissermaßen rechtfertigen konnte.[39]

Zu jenen Gewerkschaftsfunktionären, die sich weniger willfährig gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht verhielten und auch ihr gegenüber für die Interessen ihrer Kollegen stritten, gehörte offensichtlich die Mehrzahl der Zentralvorstandsmitglieder der IG Post- und Fernmeldewesen. Sie hatten die – vorübergehende – Ausnahmeregelung zum Fortbestand der zentralen Belegschaftsvertretung in ihrem Bereich erstritten, die Konfrontation mit dem Bundesvorstand nicht gescheut und ihm dabei die mangelhafte Vertretung der Interessen der Mitglieder ihrer IG vorgeworfen.[40] Dies hatte allerdings zur Folge, daß der ZV dieser Industriegewerkschaft wohl als einer der ersten „gesäubert" wurde, denn im Sommer 1948 legte dieses (sehr wahrscheinlich neu besetzte) Gremium den Entwurf einer Betriebsvereinbarung für das Post- und Fernmeldewesen vor, der zufolge die Betriebsräte komplett durch die BGL ersetzt werden

34 Ebd., Vertrauliche Mitteilung von H. Warnke an den ZV der IG 15, 17. Mai 1947.

35 SAPMO-BArch, DY 34/20312 (unfol.), Rundschreiben von H. Warnke, 10. Juni 1947, an die ZV der IG und die Landesvorstände des FDGB; Aktennotiz H. Warnke vom 27. Juni 1947, betr. GBR bei den öffentlichen Betrieben.

36 SAPMO-BArch, DY 34/42/674/3389 (unfol.), „Mitbestimmungsrecht der Eisenbahner", Vereinbarung zwischen der Generaldirektion Reichsbahn und dem ZV IG Eisenbahn, 20. Mai 1948.

37 SAPMO-BArch, DY 34/20773 (unfol.), Warnke an IG 15 (Mertz), 3. März 1947; Warnke an IG 15 (Oltersdorf), 18. März 1947.

38 Ebd. Hierbei ging es Warnke wohl um die Wahrung des „Monopols" des FDGB im Hinblick auf zonenübergreifende Aktivitäten und die Verhinderung unkontrollierter Kontakte der BR in diesem Bereich. Vgl. Werner Müller, Die Interzonenkonferenzen und die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945 bis 1950. Anspruch und Wirklichkeit, Hannover 1996, S. 37–52.

39 SAPMO-BArch, DY 34/20773 (unfol.). In dieser Akte der HA Betriebsräte des FDGB-Bundesvorstandes befindet sich ein Zeitungsausschnitt aus der Zeitschrift „Der Sozialdemokrat" vom 30. April 1947, in dem über das Verbot von Gesamtbetriebsräten durch die OMGUS berichtet wird, die sich dabei – wie die SMAD – auf das Kontrollratsgesetz Nr. 22 berief.

40 SAPMO-BArch, DY 34/20773 (unfol.), ZV IG Post und Fernmeldewesen an H. Warnke, 15. Februar 1947, betr. Zentralbetriebsrat und Bezirksbetriebsräte der deutschen Post; Bericht über die ZV-Sitzung der IG Post und Fernmeldewesen vom 14. bis 16. Januar 1947.

sollten.[41] Diese schließlich Ende November des Jahres in Bitterfeld beschlossene „Lösung", mit der die BR endgültig ausgeschaltet wurden, empfand der zuständige Mitarbeiter im FDGB-Bundesvorstand zu diesem Zeitpunkt allerdings noch als „nicht zweckmäßig".[42] Ein ähnliches „Vorpreschen" war schon im September 1947 aus dem sächsischen FDGB gemeldet worden. Nachdem der Betriebsrat des Landesvorstandes auf seinem Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung leitender Angestellter bestanden hatte, faßte der Vorstand kurzerhand den Beschluß, den BR aufzulösen.[43]

Einen weiteren Beleg seiner Haltung lieferte Herbert Warnke im Mai 1947, indem er den entsprechend einem Beschluß des 2. FDGB-Kongresses ausgearbeiteten Entwurf eines BR-Gesetzes in seinem Schreibtisch verschwinden ließ, um zu verhindern, daß mit der Diskussion und eventuellen Verabschiedung eines solchen Gesetzes die Position der Betriebsräte „unnötig" gestärkt würde.[44] Schließlich hatte er sich offenbar das „Vertrauen" der SMAD-Offiziere erworben, denn sie äußerten im Herbst 1947 den ausdrücklichen Wunsch, daß Warnke persönlich die Umsetzung des sogenannten „Planes 234" durch die Gewerkschaften leiten sollte.[45] Diese Position war das (letzte) „Sprungbrett" für ihn auf seinem Weg an die Spitze des „Transmissionsriemens" FDGB, die er im Herbst des folgenden Jahres übernahm.

Der „Countdown" für die Betriebsräte wurde im Februar 1948 eingeläutet, als die Vertreter der Besatzungsmacht sich strikt weigerten, den Plan des FDGB für die anstehenden Neuwahlen der Belegschaftsvertretungen zu diskutieren, und eine Verschiebung auf den Herbst verlangten.[46] Noch im Vorjahr hatte die SMAD dementiert, die Durchführung der BR-Wahlen entsprechend den Vorstellungen der deutschen Gewerkschaftsführung abgelehnt zu haben. Dies sei ein „Mißverständnis", erklärte ein sowjetischer Besatzungsoffizier im Frühjahr 1947, man habe „nur einige Ratschläge gegeben", die „nicht unbedingt befolgt" werden müßten, denn „natürlich [trägt] letzten Endes der FDGB selbst die Verantwortung".[47] Vergleicht man beide Stellungnahmen der SMAD,

41 SAPMO-BArch, DY 34/42/674/3389 (unfol.), Anschreiben und Entwurf des ZV der IG Post und Fernmeldewesen zu neuer Betriebsvereinbarung, 11. August 1948. Ausführlich zur „Säuberung" der Gewerkschaftsvorstände: Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 267 ff.

42 Ebd., Schreiben FDGB-BuVo, HA 1, Abt. Betriebe (Lange), an ZV IG Post und Fernmeldewesen, 17. August 1948.

43 SAPMO-BArch, DY 34/20332 (unfol.), FDGB-BuVo, Hausmitteilung Warnke an Jendretzky u. a., 29. September 1947, betr. Stellung des BR bei den FDGB-Vorständen. Dem Standpunkt des Bundesvorstandes folgend, der weder die Forderung des Betriebsrates noch die (Über-)Reaktion des Landesvorstandes guthieß, ist der Auflösungsbeschluß vermutlich revidiert worden. Wahrscheinlich handelte es sich hier um eine Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratisch dominierten BR und dem kommunistisch dominierten Landesvorstand, da die Kommunisten in der SED, im FDGB usw. immer die Personalpolitik bestimmten und systematisch ihre „Kader" einbauten, wogegen sich die (ehemaligen) Sozialdemokraten im sächsischen FDGB-Apparat offenbar zu wehren versuchten.

44 Ebd., FDGB-Bundesvorstand, Hausmitteilung Warnke an Jendretzky, 17. Mai 1947.

45 SAPMO-BArch, DY 34/20316 (unfol.), Hausmitteilung Warnke an Jendretzky, 10. Oktober 1947. Vgl. den diesbezüglichen Aufruf des FDGB-Bundesvorstandes zur Realisierung des SMAD-Befehls Nr. 234 in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland (Anm. 10), S. 516–518. Der Text des SMAD-Befehls ist abgedruckt in: ebd., S. 504–510.

46 SAPMO-BArch, DY 34/20316 (unfol.), FDGB-Bundesvorstand, HA 7 (Lange), an Jendretzky u. a., 19. Februar 1948.

47 SAPMO-BArch, DY 34/20332 (unfol.), Aktennotiz Warnke, 9. April 1947, betr. Aussprache mit der SMA über die Betriebsräte-Wahlen. Suckut zufolge gab es bereits seit Februar 1947 im FDGB-Apparat

ist unschwer zu erkennen, daß sie sich inhaltlich kaum unterschieden, jedoch der Ton und die Konsequenz, mit denen sie ihre Position vertrat, binnen Jahresfrist eine neue „Qualität" erreicht hatten. Grotesk, wie die Besatzungsmacht auch dann noch den Anschein der „Nichteinmischung" zu wahren versuchte, indem sich ihre Vertreter kategorisch weigerten, die Zustimmung zur Verschiebung der BR-Wahlen schriftlich zu erteilen.[48] Die Verantwortung dafür lag somit „natürlich" nach wie vor allein in den Händen der FDGB-Führung, die Anfang März 1948 einen entsprechenden Beschluß gefaßt und in einem Rundschreiben fadenscheinig damit begründet hatte, daß alle Kräfte auf die Frühjahrsbestellung konzentriert werden müßten.[49]

Aus den Akten des Bundesvorstandes ist nicht ersichtlich, inwiefern seitens der Besatzungsmacht in den Folgemonaten weiter direkt Druck auf die Gewerkschaften zur endgültigen Abschaffung der Betriebsräte ausgeübt wurde. Sehr deutlich hingegen kann man sehen, daß die SED ihre „Führungsrolle" gegenüber dem FDGB zunehmend stärker wahrnahm.[50] Ebenso verfestigt sich der Eindruck, daß vor allem Herbert Warnke die „Zeichen der Zeit" erkannt hatte und – mit Rückendeckung der SMAD und der SED-Spitze – selbständig die Initiative in dieser Frage ergriff. Im Mai forderte er intern eine erneute Verschiebung der BR-Wahlen auf das Frühjahr 1949, weil man dadurch angeblich größere Aussichten habe, die besten „Kader" – d.h. viele bisherige Betriebsräte – für die im Herbst zu wählenden BGL zu gewinnen.[51] Hier widersprach ihm zunächst der (noch amtierende) FDGB-Vorsitzende Hans Jendretzky und lehnte eine nochmalige Verschiebung der Wahlen ab.[52] Auch das SED-Zentralsekretariat beschloß Mitte Juni, daß die BGL- und BR-Wahlen im September/Oktober des Jahres

[Forts. von Anm. 47]
Informationen darüber, daß die Besatzungsbehörden die Abschaffung der Betriebsräte ernsthaft ins Auge gefaßt hatten. Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der sowjetischen Besatzungszone und die Bitterfelder Beschlüsse, in: Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945 bis 1950. Anspruch und Wirklichkeit, Hannover 1996, S. 53–65, hier S. 57.

48 SAPMO-BArch, DY 34/20316 (unfol.), Notiz vom 7. April 1948 (gez. Ra.).

49 Ebd., Rundschreiben des FDGB-BuVo Nr. 29/48 vom 1. April 1948.

50 Ausführlich zum Verhältnis SED–FDGB: Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 179 ff. Dort (S. 183) wird auch ein Beschluß vom Mai 1946 wiedergegeben, dem zufolge die SED-Mitglieder in der FDGB-Spitze künftig „alle prinzipiellen Fragen der Gewerkschaftspolitik" zuvor mit „der Partei" beraten sollten, wozu regelmäßige Besprechungen (alle drei bis vier Wochen) vereinbart wurden.

51 SAPMO-BArch, DY 34/20332 (unfol.), Hausmitteilung Warnke an Jendretzky u.a., 21. Mai 1948, betr. Stellungnahme zum Termin der BR-Wahlen. Das Schreiben schließt mit dem Hinweis, „daß sowohl bei der SMA wie beim Zentralsekretariat die Neigung besteht, die Wahlen im Frühjahr [1949] durchführen zu lassen". Damit gibt Warnke seinen Vorstandskollegen zu verstehen, daß er sich bei den maßgeblichen Autoritäten rückversichert und deren Plazet erhalten hatte. Darauf, daß Warnke de facto spätestens im Frühsommer zur Schlüsselfigur in der FDGB-Spitze avanciert war, deutet auch die Tatsache hin, daß er am 2. Juni 1948 allein in einem Gespräch mit Paul Merker, der in der SED-Führung für die Gewerkschaftspolitik verantwortlich war, die Leitlinien für die Entwicklung des FDGB in den kommenden Monaten besprochen und Jendretzky sowie die übrigen Mitglieder des Führungszirkels im Bundesvorstand darüber erst nachträglich informiert hat. Ebd., Schreiben von Warnke an Jendretzky u.a. vom 2. Juni 1948. Suckut (Anm. 47, S. 61) bezeichnet Warnke wohl zu Recht als „Exekutor sowjetischer Besatzungspolitik".

52 Ebd., Hausmitteilung Jendretzky an Warnke, 1. Juni 1948, betr. Termin Betriebsrätewahlen. „Mit der Verschiebung des Termins [...] bin ich *nicht* einverstanden. Ich halte die Durchführung der Betriebsrätewahlen im Herbst [19]48 für durchaus möglich [...]."

unmittelbar nacheinander stattfinden sollten.[53] Doch vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Kalten Krieges, der mit der Berlinkrise im Frühsommer 1948 einen ersten Höhepunkt erreichte, verschärften sich auch die gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen FDGB und der Unabhängigen Gewerkschafts-Opposition (UGO) in Berlin. Da die UGO nicht zuletzt über die Betriebsräte z. T. erfolgreich versuchte, ihre Position auszubauen, knickte der Altkommunist Jendretzky Ende Juni ein und befürwortete gegenüber Warnke, „daß bei der weiteren Zuspitzung der politischen Verhältnisse bestimmte Dinge bei uns schon etwas anders gestellt werden können", wobei „die Rolle der Gewerkschaften viel stärker betont werden muß als die Tätigkeit der Betriebsräte".[54]

Warnke, der am 17. Juni 1948 von der SMAD zunächst die Zustimmung dafür erhalten hatte, daß im Herbst nacheinander die BGL- und BR-Wahlen stattfinden konnten,[55] ließ diesen Gedanken alsbald wieder fallen und unterbreitete nur einen Tag später in einem vertraulichen Schreiben an Jendretzky, Walter Ulbricht und Paul Merker seinen „Masterplan" zur endgültigen Beseitigung der Betriebsräte, deren Fortexistenz „in ihrer bisherigen Form [...] anachronistisch und störend" wirke.[56] Abgesehen von einigen verbalen Taschenspielertricks – der Popularität wegen sollte die Bezeichnung „Betriebsrat" für die Leitung der BGL erhalten bleiben – war es im Kern diese Konzeption Warnkes, die Ende November 1948 auf der „Bitterfelder Konferenz" des FDGB offiziell beschlossen wurde.[57]

Anderslautende offizielle Ankündigungen des FDGB, wonach die Betriebsratswahlen zunächst im September/Oktober und dann im Dezember stattfinden sollten, lassen zwei verschiedene Interpretationen zu.[58] Entweder sind sie als Ausdruck eines Machtkampfes in dieser Frage innerhalb der Gewerkschaftsspitze zu bewerten, bei dem sich

53 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/208 (Bl. 1), Protokoll Nr. 85 (II) der Sitzung des SED-ZS vom 18. Juni 1948.

54 Ebd., Hausmitteilung Jendretzky an Warnke (persönlich), 24. Juni 1948. War auf der ersten Stellungnahme Jendretzkys noch vermerkt, daß Durchschläge des Schreibens an Göring und Kaufmann gingen, fehlt auf diesem Brief ein solcher Vermerk; statt dessen enthält er den Zusatz „persönlich". Nichtsdestoweniger ist Suckuts (Anm. 47, S. 63) Einschätzung zu teilen, daß „Jendretzkys Wechsel an die Spitze des SED-Landesverbandes Berlin im Oktober 1948 [...] nunmehr eindeutig als Maßregelung der Besatzungsoffiziere gegenüber einem nicht ganz linientreuen ‚Genossen'" betrachtet werden muß.

55 Ebd., Warnke, 17. Juni 1948, Aktennotiz über eine Besprechung bei der SMA in Gewerkschaftsfragen.

56 Ebd., Warnke an die Genossen Jendretzky, Ulbricht, Merker (Vertraulich!), 18. Juni 1948. Diesem Anschreiben sind die folgenden darin angesprochenen Dokumente beigefügt: Entwurf Verordnung über die Rechte der Gewerkschaften in den Betrieben (Wa., 17. Juni 1948) sowie Entwurf Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB über die Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben.

57 Ebd. In dem Anschreiben heißt es wörtlich: „[...] für die Leitung der Betriebsgewerkschaftsgruppe wird die Bezeichnung ‚Betriebsrat' angewandt, da sie populär ist und weil damit jedes Gerede, die Betriebsräte würden abgeschafft, beseitigt werden würde. Dem Namen nach würden die Betriebsräte also weiter bestehen, dem Inhalt nach sind sie dann die von den Gewerkschaftsmitgliedern des Betriebes gewählte Betriebsgewerkschaftsleitung. Das Betriebsrätegesetz braucht uns keine Hemmungen zu machen, da es in Ländern der Westzonen ebenfalls durch andere Gesetze abgelöst wurde." Für den Wortlaut des Bitterfelder Beschlusses siehe: Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948. Hrsg. von Detlev Brunner, Essen 1996, S. 206 f.

58 Bei Suckut (Anm. 7, S. 517 f.) werden diese Termine aus Veröffentlichungen in der „Täglichen Rundschau" zitiert.

Warnke mit seiner Position nicht sofort durchsetzen konnte, oder sie wurden als Täuschungsmanöver eingesetzt, um entsprechenden Gerüchten entgegenzutreten und mehr Zeit zur Vorbereitung einer möglichst reibungslosen „Abwicklung" der Betriebsräte zu gewinnen. Welche der beiden Deutungen die zutreffende ist, läßt sich (noch) nicht mit Sicherheit entscheiden. Da vom Zentralsekretariat (ZS) der SED am 9. August nochmals bekräftigt wurde, die BGL vor den BR wählen zu lassen – allerdings ohne Nennung von Terminen –,[59] kann man vermuten, daß sich Warnkes Position zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchgesetzt hatte oder nur im engsten Kreis besprochen und beschlossen, aber aus taktischen Gründen noch nicht auf die Tagesordnung der Führungsgremien von SED und FDGB gesetzt worden war.

Jedenfalls reduzierte die seit der Tagung des FDGB-Bundesvorstandes Anfang Mai in Hettstedt erfolgte sukzessive Beschneidung der Rechte und Kompetenzen der Betriebsräte deren Funktion formal bereits vor dem Novemberbeschluß von Bitterfeld auf die von sozialpolitischen Kommissionen der BGL.[60] Auch dieses Vorgehen läßt sich sowohl als taktisch geschickte Realisierung in kleinen Schritten einer bereits feststehenden Entscheidung zur Auflösung der Belegschaftsvertretungen als auch als zähes Ringen zweier Fraktionen interpretieren, bei der die Verteidiger der Betriebsräte letztlich auf verlorenem Posten standen. Welche Position sich am Ende durchsetzen würde, zeichnete sich u. a. dadurch ab, daß einige widerspenstige Betriebsräte, die dem eingeschlagenen Kurs nicht folgen wollten, bereits im Laufe des Jahres 1948 zum Rücktritt gezwungen wurden.[61]

Anfang November wurde im ZS der SED entschieden, daß die Wahlen der Betriebsräte „auf unbestimmte Zeit zu vertagen" seien; der Bundesvorstand des FDGB solle „eine begründete Mitteilung darüber herausgeben".[62] Dem kam dieses Gremium nur einen Tag später nach, bis schließlich am 15. November das ZS die endgültige Beseitigung der Betriebsräte in der SBZ beschloß.[63] Die „Bitterfelder Konferenz" des FDGB am 25./26. November 1948 diente nur noch dazu, „öffentlichkeitswirksam und mit einer demokratischen Fassade versehen" die von der SED vorgegebenen Beschlüsse zu propagieren und eine ideologische Offensive im Sinne der „neuen Gewerkschaftspolitik" einzuleiten.[64]

59 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/222 (Bl. 1 f.), Protokoll Nr. 101 (II) der Sitzung des SED-ZS vom 9. August 1948. An dem entsprechenden Tagesordnungspunkt dieser Sitzung nahm die gesamte FDGB-Führung teil. Dabei wurde u. a. vereinbart, künftig „in nicht allzu langbemessenen Zeiträumen regelmäßig" gemeinsam zu tagen.

60 Vgl. Suckut (Anm. 7), S. 513–515. „Die Beschlüsse von Hettstedt", 8. Mai 1948, abgedruckt in: Aus der Arbeit (Anm. 19), S. 411–413. Diese Beschlüsse umfaßten gleichzeitig eine Reihe flankierender Maßnahmen zur Stärkung der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen.

61 Als Beispiel dafür siehe den erzwungenen Rücktritt dreier führender Betriebsratsmitglieder (und SED-Genossen) der Firma Carl Zeiss in Jena im September 1948. Wolfgang Mühlfriedel und Edith Hellmuth, Das Tagebuch des Betriebsrates der Firma Carl Zeiss in Jena, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 1994, S. 189–206, insbes. S. 205 f.

62 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/246 (Bl. 2), Protokoll Nr. 128 (II) der Sitzung des ZS der SED vom 1. November 1948.

63 Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 303 f. Dort auch ausführlich die enge Abstimmung zwischen SED- und FDGB-Spitze in Vorbereitung der „Bitterfelder Konferenz", wozu Warnke in den Sitzungen des ZS vom 15. und 22./23. November 1948 jeweils ausführlich Bericht erstattete.

64 Ebd., S. 304. Ausführlich dazu: Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation (Anm. 57).

Der nunmehr ungehinderte Aktenzugang eröffnet die Möglichkeit, die tatsächliche Umsetzung des Auflösungsbeschlusses und eventuelle Widerstände dagegen in den Betrieben genauer zu rekonstruieren. Bislang gibt es jedoch keine Erkenntnisse, die Siegfried Suckuts Feststellung, „zu weiterreichenden Konflikten, etwa Streikaktionen", sei es nicht gekommen, grundlegend widersprächen.[65] FDGB-Berichte, beispielsweise aus Sachsen, betonen, die „rasche und fast reibungslose Durchführung der Verschmelzung der Betriebsräte mit den BGL" habe bewiesen, daß „die politische Einsicht der führenden Betriebsfunktionäre soweit gediehen [sei], daß sie sich über gefühlsmäßige Hemmungen und formalrechtliche Bedenken schnell hinweggesetzt" hätten.[66] Wo Schwierigkeiten auftraten, seien in „gemeinsamen Sitzungen und Versammlungen der BR und BGL diese Fragen diskutiert und die Zusammenschmelzung [...] beschlossen" worden. Lediglich als „Schönheitsfehler" vermerkt wurde, daß die „Überführung oder Verschmelzung [...] allerdings nur in seltensten Fällen nach demokratischen Grundsätzen vorgenommen" worden sei. In der Regel sei dies vielmehr „rein mechanisch durch Vereinbarung zwischen BGL und BR", d. h. ohne eine Mitglieder-, geschweige denn Belegschaftsversammlung, vonstatten gegangen. Repräsentative Zahlen, wie viele Betriebsratsmitglieder letztlich in die BGL gegangen sind, liefert der Bericht allerdings nicht.[67]

„Einige rückständige BR, die die politische Notwendigkeit der Änderung des alten Zustandes nicht einsehen wollten", trübten das Gesamtbild für die sächsische FDGB-Spitze nur unwesentlich. Wenn sich Betriebsräte weigerten, kurzerhand in die BGL eingegliedert zu werden, hätten angeblich „die Belegschaften meistens nach gründlicher Aussprache beschlossen, diese BR nicht in die BGL zu übernehmen".[68] Angesichts des zitierten Eingeständnisses, daß eine demokratische Legitimation der „Verschmelzung" nur in Ausnahmefällen erfolgt sei, scheint es allerdings höchst zweifelhaft, daß man ausgerechnet in jenen Betrieben, in denen die Betriebsräte Schwierigkeiten machten, Belegschaftsversammlungen einberief und dort dann tatsächlich Mehrheiten eine solche Entscheidung unterstützten. Eine größere Plausibilität besitzen hingegen Berichte, denen zufolge einige Betriebsräte, die zunächst nicht in die BGL wechseln wollten, nach dem Beschluß des FDGB, daß künftig die BGL-Vorsitzenden von der Arbeit freigestellt

65 Suckut (Anm. 7), S. 526.

66 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 387 (unfol.), „Bericht über die Verschmelzung der Betriebsräte in die BGL"; FDGB, Landesvorstand Sachsen, HA 1 (Organisation), 24. Januar 1949.

67 Ebd. Genannt werden nur vereinzelte Beispiele. Der Kreis Kamenz meldete „aus 104 Schwerpunktbetrieben der volkseigenen Industrie, daß von 634 BR 349 in die BGL übernommen wurden. In Meißen wurden 258 ehem. BR-Vorsitzende Leiter der sozialpolitischen Kommissionen, in Marienberg 26." Da dies nur sehr selektive Zahlenangaben für einige Orte sind, können sie nicht verallgemeinert werden. Suckut (Anm. 7, S. 524) zitiert die Zahl von zirka 12000 Betriebsratsvorsitzenden, die bis Anfang 1949 in der gesamten SBZ in die BGL übergewechselt sein sollen. Dies entspräche einem Anteil von höchstens 20 Prozent aller BR-Vorsitzenden (vgl. Tabelle 1, S. 467; die 20 Prozent beziehen sich auf die Zahl von zirka 60000 Betrieben, in denen bei der letzten BR-Wahl 1947 Belegschaftsvertretungen gewählt worden waren). Der Zahlenspiegel zu den BGL-Wahlen im Bereich der IG Metall nennt bei 7877 gewählten BGL die Zahl von 1650 „Mitgliedern der neuen BGL, die vorher Betriebsratsvorsitzende waren"; das entspricht einem Anteil von 20,9 Prozent, wenn man davon ausgeht, daß in all diesen Betrieben zuvor bereits Betriebsräte tätig waren. SAPMO-BArch, DY 46 11/1326/3946 (unfol.), FDGB-Bundesvorstand, HA I (Organisation), 18. Februar 1949, an ZV IG Metall, betr. BGL-Wahlen 1948.

68 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 387 (unfol.), „Bericht über die Verschmelzung ...".

und über die IG bezahlt würden, sich schließlich doch bereit fanden, diese Position zu übernehmen.[69]

In einzelnen Fällen, wo sich die Belegschaftsvertretung beispielsweise mehrheitlich aus LDPD-Mitgliedern zusammengesetzt hatte, wurde die „Verschmelzung" mit der BGL genutzt, um diese mißliebigen „Klassengegner" gezielt auszubooten.[70] Diese Praxis ist in Betrieben, bei denen das politische Kräfteverhältnis dies zuließ, mit Sicherheit auch gegenüber (ehemaligen) Sozialdemokraten – mit und ohne SED-Parteibuch – angewandt worden. Am Beispiel Leipzigs rechnete der sächsische FDGB vor, daß „durch die Verschmelzung [...] die politische Zusammensetzung der BGL-Mitglieder und -Kommissionen erheblich verbessert" worden sei.[71] Der Landesvorstand der Einheitsgewerkschaft in Dresden resümierte sichtlich zufrieden, daß mit den Betriebsräten ein „alter Herd reformistischer und opportunistischer Entgleisungen weggeräumt" worden und nun der Weg frei sei „für die ungehinderte Arbeit der BGL" bei der Realisierung der „Aufgabe der Gewerkschaften [...], entscheidend an der Durchführung des Zweijahrplanes mitzuwirken". Dies war freilich eine voreilige und zu optimistische Schlußfolgerung. Denn angesichts der noch sehr schwachen Position der Ulbrichtschen SED in den meisten Betrieben[72] dürften nicht wenige ehemalige sozialdemokratische Betriebsräte in den und außerhalb der BGL ihre Politik im wesentlichen fortgesetzt haben, was ein reibungsloses Funktionieren des „Transmissionsriemens" FDGB bis weit in die fünfziger Jahre mehr oder weniger erschwerte.[73] Insofern war die weitgehend reibungslose „Abwicklung" der Betriebsräte zumindest teilweise für den neuen FDGB-Vorsitzenden Warnke und seine Genossen ein trügerischer Erfolg.

Daß die Auflösung der unabhängigen Belegschaftsvertretungen nicht zu größeren Unruhen in der Arbeiterschaft geführt hat, ist hauptsächlich zwei Ursachen geschuldet.[74] Erstens dürften das politische Interesse und das Engagement der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten eher gering und den allermeisten die Tragweite der Abschaffung der Betriebsräte nicht bewußt gewesen sein. Dazu hat sicher beigetragen, daß die Argumentation der FDGB-Führung, die Betriebsräte würden nicht abgeschafft, sondern lediglich ihre Kompetenzen auf die BGL übertragen, vielen Arbeitern durchaus plausibel erscheinen mochte – zumal, wenn es gelang, bisherige BR-Mitglieder zum Übertritt in die BGL zu bewegen und die vorgebliche Kontinuität damit auch personell glaubhaft zu machen. Ebenso stichhaltig ist das Argument, daß die Betriebsräte aufgrund ihrer Stellung zwischen Belegschaft und Betriebsleitung sowie wegen ihrer

69 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 6 (unfol.).

70 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 387 (unfol.), „Bericht über Konferenz Freiberg", zirka Dezember 1948. In diesem Bericht ist auch – ohne nähere Angaben – von Widerständen gegen die faktische Auflösung der Betriebsräte die Rede.

71 Ebd. „Bericht über die Verschmelzung ...".

72 Siehe dazu ausführlich: Reichel, „Feste Burgen der Partei?" (Anm. 5).

73 Siehe dazu ausführlich: Stefan Werum, „Wir sind die Illegalen!" Zum Wandel der Funktionen und Organisationsstrukturen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1948–1952/53, in: *AfS*, Jg. 39 (1999), S. 73–121. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß neben der sicher größten Gruppe sozialdemokratisch geprägter Betriebsräte und gewerkschaftlicher Basisfunktionäre hier auch christliche, liberale, nicht linientreu-kommunistische und andere „Abweichler" einzuordnen sind.

74 Vgl. Suckut (Anm. 7), S. 526 f.

Tabelle 1
*Betriebsratswahlen 1946 und 1947**

Land	Juli 1946			Juni/Juli 1947					
	Betriebe	Beschäftigte	gewählte Betriebsräte	Betriebe		Beschäftigte		gewählte Betriebsräte	
				abs.	1946 = 100	abs.	1946 = 100	abs.	1946 = 100
Sachsen	18551	1022064	53018	23573	127	1250769	122	65164	123
Sachsen-Anhalt	9747	620306	26184	12767	131	742038	120	33480	128
Thüringen	10431	431905	22243	12595	121	549271	127	30144	136
Brandenburg	3088	165000	9386	6090	197	325625	197	16974	181
Mecklenburg	2160	122905	7190	4564	211	207958	169	11859	165
Berlin	2393	280906	10684	7163	299	531793	189	23106	216
SBZ	43977	2362180	118021	59589	136	3075661	130	157621	134
SBZ und Berlin	46370	2643086	128705	66752	144	3607454	137	180727	140

* In der Tabelle werden für 1946 und 1947 jeweils die Zahlen der Betriebe, in denen Betriebsräte gewählt wurden, die Zahl der in diesen Betrieben Beschäftigten und die Zahl der gewählten Betriebsratsmitglieder angegeben. Die Angaben stammen aus dem Geschäftsbericht FDGB 1946, S. 158 (für 1946), und einer Aufstellung mit dem „Endergebnis der Betriebsrätewahlen in der sowjetischen Besatzungszone" (Berlin, 1. August 1947, Vorstand des FDGB, Hauptabteilung 7 – Betriebsräte, gez. Warnke), SHStA FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 386 (unfol.). Die hier wiedergegebenen Zahlen für 1947 liegen für die SBZ z. T. deutlich über den bei Suckut (Anm. 7), S. 490 f., zitierten. Bezüglich (Groß-)Berlins ist es umgekehrt. Deshalb wurden im letztgenannten Fall die bei Suckut zitierten Zahlen aus dem „Geschäftsbericht des FDGB Groß-Berlin für das Jahr 1947", Berlin 1948, S. 33, übernommen.

teilweise heiklen Rolle als Verteiler von Mangelwaren, die nie für alle ausreichten, nicht immer und überall den uneingeschränkten Rückhalt ihrer Kollegen besaßen.[75]

Zweitens hat das sich seit Frühsommer 1948 rapide verschärfende Klima der Einschüchterung, Repression und „Säuberung" gegenüber allen nichtkommunistischen Kräften jegliche Ansätze, sich offen gegen die Auflösung der BR zur Wehr zu setzen, stark gedämpft bzw. im Keim erstickt.[76] Dadurch wurden nicht nur Opponenten abgeschreckt, sondern auch linientreue Funktionäre und Mitglieder der SED in den Betrieben verstärkt auf den „verschärften Klassenkampf" gegen die allgegenwärtigen „Klassenfeinde" eingeschworen. Selbst das Gros der „unpolitischen" Arbeiter sah sich zunehmend gedrängt, sich zumindest verbal auf die „richtige" Seite in dieser Auseinandersetzung zu stellen. Wenn man sozusagen zwischen den Zeilen der oben zitierten FDGB-Berichte liest, kann man durchaus mutmaßen, daß die Verfasser die Schwierigkeiten und Widerstände herunterspielten – wohl wissend, daß so manche geballte Faust angesichts des repressiven Klimas in der Tasche steckengeblieben war.

Bedenkenswert ist schließlich auch die These, daß der Widerstand gegen die Auflösung der Betriebsräte und die allgemeine Usurpation der Institutionen der Arbeiterbewegung durch die SED nicht zuletzt wegen des „fehlenden Immunsystems" der Arbeiterschaft – nach zwölf Jahren NS-Diktatur – relativ gering ausfiel.[77] Dies gilt um so mehr, als diese gesamte Entwicklung ja im Namen der „Arbeiterklasse" vollzogen wurde und in den Führungsgremien von SED und FDGB auf allen Ebenen zu diesem Zeitpunkt noch eine Vielzahl (früherer) Sozialdemokraten vertreten waren, die diesem Kurs eine gewisse Legitimation gaben, indem sie ihn entweder mittrugen oder in der Öffentlichkeit ohnmächtig schwiegen und nicht ihre Stimme dagegen erhoben – was bekanntermaßen fast unmöglich, d. h. außerordentlich gefährlich, war.[78]

II. Leistungen und Grenzen der Betriebsrätebewegung in der SBZ

Vor gut zwei Jahrzehnten wurde bezüglich des Forschungsstandes über das Wirken der Betriebsräte in den ersten Nachkriegsjahren festgestellt, daß dieses Thema „für die Ostzone [...] bei weitem am besten aufgearbeitet" sei,[79] wenngleich das Fehlen einschlägiger

75 Darauf verwies – sinngemäß – Helke Stadtland (Bochum) während einer Diskussion zu diesem Thema anläßlich eines Vortrags des Verfassers im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) Ende 1999.

76 Vgl. Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 221 f. und S. 267 ff. Dort (S. 302 ff.) auch ausführlich zu dem mit Bitterfeld massiv einsetzenden Kampf gegen „Nurgewerkschaftertum" und jegliche „Reformisten".

77 Vgl. Franz Walter, Tobias Dürr und Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Bonn 1993, S. 427 f.

78 Siehe dazu beispielsweise die Liste der Teilnehmer an der „Bitterfelder Konferenz" in: Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation (Anm. 57), S. 212 ff. Es sei betont, daß dies keine wohlfeile pauschale moralische oder sonstige Schuldzuweisung an *die* Sozialdemokraten in SED und FDGB beinhaltet, die sich größtenteils in einer höchst tragischen Lage befanden. Für eine ausführliche und differenzierte Bewertung siehe Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 411 ff.

79 Christoph Kleßmann, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945–1952, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953. Hrsg. von Heinrich August Winkler (= *Geschichte und Gesellschaft,* Sonderh. 5), Göttingen 1979, S. 44–73.

Tabelle 2
*Parteizugehörigkeit der gewählten Betriebsräte 1946 und 1947**

Land/Jahr	SED		CDU		LDP		Parteilose		insgesamt
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
Sachsen 1946	26808	48,7	679	1,2	701	1,3	26877	48,8	55065
Sachsen 1947	26696	52,1	618	1,2	555	1,1	23348	45,6	51217
Brandenburg 1947	6472	47,0	138	1,0	91	0,7	7075	51,4	13776
SBZ 1946	64460	54,6	1582	1,3	1409	1,2	50541	42,8	117992
SBZ 1947	67735	50,9	1917	1,4	1585	1,2	61897	46,5	133134

* Zahlenangaben nach: Kleßmann, Die stilisierte Klasse (Anm. 2), S. 54 f.

mikrohistorischer Untersuchungen über den wichtigen Bereich der Entwicklung in den Betrieben selbst – für alle vier Besatzungszonen – zu beklagen war.[80] An diesem Zustand hat sich für die SBZ seither kaum etwas geändert. Zu den in den siebziger Jahren entstandenen Arbeiten von Dietrich Staritz[81] und vor allem Siegfried Suckut[82] ist lediglich noch ein kurzer Aufsatz von Fred Klinger[83] hinzugekommen, und Suckut hat zuletzt, anhand nunmehr zugänglichen Aktenmaterials, die Hintergründe der Auflösung der Betriebsräte knapp umrissen.[84] Für die westlichen Besatzungszonen hingegen ist die Forschungslücke auf der betrieblichen Ebene durch eine ganze Reihe von Arbeiten, die seit den achtziger Jahren entstanden sind, zumindest teilweise geschlossen worden.[85] Da vergleichbare Studien für die Ostzone noch immer fehlen, die Situation aber im gesamten Nachkriegsdeutschland zunächst prinzipiell gleich oder ähnlich war, ist es sicherlich zulässig, die neueren Forschungen zu den Westzonen auch bei Arbeiten zur SBZ heranzuziehen.

Mithin ist Suckuts verdienstvolle Pionierarbeit noch immer die einzige umfangreiche Studie zur Geschichte der Betriebsräte in der Sowjetischen Besatzungszone und folglich sowohl Orientierungs- als auch Reibungspunkt für neue empirische Forschungen auf diesem Gebiet. Die von Klinger vorgebrachte Skepsis und Kritik wird dabei noch vertieft werden und zumindest in Teilen zu einer mehr oder weniger starken Korrektur der von Suckut formulierten Erkenntnisse und Thesen führen.[86] Dies gilt insbesondere für die von ihm zentral behandelte Frage, „in welchem Maße und auf welchem Wege es den Belegschaften und ihren gewählten Vertretern [...] gelungen ist, Elemente einer neuen, demokratisch-sozialistischen Gesellschaft auf Betriebsebene herauszubilden, konkret: die Demokratisierung überkommener Leitungsstrukturen einzuleiten und durchzusetzen, mit dem Ziel, fremdbestimmtes Handeln durch selbstbestimmtes zu ersetzen, Herrschaftsverhältnisse abzubauen und politische Emanzipation zu fördern".[87] Die diesbezügliche These der Existenz und Verbreitung einer effizient funktionierenden „Arbeiterselbstverwaltung" in der Industrie der SBZ wird letztlich kaum aufrechtzuerhalten sein. Insgesamt fällt Suckuts Bewertung der Betriebsrätebewegung zu euphorisch und

80 Ders., Politisch-soziale Traditionen und betriebliches Verhalten von Industriearbeitern nach 1945. Umrisse am Beispiel zweier Werke, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. (Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag), Göttingen 1982, S. 365–381.

81 Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin 1976.

82 Suckut (Anm. 7).

83 Fred Klinger, Betriebsräte und Neuordnung in der sowjetischen Besatzungszone. Zur Kritik eines politischen Mythos, in: Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Hrsg. von Rolf Ebbighausen und Friedrich Tiemann, Opladen 1984, S. 336–351.

84 Suckut (Anm. 47), S. 53–65.

85 Siehe hierzu: Karl Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" Arbeiterschaft und Betriebsräte während der Nachkriegsjahre. Zugleich ein Literaturbericht, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, Jg. 19 (1990), S. 313–338, Martin Rüther, Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Bonn 1991, und Karl Lauschke, Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966, Essen 2000.

86 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 341 und S. 348 f. In diesem Sinne auch Kleßmann, Die stilisierte Klasse (Anm. 2), S. 51.

87 Suckut (Anm. 7), S. 4.

zu positiv in der Beantwortung seiner zentralen Fragestellung aus.[88] Dies ist vor allem der zwar umfangreichen, aber tendenziell doch eher einseitigen Materialbasis geschuldet, auf der seine Studie beruht.[89] So stützen sich auch Kernaussagen wie die angeführte im wesentlichen auf Berichte aus der Presse, die weitgehend von der SMAD bzw. der KPD/SED kontrolliert wurde, auf offizielle Publikationen von KPD/SED, FDGB oder staatlichen Stellen sowie auf Arbeiten von DDR-Historikern mit mehr oder weniger parteilicher Darstellung und Interpretation. Daß aber gedruckte Quellen und historiographische Aussagen dieser Provenienz nicht zuletzt in propagandistischer Absicht veröffentlicht wurden und eher Wunschvorstellungen der Führungen von KPD/SED und FDGB als die Realität widerspiegelten, ist wohl unbestritten.[90] So liegt es nahe zu vermuten, daß auf ungedruckten Quellen gestützte Untersuchungen zu teilweise erheblich von Suckuts Studie abweichenden Ergebnissen führen werden, was im Folgenden exemplarisch gezeigt wird.

Um die wichtige Rolle, die die Betriebsräte in den ersten Nachkriegsjahren spielten, einschätzen zu können, ist es nützlich, einen kurzen Blick auf den Zustand der Zusammenbruchsgesellschaft zu werfen.[91] Zwei zentrale Merkmale der gesellschaftlichen Situation 1945 waren die wirtschaftliche Zerrüttung und Desintegration sowie die Desorganisation der staatlichen Verwaltung auf allen Ebenen. Vor allem die Zerstörung des (vormals) hochentwickelten „Geflechts arbeitsteiliger Produktions- und Lieferbeziehungen" brachte die Betriebe in eine „insulare Lage von Selbstversorgern".[92] Somit kam den einzelnen Betrieben eine ungewöhnlich große Bedeutung zu, denn sie waren faktisch „neben der Familie die einzigen Kollektivorgane, die Versorgung im weitesten Sinne, Stabilität im Chaos und Wiederaufbau zu garantieren schienen".[93] Aus dem Umstand, daß in Ostdeutschland nicht wenige Fabrikbesitzer und leitende Angestellte vor der Roten Armee geflohen waren, erwuchs den Betriebsräten in der SBZ oftmals eine noch größere Verantwortung als denen in den Westzonen. Sie besetzten vielfach jenen „machtfreien Raum" der 1945 innerhalb der Industriebetriebe entstanden war,[94] halfen, die Wiederingangsetzung der Produktion zu organisieren, setzten sich in der Regel für die Entnazifizierung ihrer Unternehmen ein und kümmerten sich um die Versorgung

88 Ebd., u. a. S. 340–346; vor allem die zusammenfassenden Thesen (S. 529–531) bieten eine überzogen positive Interpretation des Ausmaßes und der Bedeutung der BR-Bewegung in der SBZ. Ganz nüchtern zu konzedieren ist, daß natürlich auch diese Arbeit in Fragestellung und Interpretation den Geist ihrer Zeit atmet.

89 Das soll ausdrücklich nicht als Vorwurf an Suckut verstanden werden, der in der Tat ein Maximum an Materialien, die westliche Historiker in den 1970er Jahren erreichen konnten, verwendet hat.

90 Beispielhaft belegt wird dies unten anhand eines Vergleichs der veröffentlichten Auszüge einer Betriebsratsumfrage im Geschäftsbericht des FDGB für 1946 und dem ungekürzten Originaldokument aus den Akten der Hauptabteilung 7 (Betriebsräte) des FDGB-Bundesvorstandes. Vgl. Geschäftsbericht FDGB 1946, S. 167–173; SAPMO-BArch, DY 34/20306 (unfol.), „Querschnitt durch die Betriebsrätearbeit in der Ostzone" (FDGB-Bundesvorstand, zirka Herbst 1946) [künftig zitiert: BR-Umfrage 1946].

91 Vgl. dazu ausführlich: Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 bis 1955, 5. Aufl., Bonn 1991, S. 37 ff. und S. 121 ff.

92 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 336; vgl. auch Staritz, Sozialismus (Anm. 81), S. 104.

93 Alexander von Plato, „Der Verlierer geht nicht leer aus". Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin 1984, S. 101.

94 Theo Pirker, Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration", Berlin 1977, S. 61.

der Belegschaften mit dem Lebensnotwendigsten.[95] Auf letzterem Aspekt lag ganz eindeutig das Schwergewicht ihrer Tätigkeit: „Insgesamt gesehen, nehmen die Aufgaben in der Versorgung und Ernährung der Belegschaften noch den größten Raum in der Arbeit der Betriebsräte ein", hieß es in einer zusammenfassenden Einschätzung des FDGB für das Jahr 1946.[96] Ein Jahr später lautete das Fazit, „daß die Betriebsräte ihre Aufgaben allzu sehr von der sozialpolitischen Seite her betrachteten und in nicht genügendem Maße die Steigerung der Arbeitsproduktivität und in den Privatbetrieben die konsequente Anwendung des Mitbestimmungsrechtes in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten".[97]

Die Forschungsliteratur bestätigt ziemlich einhellig, daß die „sozialökonomischen Aktivitäten" – d.h. vor allem die Versorgung der Belegschaften mit Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen und Brennmaterial – im Mittelpunkt der Tätigkeit der Betriebsräte standen,[98] was auch in solchen zeitgenössischen Bezeichnungen wie „Kartoffelbetriebsrat"[99] oder betriebliche „Großhamsterer"[100] seinen plastischen Ausdruck fand. Hier bildeten die ostdeutschen Betriebsräte ganz sicher ebensowenig eine Ausnahme wie bei dem damit unmittelbar verbundenen Problem der sogenannten Kompensationsgeschäfte.[101] Bei diesen ging es vorrangig um den Eintausch von Lebensmitteln, wobei manche Betriebe regelrechte Lieferverträge „mit einzelnen Hofbesitzern, ja ganzen Gemeinden" abschlossen.[102] Soweit dies möglich war, wurde die Produktion der Betriebe wenigstens teilweise so ausgerichtet oder umgestellt, daß die hergestellten Waren zur Versorgung der eigenen Belegschaft bzw. als begehrte Tauschobjekte im Kompensationshandel

95 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 337; Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 317. Neuere Untersuchungen, beispielsweise von Frank Schulz, zeigen allerdings, daß eine große Zahl von Managern und Eigentümern verblieben und gewillt waren, ihre Unternehmen weiterhin zu führen. Ihre Position war sicher in mancher Hinsicht geschwächt, aber die These vom „machtfreien Raum" wird durch diesen Befund dennoch relativiert, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, das z.B. Leipzig zunächst von den Amerikanern besetzt worden war. Vgl. Frank Schulz, Elitenwechsel in Betriebsleitungen der Leipziger Industrieregion 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Werner Bramke und Ulrich Heß, Leipzig 1998, S. 185–225. Schulz bietet auch ein differenziertes Bild bezüglich der Entnazifizierung.

96 Geschäftsbericht FDGB 1946, S. 168.

97 Aus der Arbeit (Anm. 19), S. 345.

98 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83); S. 345, Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 317 f.

99 Alexander von Plato, „Was wäre ohne uns?". Betriebsräte nach 1945, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 36 (1985), S. 221–232, hier S. 229.

100 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 345.

101 Vgl. Staritz, Sozialismus (Anm. 81), S. 104 f.; Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 345 f.; Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 317 f.; Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 254 f. In den Akten wird dies bestätigt, z.B. in den Berichten über Betriebsversammlungen im Mai 1947 in Magdeburg, Hennigsdorf, Finsterwalde und Luckenwalde, in: SAPMO-BArch, DY 34 11/772/3472 (unfol.), ebenso in: BR-Umfrage 1946, der zufolge eine ganze Reihe von Betriebsräten sogar offen zugaben, durch Kompensationsgeschäfte zusätzliche Lebensmittel für die Versorgung ihrer Belegschaften herangeschafft zu haben.

102 Zitiert nach Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 345, aus dem „Thüringer Volk" vom 14. Juni 1947, S. 3. Behrendt gibt die „Preisliste" der Kunstseidenfabrik Premnitz wieder, in der u.a. festgelegt war, daß man für 1 kg Garn 6,7 kg Grieß oder 5,5 kg Graupen oder 7,5 kg Weizenmehl oder 0,8 kg Butter/Speck oder 40 kg Kartoffeln haben wollte. Albrecht Behrendt, Die Betriebsrätekonferenzen der landeseigenen Betriebe der sowjetischen Besatzungszone 1947, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* [künftig zitiert: *ZfG*], Jg. 27 (1979), S. 868–883, hier S. 874.

genutzt werden konnten.[103] Abgesehen von der damit verbundenen Ungerechtigkeit, die darin bestand, daß es natürlich nicht allen Unternehmen möglich war, lukrative Güter für den Tauschhandel zu erzeugen und somit eine Zusatzversorgung der eigenen Belegschaft zu gewährleisten, wurden durch diese weit verbreitete Praxis alle Versuche einer zentralen Steuerung der Gesamtwirtschaft, insbesondere der Verteilung, unterlaufen. So soll z. B. in Sachsen noch 1948 wenigstens ein Viertel der industriellen Gebrauchsgüter den zentralen Verteilungsorganen durch Kompensations- und Schwarzmarktgeschäfte verlorengegangen sein.[104] Kein Wunder also, daß SED und FDGB dies sehr bald als Problem erkannten und immer wieder ebenso heftig wie erfolglos kritisierten.[105] Kritik an dieser Praxis kam aber auch von Belegschaftsvertretern jener Betriebe, die nicht auf diese Weise für ihre Kollegen sorgen konnten und den anderen mangelnde Solidarität vorwarfen.[106]

Diese aus der Not geborene betriebsegoistische Handlungsweise vieler Betriebsräte untermauert die These, daß „die Überlastung mit Alltagssorgen der Belegschaft, die nun an die erste Stelle in der Interessenvertretung rückten, weiterreichende politische Ziele [...] unvermeidlich in den Hintergrund treten lassen mußte".[107] Ob das gesellschaftspolitische Engagement der meisten Betriebsräte – im Westen wie im Osten – bei geringerer diesbezüglicher Belastung sehr viel größer gewesen wäre, scheint zweifelhaft, denn „globale und abstrakte Zielvorstellungen wie Sozialisierung und Planung der Wirtschaft" waren bei ihnen in der Regel kaum vorhanden.[108] Zwar werden viele Belegschaftsvertreter in der SBZ die diffuse Vorstellung ihrer Kollegen an Rhein und Ruhr, daß „der Sozialismus" nun irgendwie kommen müsse,[109] geteilt haben, aber konkret dafür gestritten haben die meisten von ihnen wohl ebensowenig wie jene. Im Gegenteil dürfte das Auftreten der sowjetischen Besatzer und die ersten Schritte von KPD/SED und FDGB in Richtung einer „sozialistischen" Gesellschaftsordnung bei nicht wenigen Betriebsräten in Ostdeutschland zu Irritationen bzw. zur Desillusionierung und noch größerer Zurückhaltung in dieser Frage geführt haben.

Selbst bezüglich der Forderung nach Festschreibung ihrer Mitbestimmungsrechte im Betrieb kritisierte die FDGB-Führung das mangelnde Engagement vieler Belegschaftsvertretungen.[110] Diese Kritik scheint nicht aus der Luft gegriffen, da bei der

103 Im Bericht über eine Betriebsversammlung der Finsterwalder Maschinen AG vom Mai 1947 ist z. B. von der Produktion von Öfen und Töpfen für die Belegschaft die Rede. SAPMO-BArch, DY 34 11/772/3472 (unfol.).

104 Dietmar Keller, Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948–1952, Berlin 1971, S. 97.

105 Siehe z. B. Geschäftsbericht FDGB 1946, S. 168; Ulbrichts Kritik auf dem 2. SED-Parteitag, in: Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. September 1947, Berlin 1947, S. 323.

106 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 346.

107 Christoph Kleßmann, Betriebsräte in der Zusammenbruchsgesellschaft, in: Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945. Hrsg. von Ilse Brusius, Köln 1985, S. 235–245, hier S. 241.

108 Ders., Elemente der ideologischen und sozialen Integration der westdeutschen Arbeiterbewegung, in: Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. Hrsg. von Ludolf Herbst, München 1986, S. 107–116. Vgl. Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 318 f.

109 Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 319.

110 Aus der Arbeit (Anm. 19), S. 345 – diese Einschätzung bezog sich auf den Stand von 1947.

bereits erwähnten Umfrage unter Betriebsräten im Herbst 1946 nur ein Drittel von ihnen erklärte, eine Vereinbarung über ihre Mitbestimmungsrechte abgeschlossen zu haben, während sich ein Viertel von ihnen zu dieser Frage gar nicht äußerte und ein weiteres Viertel zu erkennen gab, daß sie dies aufgrund ihres guten Verhältnisses zur Betriebsleitung für nicht erforderlich hielten oder gar nicht recht wußten, was Gegenstand einer solchen Vereinbarung sein sollte.[111] Den allgemeinen „politisch-ideologischen Entwicklungsstand" der Betriebsräte bezeichnete der FDGB-Landesvorstand Sachsen-Anhalts 1947 als „noch relativ niedrig", nicht zuletzt, weil sie auf der einen Seite „aus sogenannten formalen Gerechtigkeitsgefühlen sich mit ihren früheren Inhabern gegen die Enteignung stemmten" und andererseits „in den neuen Werkleitungen noch Vertreter des alten Unternehmertums" sahen, weshalb sie „vom alten Klassenstandpunkt an die Betriebsfragen" herangingen und versuchten, „in sozialen Belangen herauszuholen, was herauszuholen" war.[112] Immer wieder beklagten führende FDGB-Funktionäre, daß „die Arbeiter noch nicht die richtige Einstellung zu den Veränderungen in der Wirtschaft" gefunden hätten, da sie „ihr ebenso gleichgültig gegenüber[standen], wie früher der monopolistischen Wirtschaft".[113]

Erstaunlich ist daran nur, welch realitätsferne Vorstellung von einem plötzlichen „Bewußtseins"- und Verhaltenswandel der Arbeiterschaft und ihrer Basisvertreter offenbar im SED- und FDGB-Apparat vorherrschte. Ganz selbstverständlich war für die allermeisten Beschäftigten die Verbesserung ihrer alltäglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Maßstab für die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung.[114] Mochten die aktiven Betriebsräte noch ein gewisses Interesse und Verständnis für weiterreichende gesellschaftspolitische Ziele aufbringen, so war dies bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten sicher kaum der Fall. „Die Masse" hat „sich nicht um Politik gekümmert, [...] die klare Willensäußerung der Basis war nicht da [...] von unten kam nichts."[115]

111 BR-Umfrage 1946.

112 Zitiert nach: Behrendt, Betriebsrätekonferenzen (Anm. 102), S. 871. Die Tatsache, daß viele Betriebsleiter in den verstaatlichten Betrieben (LEB/VEB) vormals Arbeiter bzw. Angestellte – nicht selten Betriebsräte – gewesen waren, belegt nicht zwingend, daß dadurch quasi automatisch auch ein demokratischer Wirtschaftssektor unter dominierendem Einfluß der Arbeiterschaft – Suckut (Anm. 7), S. 473 – geschaffen worden war. Auch wenn alte Bindungen zu den Kollegen sicher nicht von heute auf morgen abrissen, überschritten diese (ehemaligen) Betriebsräte doch die „Kragenlinie" und standen dann sehr schnell unter erheblichem Druck, beispielsweise das „Prinzip der Einzelleitung" durchzusetzen. Vgl. dazu Suckut (Anm. 7), S. 480 f., und Peter Hübner, Um Kopf und Kragen. Zur Geschichte der innerbetrieblichen Hierarchien im Konstituierungsprozeß der DDR-Gesellschaft, in: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung*, H. 33 (1993), S. 210–232. Neuere Forschungen deuten im übrigen darauf hin, daß es angebracht ist, die Frage nach personeller Kontinuität und Erneuerung bezüglich des Führungspersonals der Betriebe noch einmal genauer zu untersuchen. Vgl. Schulz, Elitenwechsel (Anm. 95).

113 BR-Umfrage 1946.

114 Den naiv erscheinenden grundlegenden Trugschluß, daß mit der Deklaration der Betriebe als „volkseigen" sich das „Bewußtsein" der Arbeiter schlagartig ändert und sie ein (Mit-)Eigentümer- und Verantwortungsbewußtsein an den Tag legen, in dem die Interessen des Betriebes oder gar der Gesamtwirtschaft ebenso schwer wiegen wie die privaten Interessen des einzelnen, hat es unter den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären der SBZ/DDR offenbar von Anfang an gegeben.

115 Aussage eines Betriebsrates aus Köln, zitiert nach: Rüther, Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder (Anm. 85), S. 216.

Ob jüngere oder ältere Generation, fast alle waren davon ausgefüllt, die eigene Existenz unter den chaotischen Verhältnissen der Zusammenbruchsgesellschaft zu sichern.[116] Eine „oft rücksichtslose Help-yourself-Mentalität" breitete sich unter der Arbeiterschaft aus, die einherging mit einem Verfall der Arbeitsmoral, der sich u.a. in einem Anstieg von Diebstählen und anderen „desperaten Akten der ‚Notwehr'" ausdrückte.[117] Während nur ein Viertel der Betriebsräte in der FDGB-Umfrage vom Herbst 1946 angab, daß die Arbeitsmoral ihrer Belegschaften „relativ gut" sei, erklärte ein Drittel unumwunden, sie sei „ungenügend oder direkt schlecht".[118] Als Gründe dafür wurden die „schlechte Ernährung" und „Ungerechtigkeiten in der Verteilung (Lebensmittelkarteneinstufung) sehr stark herausgestellt". Genannt wurden außerdem der Mangel an Arbeitskleidung und Schuhen, Verkehrsschwierigkeiten, zu geringe Löhne angesichts der Preiserhöhungen, Demontagen sowie der „ungünstige Einfluß der Umsiedler, die sich schwerer in die Arbeitsdisziplin einfügen als andere".[119]

Eine der seltenen von der Belegschaft ausgehenden politischen Aktivitäten in einem A.E.G.-Werk in Hennigsdorf im Mai 1947 war beispielsweise, daß in einer Abteilung „Anschläge am schwarzen Brett erschienen, die in ungeeigneter Form zu gemeinsamen Protesten gegen die rückständigen Lebensmittelbelieferungen aufforderten".[120] Die Reaktion darauf, nämlich die Verhaftung der beiden „von dunklen Elementen mißbrauchten" Urheber, dürfte sich – im Sinne der Politik von SED und FDGB – eher kontraproduktiv ausgewirkt haben. Unter den Kollegen jenes Betriebes werden die Partei- und die Gewerkschaftsgruppe, denen vorgeworfen wurde, daß sie es nicht fertiggebracht hätten, „die Wirkungen solcher Wühlereien auf die guten Arbeiterelemente unwirksam zu machen", nachher einen noch schwereren Stand gehabt haben.[121]

Unter zusätzlich verschärften Bedingungen, wie etwa im harten Hungerwinter 1946/47, wurde die Tendenz zur Individualisierung des Überlebenskampfes noch verstärkt, sank die Bereitschaft zu jeglichem gesellschaftlichem Engagement weiter ab.[122]

116 Vgl. die interessante Charakterisierung der z.T. unterschiedlich motivierten, aber im Endeffekt doch ziemlich gleichen passiven Haltung von jüngerer und älterer Generation bei Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 324 f.

117 Michael Fichter, Aufbau und Neuordnung. Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 469–549, hier S. 528. Von einem starken Anstieg der Diebstähle ist auch in der BR-Umfrage von 1946 die Rede.

118 BR-Umfrage 1946. Dies ist eine der qualitativen Aussagen der Umfrage, die in der Version des Geschäftsberichtes des FDGB für 1946 nicht zu finden ist.

119 Ebd., Bl. 4. An anderer Stelle dieses Berichts wird erwähnt, daß mehr als ein Viertel der befragten Betriebe von Demontagen betroffen war und 47 der 100 Betriebe ganz oder teilweise für das Reparationskonto arbeiteten, wobei diese Zahl – nach Einschätzung der Verfasser des Berichtes – sogar noch größer gewesen sein könnte.

120 Aus dem FDGB-Bericht über die Betriebsversammlung bei der A. E. G. in Hennigsdorf am 9. Mai 1947. SAPMO-BArch, DY 34, 11/772/3472 (unfol.).

121 Ebd. Vgl. Staritz' Kommentar, daß die Politik der SED, gegenüber der Arbeiterschaft ihren Führungs- und Gestaltungsanspruch administrativ durchzusetzen, bereits in diesem frühen Stadium zu einer „Entfremdung der Partei von wesentlichen Teilen ihrer Basis" geführt habe und damit eine Form jener „Revolution von oben" gewesen sei, die letztlich den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 hervorgerufen habe. Staritz, Sozialismus (Anm. 81), S. 117.

122 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 346.

Deutlicher Ausdruck der Individualisierung des Überlebenskampfes und weit verbreitetes Symptom der schlechten Arbeitsdisziplin war der sogenannte Absentismus.[123] Da die relativ geringen Löhne angesichts steigender Preise oft nicht ausreichten, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, sahen sich viele Beschäftigte gezwungen, durch Bearbeitung eigenen oder fremden Bodens, Schwarzmarktgeschäfte, Hamsterfahrten aufs Land o.ä. die Minimalversorgung für sich und ihre Familien sicherzustellen.[124] Folglich fehlten sie – unentschuldigt oder „krank" gemeldet – mehr oder weniger häufig am Arbeitsplatz.[125] Diesem gravierenden Problem versuchten die Betriebe nach Möglichkeit durch die Bereitstellung zusätzlicher Lebensmittel und anderer dringend benötigter Güter für ihre Belegschaften zu begegnen, insbesondere wenn es darum ging, dringend benötigte Facharbeiter im Unternehmen zu halten oder zu gewinnen. So soll es beispielsweise einem Betriebsrat aus dem thüringischen Kalibergbau gelungen sein, fünfzehn Hauer seiner Grube, die es mittlerweile vorzogen, in der Landwirtschaft tätig zu sein, zurückzugewinnen, indem der Betrieb jedem dieser Männer einen Landarbeiter stellte und dessen Bezahlung zur Hälfte übernahm.[126] Rätselhaft erscheint, wie Suckut in diesem Zusammenhang zu dem Befund kommt, daß „Formen besonderer materieller Stimulierungen [...] von den Betriebsräten in keinem nennenswerten Umfang angewandt" worden seien. Angeblich wurde „die Notwendigkeit, aufgrund des großen Warenmangels eine höchstmögliche Produktion anzustreben, [...] offenbar eingesehen, ohne daß es intensiverer Aufklärungsarbeit bedurft hätte".[127] Dies klingt doch etwas sehr idealistisch und wird u.a. durch die unmittelbar anschließenden Ausführungen desselben Autors über sich ausweitende „Beziehungen zwischen einzelnen Betrieben und Bauerndörfern" faktisch widerlegt.[128] Zieht man weiterhin in Betracht, daß – wie Wolfgang Zank nachgewiesen hat – die gesamtwirtschaftliche und vor allem die Versorgungslage bis über den Zeitpunkt der DDR-Gründung hinaus prekär blieb,[129] gibt es wenig Grund zu der Annahme, daß die Belegschaften und ihre Vertreter bis Ende 1948 den Zustand des individuellen Überlebenskampfes mit betrieblicher Unterstützung bereits mehrheitlich überwunden hätten.

123 Vgl. ebd., S. 346 f., und Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" (Anm. 85), S. 326 f.

124 Manche Arbeiter zogen es sogar vor, überhaupt nicht in ihrem Beruf zu arbeiten, sondern statt dessen von der Bearbeitung ihres privaten Stückes Land und der Kleinviehhaltung zu leben. Siehe das Beispiel eines Betriebsrates, der ehemalige Werksangehörige vergeblich in ihren Heimatorten aufsuchte, um sie zur Rückkehr in ihren Betrieb zu bewegen, in: Polyester contra Pulver. Zur Geschichte des VEB Chemiefaserwerks „Friedrich Engels", Premnitz, Leipzig 1971, S. 106.

125 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 347, gibt Angaben über Fehlzeiten in verschiedenen Branchen zwischen 17,5 Prozent (Metallindustrie) und 28 Prozent (Bauindustrie) wieder.

126 Aus der Praxis der Betriebsräte. Tatsachen, Erfahrungen, Aufgaben in der sowjetischen Besatzungszone. Hrsg. vom FDGB, Berlin 1946, S. 16.

127 Suckut (Anm. 7), S. 345.

128 Ebd., S. 346 ff. Gerade diese „Kooperationsverhältnisse" waren es doch, mit denen sich viele Betriebe – an allen Bestrebungen zentraler Planung und Verteilung vorbei – zusätzliche Lebensmittel in erheblichem Umfang beschafften, um ihre Belegschaften versorgen und halten zu können.

129 Wolfgang Zank, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987, insbes. S. 6 ff. und S. 182 ff. Zur Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung vgl. Christoph Buchheim, Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 25 (1999), S. 515–529.

Unhaltbar scheint auch die These, daß für die Betriebsräte nach Abschluß der innerbetrieblichen Entnazifizierung „Fragen der Produktionsorganisation zum Hauptinhalt ihrer Tätigkeit" wurden.[130] Diese Behauptung wird widerlegt durch die Aussagen von Betriebsräten aus der gesamten SBZ in der FDGB-Umfrage vom Herbst 1946, eine statistische Zusammenfassung der Tätigkeitsberichte von Betriebsräten aus über 400 Berliner Unternehmen anläßlich der Wahlen im Mai/Juni 1947[131] sowie durch Berichte von Gewerkschaftsfunktionären über Betriebsversammlungen im Mai 1947.[132] So ergab die erwähnte Umfrage, daß zwar knapp die Hälfte der befragten Betriebsräte Einsicht in die Produktionspläne erhalten hatte, aber weniger als ein Drittel von ihnen bestätigte, bei der Ausarbeitung des Planes mitgewirkt bzw. regelmäßig Vorschläge zu seiner Gestaltung unterbreitet zu haben.[133] In den Tätigkeitsberichten der Berliner Betriebsräte bejahten nicht einmal zehn Prozent die Frage nach ihrem Engagement in puncto Produktionsorganisation.[134] Ein ähnliches Bild vermitteln schließlich Betriebsversammlungsberichte, in denen zwar immer auf die Frage der Beteiligung von Betriebsräten und Belegschaften an der Planung und Organisation der Produktion eingegangen, diese aber nur selten als relevant eingeschätzt wurde.[135]

In den genannten Quellen sind eine ganze Reihe weiterer Indizien dafür zu finden, daß die Betriebsräte in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit eben nicht hauptsächlich mit Fragen der Produktionsorganisation beschäftigt gewesen sind. Als einen wichtigen Indikator hierfür sah der FDGB das Vorhandensein betrieblicher Arbeitsprogramme an. Diese „sollten Aufträge der Belegschaften an den zu wählenden Betriebsrat sein, [...] diese oder jene Maßnahmen zur Steigerung der Produktion im Betrieb oder zur Besserung der Arbeitsbedingungen durchzuführen".[136] Zugleich standen, nach Auffassung der Gewerkschaftsführung, diese Arbeitsprogramme „im engsten Zusammenhang mit der Heranziehung der Belegschaften zu den betrieblichen Aufgaben". Daß nur in 19 von 100 Betrieben die Existenz eines solchen Programmes bestätigt wurde, wertete man im

130 Suckut (Anm. 7), S. 343. Weiter heißt es dort: „Zusammen mit den Belegschaften bestimmten sie [die Betriebsräte] – auch in vielen Privatbetrieben mit noch funktionsfähiger Leitung – das Produktionsprogramm weitgehend selbst und setzten ihren Willen erforderlichenfalls auch mit Nachdruck gegen den des Leiters durch."

131 Monika Harder, Zur Entwicklung des FDGB und der Betriebsräte in Groß-Berlin 1947, Diplomarbeit an der Gewerkschaftshochschule beim Bundesvorstand des FDGB, Bernau 1984. Darin eine knappe statistische Auswertung und Zusammenfassung von 409 solcher Tätigkeitsberichte.

132 Diverse Berichte über Betriebsversammlungen im Zusammenhang der Betriebsratswahlen im Mai und Juni 1947 vor allem in Sachsen-Anhalt und Brandenburg, SAPMO-Barch, DY 34 11/772/3472 (unfol.).

133 BR-Umfrage 1946. Die Autoren dieses Dokumentes beklagen außerdem, daß auch in den gerade eingegangenen Vierteljahresberichten der Betriebsräte „die Frage der Produktionsaufgaben ziemlich vernachlässigt" und statt dessen hauptsächlich das Versorgungsproblem und seine Lösung behandelt wurde. Bezeichnenderweise gab ein SAG-Betrieb an, daß dem Betriebsrat sogar die bloße Einsicht in den Produktionsplan durch die sowjetische Betriebsleitung verweigert worden war.

134 Harder, Zur Entwicklung (S. 19).

135 SAPMO-BArch, DY 34 11/772/3472 (unfol.) Einer der wenigen positiv beurteilten Betriebe in dieser Hinsicht waren die Staßfurter Rundfunkwerke, wenngleich auch dieser Bericht nicht unbedingt den Schluß zuläßt, daß Fragen der Produktion an erster Stelle im Rahmen der Tätigkeit des Betriebsrates standen.

136 BR-Umfrage 1946. Daher auch im Folgenden.

FDGB-Bundesvorstand als „ein sehr schlechtes Ergebnis". Zur Begründung, warum sie kein derartiges Arbeitsprogramm aufgestellt hatten, erklärten vierzehn Betriebsräte, „der Produktionsplan sei ja sowieso vorgeschrieben, was brauche man da noch ein Arbeitsprogramm". Weitere sechs Belegschaftsvertretungen gaben an, ein derartiges Programm sei „wegen des Materialmangels nicht aufstellbar". Den Tätigkeitsberichten der Berliner Betriebsräte von 1947 zufolge lag die Quote derjenigen, die solche Arbeitsprogramme aufgestellt hatten, gar bei lediglich zwei Prozent.[137]

Auch aus der Existenz diverser Kommissionen im Betrieb ist ersichtlich, womit sich die Belegschaftsvertreter mehr oder weniger beschäftigt haben. Arbeits- und Unfallschutzkommissionen gab es in drei Viertel der Ende 1946 befragten Betriebe und somit mit Abstand am häufigsten.[138] Danach kamen Küchen- und Ernährungskommissionen, gefolgt von solchen für Kultur und Schulung. Aus der Sicht des FDGB bedeutsame Kommissionen wie die für Lohnfragen (14 Prozent der Befragten) und Akkord (8 Prozent) sowie Planungs- und Produktionsausschüsse (12 Prozent) existierten weit seltener als gewünscht. Hierbei ist außerdem zu bedenken, daß die bloße Bestätigung des Vorhandenseins dieser oder jener Kommission noch gar nichts über deren tatsächliches Wirken aussagt. Die Informationen über Belegschaftsversammlungen lassen nämlich gelegentlich erkennen, daß der Betriebsrat zwar vom Bestehen bestimmter Kommissionen berichtete, aber von Kollegen in der Diskussion die Aktivitäten in den betreffenden Bereichen als unzureichend kritisiert wurden. In den Tätigkeitsberichten der Berliner Betriebsräte wird nicht direkt die Existenz spezieller Kommissionen angesprochen, aber den Einsatz für eine bessere Versorgung ihrer Belegschaften bestätigten immerhin 18 Prozent der Betriebsräte, wogegen nicht einmal halb so viele (8 Prozent) angaben, an der Organisation der Produktion teilgenommen zu haben.[139]

In Anbetracht des von der SMAD verhängten Preis- und Lohnstopps war die Kontrolle der Einhaltung des Verbotes, die Preise zu erhöhen, für die Masse der Bevölkerung von großer Wichtigkeit, da Preissteigerungen bei gleichzeitig stagnierenden Einkommen zu empfindlichen Reallohneinbußen führen mußten. Allerdings kam nur eine Minderheit – der Betriebsratsumfrage von 1946 zufolge 16 Prozent – der Belegschaftsvertretungen der Aufforderung nach, durch eine Beteiligung an der Preiskalkulation in ihren Betrieben unmittelbar auf die Einhaltung des Preisstopps zu achten.[140] Es war mit Sicherheit auch eine Frage der Qualifikation der Betriebsräte, ob sie überhaupt in der Lage waren, mehr oder weniger komplizierte Kalkulationen nachzuvollziehen und eventuelle Manipulationen zu erkennen. So wurde zu Recht vom FDGB gefordert,

137 Harder, Zur Entwicklung des FDGB (Anm. 131), S. 19.

138 BR-Umfrage 1946.

139 Harder, Zur Entwicklung des FDGB (Anm. 131), S. 19.

140 BR-Umfrage 1946. In der „Preisanordnung Nr. 63 über die Einschaltung der Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Preiskontrolle" der Deutschen Zentralfinanzverwaltung vom Oktober 1947 wurden diesen nicht nur weitgehende Kontrollrechte vor allem bei Preiserhöhungsanträgen zugestanden, sondern den Betriebsräten auch ausdrücklich die Pflicht auferlegt, die sachgemäße Verwendung von Rohstoffen, die bedarfsgerechte Produktion und den ordnungsgemäßen Absatz von Erzeugnissen sowie deren Kalkulation und die Buchführung zu überprüfen. *Deutsche Finanzwirtschaft*, Jg. 1 (1947), H. 8, S. 45, zitiert nach: Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 344.

entsprechende Schulungen durchzuführen,[141] zu denen es beispielsweise in Berlin auch viele Anmeldungen gab. Allerdings waren es hier weniger als ein Viertel der teilnehmenden Betriebsräte, die diesen Kurs auch tatsächlich beendeten.[142] Daher liegt die Vermutung nahe, daß das Gros der Belegschaftsvertreter die geforderte Überwachung der Preiskalkulation in ihren Betrieben nicht durchgeführt hat. Nach Klingers Berechnungen konnten selbst die vom FDGB offiziell genannten Zahlen über Preiskontrollen der Betriebsräte kaum mehr bewirken als der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein".[143]

Die Richtigkeit dieser Einschätzung wird zumindest indirekt durch die zeitgenössische Aussage eines Wirtschaftsfachmannes bestätigt, daß es nicht „in das Belieben der Betriebsräte gestellt werden [konnte], ob sie Preiskontrollen in den Betrieben ausüben wollen oder nicht. Die Betriebsräte mußten deshalb dazu verpflichtet werden, die Kontrolle tatsächlich auszuüben."[144] Auch im FDGB-Bundesvorstand stellte man im Januar 1948 in Auswertung der Vierteljahresberichte der Betriebsräte unter dem Punkt „Volkskontrolle" fest, daß „verschwindend wenige Betriebe [...] Maßnahmen gemäß Preisanordnung Nr. 63" (Preiskontrollen durch die BR) gemeldet hätten. Als Fazit des Berichtes wird moniert, daß die Betriebsräte ihr Mitbestimmungsrecht „zweifellos oft nicht" so ausübten, „wie es im Interesse des Volksganzen [sic!] notwendig" wäre.[145]

Eine „gesellschaftliche Schlüsselrolle im wirtschaftlichen Demokratisierungsprozeß" kam Suckut zufolge den landeseigenen Betrieben zu. In ihnen habe sich mit der „Ausweitung der Betriebsratsarbeit auf den überbetrieblichen Bereich" das Bild „eines vom dominierenden Einfluß der Arbeiterschaft geprägten demokratischen Wirtschaftssektors" abgerundet.[146] Inwieweit dies tatsächlich zutrifft, soll im Folgenden eingehender untersucht werden.

III. Die landeseigenen Betriebe (LEB) – Vorreiter einer demokratischen Wirtschaftsordnung unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiterschaft?

Besonderes Augenmerk legte die Gewerkschaftsspitze auf die neu geschaffenen landeseigenen – später „volkseigen" (VEB) genannten – Betriebe. Deren Belegschaftsvertreter wurden verpflichtet, daran mitzuwirken, daß sich diese verstaatlichten Unternehmen möglichst rasch zu „Musterbetrieben sowohl in der Entfaltung der Produktion wie in

141 Vgl. Betriebsräte und Preisbildung, FDGB-Bundesvorstand, Schulungs- und Referentenmaterial, Nr. 25 vom Januar 1947.

142 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 343. Zur Schulungsarbeit der Gewerkschaften unter den Betriebsräten vgl. Suckut (Anm. 7), S. 365 ff; vgl. auch Kleßmann, Die stilisierte Klasse (Anm. 2), S. 58, der einen Bericht Warnkes vom Juni 1947 zitiert, wonach an einem 26wöchigen Schulungskurs letztlich noch 100 von zunächst 800 Betriebsräten teilnahmen.

143 Klinger, Betriebsräte (Anm. 83), S. 344.

144 Karl Steiner, Betriebsräte in der Preiskontrolle, in: *Die Wirtschaft*, Jg. 3 (1948), H. 1, S. 6.

145 SAPMO-BArch, DY 34/20316 (unfol.), „Vierteljahresberichte der Betriebsräte in der Zeit vom 15. bis 31. Januar 1948" (zusammenfassendes Fazit aus den Berichten). Auch wenn in diesem Urteil möglicherweise schon Polemik in der Absicht mitschwingt, die bevorstehende Zurückdrängung und eventuelle Beseitigung der Betriebsräte zu rechtfertigen, scheint es doch unwahrscheinlich, daß in diesem internen Papier die Angaben bezüglich der Preiskontrollen wesentlich verfälscht wurden.

146 Suckut (Anm. 7), S. 471 und S. 473.

der Gestaltung der Arbeitsbedingungen" entwickelten.[147] Im Grunde ging es hier um nichts weniger als den praktischen Beweis der Überlegenheit der sozialistischen gegenüber den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.[148]

Im Anschluß an den Volksentscheid zur „Überführung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes" im Juni 1946 kam Sachsen auch bei der Etablierung des „volkseigenen" Wirtschaftssektors eine Vorreiterrolle zu.[149] Dort war im Herbst des Jahres mit dem Aufbau einer zentralen Verwaltung der landeseigenen Betriebe begonnen worden.[150] Das Ende September verabschiedete Statut für die Verwaltungsräte (VWR) der Industrieverwaltungen der landeseigenen Betriebe Sachsens deutet tatsächlich darauf hin, „daß die Ausweitung der Betriebsratsarbeit auf den überbetrieblichen Bereich hier bewußt angestrebt worden war" und diese Gremien „faktisch Gesamtbetriebsräten gleich[kamen]".[151] Allein aus diesem normativen Dokument und der Berechnung, daß knapp die Hälfte der Betriebsleiter ehemalige Arbeiter gewesen seien, abzuleiten, daß hier ein von Arbeitern dominierter „demokratischer Wirtschaftssektor" im Entstehen gewesen ist, scheint allerdings etwas voreilig.[152] In einer Analyse des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom Frühjahr 1947 wird nämlich festgestellt: „Der Verwaltungsrat ist nicht ein zentraler Betriebsrat, sondern er hat wesentlich umfassendere und höhere Aufgaben. [...] Mitbestimmen heisst nicht allein bestimmen, heisst aber auch nicht, gedanken- und willenlos auf Anweisungen zu warten und ohne solche Anweisungen nicht selbst die Initiative zu entwickeln." Es sei leider „noch die Tatsache zu verzeichnen, dass mancher Verwaltungsrat die Führung und Bestimmung allein den dafür eingesetzten Direktoren oder Betriebsleitern überlässt; aus einem mangelnden Selbstbewusstsein heraus glaubt, selbst nicht fähig zu sein, betriebliche Fragen zu beurteilen oder gar zu entscheiden. [...] Es gibt aber auch VWR, die die Frage des Mitbestimmungsrechtes weit überspitzen und damit völlig verfälschen. Wenn z. B. ein Verwaltungsrat einen Beschluß fasst, der für die Entwicklung der LEB völlig untragbar ist, ja sogar gegen bestehende Gesetze verstößt, muss dieser Beschluß von dem aufsichtsführenden Organ der Regierung annulliert werden. Wenn jedoch der VWR dann gegen die Annullierung nochmals in schärfstem Protest Stellung nimmt und sich darauf beruft, dass nur er allein befugt sei, einen Beschluß zu fassen und dass die Regierung sich diesem Beschluß zu fügen hätte, so heißt das, das Mitbestimmungsrecht völlig

147 Protokoll des 2. FDGB-Kongresses vom 17.–19. April 1947, Berlin 1947, S. 232.

148 Ulbricht auf dem 2. FDGB-Kongreß: „Wir müssen beweisen, daß die landeseigenen Betriebe die Wirtschaftspläne und Wirtschaftsaufgaben vorbildlich erfüllen." Ebd., S. 78.

149 Zur Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse vgl. Tilman Bezzenberger, Wie das Volkseigentum geschaffen wurde. Die Unternehmens-Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: *Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte,* Jg. 19 (1997), S. 210–248.

150 Bei Suckut (Anm. 7), S. 721 ff., ist das „Statut des Verwaltungsrates der Industrieverwaltung für die landeseigenen Betriebe im Bundesland Sachsen vom 26. September 1946" abgedruckt. Die sächsische Landesregierung beschloß am 5. Dezember 1946 die Errichtung einer Hauptverwaltung der landeseigenen Betriebe Sachsens. SHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 850, Bl. 109.

151 Suckut (Anm. 7), S. 473.

152 Ebd. Auf S. 476 geht Suckut noch weiter, indem er schreibt: „Immer deutlicher wurde in den enteigneten Betrieben der Zusammenhang zwischen dem Grad innerbetrieblicher Mitbestimmung und der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterschaft, die sich zunehmend mit den von ihr selbst getragenen Leitungsformen identifizierte."

außer acht zu lassen und zu glauben, dass ein jeder VWR, ein jeder BR allein berechtigt sei, bindende Beschlüsse zu fassen. Das heißt aber auch, dass hier die Demokratie, auf deren Entwicklung wir in den LEB größten Wert legen müssen, in Anarchie umgekehrt wird."[153]

Dieser Einschätzung kann man nicht nur verschiedene Probleme beim Aufbau des „volkseigenen" Wirtschaftssektors, sondern auch ein kritisches Wohlwollen gegenüber den Betriebs- und Verwaltungsräten entnehmen. Dabei handelte es sich wohl aber eher um eine Minderheitenposition, die in den deutschen Verwaltungen und den Führungen von SED und FDGB keineswegs mehrheitsfähig war.[154] Gleichwohl hat es in den ZV der Einzelgewerkschaften und auch in den FDGB-Landesvorständen eine ganze Reihe von Funktionären gegeben, die jene von anderer Seite monierte „Überspitzung" des Mitbestimmungsrechtes aktiv unterstützten. So beschwerte sich im Sommer 1947 ein Mitarbeiter beim sächsischen Wirtschaftsminister Selbmann, „dass einige Kollegen des FDGB versuchen, die VWR der LEB nur dem FDGB zu unterstellen und die Regierung völlig auszuschalten", und die Verwaltungsräte anscheinend „mit zentralen Betriebsräten verwechselt" würden.[155] Wie verbreitet derartige „Überspitzungen" waren, ist bislang nicht bekannt. Dies scheint aber ein interessantes Untersuchungsfeld zu sein, um genauer herauszufinden, in welchem Ausmaß wirtschaftsdemokratische Bestrebungen innerhalb der Gewerkschaften und der Betriebsrätebewegung tatsächlich vorhanden waren und wie weit konkrete Versuche ihrer Realisierung vorangetrieben wurden.

Die sowjetische Besatzungsmacht brachte jedenfalls für solche „Experimente" – die Erprobung und Etablierung gänzlich neuartiger, tatsächlich demokratischer Wirtschaftsstrukturen – keinerlei Geduld und Verständnis auf. Bereits im Sommer 1947 erließen die SMA in Thüringen und Sachsen Befehle, durch die die Position der Betriebsleiter der LEB deutlich gestärkt (Prinzip der Einzelleitung) und die „Einmischung" der Betriebsräte scharf kritisiert wurde. Damit kündigte sich bereits „die Übertragung der sowjetischen Leitungsformen auf die landeseigenen Betriebe" an.[156]

153 SHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2263 (unfol.), „Mitbestimmungsrecht", zirka Frühjahr 1947.

154 SHSA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 840, Bl. 137–139, Rundschreiben SED-ZS (gez. Fechner, Ulbricht) 20/46 (26. September 1946) an die Landes- und Provinzialvorstände der SED, betr.: Bildung eines selbständigen Wirtschaftsorgans für die landes- bzw. provinzialeigenen Betriebe. In diesem Dokument war – noch vor Bildung der ersten Verwaltungsräte in Sachsen – gefordert worden, daß diese Gremien lediglich Vorschläge unterbreiten sollten, aber „die Verantwortung für die Leitung des Betriebes ganz allein der Direktor" tragen müsse.

155 SHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 515, Bl. 59 f., Schreiben Falkenberg an Minister Selbmann, 29. Juli 1947, betr. 2. Arbeitstagung der VWR der LEB vom 24. Juli 1947. Unmittelbarer Stein des Anstoßes war gewesen, daß der FDGB-Landesvorstand Sachsen diese Tagung einberufen hatte, ohne dies mit dem Ministerium abzusprechen oder Vertreter der zuständigen Abteilung einzuladen. Eine auf der Tagung verabschiedete – und in der Presse bereits zitierte – Resolution sei dem Ministerium nicht einmal zugeleitet worden. Der ins Ministerium einbestellte Kollege Schulze (FDGB, Landesvorstand Sachsen) bestritt die Vorwürfe und erklärte, daß es sich nicht um eine VWR-Tagung, sondern lediglich um ein Treffen der BR gehandelt habe.

156 Suckut (Anm. 7), S. 480 f. In den Akten des sächsischen Wirtschaftsministeriums findet sich eine Notiz, wonach der Chef der SMA Thüringen im Juli 1947 in seinem Befehl Nr. 128 die Arbeit der LEB – zum wiederholten Male – als „ersichtlich unbefriedigend" rügte und dafür in erster Linie die „Einmischung

Planungen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) von Anfang September 1947 zur Vereinheitlichung der Verwaltungsstrukturen der LEB/VEB zeigen, daß auch die maßgeblichen deutschen Stellen weniger als ein Jahr nach dem Auftakt in Sachsen Mitbestimmungsrechte für die Verwaltungsräte schon nicht mehr vorsahen.[157] Umgesetzt wurden diese Vorstellungen im Zuge der forcierten Zentralisierung und Reorganisation der „volkseigenen" Wirtschaft der SBZ ab Herbst 1948, als die LEB in insgesamt 88 (branchenbezogenen) Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) zusammengefaßt wurden. Zwar wurden bei diesen VVB ebenfalls Verwaltungsräte installiert, diese setzten sich jedoch nicht mehr aus gewählten Belegschaftsvertretern, sondern aus „Gewerkschaftsdelegierten" zusammen, die zuvor durch die personalpolitischen Abteilungen der SED auf „Tauglichkeit" geprüft wurden und nur über geringe Kompetenzen verfügten.[158]

Unter dem Strich bleibt nur ein schmales Zeitfenster zwischen Herbst 1946 und Sommer 1947, in dem Suckuts Bild vom „dominierenden Einfluß der Arbeiterschaft" in dem (noch kleinen) „demokratisierten Wirtschaftssektor" überhaupt hätte Gestalt annehmen können.[159] Diese Annahme wird allerdings durch Berichte über die Praxis der Betriebs- und Verwaltungsräte der LEB in diesem Zeitraum nicht bestätigt. Im Juni 1947 hatte der FDGB-Bundesvorstand gesonderte Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte in den LEB erlassen und beschloß kurz darauf, spezielle Konferenzen mit ihnen durchzuführen, weil ihnen ihre „besonderen Aufgaben [...] oft noch nicht

[Forts. von Anm. 156]
der Betriebsräte" verantwortlich machte. Der Befehl enthielt daher eine Anordnung zur Reorganisation der Hauptverwaltung der LEB und zur Stärkung der Position der einzelnen Betriebsleiter, was explizit die Einschränkung der bisherigen Kompetenzen der BR einschloß. SHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2263 (unfol.).

157 Ebd., „Gemeinsame Grundlage des Aufbaus landeseigener Betriebe (Entwurf)", Berlin, 1. September 1947. Darin sind zwar noch VWR vorgesehen, aber ihre Aufgaben werden auf – im Zweifelsfalle nicht bindende – „Stellungnahmen" zu verschiedenen Dingen reduziert.

158 SAPMO-BArch, DY 34/20403 (unfol.), „Zwischenbericht über die Bildung der VWR", FDGB-Bundesvorstand, HA II, Abt. VEB, 25. September 1948; sowie SHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2104 (unfol.), Schreiben vom Leiter des Amtes für VEB in Sachsen an SED-Landesvorstand, PPA/Wirtschaft, 31. März 1949. In letztgenanntem Schreiben wird ausdrücklich betont, daß auf den (in der Akte nicht) beiliegenden Personalbögen sowohl die derzeitige als auch die frühere Parteizugehörigkeit vermerkt sei. Vgl. Jörg Roesler, Die gewerkschaftliche Mitbestimmung in der volkseigenen Industrie 1948–1950. Zur Tätigkeit des Verwaltungsrates der Vereinigung Elektromaschinenbau (VVB VEM), in: *ZfG*, Jg. 29 (1981), S. 1018–1026. Roesler zufolge hatten DWK und FDGB-Bundesvorstand gemeinsam das Statut der VWR bei den VVB ausgearbeitet (S. 1019). In einem Vergleich dieses Statuts mit dem sächsischen von 1946 machte Roesler seinerzeit die Beschneidung des Einflusses der VWR ebenso deutlich wie die klare Verschiebung bei der Bestimmung der VWR-Mitglieder, um im Widerspruch zu diesem empirischen Befund dennoch das Gegenteil zu behaupten (S. 1020 f.).

159 Im Oktober 1947 nennt Warnke die Zahl von knapp 2800 LEB in der gesamten SBZ. Davon entfielen seinen Angaben zufolge allein zirka 1200 auf Sachsen, 585 auf Brandenburg, 465 auf Sachsen-Anhalt, 385 auf Thüringen und 140 auf Mecklenburg. Allerdings sei die Kapazitätsauslastung vor allem wegen Rohstoffmangels noch ungenügend – in Sachsen-Anhalt z. B. liege sie durchschnittlich unter 50 Prozent. Ein Teil der in dieser Summe zusammengefaßten Betriebe liege wegen Zerstörungen und Demontagen auch noch ganz still, am extremsten in Brandenburg, wo dies auf 280 Unternehmen (also fast die Hälfte) zutraf. SAPMO-BArch, DY 34/20293 (unfol.), Abschlußbericht über die Betriebsräte-Konferenzen der volkseigenen Betriebe, Warnke, 10. Oktober 1947.

genügend klar" waren.[160] Auf diesen Konferenzen versuchte Herbert Warnke, die Belegschaftsvertreter davon zu überzeugen, daß sie nunmehr „über den Rahmen des eigenen Betriebes hinauszusehen und dort eine Funktion zu erfüllen" hätten, in der sie „als Funktionäre der sozialistischen Wirtschaft für das Volk tätig sein" müßten.[161] Die Versuche des FDGB, die Tätigkeit der Betriebsräte in die genannte Richtung zu lenken, korrespondierten eindeutig mit dem seit Anfang 1947 zunehmend konsequenter betriebenen Aufbau eines zentralistischen Wirtschaftssystems in der SBZ.[162] Diese Funktionszuweisung wich allerdings stark vom traditionellen Selbstverständnis der Betriebsräte ab und wurde von ihnen auch kaum angenommen, was sich anhand verschiedener Informationen im Zusammenhang der genannten Betriebsrätekonferenzen der einzelnen Länder konkret nachweisen läßt.[163]

Ein erster Punkt, der auf diesen Tagungen mehrfach angesprochen wurde und das Bild einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen den Direktoren und Belegschaften der LEB als Ausdruck des bestimmenden Einflusses der Arbeiterschaft in diesem Bereich relativiert, sind die z.T. beträchtlichen Spannungen zwischen den Betriebsräten einerseits und den Leitern der Betriebe sowie den übergeordneten Verwaltungen andererseits. Für die meisten Arbeiter hatten die als Betriebsleiter eingesetzten ehemaligen Kollegen die „Kragenlinie" überschritten und standen somit nun auf der „anderen" Seite. In Sachsen kritisierten die Belegschaftsvertreter u.a. die Praxis, daß Betriebsleiter von „oben" eingesetzt wurden, ohne daß sie darauf irgendwelchen Einfluß hätten nehmen können.[164] Aus Sachsen-Anhalt wurde berichtet, daß es sehr schwierig gewesen sei, die Betriebe überhaupt erst einmal „unter eine ordentliche Kontrolle zu bringen [...], weil sehr oft die Betriebsräte mit ihren früheren Inhabern sich gegen die Enteignung stemmten, aus sogenannten formalen Gerechtigkeitsgefühlen". Außerdem kam es dort zu verschiedenen Personalquerelen, weil durch die Belegschaftsvertreter in manchen Unternehmen die Weiterbeschäftigung sogenannter „Hausnazis" („unersetzlicher" leitender Angestellte, Ingenieure und ähnlicher Fachleute, die der NSDAP angehört hatten) unterstützt oder in anderen Fällen die Anstellung von Führungspersonal dadurch unmöglich gemacht wurde, daß diesen auf Verlangen des Betriebsrates nicht mehr als ein Facharbeitergehalt gezahlt werden konnte.[165] Als widerspenstig erwiesen

160 Behrendt, Betriebsrätekonferenzen (Anm. 102), S. 871 f. – wiedergegeben wird ein wörtliches Zitat aus dem „Beschluß zum Ergebnis der Betriebsrätewahlen 1947, angenommen auf der FDGB-Bundesvorstandssitzung am 1./2. Juli 1947".

161 Zitiert nach ebd., S. 876.

162 Vgl. Werner Matschke, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 139 ff. Ausführlicher zu dem beinahe zwangsläufigen Konflikt zwischen zunehmender wirtschaftlicher Zentralisierung und Betriebsrätebewegung siehe Staritz, Sozialismus (Anm. 81), S. 105 ff.

163 Diese Konferenzen fanden zwischen dem 24. Juli 1947 (Sachsen) und dem 3. Oktober 1947 (Thüringen) statt. SAPMO-BArch, DY 34/20293 (unfol.), Abschlußbericht über die Betriebsräte-Konferenzen der volkseigenen Betriebe, Warnke, 10. Oktober 1947.

164 Ebd., Protokoll über die 2. Arbeitstagung der VWR-Vorsitzenden (Betriebsräte) der LEB am 24. Juli 1947 in Dresden. Von derartigen Friktionen wurde vor allem aus Sachsen und Sachsen-Anhalt berichtet.

165 Ebd., „Ein Jahr Industrie-Werke Sachsen-Anhalt", zirka Ende 1947; ebd., Industriewerke Sachsen-Anhalt, Industriegruppe 5/6, 22. August 1947, Informationsmaterial für die Betriebsrätekonferenz des FDGB; vgl. Schulz, Elitenwechsel (Anm. 95), S. 203 und S. 223.

sich die Belegschaftsvertreter auch, wenn von „oben" der Austausch oder die Abgabe von Maschinen im Kontext der Zusammenlegung mehrerer landeseigener Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen angeordnet wurde. In solchen Fällen nahmen sie fast ausnahmslos eine betriebsegoistische Position ein und verweigerten die Herausgabe der entsprechenden Anlagen.[166]

Zu den drängendsten Problemen der Belegschaften und ihrer Vertreter gehörte natürlich auch in den LEB der Mangel an Lebensmitteln. Dieses Thema wurde von den Betriebsräten auf allen Länderkonferenzen vielfach angesprochen. In diesem Zusammenhang gab es sowohl Bekenntnisse zur Praxis der Kompensationsgeschäfte als auch die Klage, daß die LEB-Beschäftigten aufgrund diesbezüglicher Restriktionen gegenüber Arbeitern in der Privatwirtschaft erheblich benachteiligt seien. Die Folge war, daß in den landeseigenen Betrieben durchschnittlich mehr als ein Fünftel der Beschäftigten fehlte, in Extremfällen waren sogar 40 Prozent „krank" gemeldet.[167]

Unter den Betriebsräten herrschte jedenfalls Einigkeit, daß ohne eine grundlegende Verbesserung der Ernährungs- und Versorgungslage eine Erfüllung des Produktionssolls unmöglich war. Führende Funktionäre des FDGB und der Wirtschaftsverwaltungen interpretierten ihrerseits die hohe Quote der Fehlschichten und die anderen aufgezählten Probleme in den LEB als „mangelnde Arbeitsmoral". Nach der (maßgeblichen) Überzeugung Warnkes war die Arbeitsmoral – gerade in den LEB – nicht nur eine Frage der Ernährung und Versorgung, „sondern noch mehr eine des Klassenbewußtseins", das „offensichtlich [...] in den Betrieben noch viel zu wünschen" übrigließe.[168] Warnke weiter: „Die Einstellung zur Wirtschaft [...] ist zweifellos nicht nur bei manchen Belegschaftsmitgliedern, sondern auch bei manchen Betriebsräten die gleiche geblieben." Die Betriebsräte nützten das „Mitbestimmungsrecht noch zu wenig im Sinne einer bewußten Mitwirkung an der Entwicklung der Produktion aus, sondern wollen einen ‚Klassenkampf' auch gegen die [neuen] Betriebsleitungen führen, um ohne Rücksicht auf die Entwicklung der volkseigenen Betriebe möglichst große Sozialleistungen für die Belegschaften herauszuholen". Dabei befänden sich die Betriebsräte zu oft „noch im Schlepptau unrichtiger Stimmungen der Belegschaften, statt mit Hilfe der Gewerkschaften die Belegschaften zu führen". Als „entscheidendste Lehre aus diesen zentralen Konferenzen" zog Warnke die Konsequenz, daß „der Weg zur Hebung des Klassenbewußtseins und damit der Arbeitsmoral, der Weg zur Weckung der Arbeiter-Initiative, zur Organisierung der Wettbewerbe [...] über die Aktivität der Industriegewerkschaften und vor allem (noch mehr als über die Betriebsräte [!]) über die Aktivierung der Betriebsgewerkschaftsgruppen" führe.

166 SAPMO-BArch, DY 34/20293 (unfol.), insbes. die Berichte aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. Entgegen allen Wunschvorstellungen ist das Hervortreten diverser „Egoismen" (Partikularinteressen) gerade in Situationen des (teilweise extremen) Mangels eine durchaus typische Erscheinung. So wurde der „Betriebsegoismus" oben bereits im Zusammenhang von Kompensationsgeschäften usw. angesprochen. Einen ähnlichen – klientelbezogenen – „Branchenegoismus" hat Helke Stadtland bei verschiedenen Industriegewerkschaften beobachtet. Vgl. dies., Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR. Plädoyer für einen Perspektivenwechsel, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung*, H. 18 (1997), S. 142–165, hier S. 151 f.

167 SAPMO-BArch, DY 34/20293 (unfol.), u. a. im Abschlußbericht Warnkes und im Protokoll Sachsen.

168 Ebd., Abschlußbericht Warnkes; daher auch im Folgenden.

Aus all dem wird ersichtlich, daß die Auffassung, in der SBZ sei unter maßgeblicher Beteiligung der Betriebsräte eine „durch Basisdemokratie geprägte Wirtschaftsordnung" unter „weitgehender Beteiligung aller Beschäftigten an Leitungsentscheidungen" entstanden,[169] gewiß revidiert werden muß. Nachweisbar ist lediglich, daß es – insbesondere bei den LEB in Sachsen – seit Herbst 1946 für einige Monate Ansätze in dieser Richtung gegeben hat. Aber mindestens ebenso klar belegt ist, daß einerseits die Besatzungsmacht, die deutschen Verwaltungen, SED und FDGB eine solche Entwicklung nur für kurze Zeit beförderten oder duldeten und andererseits die Masse der Betriebsräte – auch in den LEB – mit dem Organisieren der elementarsten Versorgung ihrer Belegschaften weitgehend ausgelastet war.

Die an sich zum Kanon der SED-Ideologie gehörende Marxsche Formel, wonach das Sein das Bewußtsein bestimmt, fand hier – allen gegenteiligen Beschwörungen führender SED- und FDGB-Funktionäre zum Trotz – ihren beredten Ausdruck. Im Zusammenhang der Betriebsrätebewegung in der SBZ von einer „Gruppe von Arbeitern mit entwickeltem politischem Bewußtsein" zu sprechen, die „die Funktion einer Art Führungselite übernahmen und mit der Realisierung ihres basisdemokratischen Alternativkonzeptes begannen",[170] das entspricht eher einer retrospektiven Projektion als der historischen Realität.

IV. Der FDGB „vor Ort" – zur Tätigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben

„Der Betrieb [ist] die Grundlage der neuen freien Gewerkschaften", hieß es in der Anweisung des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin vom 16. Juni 1945, der zwar nicht formal, aber de facto Anspruch auf die Führung der angestrebten Einheitsgewerkschaft in der gesamten SBZ erhob.[171] Um diese Formel mit Leben zu erfüllen, sollten überall Vertrauensleutekörper aufgestellt werden, wobei gleichzeitig „Betriebsräte oder antifaschistische Betriebskomitees" als nicht existent deklariert wurden.[172] Diese Ignoranz gegenüber den Betriebsräten konnte nicht verdecken, daß die Realität – wie oben geschildert – ganz anders aussah: die Betriebsräte waren seit Kriegsende sehr aktiv und in vielen Betrieben schon bald wieder fest verankert, während die von „oben" gegründeten Gewerkschaften zwar großen Zulauf unter der Arbeiterschaft

169 Suckut (Anm. 7), S. 530. Als Beispiel zur Begründung dieser These führt er die Tätigkeit „betrieblicher Kommissionen" an, die sich „gut bewährt" hätten – was, nach den hier vorgestellten Befunden, eher zweifelhaft scheint. Suckut wörtlich: „Die einzelnen Entscheidungen wurden hier [in den Kommissionen] soweit vorberaten, daß der eigentliche Betriebsleiter sich darauf beschränken konnte, die kollektiv erarbeiteten Ergebnisse zusammenfassend anzuwenden."

170 Ebd., S. 531.

171 Gewerkschaftlicher Neubeginn. Dokumente zur Gründung des FDGB und zu seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946. Hrsg. von Horst Bednarek u. a., Berlin 1975, S. 20–24. Zur Gründungs- und Organisationsgeschichte des FDGB siehe Gill, FDGB (Anm. 4); zum Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuß ebd., S. 72 f.

172 Zitiert aus den organisatorischen Richtlinien des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin, die Mitte Juli 1945 in Form eines Flugblattes veröffentlicht wurden. Berliner Gewerkschaftsgeschichte (Anm. 8), S. 31.

hatten, aber bis 1947/48 nur sehr langsam funktionsfähige Strukturen an der Basis aufzubauen vermochten. [173]

So lautet denn auch das zeitgenössische Urteil in FDGB-eigenen Publikationen ebenso wie das der Geschichtsschreibung, daß in den ersten Jahren die Betriebsräte „fast ausschließlich die alleinigen Träger der Gewerkschaftsarbeit" gewesen seien.[174] Diese einhellige Einschätzung mag mit dazu beigetragen haben, daß lange Zeit keinerlei eingehende empirische Untersuchungen der Entwicklung des FDGB an der Basis für den die SBZ betreffenden Zeitraum durchgeführt worden sind.[175] Diese recht große Forschungslücke kann hier natürlich nicht annähernd geschlossen, sondern es können lediglich einige Aspekte der Entwicklung betrieblicher Basisstrukturen des FDGB diskutiert werden.

Zur Jahreswende 1945/46 sollten im Zusammenhang mit den Delegiertenwahlen für den FDGB-Gründungskongreß erstmals auch Betriebsgewerkschaftsleitungen gewählt werden. Dieses Vorhaben schlug jedoch weitgehend fehl, nicht zuletzt deshalb, weil es sich oftmals gar nicht bis zur Gewerkschaftsbasis herumgesprochen hatte.[176] Die bereits mehrfach erwähnte SBZ-weite Umfrage des FDGB-Bundesvorstandes unter Betriebsräten bestätigte im Herbst 1946 „die außerordentlich großen und schon bekannten Schwächen" bezüglich der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsgruppen. „Nur wenige" der befragten Belegschaftsvertretungen berichteten seinerzeit von einer selbständigen Tätigkeit der Gewerkschaftsgruppe in ihrem Betrieb.[177] Etwa ein Viertel der Betriebsräte gab an, daß eine Gewerkschaftsorganisation überhaupt nicht existiere bzw. nur formal bestehe, aber nicht arbeite. Ein Drittel der Antworten bezeugte eine vollständige oder partielle personelle Identität zwischen BGL und Betriebsrat, was in der Regel

173 Im Dezember 1946 zählte der FDGB in der SBZ und Berlin bereits 2,1 Millionen Mitglieder, ein Jahr später waren 3,8 Millionen, Ende 1947 4,0 Millionen und im Dezember 1948 schließlich 4,6 Millionen Mitglieder erfaßt. Gill, FDGB (Anm. 4), S. 104; Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: SBZ-Handbuch. Hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, 2. Aufl., München 1993, S. 626–664, hier S. 659.

174 Aus der Arbeit (Anm. 19), S. 338. Vgl. Gill, FDGB (Anm. 4), S. 107 f., sowie Axel Bust-Bartels, Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben. Leistungsentlohnung, Arbeitsbedingungen, innerbetriebliche Konflikte und technologische Entwicklung, Frankfurt a. M. und New York 1980, S. 26–28, die dieses Urteil wiedergeben und dem nichts Wesentliches hinzufügen.

175 Suckut (Anm. 7), S. 84 ff., S. 215 ff., S. 410 ff. und S. 448 ff., der am Rande seiner Betriebsrätestudie gelegentlich auf den FDGB eingeht, bestätigt diese Einschätzung im wesentlichen. Gespannt sein darf man auf die im Druck befindliche Dissertation von Helke Stadtland, die unter dem Titel „Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953" im Essener Klartext Verlag erscheint. Stefan Werums noch nicht abgeschlossene Dissertation setzt erst 1948 ein, scheint stärker organisationsgeschichtlich angelegt und beinhaltet keine detaillierten Betriebsstudien (vgl. seinen in Anm. 73 zitierten Aufsatz).

176 Vgl. Suckut (Anm. 7), S. 414 f. Diese Einschätzung wird durch verschiedene Meldungen aus der Provinz Brandenburg bestätigt, wonach sogar Kreisdelegiertenkonferenzen des FDGB z. T. mangels Beteiligung ausfallen mußten und aus manchen Kleinstädten und Kreisen die KPD-Vorstände berichteten, daß eine Gewerkschaftsorganisation noch gar nicht bestehe. Brandenburgisches Landeshauptarchiv [künftig zitiert: BLHA), Rep. 330, I/2/12, Bl. 4 und Bl. 32.

177 BR-Umfrage 1946. Vielsagend ist allein schon der Umstand, daß der Bundesvorstand sich nicht an die BGL, sondern an die Betriebsräte gewandt hatte, um sich ein Bild von der Lage in den Betrieben zu machen. Leider vermeidet der zusammenfassende Bericht bezüglich der positiven Antworten eine genaue Zahlenangabe; 27 Prozent ließen diese Frage ganz offen.

bedeutete, daß letzterer die Funktion der Gewerkschaftsvertretung formal mit übernommen hatte. Dies wertete der FDGB-Bundesvorstand als Indiz dafür, daß in den Betrieben ein ziemliches Durcheinander bezüglich der Kompetenzen von Betriebsrat und BGL herrsche. Insgesamt bestätigte die Umfrage, daß ein halbes Jahr nach der offiziellen Gründung des FDGB dieser noch nicht über eine nennenswerte organisatorische Verankerung in den Betrieben verfügte.

BGL-Wahlen haben vielerorts erstmals im Vorfeld des 2. FDGB-Kongresses Anfang 1947 stattgefunden. Für diese Wahlen läßt sich anhand der Ergebnisse in den einzelnen Kreisen zumindest für das Land Brandenburg ein recht präzises Bild zeichnen, zumal wenn man sie mit den wenige Monate danach durchgeführten Betriebsratswahlen vergleicht.[178] Demzufolge wurden immerhin in über 4100 Brandenburger Betrieben Gewerkschaftsleitungen gewählt, was einem Anteil von zirka zwei Dritteln der Unternehmen entspricht, in denen wenig später über die Zusammensetzung der Betriebsräte abgestimmt wurde. Aus dieser Statistik ergibt sich auch, daß etwas mehr als 60 Prozent der FDGB-Mitglieder an diesen BGL-Wahlen teilgenommen haben.[179] Damit läßt sich zumindest für das Land Brandenburg feststellen, daß der formale Grad der organisatorischen Durchdringung der Betriebe durch den FDGB mit diesen BGL-Wahlen Anfang 1947 deutlich gestiegen war, wenngleich mindestens ein Drittel der Betriebe noch nicht erfaßt waren und 40 Prozent der FDGB-Mitglieder nicht an diesen Wahlen teilnahmen. Inwieweit die vielen neu gewählten Gewerkschaftsleitungen tatsächlich aktiv wurden und ob es nicht nach wie vor ein hohes Maß an personeller Identität zwischen Betriebsräten und BGL gab, geht aus dieser Statistik nicht hervor.

Daß die FDGB-Organisationen an der Basis noch immer deutlich schwächer waren als die Betriebsräte und sich oftmals in deren Schlepptau befanden, bezeugen mehrere Berichte aus dem Jahre 1948. Ein Grund für diese anhaltenden Schwierigkeiten bestand darin, daß die für die Organisationsarbeit in den Betrieben zuständigen Einzelgewerkschaften offenbar immer noch große Probleme hatten, dieser Aufgabe gerecht zu werden. So konnten im Februar 1948 die Landesvorstände mehrerer Industriegewerkschaften Sachsen-Anhalts keine Auskunft über die Zahl der Betriebsgruppen im Bereich ihres Verbandes geben.[180] Dabei gab es offensichtlich erhebliche Unterschiede,

178 BLHA, Rep. 332, L IV/2/6.1/547 (unfol.), Statistik der Betriebsgewerkschaftswahlen (15. 1.–22. 2. 1947) in den 27 Kreisen des Landes Brandenburg. Siehe Tabelle 3, S. 488, und Tabelle 4, S. 490. Vgl. Tabelle 1, S. 467, und Tabelle 2, S. 469.

179 Die Bandbreite in der Anzahl der Betriebe, in denen BGL-Wahlen stattfanden, im Vergleich zur Zahl derjenigen, wo Betriebsräte gewählt wurden, reicht von 34 Prozent im Kreis Guben und 40 Prozent im Kreis Calau bis zu 78 Prozent in Potsdam und gar 94 Prozent in Brandenburg/Havel, was auf einen deutlichen Unterschied zwischen den Land- und Stadtkreisen schließen läßt. Auch bezüglich der Wahlbeteiligung ist eine weite Spanne zwischen den einzelnen Kreisen erkennbar, die von lediglich 21 Prozent in Luckenwalde und 33 Prozent in Calau über 47 Prozent in Cottbus und 68 Prozent in Potsdam bis zu 96 Prozent in Brandenburg/Havel reicht.

180 SAPMO-Barch, DY 30/ IV 2/2022/26, Bl. 111–115, „Bericht über Einzelbesprechungen mit führenden Genossen der IG Landesvorstände Sachsen-Anhalt am 20. und 21. Februar 1948". Nicht auskunftsfähig waren die IG Nahrung und Genuß sowie Handel und Transport. Für die IG Angestellte war unklar, wie viele Beschäftigte in ihre Zuständigkeit fielen. In den mehr als 1000 durch sie erfaßten Betrieben existierten zu diesem Zeitpunkt nur reichlich 400 Betriebsgewerkschaftsgruppen (39 Prozent), die „aber nicht regelmäßig" tagten (ebd., Bl. 114).

Tabelle 3
*BGL-Wahlen 1947 und 1948**

Land	1947 (Jan./Febr.)		1948 (Okt./Nov.)	
	Betriebe mit BGL	BGL-Mitglieder	Betriebe mit BGL	BGL-Mitglieder
Sachsen	*ca. 15500*	38794	.	.
Sachsen-Anhalt	*ca. 7000*	17447	.	.
Thüringen	*ca. 7500*	18809	.	.
Brandenburg	4109	10344	6646	20383
Mecklenburg	*ca. 3100*	7709	.	.
SBZ	*ca. 37200*	93103	.	.
SBZ und Berlin	.	.	*ca. 70600*	211735

* Statistische Angaben zu den BGL-Wahlen 1947 und 1948 sind kaum veröffentlicht worden. Detaillierte Zahlen hat der Verfasser lediglich für Brandenburg gefunden (Tabelle 4, S. 490). In der Publikation des FDGB-Bundesvorstandes „Aus der Arbeit des FDGB 1947–1949", Berlin 1950, S. 341, werden für 1947 die hier zitierten Zahlen der in den Ländern (außer Berlin) gewählten BGL-Mitglieder genannt. Dort wird behauptet, daß „in zirka 55000 Betrieben Betriebsgewerkschaftsleitungen bzw. Gewerkschaftsobleute (in Kleinbetrieben)" gewählt worden seien. Die Summe scheint allerdings – selbst angenommen, Berlin sei darin enthalten – zu hoch, wie ein Vergleich mit den (exakten) Brandenburger Zahlen zeigt. Dort verteilten sich nämlich die auch in der veröffentlichten Statistik enthaltenen 10344 gewählten BGL-Mitglieder (einschließlich der Gewerkschaftsobleute für Kleinbetriebe) auf 4109 Betriebe, was einen Durchschnitt von zirka 2,5 BGL-Mitgliedern je Betrieb ergibt. Da Brandenburg auch bei den Betriebsratswahlen im Sommer 1947 (vgl. Tabelle 1, S. 467) etwa im SBZ-Durchschnitt der gewählten Betriebsräte je Betrieb (2,6) lag, gibt es keinen Grund anzunehmen, daß die märkischen Betriebe bei den BGL-Wahlen in diesem Punkt signifikant von diesem Mittelwert abwichen. Somit scheint es zulässig – in Ermangelung exakter Daten – für die übrigen Länder die ungefähre Zahl der Betriebe dadurch zu ermitteln, daß die Zahl der gewählten BGL-Vertreter durch den für Brandenburg ermittelten Quotienten von 2,5 geteilt wird. Auf diese Weise sind die mit „ca." angegebenen Zahlen errechnet worden. Das gleiche gilt für die BGL-Wahlen von 1948, von denen in derselben Publikation („Aus der Arbeit ...", S. 349) lediglich eine Aufstellung der gewählten BGL-Mitglieder nach Branchengewerkschaften und die daraus resultierende Summe (wahrscheinlich für die gesamte SBZ einschließlich Ostberlins) abgedruckt ist. Hier wurde wiederum der (mit 3,1 leicht erhöhte) Brandenburger Quotient zur Berechnung der Gesamtzahl der beteiligten Betriebe in der SBZ und Ostberlin verwendet.

was die personelle Ausstattung und somit die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Vorstände betraf. Beispielsweise waren unter den elf Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes der IG Handel und Transport nur zwei hauptamtliche Funktionäre, während die IG Chemie über zehn Hauptamtliche verfügte. Sie stünden „zum grossen Teil [nur] auf dem Papier", lautete die zusammenfassende Einschätzung bezüglich der Betriebsgewerkschaftsgruppen in Sachsen-Anhalt, zwei Jahre nach Gründung des FDGB.[181] Diese schlechte Bilanz wird durch einen Bericht des FDGB-Landesvorstandes von Anfang Mai 1948 bestätigt.[182] Danach „entwickelte die BGL [...] nur in 17 Grossbetrieben

181 Ebd., Bl. 115.

182 SAPMO-BArch, DY 34, 42/7200/3398 (unfol.), „Der Stand der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsgruppen (eine lehrreiche Statistik)", erstellt von der Hauptabteilung 1 (Organisation) des FDGB-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt, Halle, den 5. Mai 1948. Die in diesem Papier gegebene Einschätzung beruht

[von insgesamt 238 überprüften Betrieben] ein eigenes Leben". In allen anderen Betrieben fanden Sitzungen der Gewerkschaftsleitung bestenfalls gemeinsam mit dem Betriebsrat statt. „Also unter Führung des Betriebsrates wird die Gewerkschaftsarbeit hier geleistet", lautete der lakonische Kommentar. In zwei Dritteln der Betriebe wurde bestätigt, daß die BGL über keinerlei Arbeitsprogramm verfüge, und die meisten anderen Berichte gingen auf diese Frage gar nicht ein. Vervollständigt wird diese magere Bilanz durch die Feststellung, daß es in 85 Prozent der Betriebe überhaupt keine Gewerkschaftsvertrauensleute gab und ihre Zahl in den übrigen zu gering war, weshalb es nicht verwundert, daß in 90 Prozent der überprüften Betriebe die Gewerkschaftsbeiträge nicht kassiert, sondern direkt vom Lohn abgezogen wurden.[183]

Am 8. Mai 1948 führte der geschäftsführende FDGB-Bundesvorstand in Hettstedt eine Arbeitstagung mit Gewerkschaftsfunktionären durch, in deren Mittelpunkt „Aufgaben und Rolle der Betriebsgewerkschaftsorganisationen und ihrer Leitungen [...] bei der Verwirklichung des Aufbauplans 234" standen.[184] Nachdem im Oktober 1947 mit dem SMAD-Befehl Nr. 234 die Umfunktionierung des FDGB eingeleitet worden war,[185] ging es nun darum, die Gewerkschaften endlich fest in den Betrieben zu verankern. Dies galt als die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sie die neue Funktion überhaupt ausfüllen konnten. Dazu wurde ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen, der u.a. vorsah, in allen Betrieben mit mehr als 1000 Gewerkschaftsmitgliedern künftig mindestens einen hauptamtlichen BGL-Funktionär zu beschäftigen sowie in größeren Betrieben die Gewerkschaftsorganisation zusätzlich nach Abteilungen zu untergliedern und die Schulungsarbeit deutlich zu verbessern. Außerdem wurden alle Gewerkschaftsleitungen (erneut) verpflichtet, Arbeitsprogramme aufzustellen, in denen u.a. Maßnahmen zur Durchführung von Produktionsberatungen, zur Förderung der Aktivisten, zur Entwicklung des innerbetrieblichen Wettbewerbs, zur Mitwirkung bei der Einführung des Leistungslohns und zur Schaffung oder Verbesserung sozialer Einrichtungen im Betrieb nicht fehlen durften.[186]

Zwei Monate nach dieser Hettstedter Konferenz mußte die zuständige Abteilung des SED-Zentralsekretariats jedoch konstatieren, daß die zur Durchführung des Zweijahresplanes erforderlichen starken Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben noch immer nicht vorhanden waren. Es sei nach wie vor so, daß „die BGL entweder gar nicht existieren oder nur auf dem Papier stehen oder als Anhängsel der Betriebsräte fungieren". Dieser Zustand müsse unbedingt geändert werden, und zwar bei den für September

[Forts. von Anm. 182]
auf den „Ermittlungen" von Betriebsinstrukteuren des Landesvorstandes in 238 Betrieben „aller Industriezweige, verschiedener Grössen (von 20 bis 20000 Belegschaftsmitgliedern)".

183 Ebd.

184 Geschichte des FDGB. Chronik 1945–1982. Hrsg. von der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert" beim Bundesvorstand des FDGB, Berlin [Ost] 1984, S. 36. Die „Beschlüsse von Hettstedt" sind komplett abgedruckt in: Aus der Arbeit (Anm. 19), S. 411–413.

185 Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 418, nennt den am 9. Oktober 1947 erlassenen Befehl einen „Wendepunkt", der einen „grundlegenden Wandel" in der Tätigkeit der Gewerkschaften nach sich zog. Zur Entstehung und Umsetzung des Befehls, einschließlich der überwiegend negativen Reaktionen in der Arbeiterschaft, vgl. ebd., S. 210 ff.

186 Aus der Arbeit (Anm. 19), S. 411–413. Vgl. Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 258 f.

Tabelle 4
*BGL-Wahlen im Land Brandenburg einschließlich Parteizugehörigkeit der Gewählten 1947 und 1948**

	Betriebe, in denen gewählt wurde	wahlberechtigte FDGB-Mitglieder	Wahlbeteiligung		Parteizugehörigkeit der gewählten BGL-Mitglieder (in %)			
			abs.	%	SED	CDU	LDP	parteilos
1947	4109	237157	190859	80,5	51,5	1,3	0,7	47,2
1948	6646	332755	266629	80,1	41,4	1,1	0,9	56,6
Veränderung 1947–1948	+61,7%	+40,3%	+39,7%	–0,4%	–10,1%	–0,1%	+0,2%	+9,4%

* Betriebsgewerkschaftswahlen 1947 im Land Brandenburg (Aufstellung nach Kreisen), BLHA, Rep. 332, L IV/2/6.1/547 (unfol.). Bericht über die BGL-Wahlen 1948 (18. November 1948), BLHA, Rep. 332, L IV/2/6.1/548 (unfol.). Die Anteile von Vertretern anderer Parteien sind insgesamt vernachlässigbar. In einzelnen Betrieben konnten sie allerdings Achtungszeichen setzen. So wurde bei der BGL-Wahl in der Stärkefabrik Kyritz die von der alten BGL gemeinsam mit der SED-Betriebsgruppe aufgestellte Kandidatenliste abgelehnt und aus der Versammlungsmitte eine neue Vorschlagsliste aufgestellt. Gewählt wurden dann sieben CDU-Mitglieder, zwei Parteilose und zwei SED-Genossen. Dabei fiel der Vorsitzende der SED-Betriebsgruppe durch und erhielt – obwohl die Betriebsgruppe seiner Partei 143 Genossen umfaßte – lediglich 93 Stimmen (!). Die Zahlen für die BGL-Wahlen 1948 im Bereich der IG Metall (gesamte SBZ) ergeben ein ähnliches Bild: von den gewählten BGL-Mitgliedern gehörten 46 Prozent der SED an, insgesamt 1,5 Prozent waren Mitglieder der anderen Parteien (CDU, LDPD, NDPD, Bauernpartei), und 52,5 Prozent waren parteilos. SAPMO-Barch, DY 46, 11/1326/3946 (unfol.), FDGB-Bundesvorstand, HA I (Organisation), 18. Februar 1949, an ZV IG Metall, betr. BGL-Wahlen 1948.

1948 vorgesehenen Neuwahlen der BGL, bei denen gleichzeitig überall auch gewerkschaftliche Vertrauensmänner bestimmt werden sollten. Das Ziel lautete, daß „in Zukunft die entscheidende Vertretung der Arbeiterschaft im Betrieb die [...] Gewerkschaftsleitung sein muß".[187] Dem lag die Überzeugung zugrunde, daß die Betriebsräte oftmals „unsichere Kantonisten" seien, die sich nicht beliebig von „oben" steuern ließen. Schwer nachvollziehbar bleibt freilich, wie man ernsthaft annehmen konnte, die realen Interessenkonflikte würden sich im Zuge der Etablierung von Betriebsgewerkschaftsleitungen verflüchtigen und es stünden plötzlich Hunderttausende treu ergebene Exekutoren der neuen „Gewerkschaftspolitik" zur Verfügung.

Im Herbst 1948 gelang es dann mit großem organisatorischen Aufwand, nahezu flächendeckend BGL-Wahlen durchzuführen.[188] Im Land Brandenburg beispielsweise wurden in mehr Betrieben Gewerkschaftsleitungen gewählt, als im Vorjahr an den Betriebsratswahlen beteiligt waren.[189] Allerdings fiel hier der Anteil der SED-Genossen unter den gewählten BGL-Mitgliedern gegenüber 1947 um zehn Prozent ab, was als deutlicher Indikator für die merklich gewachsene Distanz der Arbeiterschaft gegenüber der SED und ihrem 1947/48 forcierten Kurs der Übernahme des sowjetischen Gesellschaftssystems – auch in Hinblick auf die Gewerkschaftspolitik – gewertet werden kann.[190]

Diese Tendenzen werden auch durch den Abschlußbericht zu den BGL-Wahlen von 1948 in Sachsen bestätigt, wo ebenfalls ein Rückgang des Stimmenanteils der SED verbucht werden mußte.[191] Im FDGB-Landesvorstand wurde dabei mit Sorge registriert, daß „oft bewährte Gewerkschaftsfunktionäre nicht wieder gewählt wurden", was man als „Beweis für die politische Rückständigkeit der Belegschaften" wertete. Da sich die sächsische FDGB-Spitze mit den aus ihrer Sicht offenbar sehr schlechten Wahlergebnissen nicht abfinden mochte, wurde kurzerhand eine Wiederholung der Wahlen in allen Betrieben angeordnet, in denen das Ergebnis „nicht befriedigend" ausgefallen war. Allerdings wurde diese Aufforderung häufig ignoriert, und „in einigen Fällen ist bei der Wiederholung der Wahl sogar ein schlechteres Ergebnis herausgekommen". Vorrangig in größeren Betrieben, wo SED und FDGB schon über arbeitsfähige Organisationsstrukturen verfügten, konnte diesem Bericht zufolge das Wahlergebnis „wesentlich verbessert" werden. Das gelang zum Beispiel, indem „Kollegen, deren Wahl als zufällig angesehen werden muß," unter Druck gesetzt wurden, „auf ihren Sitz in der BGL zugunsten guter Gewerkschaftsfunktionäre" zu verzichten. Wenn derartige Versuche nicht fruchteten, wurde – satzungswidrig – einfach die Zahl der BGL-Mitglieder

187 BLHA, Rep. 332, L IV/2/6.1./548 (unfol.), Schreiben der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge des ZS der SED vom 15. Juli 1948 an den Landesvorstand der SED Brandenburg, betr. Die Neuwahlen der BGL und der Betriebsräte – Bildung von Gewerkschaftsgruppen in Kleinbetrieben. Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 261 f., zufolge stießen die in Hettstedt beschlossenen Maßnahmen auf ebenso große Passivität und Ablehnung wie schon zuvor jene des „Befehls 234".

188 Siehe Tabelle 3, S. 488.

189 Vgl. Tabelle 1, S. 467.

190 Siehe Tabelle 4, S. 490, und vgl. Tabelle 2, S. 469.

191 SHStA, FDGB, Landesvorstand Sachsen, Nr. 6 (unfol.), Abschlußbericht von den BGL-Wahlen 1948, FDGB, Landesvorstand Sachsen, HA 1 (Org.), Dresden, 15. November 1948 (gez. Pfennig). Die Stimmenverluste für die SED werden darin allerdings nicht näher quantifiziert; daher auch das Folgende.

erhöht und durch Kooptation der vorgesehenen, aber nicht gewählten bzw. abgewählten „guten" Funktionäre die angestrebte Zusammensetzung dieser Gremien hergestellt. Es ist davon auszugehen, daß nicht nur in Sachsen derart massive Manipulationen vorgenommen wurden, die die Distanz der Belegschaften gegenüber SED und FDGB weiter vergrößert haben.

Fragt man nach Gründen für den bis 1948 äußerst schleppenden Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben, stößt man unweigerlich zuerst und vor allem auf die Betriebsräte, die wohl die adäquateste und flexibelste Arbeiterorganisation zur Alltagsbewältigung und Wiederingangbringung der Produktion in der fragmentierten Zusammenbruchsgesellschaft verkörperten. Die Betriebsräte waren aktiv und in der Arbeiterschaft akzeptiert, lange bevor der FDGB sich ernsthaft anschickte, seine Organisationsstruktur an der Basis aufzubauen. Zudem spielte mit ziemlicher Sicherheit die Tradition eine Rolle, der zufolge die Betriebsräte *die* alteingesessene legitime Belegschaftsvertretung darstellten, während mit den Betriebsgruppen als Basiseinheit der Einheitsgewerkschaft ein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis dahin unübliches Strukturelement neu eingeführt wurde. Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, daß auch die Mehrzahl der in den ersten Nachkriegsjahren tätigen – noch in der Weimarer Zeit geprägten – Funktionäre im Gewerkschaftsapparat keinen Grund sah, das überkommene Verhältnis zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften zu revidieren.[192]

Der Aufbau eines Apparates vorrangig ehrenamtlicher Funktionäre in den Betrieben litt nicht zuletzt unter erheblichem Personalmangel. Zum einen war ein großer Teil des begrenzten Reservoirs von Arbeitern, die über Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit verfügten, bereits in den Betriebsräten gebunden. Zum anderen gab es eine hohe Aufstiegsmobilität, die dazu führte, daß Funktionäre bereits bestehender Betriebsgewerkschaftsleitungen häufig in den Apparat des FDGB, der SED oder der staatlichen Verwaltungen wechselten.[193] Zu berücksichtigen ist schließlich, daß die FDGB-Führung selbst – zumindest bis Herbst 1947 – versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie sich um eine Integration der Betriebsräte bemühte und nicht mit letzter Konsequenz den Aufbau eigener Organisationsstrukturen in den Betrieben verfolgte.[194] Erst vor dem Hintergrund der Entscheidung zugunsten einer stärkeren Anbindung Ostdeutschlands an die Besatzungsmacht wurde diese Doppelstrategie aufgegeben und eindeutig Kurs auf die Durchsetzung des sowjetischen Gewerkschaftsmodells genommen, in dem es für Betriebsräte keinen Platz mehr gab.

192 Vgl. Sebastian Simsch, „... was zeigt, daß sie ideologisch zurückgeblieben sind". Personelle Grenzen der frühen DDR-Diktatur am Beispiel der FDGB-Funktionäre in und um Dresden, 1945–1951, in: Eliten im Sozialismus. Studien zur Sozialgeschichte des SED-Regimes. Hrsg. von Peter Hübner, Köln u. a. 1999, S. 241–253.

193 Vgl. ebd. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist der Beschluß des SED-ZS vom 9. August 1948 im Zusammenhang mit einer grundlegenden „Aussprache über Partei und Gewerkschaften": „Der FDGB wird künftig stärkstes Gewicht auf die Ausbildung neuer Kader durch Herauszug von Kräften aus der Zone legen. Die Partei wird Vorsorge dafür treffen, dass ein möglichst hoher Prozentsatz der neu auszubildenden Kader durch die Parteischulen läuft." SAPMO-Barch, DY 30/IV 2/2.1/222, Bl. 1, Protokoll Nr. 101 (II) der Sitzung des ZS am 9. August 1948.

194 Vgl. die entsprechenden Ausführungen oben im Abschnitt zu den Betriebsräten.

Die Akzeptanz der neuen Einheitsgewerkschaft in der Arbeiterschaft hing natürlich zuallererst davon ab, inwieweit sich der FDGB in der Lage zeigte, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Dies betraf neben den „klassischen" Feldern der Tarifpolitik, wie Lohn und Arbeitszeit, primär die ganz praktische Hilfe im täglichen Überlebenskampf, also Fragen der Ernährung und Bekleidung, der Beschaffung von Heizmaterial und Wohnraum.[195] Die Beschäftigung mit den letztgenannten Problemen gewann zusätzlich an Gewicht, da dem FDGB bezüglich der Tarifpolitik sehr enge Grenzen gesetzt waren.[196] Angesichts dieses geringen Spielraumes und einer in der Arbeiterschaft weit verbreiteten egalitären Einstellung[197] kam es in der ersten Runde von Tarifabschlüssen 1946/47 zu einer erheblichen Nivellierung des Lohngefälles sowohl innerhalb der Betriebe als auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen.[198]

Bezüglich der tariflichen Arbeitszeit gab es in Anbetracht des zu bewältigenden Wiederaufbaus ebenfalls kaum Bewegungsspielraum. Zwar setzte der FDGB – wohl auch unter dem Druck seiner Mitglieder – prinzipiell die 48-Stunden-Woche durch, räumte aber gleichzeitig die Möglichkeit „freiwilliger Mehrarbeit" ein.[199] Seit Mai 1948, als die SMAD die DWK praktisch für die Festlegung der Tarife verantwortlich machte, gab es schließlich gar keine Aushandlung von Tarifverträgen im klassischen Sinne mehr, wogegen die Einzelgewerkschaften vielfach opponierten, indem sie sich weigerten, die entsprechenden Entwürfe der DWK zu unterschreiben.[200]

Interessanterweise hat trotz feststehender Tariflöhne in den meisten Branchen dennoch eine Erhöhung der Effektivlöhne stattgefunden. Dies geschah vorrangig auf Betriebsebene mittels gesonderter Vereinbarungen über bessere Lohnbedingungen und die Zahlung von sogenannten „sozialen Zulagen" sowie eine möglichst günstige Einstufung der Beschäftigten in das System der Lohngruppen und Ortsklassen.[201] Mit der verstärkten Einführung der Leistungsentlohnung seit Herbst 1947 griffen die Belegschaften schließlich zu der Methode, die Normen möglichst tief anzusetzen, um sie dann regelmäßig übererfüllen und entsprechende Lohnzulagen erzielen zu können.[202] Daß neben den Betriebsräten auch Gewerkschaftsleitungen an diesen weit verbreiteten Praktiken beteiligt waren, ist sehr wahrscheinlich.

195 BLHA, Rep. 330, I/3/106, Bl. 12–23, hier Bl. 20, Bericht des FDGB-Ortsausschusses Brandenburg/ Havel vom 2. November 1945. Der hier beschriebene „Zustrom, den die Gewerkschaften in Bezug auf tägliche Fragen von Seiten der Bevölkerung" erfuhren, war ganz sicher keine Brandenburger Besonderheit und kann also für die gesamte SBZ unterstellt werden.

196 Die SMAD hatte nämlich im Dezember 1945 einen (Preis- und) Lohnstopp verfügt, in dessen Konsequenz neue Tarifabschlüsse nur dann zugelassen wurden, wenn sie nicht zu einer Erhöhung der Durchschnittslöhne führten. Zank, Wirtschaft (Anm. 129), S. 124 f.

197 Vgl. Suckut (Anm. 7), S. 196, sowie Gill, FDGB (Anm. 4), S. 118 f.

198 Klaus Ewers, Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR. Ein historisch-soziologischer Beitrag zur innerbetrieblichen Lohngestaltung – von 1945/46 bis zu den langfristigen Folgewirkungen des 17. Juni 1953, Diss., Universität Osnabrück 1985, S. 16–20.

199 Gewerkschaftlicher Neubeginn (Anm. 171), S. 57 f. und S. 74.

200 Wolfgang Zank, Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945–1949, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* 1990, Nr. 11, S. 52–62, hier S. 61.

201 Zank, Wirtschaft (Anm. 129), S. 129 ff.

202 Jörg Roesler, Vom Akkordlohn zum Leistungslohn, in: *ZfG,* Jg. 32 (1984), S. 778–795, hier 792 f.; Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/ DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 41 f.

Die FDGB-Führung machte sich vor allem für die Einhaltung des angeordneten Preisstopps stark, um die Diskrepanz zwischen stagnierenden Löhnen und steigenden Preisen in Grenzen zu halten. Unter der Losung „Preiskampf ist moderner Lohnkampf" zog der FDGB gegen steigende Preise und Schwarzmarkthandel zu Felde.[203] Dies geschah auf allen Ebenen, angefangen von einer Beteiligung am „Preispolitischen Ausschuß" bei der SBZ-Zentralverwaltung für Finanzen bis hin zu „Preisüberwachungskommissionen" vor Ort, in denen Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam mit den lokalen Behörden die Einhaltung des Preisstopps kontrollieren sollten.[204] Dennoch konnte ein deutlicher Anstieg der Lebenshaltungskosten und ein rapider Verfall der Reallöhne nicht verhindert werden.[205]

Um so wichtiger war eine möglichst hohe Einstufung der Belegschaften bei der Vergabe von Lebensmittelkarten, die für viele ein Minimum an Nahrung zur Sicherung des Überlebens bedeutete. Erfolgten hier Einschnitte durch die Besatzungsbehörden oder die deutschen Verwaltungen, reagierten die Arbeiter sehr empfindlich und übten Druck auf ihre Gewerkschaft aus, damit diese schleunigst Abhilfe schufen. So boykottierten zirka 1000 Metallarbeiter in Guben im Mai 1947 eine Versammlung ihrer Industriegewerkschaft, weil sie gerade administrativ von der Lebensmittelkartengruppe II auf III heruntergestuft worden waren.[206] Bekannt ist ebenso, daß sich führende Gewerkschaftsfunktionäre in diesem Sinne einsetzten und auch gegenüber den SMA forderten, daß „Umstufungen von Werktätigen bei den Lebensmittelkarten ohne Mitwirkung des FDGB [...] unterbleiben" sollten.[207]

Sozialpolitisch engagierte sich der FDGB vor allem auf der Ebene der entsprechenden Zentralverwaltungen, besonders natürlich in der für Arbeit und Sozialfürsorge, aber auch in denen für Umsiedler und Volksbildung. Im Zentrum dieser Bemühungen stand die Mitarbeit beim Aufbau eines einheitlichen Sozialversicherungssystems. Außerdem richtete der FDGB seit 1947 einen eigenen Feriendienst ein.[208] In den Betrieben sollten die Gewerkschaftsleitungen u. a. den Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Schaffung und Tätigkeit von Sozialeinrichtungen kontrollieren und an der Wohnraumverteilung teilnehmen.

Der Streik als traditionelles Kampfmittel der Gewerkschaften spielte in der SBZ kaum eine Rolle, wenngleich der Bundesvorstand des FDGB im November 1946 eine Streikordnung beschloß, die allerdings ausdrücklich für den „Kampf gegen das kapitalistische

203 Protokoll 2. FDGB-Kongreß (Anm. 147), S. 71 und S. 98.

204 Ebd., S. 72, sowie Geschäftsbericht FDGB 1946, S. 136.

205 1. Geschäftsbericht des FDGB Groß-Berlin, Berlin 1946, S. 103. Vgl. die Ausführungen oben (im Abschnitt Tätigkeit der BR) zur Preiskontrolle.

206 SAPMO-BArch, DY 34, 11/772/3472 (unfol.), „Bericht über die Metallarbeiterversammlung in Guben am 29. Mai 1947." In einem Betrieb der Stadt hatte der Betriebsrat beschlossen, „aus Mangel an Ernährung die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabzusetzen". Generell wurde „stark zum Ausdruck gebracht, dass es den Gewerkschaften – insbesondere der IG Metall – gelingen muss, eine Verbesserung der Lebenslage der Metallarbeiter zu erzielen" (ebd.).

207 Adam Wolfram, Es hat sich gelohnt. Der Lebensweg eines Gewerkschafters, Koblenz 1977, S. 88. Wolfram berichtet über einen konkreten Fall aus Sachsen-Anhalt.

208 Müller, FDGB (Anm. 173), S. 636; Gill, FDGB (Anm. 4), S. 137; Kleßmann, Die stilisierte Klasse (Anm. 2), S. 58 ff.; Dierk Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956, München 1996.

Unternehmertum und die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Verhältnisse" bestimmt war.[209] Somit waren Arbeitsniederlegungen in den staatlichen („volkseigenen") und SAG-Betrieben von vornherein nicht gedeckt, wenngleich das Streikrecht formal sogar noch von der ersten DDR-Verfassung gewährleistet wurde.[210] Ausdrücklich durch den FDGB und die Industriegewerkschaften unterstützt wurden Streiks in privaten Unternehmen, die die Zahlung von Tariflöhnen, den Abschluß von Betriebsvereinbarungen – insbesondere zur Festschreibung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte – sowie die Entnazifizierung der Betriebsleitungen durchsetzen sollten.[211]

In der Frage der Durchsetzung neu ausgehandelter Tariflöhne kam es Ende 1947 wiederholt zu Konflikten mit örtlichen SMA-Stellen, weil diese mehrfach Ausstände von Belegschaften verboten hatten.[212] Der Zentralvorstand der IG Metall zeigte sich entschlossen, auch größere Streikaktionen zur Durchsetzung des Tarifs – gegen anderslautende Anordnungen der SMAD – zu unterstützen. Ganz offen drohte die Metallarbeitergewerkschaft mit Streik, als die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie (DZVI) im Herbst 1947 die Industrie- und Handelskammer (IHK) aufforderte, den neu vereinbarten Tariflohn nicht zu zahlen. In beiden Fällen gelang es wohl dem FDGB-Bundesvorstand, den Streit zu schlichten und offene Auseinandersetzungen abzuwenden.[213]

Neueren Erkenntnissen zufolge hat die SMAD in dieser Frage erheblichen Druck auf die Gewerkschaften und die deutschen Verwaltungen ausgeübt. Dabei genehmigte sie zwar nach zähem Ringen beispielsweise den angesprochenen Metallarbeitertarif, aber die SAG weigerten sich auch dann noch, diesen in ihren Betrieben anzuwenden.[214] In welche Zwangslage die Besatzungsmacht die von ihr protegierte SED damit brachte, kann man daran ablesen, daß sich das Zentralsekretariat der Partei Anfang Juni 1948 genötigt sah, in einem förmlichen Beschluß die SMAD zu bitten, die „bisher in Deutschland üblichen Prinzipien der Tarifvertragspolitik und der gewerkschaftlichen Arbeit [...] nicht zu verletzen". Der Unmut in der Arbeiterschaft war offenbar deutlich spürbar, denn zur Begründung führte die SED-Spitze an, daß die Schwierigkeiten beim Abschluß der Tarifverträge „schnellstens beseitigt werden müssen, wenn

209 Zitiert nach Müller, FDGB (Anm. 173), S. 637. Vgl. Hübner, Konsens (Anm. 202), S. 179 f.

210 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Amt für Information der Regierung der DDR, o. O. u. J., S. 13.

211 In diesem Zusammenhang fanden vor allem 1947 in der gesamten SBZ eine Vielzahl in der Regel kurzer Arbeitsniederlegungen von höchstens einigen Tagen statt. Diverse Berichte dazu in: SAPMO-BArch, DY 46, 11/859/3505 (unfol.).

212 Ebd.

213 SAPMO-BArch, DY 46, 11/1325/3946 (unfol.). Von den SMA-Stellen wurden die Einzelgewerkschaften praktisch ignoriert, so daß nur über die Kontakte des FDGB-Bundesvorstandes nach Karlshorst eine Vermittlung möglich war.

214 Brunner, Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 175 f. Ein hochrangiger SMAD-Offizier bot bei einer Verhandlung dazu dem Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Max Herm (KPD/SED) „8 oder 10 Jahre Gefängnis" an und drohte dem ebenfalls beteiligten Anastasius Grunwald, Tarifsekretär der IG Metall (SPD/SED) mit einem Militärgerichtsverfahren, falls sie den Anweisungen der Besatzungsbehörden nicht Folge leisten würden. Ähnliche Probleme in der Umsetzung eines neu ausgehandelten Tarifs gab es beispielsweise auch im Baugewerbe (ebd.).

das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung zum FDGB und zur SED nicht erschüttert werden soll".[215]

Unverkennbar ist, daß die Erwartungen der rasch wachsenden Mitgliederschar der Gewerkschaften in der SBZ stark auf die Lösung der prekären Versorgungslage konzentriert waren. Entsprechend ihrem traditionellen Selbstverständnis sahen auch die meisten FDGB-Funktionäre darin (zunächst) den Schwerpunkt ihrer Arbeit. Die deutlich andere Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik seit Herbst 1947 war mit diesem Personal nicht zu realisieren, weshalb verstärkt vom Sommer 1948 an eine Umstrukturierung und „Säuberung" des Apparates des FDGB und der Einzelgewerkschaften einsetzte.[216] Dies war wiederum die Voraussetzung dafür, die seit Frühjahr 1948 forciert betriebene Etablierung und Aktivierung der BGL anleiten und durchsetzen zu können. Letzteres war ein Prozeß, der im Zusammenhang mit der Auflösung der Betriebsräte Ende desselben Jahres zwar einen massiven Schub erhielt, aber damit noch lange nicht abgeschlossen war.[217]

Genaugenommen verfügte der FDGB erst vom Herbst 1948 an über eine halbwegs flächendeckende Organisationsstruktur in den Betrieben der SBZ, wobei allerdings die überwiegende Mehrzahl der Basisfunktionäre kaum den Anforderungen der neuen „Gewerkschaftspolitik" von SED und FDGB entsprochen haben dürfte. Die Einheitsgewerkschaft zählte im Jahr vor Gründung der DDR zwar mehr als 4,5 Millionen Mitglieder, diese enorme Zahl kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die FDGB-Führung ihre Mitgliedschaft nur sehr begrenzt zu mobilisieren vermochte.[218] Das war ganz sicher auch darauf zurückzuführen, daß sich die Entwicklung des FDGB eben nicht in einem basisdemokratischen Prozeß vollzogen hatte, sondern weitgehend von „oben" und in zunehmender Abhängigkeit von SMAD und SED erfolgte. Mit der immer einseitigeren strukturellen und inhaltlichen Ausrichtung der Gewerkschaften gemäß der ihnen zugedachten „Transmissionsrolle" verstärkte sich die Tendenz zur Vernachlässigung ihrer traditionellen Interessenvertretungsfunktion, woraus zwangsläufig eine zunehmend einseitige Kommunikation innerhalb dieser größten Massenorganisation der SBZ/DDR resultierte. Die FDGB-Führung war mehr damit beschäftigt, ihre Mitglieder zur Erfüllung der von der SED vorgegebenen Pläne und Aufgaben zu mobilisieren als umgekehrt den Sorgen, Nöten und Forderungen ihrer Klientel Gehör zu schenken und Geltung zu verschaffen.

Fazit

Der Titel dieses Aufsatzes, der die einstmalige (Selbst-)Stilisierung der SED-Geschichtsschreibung aufgreift, ist natürlich eine rhetorische Frage. Das macht die detaillierte empirische Untersuchung der damit verbundenen zeitgeschichtlichen Problemstellungen

215 Zitiert nach ebd., S. 179.

216 Dazu ausführlich: ebd., S. 267 ff. Vgl. auch den oben zitierten Aufsatz von Simsch (Anm. 192).

217 Vgl. Werum, „Wir sind die Illegalen!" (Anm. 73).

218 Hierfür sehr treffend die Charakterisierung des FDGB als „Koloß auf tönernen Füßen" durch Gill, FDGB (Anm. 4), S. 72.

jedoch ebensowenig obsolet wie die Überprüfung der Befunde und Thesen seriöser historiographischer Arbeiten in diesem Forschungsfeld.

Herausgearbeitet wurde, daß die SMAD im Hinblick auf die Betriebsräte, aber auch gegenüber den Gewerkschaften zunehmend unduldsamer die traditionellen Organisationsformen der deutschen Arbeiterbewegung beargwöhnt, behindert und schließlich seit Herbst 1947 unverhohlen auf die weitgehende Übertragung ihres Modells einer „Gewerkschaft" als „Transmissionsriemen der Partei" bei gleichzeitiger Beseitigung der BR gedrungen hat. Trotz aller Widersprüchlichkeit in ihrer Besatzungspolitik ist dies – zumal mit Bezug auf die Betriebsräte – unverkennbar. Hierbei spielte ganz sicher auch eine Rolle, daß die Sowjetunion zumindest bis 1948/49 zu keiner rationalen Entscheidung oder wenigstens Koordination im Zielkonflikt zwischen maximaler Reparationsentnahme zur Kompensation der enormen Kriegsschäden im eigenen Land und der Etablierung eines (stabilen) kommunistischen Regimes in Ostdeutschland gelangte. Aus dieser widersprüchlichen Besatzungspolitik folgte zwangsläufig, daß es trotz vieler Gemeinsamkeiten keine vollständige Übereinstimmung der Politik von SMAD und SED gegenüber den beiden Formen der Interressenvertretung gab, sich die ostdeutsche Parteiführung gelegentlich sogar genötigt sah, in Karlshorst oder Moskau zu intervenieren, daß die Besatzungsmacht ihr mit ihrem rigiden Vorgehen nicht vollends das Wasser – also den Rückhalt in der Arbeiterschaft – abgraben möge.

Im übrigen waren die tonangebenden deutschen Kommunisten bis 1947/48 hauptsächlich damit beschäftigt, sich zunächst innerhalb der SED klar gegen die Sozialdemokraten durchzusetzen und darüber hinaus die staatlichen Strukturen in den Griff zu bekommen. Unter ungünstigen äußeren Bedingungen und ohne ein tragfähiges wirtschaftspolitisches Konzept geriet die SED seit 1948 immer mehr unter Druck, den volkswirtschaftlichen Ertrag zu steigern, um sowohl die sowjetischen Forderungen als auch die Erwartungen der eigenen Bevölkerung erfüllen zu können. Auch auf diesem Politikfeld fiel Ulbricht und Genossen nichts Besseres ein, als die weitgehende Adaption sowjetischer „Rezepte". Das heißt, die angestrebten Produktionssteigerungen sollten zuallererst durch höhere Arbeitsleistungen in einer straff zentralisierten Planwirtschaft ohne nennenswerte Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft erzielt werden. Zur Mobilisierung der „Arbeiterklasse" in diesem Sinne waren weder eine unabhängige Betriebsrätebewegung noch eine traditionell ausgerichtete Gewerkschaft geeignet. Fielen die frühen Versuche der entsprechenden Beeinflussung gegenüber dem FDGB und den Betriebsräten noch relativ moderat aus, ging die kommunistisch dominierte SED-Führung ab Sommer 1948 in dieser Frage ähnlich rücksichtslos vor wie die SMAD.

Innerhalb des FDGB und noch deutlicher in den Einzelgewerkschaften machte sich bis zur ersten massiven „Säuberungswelle" (1948) die sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Prägung vieler Funktionäre stark bemerkbar. Der Konflikt um die Umwandlung des FDGB in einen „Transmissionsriemen" der SED und die allmähliche Ausschaltung der Betriebsräte reichte bis in die Führungsspitze der Einheitsgewerkschaft, wo an erster Stelle der im Herbst 1948 zum Vorsitzenden avancierte Herbert Warnke eben diese Transformation im Sinne von SMAD und SED vehement vorantrieb. Gelang es mittels „Säuberung", Einschüchterung und Repression, den FDGB-Apparat weitgehend auf Linie zu bringen, standen diese Optionen nur bedingt zur

Verfügung und waren auch eher ungeeignet, um die Arbeiterschaft in den Betrieben zu höheren Produktionsleistungen zu mobilisieren.

Zwar konnte man auf diese Weise die Betriebsräte als relativ autonome, von „oben" schwer steuerbare Interessenvertretung der Belegschaften beseitigen, aber nicht ohne weiteres die an ihrer Stelle installierten BGL zum „Funktionieren" bringen. Neben der Umformung der SED zu einer „Partei neuen Typs" waren somit auch die anderen beiden institutionellen Säulen der deutschen Arbeiterbewegung zu Instrumenten einer kleinen Machtelite deformiert oder eliminiert worden. Damit waren zwar nicht alle inhaltlichen Ziele der Arbeiterbewegung aufgehoben, aber die Entscheidung darüber, welche davon wann und mit welchen Mitteln verwirklicht werden sollten, behielt sich die SED-Spitze vor. Bereits der deutliche Abwärtstrend für die SED in den BR- und BGL-Wahlen der Jahre 1946 bis 1948 war ein Indikator für das aus dieser Politik resultierende schnelle Anwachsen der Distanz zwischen der Arbeiterschaft und „ihrer" Führung, das am sichtbarsten wenige Jahre später im Juniaufstand von 1953 zum Ausdruck kommen sollte. Mit der Übernahme des diktatorischen Sowjetsystems – unter teilweise erheblichem Druck der Besatzungsmacht – war die Chance zum Aufbau einer demokratisch legitimierten sozialistischen Gesellschaft als tatsächliche Alternative zur westdeutschen Bundesrepublik bereits vor der „doppelten Staatsgründung" weitestgehend verspielt.

Darüber, inwieweit eine solche Möglichkeit jemals real bestanden hat, soll hier nicht spekuliert werden. Hinreichend belegt sein dürfte aber nunmehr, daß sich die Betriebsrätebewegung zu keinem Zeitpunkt – weder in praxi noch programmatisch-konzeptionell, auch nicht im Kontext der landeseigenen Betriebe – so weit entwickelt und entfaltet hatte, daß es gerechtfertigt wäre, im Zusammenhang mit ihr von der Existenz einer demokratisch-sozialistischen Arbeiterselbstverwaltung in relevanten Teilen der Industrie der SBZ zu sprechen.

„Brandenburg ist in unserer Bewegung das Pulverfaß ..."

Die kommunistische Fraktionsbildung im Touristenverein „Die Naturfreunde" in der Region Berlin-Brandenburg zur Zeit der Weimarer Republik

Von Oliver Kersten

Im Juni 1922 wies die Reichsfraktion der Arbeitersportler die Zentrale der KPD auf die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Arbeitersportvereine hin. Der Arbeitersport gewann nach Ansicht der Reichsfraktion immer mehr an Bedeutung, nachdem die Rote Sportinternationale (RSI) in einem Schreiben an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale mitgeteilt hatte, daß sie von der Exekutive der Komintern anerkannt worden sei.[1] Schon aus diesem Grunde war die KPD nach Ansicht der Reichsfraktion der Arbeitersportler verpflichtet, ihr Augenmerk vermehrt auf den Arbeitersport zu richten. Doch bereits in der Anfangszeit der Weimarer Republik wurden einige Arbeitersport- und Arbeiterkulturorganisationen durch politisch begründete Spaltungsvorgänge erschüttert. Davon betroffen waren beispielsweise der Arbeitersportverein „Fichte" (ASV) in Berlin,[2] der Arbeiter-Samariter-Bund[3] und der Deutsche Arbeiter-Sängerbund.[4] In besonders schwere Turbulenzen wurde der Touristenverein „Die Naturfreunde" (TVDN)[5] in der Weimarer Republik gestürzt. Nachdem nämlich die Reichsregierung am 23. November 1923 die KPD verboten hatte (sie wurde erst am 1. März 1924 wieder zugelassen), strömten viele Kommunisten in den TVDN, um dort nicht nur ihre Zusammenkünfte abzuhalten, sondern auch den TVDN in ihrem Sinne zu „revolutionieren"[6]

1 Sitzung der Reichsfraktion der Arbeitersportler mit der Zentrale der KPD am 21. Juni 1922, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin [künftig zitiert: SAPMO-BArch], RY 1/I 2/710/7, Bl. 1.

2 In Berlin traten schon im Jahre 1919 sozialdemokratisch gesinnte „Fichte"-Mitglieder der bereits 1905 von ehemaligen „Fichte"-Sportlern gegründeten „Freien Turnerschaft Berlin" (FTB) bei. Siehe hierzu: Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990, S. 61 und S. 104; ders., Arbeitersport in Berlin, in: Gertrud Pfister und Gerd Steins, Sport in Berlin. Vom Ritterturnier zum Stadtmarathon, Berlin 1987, S. 159–184, hier S. 162 f.

3 1921 spaltete sich vom Arbeiter-Samariter-Bund der kommunistisch dominierte Proletarische Gesundheitsdienst (PGD) ab. Siehe bes. Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt a. M. und New York 1980, S. 53 und S. 117 f.

4 Klaus Sühl und Rita Meyhöfer, „Von der Wiege bis zur Bahre ..." – Die Kultur-, Freizeit- und Selbsthilfeorganisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in: Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin. Hrsg. von Gert-Joachim Glaeßner, Detlef Lehnert und Klaus Sühl, Berlin 1989, S. 203–236, hier S. 222.

5 Einen vorzüglichen Überblick zum gegenwärtigen Forschungsstand bietet Viola Denecke, Der Touristenverein „Die Naturfreunde", in: Franz Walter, Viola Denecker und Cornelia Regin, Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991, S. 241–291.

6 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 in Frankfurt a. M. Hrsg. vom Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Nürnberg o. J., S. 14. In einem Schreiben der Reichsfraktionsleitung der Kommunistischen Arbeiter-Turner und -Sportler an die RZ [Reichszentrale] der KPD vom

und kommunistische Fraktionen zu schaffen. Die Folge waren Massenausschlüsse, die zunächst in der Auflösung des gesamten Gaues Brandenburg mit seiner dominierenden Ortsgruppe Berlin gipfelten. Das Schicksal der ausgeschlossenen Naturfreunde aus Berlin und Brandenburg wurde bisher erst ansatzweise erforscht.[7]

Klaus-Michael Mallmanns Aussage, daß die gezielte kommunistische Unterwanderung und Fraktionstätigkeit in Vereinen selten auftrat und „weitgehend eine Projektion des KPD-Feldherrnhügels" blieb, wirkt bei genauer Kenntnis der Vorgänge überzogen. Als Beleg für die „Vereinsidylle" dienen Mallmann u. a. die Naturfreunde. So hatte sich beispielsweise 1926 die KPD-Bezirksleitung im Ruhrgebiet darüber mokiert, daß die Naturfreunde in ihrer eigenen Welt lebten und die kommunistischen Vereinsmitglieder sich eher der Betrachtung von Gesteinsformationen hingaben, anstatt Fraktionsarbeit zu leisten.[8] Das kann jedoch für den TVDN im Gau Brandenburg mit seiner starken Berliner Ortsgruppe nicht bestätigt werden. Anhand der Auswertung des hierfür relevanten KPD-Bestandes im Bundesarchiv Berlin, von Artikeln im „Vorwärts" und in der „Roten Fahne", der Vereinszeitschrift des ASV „Fichte" sowie des umfangreichen, jedoch stark verstreuten Schrifttums des TVDN einschließlich äußerst seltener Quellen aus der Ausschlußphase von 1924 bis 1926 lassen sich durchaus Anzeichen einer zunehmenden Politisierung durch eine entstehende kommunistische Fraktion belegen. Auch wenn ein Teil der kommunistischen Naturfreunde im TVDN in erster Linie das Wander- und Kulturangebot wahrnehmen wollte, so gab es ebenso „Hardliner", die zielstrebig die Fraktionsbildung zum Zweck der „Revolutionierung" des Vereins betrieben, auch wenn sie schließlich scheitern mußte.

[Forts. von Anm. 6]
30. November 1923 wollte man nicht nur den Reformisten in den Arbeitersport- und Kulturorganisationen „den Garaus machen", man benutzte diese Organisationen als legalen Deckmantel für ihre Arbeit. „Damit verbunden wird eine schnellere Radikalisierung und Eroberung der Verbände vorgesehen." – SAPMO-BArch, RY 1/I 2/710/7, Bl. 94 f.; vgl. auch Abschrift des Schreibens des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung an die Sächsische Gesandtschaft Berlin vom 23. Dezember 1924, in: Bundesarchiv Berlin [künftig zitiert: BArch Berlin], R 1507/1095a, Bl. 136. Siehe auch: Erklärung, in: *Nachrichtenblatt des Zentral-Ausschusses für Leitungsmitglieder von Gauen und Ortsgruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, 1924, Jänner, Nr. 15, S. 1.

7 Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde" im Gau Brandenburg und in Berlin 1924/1925, in: *Grüner Weg 31a*, Jg. 10 (1996), Januar (Sonderheft), S. 3–15. Wichtige Hinweise auch bei Hartmann Wunderer, Der Touristenverein „Die Naturfreunde" – eine sozialdemokratische Arbeiterkulturorganisation (1895–1933), in: *IWK*, Jg. 13 (1977), H. 4, S. 506–520; ders., Arbeitervereine und Arbeiterparteien (Anm. 3); Augustin Upmann und Uwe Rennspieß, Organisationsgeschichte der deutschen Naturfreundebewegung bis 1933, in: Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung. Hrsg. von Jochen Zimmer, Köln 1984, S. 66–111.

8 Klaus-Michael Mallmann, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – eine Erwiderung, in: *VfZ*, Jg. 47 (1999), H. 3, S. 401–415, hier S. 410; vgl. auch ders., Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 166–181.

Erste politische Orientierungen im Gau Brandenburg

Bereits kurze Zeit nach der Gründung der Berliner TVDN-Ortsgruppe im Jahre 1908 kam es zu ihrer Spaltung. Zahlreiche ehemalige TVDN-Mitglieder gründeten im Jahre 1909 den Arbeiterwanderbund „Die Naturfreunde" (AWB), der lange Zeit eine starke Konkurrenz für den TVDN bedeutete.[9]

Aus dem bisherigen Gau Norddeutschland des TVDN entstanden Pfingsten 1918 der Gau Hamburg, der Gau Niedersachsen und der Gau Brandenburg, in dem die Ortsgruppe Berlin die zentrale Rolle spielte. Auf der Gaukonferenz am 6. Juli 1919 in Friedrichshagen bekannte sich der Gau Brandenburg des TVDN zur Rätebewegung sowie zur Diktatur des Proletariats, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt die Münchener Räterepublik gescheitert und die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte immer mehr im Schwinden begriffen war.[10] Ein Jahr später, auf der VIII. Hauptversammlung vom 25. bis 27. Juli 1920 in Salzburg, entflammte eine heftige Diskussion um die zukünftige politische Orientierung des TVDN. Schließlich wurde dort die „Innsbrucker Resolution"[11] von 1908 mit ihrer sozialdemokratischen Ausrichtung bestätigt. Doch schon bald sollten die Risse zwischen den sozialdemokratisch und den kommunistisch bzw. linkssozialistisch orientierten Naturfreunden immer größer werden. Am Ende standen Ausschlüsse nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Württemberg, Thüringen, Westfalen und im Rheinland.

Auf der IX. Hauptversammlung 1923 in Leipzig wurde in der „Leipziger Entschließung" der überparteiliche Standpunkt des TVDN innerhalb der Arbeiterbewegung betont. Auf dieser Hauptversammlung scheint der Gau Brandenburg mit seiner Ortsgruppe Berlin ernsthaft bemüht gewesen zu sein, eine Debatte über die Bedeutung und die Aufgaben des TVDN zu führen. Im Gau Brandenburg mit seinen insgesamt etwa 2500 Mitgliedern nahm seit diesem Zeitpunkt die kommunistische Einflußnahme kontinuierlich zu.[12] Die politische Orientierung des TVDN wurde auf der Sitzung der Reichsfraktion der Arbeitersportler mit der KPD-Zentrale im Juni 1922 polemisch von

9 Zu den Gründen der Abspaltung siehe Oliver Kersten, Die Ortsgruppe Berlin des Touristenvereins „Die Naturfreunde" im Wilhelminischen Kaiserreich, in: *Grüner Weg 31 a*, Jg. 12 (1998), Dezember, S. 18–22, hier S. 19. Einen ersten Versuch der Darstellung des AWB unternahm Erich Hobusch, Zur Geschichte des Arbeiter-Wanderbundes „Die Naturfreunde" (A. W. B.) von 1909–1929, in: ebd., S. 32–58, hier S. 32 und S. 34.

10 O alte Burschenherrlichkeit ... Aus dem Protokoll der Gaukonferenz des Gaues Brandenburg in Friedrichshagen am 6. Juli 1919, in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 6 (1925), H. 9, S. 119 f. Vgl. auch Wolfgang Bagger (Anm. 7), S. 5.

11 Die „Innsbrucker Resolution" ist abgedruckt, in: Protokoll der VIII. Hauptversammlung des T.-V. „Die Naturfreunde", abgehalten im Sitzungssaale des Landtages zu Salzburg am 25. bis 27. Juli 1920, Wien 1921, S. 130. Abweichender Text der Resolution bei Gerald Schügerl, 80 Jahre Naturfreunde Österreich. Hrsg. von der Bundesleitung Naturfreunde Österreich, Wien 1975, S. 101.

12 Adolf Lau, Zwanzig Jahre Naturfreundearbeit im Gau Brandenburg-Pommern, in: *Nord- und ostdeutscher Wanderer*, Jg. 1 (1929), H. 1, S. 4–6, hier S. 5. Im „Naturfreund", Jg. 27 (1923), S. 68, wird die Mitgliederzahl für den Gau Brandenburg mit über 3000 angegeben, doch ist es durchaus denkbar, daß sich diese Angaben, wie bei einigen anderen Ortsgruppen im Bericht, auf das Jahr 1922 beziehen. Im „Naturfreund", Jg. 28 (1924), H. 7/8, S. 112, wird die Mitgliederzahl dagegen bereits mit fast 4000 in 62 Ortsgruppen und allein 30 Berliner Abteilungen angegeben. Vgl. auch Viola Denecke, Der Touristenverein „Die Naturfreunde" (Anm. 5), S. 251, Anm. 25.

„Spießbürger bis Orgesch" eingestuft. Die Reichsfraktion sah bereits zu diesem Zeitpunkt die Vereine der Arbeitersportbewegung einschließlich des TVDN als „Rekrutierungsgebiet des Klassenkampfes".[13] Erreicht werden sollte die „Revolutionierung" des TVDN durch die Schaffung von eigenständigen Fraktionen.

Die kommunistische Fraktionsbildung im Gau Brandenburg des TVDN

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die fraktionelle Spaltung des TVDN waren die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der KPD bezüglich der Fraktionsbildungen. Basierend auf der Einschätzung der KPD, daß sowohl der TVDN als auch der Arbeiterwanderbund „Naturfreunde" als Organisationen anzusehen seien, die für die kommunistische Bewegung gewonnen werden könnten, sollten in beiden Organisationen zunächst kommunistische Fraktionen geschaffen werden, die nach den von der Reichsfraktionsleitung aufgestellten und von der Partei bestätigten Richtlinien zu arbeiten hatten. Um eine „großzügige Revolutionierungsarbeit" des TVDN zu erreichen, sollten außerdem kommunistische Fraktionen im Reichsmaßstab geschaffen werden.[14] Die Vorgaben zur Fraktionsbildung waren durchaus keine leeren Worthülsen, was die Äußerung des damaligen Schriftleiters der TVDN-Zeitschrift des Gaues Brandenburg, Hermann Leupold,[15] anschaulich belegt. Auf einer Sitzung der Gauleitung im Jahre 1924 erklärte dieser offen: „Wir Kommunisten sind auf Beschluß des Weltkongresses der Internationale verpflichtet, in jeder Organisation Fraktionen zu bilden [...]"; sinngemäß fügte er dann hinzu, daß in diesem Falle die Partei höher als das Naturfreundeinteresse stehe.[16] Bei einem beachtlichen Teil der Naturfreundemitglieder stießen diese Worte nicht auf Ablehnung.

Die verschiedenen Vorgaben zur kommunistischen Fraktionsbildung lassen sich bis in das Jahr 1920 zurückverfolgen. In diesem Jahr wurde von den Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollten, gefordert, daß sie neben der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerkschaften, Arbeiter- und Betriebsräten, Konsumge-

13 Siehe Anm. 1, Bl. 4. Die KPD-Führung hatte jedoch erst ab 1923 strategisches Interesse an den Arbeitervereinen. Siehe Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik (Anm. 8), S. 169.

14 Diskussionsgrundlage für die Regelung der Frage des A. W. B. und des T. V. 1. Anlage zu Abschrift des Schreibens des Preußischen Ministers des Innern vom 16. Oktober 1934, in: BArch Koblenz, R 58/782, Bl. 38. Hier wird von der „Reichstagsfraktionsleitung" gesprochen, dabei dürfte es sich jedoch um einen Schreibfehler handeln.

15 Hermann Leupold war bereits mit fünfzehn Jahren Vorstandsmitglied der Berliner TVDN-Ortsgruppe Charlottenburg. Er war Schriftleiter der Mitteilungsblätter „Fahrtgenoß" und „Fahrtgenoß" der ausgeschlossenen Gruppen sowie des „Kampfgenossen", der Vereinszeitschrift von „Fichte". Er war außerdem vor 1933 u. a. in der KPD Referent und Kursuslehrer. Schließlich wurde er Redakteur und später Chefredakteur der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" (AIZ) und nach dem Verbot der AIZ durch die Nationalsozialisten Redakteur der „Volks-Illustrierten" in Prag. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei emigrierte er nach Großbritannien und war nach dem Zweiten Weltkrieg Chefredakteur der „Berliner Zeitung" und später Direktor des „Berliner Verlages". Siehe auch: Heinz Willmann, Geschichte der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung 1921–1938, Berlin 1974.

16 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 16; Willi Bulan, Zum Konflikt im Gau Brandenburg, in: *Nachrichtenblätter für die Deutschen Gau- und Ortsgruppen-Leitungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, 1925, April, S. 2–5, hier S. 4.

nossenschaften sowie auch in den anderen Massenorganisationen eine kommunistische Tätigkeit entfalten sollten. Diese kommunistischen Zellen hatten sich der Gesamtpartei unterzuordnen. Außerdem sollten die Kommunisten innerhalb dieser „weiten Arbeiterorganisationen [...] stets ihre eigene selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden, die stets organisiert vorgeht und die imstande ist, bei jeder Wendung der Ereignisse und bei allen Formen der Bewegung die allgemeinen Interessen des Kommunismus wahrzunehmen".[17] Auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1921 wurden „Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit" angenommen, in denen u. a. auch Sportvereine bereits als Vermittler des kommunistischen Einflusses erkannt wurden.[18] Der 8. Parteitag der KPD 1923 in Leipzig beschloß die Fraktionsbildungen innerhalb der Arbeitersportverbände und forderte von den Mitgliedern höchste Fraktionsdisziplin. Das Ziel sollte der möglichst geschlossene Übertritt der von den kommunistischen Fraktionen eroberten Gesamtverbände in die RSI sein.[19] Schließlich beschloß das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Jahre 1924 eine „Instruktion für die kommunistischen Fraktionen in den außerhalb der Partei stehenden Arbeitermassenorganisationen und -organen", in der festgelegt wurde, daß in „allen Arbeiter- und Bauernorganisationen und Organen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Aufklärungs-, Sport- und anderen Vereinen, Betriebs-, Erwerbslosenräten, auf Kongressen und Konferenzen, in den Gemeindeverwaltungen, Stadträten, Parlamenten usw.), wo wenigstens drei Kommunisten vorhanden sind, [...] zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik in der außerparteilichen Umgebung kommunistische Fraktionen organisiert werden" müssen.[20] In ihrer Arbeit und im „inneren Leben" sollten die Fraktionen autonom bleiben, wobei sich die kommunistischen Parteileitungen nicht in die tägliche Arbeit einmischen, sowie den Fraktionen möglichst viel Handlungsfreiheit und Initiative einräumen sollten.[21] Der 10. Parteitag der KPD schränkte dagegen im Juli 1925 in dem neu beschlossenen Statut die Handlungsfreiheit der Fraktionen ein. Die kommunistischen Fraktionen waren demnach „Organe der Partei in den außerparteilichen

17 Die kommunistische Internationale. Beschlüsse des zweiten Kongresses der dritten Internationale in Moskau, Leipzig 1920, S. 5 und S. 14 f. Vgl. auch: Andreas Wirsching, „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *VfZG*, Jg. 45 (1997), H. 3, S. 449–466, hier S. 456. Siehe zu den Fraktionsbildungen auch: Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien (Anm. 3), S. 129–136.

18 Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunist. Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. Juli 1921, Hamburg 1921, S. 16.

19 Zur Arbeit in den Arbeitersportorganisationen, in: Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1923, S. 439.

20 Instruktion für die kommunistischen Fraktionen in den außerhalb der Partei stehenden Arbeitermassenorganisationen und -organen (Beschluß des Präsidiums des EK der KI vom 4. Februar 1924), in: Die Organisation der Betriebszellen. Organisatorische Fragen und Beschlüsse des V. Kongresses, o. O. [1924], S. 63 f.

21 Ebd., S. 65.

Organisationen. Sie sind nicht selbständige, vollberechtigte Organisationen, sondern unterstehen den zuständigen Parteileitungen."[22] In der „Resolution zur Organisationsfrage" wurden die kommunistischen Fraktionen nur noch als „ausführendes Organ" definiert.[23]

In den Jahren von 1924 bis 1929 wandelte sich die KPD von einer Partei mit einem hohen Anteil innerer Demokratie und heftigen internen Fraktionskämpfen in eine Partei mit starker Disziplin und zentralistischer Befehlsgewalt.[24] Die Anfangsphase dieses Wandlungsprozesses in den Jahren 1924/25 bedeutete für die KPD gewissermaßen die Phase einer „‚Stalinisierung' vor Stalin".[25] Dies hatte auch Auswirkungen auf den TVDN, denn es entstand nun, nachdem es bereits Mitte 1923 erste Tendenzen von Fraktionsbildungen gegeben hatte,[26] nach den vorgegebenen politischen Richtlinien eine eigenständige kommunistische Fraktion im Gau Brandenburg. Die Gauleitung wurde im Laufe der Zeit von den kommunistischen Funktionären dominiert.[27] Die Bedeutung des TVDN für die KPD läßt sich auch daran erkennen, daß diese die Naturfreundehäuser für ihre geheimen Sitzungen nutzte und ihre Funktionäre auf die Bedeutung der Naturfreundehäuser im Falle der Illegalität hinwies.[28] Im Jahre 1923 schlossen sich einige TVDN-Abteilungen der Ortsgruppe Berlin den proletarischen Jugendkartellen an.[29] Außerdem versuchten Gruppen der Kommunistischen Jugend Mitglieder im TVDN zu werden.

Die zunehmende kommunistische Einflußnahme hatte sogar eine Sperre der Mitgliederaufnahme in der Berliner Ortsgruppe und die Auflösung aller Abteilungen durch die Ortsgruppenleitung zur Folge. Bei der Neuzusammenfassung mußten die Mitglieder folgende Erklärung unterschreiben: „Inhaber dieser Mitgliedskarte erkennt die in der außerordentlichen Generalversammlung vom 28. November 1923 gefaßten Beschlüsse an. (Ablehnung des Anschlusses an die proletarischen Jugendkartelle – Ablehnung der

22 Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), in: Die Reorganisation der KPD. Der demokratische Zentralismus. Die Organisation der Parteiarbeiten. Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Beschlüsse des 10. Parteitages, Berlin 1925, S. 27.

23 Resolution zur Organisationsfrage. Beschlüsse zur Reorganisation der Partei, in: ebd., S. 18.

24 Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M., Bd. 1, S. 8.

25 Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik (Anm. 8), S. 348.

26 Protokoll der X. Hauptversammlung des T.-V. „Die Naturfreunde", abgehalten im Festsaal des Hotels Wimberger in Wien am 4., 5. und 6. Juli 1925, Wien 1925, S. 28.

27 Bericht aus der Sitzung der Reichsfraktionsleitung der Arbeitersportler vom 23. Januar 1925, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/710/7, Bl. 7; vgl. auch: Naturfreunde an die Front!, in: *Vorwärts*, Jg. 41, Nr. 442, Morgenausgabe vom 19. September 1924, 2. Beilage.

28 KPD und Naturfreundebewegung (1931), in: BArch Berlin, R 1501/St 10/236, Bl. 38; vgl. auch Abschrift des Schreibens des Reichskommissars (Anm. 6), Bl. 135 f. Hier wird u. a. darauf hingewiesen, daß nach dem Verbot der KPD der TVDN vielerorts als Deckorganisation der KPD benutzt wurde.

29 Referentenmaterial des Roten Sportkartells Berlin-Brandenburg vom 1. Februar 1925, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/710/8, Bl. 2; vgl. auch dieselbe Abschrift in: BArch Berlin, R 1507/1095a, Bl. 159 und S. 167. Siehe auch Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien (Anm. 3), S. 195 f.; ders., Der Touristenverein „Die Naturfreunde" (Anm. 7), S. 517; Augustin Upmann und Uwe Rennspieß, Organisationsgeschichte (Anm. 7), S. 81; Udo Bensel, Soziale Bewegungen im Spannungsfeld zwischen Industriearbeit und Naturbedürfnis dargestellt am Beispiel des Touristenvereins „Die Naturfreunde", Diss., TU Berlin 1985, S. 142.

einseitigen parteipolitischen Bindung – Fraktionsbildung.) Er verpflichtet sich, wie in der Entschließung gefordert, jede einseitige, parteipolitische Bindung abzulehnen, d. h. er lehnt es ab, sich in Parteifraktionen innerhalb des Touristenvereins zusammenzuschließen oder seine Tätigkeit von außerhalb der Organisation stehenden Stellen oder Personen bestimmen zu lassen."[30] Daß längst nicht alle Mitglieder und Funktionäre des TVDN im Gau Brandenburg bereit waren, sich für eine kommunistische Politik instrumentalisieren zu lassen, beweist der Beschluß auf der 7. Gaukonferenz am 26. und 27. Januar 1924 in Berlin, der ausdrücklich darauf hinwies, daß Forderungen, die die Mitglieder einseitig parteipolitisch bänden, im TVDN keinen Raum hätten.[31]

Wie wenig dagegen parteiübergreifende Naturfreundeinteressen von der kommunistischen TVDN-Fraktion vertreten wurden, zeigt eine Resolution zur Sportfrage, die sie auf dem Berliner Bezirksparteitag der KPD eingebrachte. Es wurde u. a. von den kommunistischen Sportlern gefordert, daß sie sich zu straff zentralisierten Organisationen zusammenschlössen, sich an der Landpropaganda für die Reichstagswahlen im Mai 1924 beteiligten und daß die Arbeit der kommunistischen Sportfraktionen unter der Kontrolle der KPD-Bezirksleitung stehe. Durch das „Rote Sportkartell" sollte den einzelnen kommunistischen Sportfraktionen politisches Informationsmaterial geliefert werden. Deshalb hätten sich die in den Sportfraktionen bestehenden „propagandistischen Kräfte" zusammenzuschließen und an den politischen Informationsabenden zu beteiligen, „um ständig in der Lage zu sein, die politischen Losungen der Partei in ihre Organisationen hineinzutragen und durchzuführen".[32] Außerdem bat die kommunistische Fraktion des TVDN den KPD-Bezirksparteitag, folgendes zu beschließen: „Der Bezirksparteitag fordert von der Reichszentrale der Partei und Jugend die Errichtung eines Sportsekretariats, dem eine Pressestelle angegliedert sein muß." Die Resolution wurde auf dem Berliner Bezirksparteitag der KPD einstimmig angenommen.[33]

Die zunehmende kommunistische Einflußnahme zeigt sich auch deutlich in dem Mitteilungsblatt „Fahrtgenoß", dem offiziellen Publikationsorgan des Gaues Brandenburg des TVDN. Man gedachte dort nicht nur Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs mit Texten von Nikolai Bucharin und Clara Zetkin,[34] sondern auch des im Januar 1924 verstorbenen Lenin mit Artikeln und einem Portrait auf der Titelseite.[35] Außerdem

30 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 15. Siehe auch: Protokoll der X. Hauptversammlung des T.-V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 28.

31 Wichtige Beschlüsse der Gaukonferenz, in: *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 3, S. 19. Vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 6.

32 Arbeitersport und der Berliner Bezirksparteitag der KPD, in: *Die Rote Fahne*, Jg. 7, Nr. 22 vom 26. März 1924; Wie es kam, in: *Nachrichtenblätter für die Deutschen Gau- und Ortsgruppen-Leitungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, 1925, April, S. 5–10, hier S. 6. Abweichend zitiert bei Willi Bulan, Zum Konflikt im Gau Brandenburg, ebd., S. 3.

33 Arbeitersport und der Berliner Bezirksparteitag der KPD (Anm. 32). Siehe auch: Protokoll der X. Hauptversammlung des T.-V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 28 f.; Wie es kam (Anm. 32), S. 6; Adolf Lau, Auf zur Abwehr! [im Besitz des Archivs des TVDN-Landesverbandes Berlin]. Vgl. auch: Udo Bensel, Soziale Bewegungen (Anm. 29), S. 142.

34 Zum 15. Januar, in: *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 1, S. 2. Siehe auch: *Fahrtgenoß*, Jg. 6 (1925), H. 1, S. 1. Eine „Naturfreunde-Feierstunde der Ortsgruppe Berlin e. V., Nordost, zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg" ist belegt, ebd., (nach S. 12).

35 *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 3, S. 17 f.

wurden bereits „Karl-Liebknecht-Gedenkfeiern" veranstaltet, ein wichtiger Bestandteil des „kommunistischen Kirchenjahres".[36] Noch im September hieß es unverdrossen: „Die [Berliner] Funktionärsversammlung verlangt eine klare Umstellung der redaktionellen Leitung [des „Fahrtgenossen"] auf die Linie des proletarischen Klassenkampfes zur Beseitigung der herrschenden kapitalistischen Ordnung. Sie sieht darin eine Erfüllung [...] der wichtigsten Aufgaben des T. V."[37] Daß dagegen die Mehrzahl der Mitglieder in ihrem Mitteilungsblatt statt politischer Aufsätze lieber Beiträge über das Wandern lesen wollte, bestätigt die weitere Entwicklung.

Die Ausschlußpolitik der TVDN-Reichsleitung

Die deutsche Reichsleitung des TVDN gab sich zu dieser Zeit nach außen unpolitisch. Politische und wirtschaftliche Fragen sollten im TVDN nicht behandelt werden. Dennoch betrieb sie de facto eine sozialdemokratische Vereinspolitik, was sich in der wohlwollenden Erwähnung des TVDN in den „Jahrbüchern der Deutschen Sozialdemokratie" niederschlug. Durch die zunehmende kommunistische Einflußnahme befürchtete die Reichsleitung Austritte sozialdemokratischer Mitglieder.[38]

Sie beobachete daher mit immer größerem Unbehagen den wachsenden kommunistischen Einfluß nicht nur in Brandenburg, sondern ebenso im Rheinland. Die Regionen Westfalen, Thüringen und Württemberg sollten einige Zeit später der Reichsleitung ebenfalls große Probleme bereiten. Loni Burger, Mitglied der deutschen Reichsleitung des TVDN, wies auf der Reichskonferenz 1924 ausdrücklich darauf hin, daß gerade bei der Arbeit der Brandenburger Naturfreunde seit Jahren die Tendenz zu beobachten gewesen sei, die zu den aufflammenden Konflikten geführt habe.[39]

Ein von der kommunistisch dominierten brandenburgischen Gauleitung veranstaltetes „Mitteldeutsches Naturfreundetreffen" im Rahmen einer parteiübergreifenden „Proletarischen Kulturtagung" in Magdeburg zu Pfingsten 1924 sollte schließlich eine große Rolle beim endgültigen Ausschluß des Gaues Brandenburg spielen.[40] Das Treffen wurde von zirka 1000 Naturfreunden besucht. Karl August Wittfogel, Chinaspezialist der KPD, referierte auf der zweitägigen Tagung über „Das Proletariat und die Kultur der bürgerlichen Gesellschaft", der Sexualpädagoge Max Hodann über „Proletariat und Erziehung" und der Pädagoge und Anhänger der Freikörperkulturbewegung

36 Zu den Karl-Liebknecht-Gedenkfeiern siehe: ebd., H. 1, nach S. 4; vgl. auch die Veranstaltung „Karl Liebknecht zum Gedächtnis", ebd., H. 8, nach S. 58. Zum „kommunistischen Kirchenjahr" siehe Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik (Anm. 8), S. 220–230, bes. S. 225.

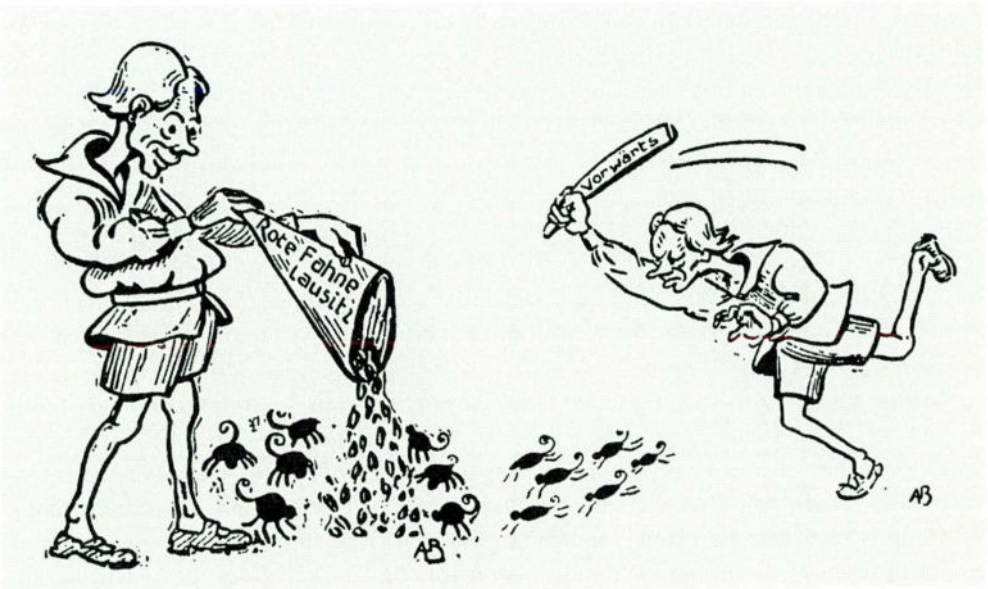
37 Naturfreunde an die Front! (Anm. 27).

38 Rundschreiben VII/24 der TVDN-Reichsleitung an alle deutschen Gauleitungen des TVDN vom 11. Juli 1924, in: SAPMO-BArch, RY 22/V S.U.F./419, Dok.-Nr. 2.

39 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm.6), S. 14.

40 Gegen den Strom. Das Proletariat und die Kultur der bürgerlichen Gesellschaft. Ein Sonderheft des „Fahrtgenoß", Jg. 5 (1924); vgl. auch den Aufruf Hermann Leupolds zur „Proletarischen Kulturtagung", ebd., H. 3, S. 27 f. Zur „Proletarischen Kulturtagung" erschienen auch ein Flugbatt und ein Programmheft, in: SAPMO-BArch, RY 22/V S.U.F./420, Dok.-Nr. 1 und 3. Das Flugblatt ist auch abgedruckt in: Lu Märten, Formen für den Alltag. Schriften, Aufsätze, Vorträge. Bearb. von Rainhard May, Dresden 1982, nach S. 176.

Adolf Koch über „Proletariat und Körperkultur".[41] Diese Magdeburger Veranstaltung sollte als Muster für andere Gaue des TVDN dienen.[42] Daneben berief jedoch ohne Wissen der Nichteingeweihten der Fraktionsvorstand im Reichsausschuß der kommunistischen Arbeiterwanderer eine Konferenz der kommunistischen Wanderer ein.[43]



Karikatur aus der „Roten Fahne am Montag" vom 29. 9. 1924. Es wird auf die ehemalige Tätigkeit Adolf Laus als Lokalredakteur der kommunistischen „Roten Fahne", seinen Übertritt zur SPD sowie seinen Kampf gegen die kommunistische Fraktionstätigkeit im Gau Brandenburg des TVDN angespielt.

Die TVDN-Reichsleitung ließ sich von Adolf Lau,[44] der als Leiter des Bildungsausschusses der Ortsgruppe Berlin tätig war, über die kommunistische Fraktionstätigkeit

41 A[dolf] L[au], Mitteldeutsches Naturfreundetreffen, in: *Vorwärts,* Jg. 41, Nr. 280, Morgenausgabe vom 17. Juni 1924, (1. Beilage); Mitteldeutsches Naturfreunde-Treffen, in: *Klassenkampf. Kommunistisches Organ für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel und Hammer",* Jg. 4, Nr. 78 vom 4. Juni 1924; Lu Märten, Proletarische Kulturtagung in Magdeburg (Sprech- und Singchor), in: *Arbeiter-Literatur,* Jg. 1 (1924), H. 7/8, S. 408 f. Siehe auch: Mitteldeutsches Naturfreunde-Treffen, in: *Vorwärts,* Jg. 41, Nr. 257, Morgenausgabe vom 3. Juni 1924 (1. Beilage).

42 Arnim Hauswirt, aus der TVDN-Ortsgruppe Berlin und im Fraktionsvorstand im Reichsausschuß der kommunistischen Arbeiterwanderer tätig, weist im Rundschreiben Nr. 1 vom 24. Mai 1924 auf das beabsichtigte Muster für andere Gaue hin. Siehe: Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 16. – Am 10. August fand in Remscheid eine weitere proletarische Kulturtagung unter Leitung der kommunistischen Naturfreunde statt. Siehe hierzu: Protokoll der X. Hauptversammlung des T. V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 40.

43 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 16; Willi Bulan, Zum Konflikt im Gau Brandenburg (Anm. 16), S. 3; Adolf Lau, Im Wechsel des Jahres. Ein Rückblick und ein Ausblick, in: *Fahrtgenoß,* Ausgabe ohne Jahrgangs- und Heftzählung [im Besitz des Archivs des TVDN-Landesverbandes Berlin].

44 Wolfgang Bagger, Adolf Lau – ein bewegtes Naturfreunde-Leben, in: *Grüner Weg 31a,* Jg. 11 (1997), September, S. 40–53.

im Gau Brandenburg informieren. Am 15. Juli 1924 wandte sich die Reichsleitung in einem Rundschreiben an den Gau Brandenburg, nachdem eine Warnung im Dezember des vorherigen Jahres ohne Reaktion geblieben war. Die Reichsleitung erklärte in diesem Rundschreiben, daß sie keine Befehle gebe, sondern jene Stelle sei, „welche die einzelnen Kräfte zu einem einheitlichen Ganzen zusammenführt und sie einordnet, um damit dem Ganzen eine Hauptrichtung in der Entwicklung zu geben. Geschieht die Einordnung der einzelnen Glieder dann nicht freiwillig und mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit und Richtigkeit, so wird die Kette zerreißen und es muß eine Neuorientierung eintreten. In diese Phase ist, das muß klar und eindeutig gesagt werden, der Gau Brandenburg gekommen. Brandenburg ist in unserer Bewegung das Pulverfaß, und die Lunte daran ist schon gelegt und entzündet, die Sprengung eingeleitet." Das erwähnte „Mitteldeutsche Naturfreundetreffen" im Rahmen einer „Proletarischen Kulturtagung" in Magdeburg wurde hierzu als Beweis angeführt. Zwar lobte die Reichsleitung die Veranstaltung wegen ihrer kulturpolitischen Leistungen, andererseits wurde sie jedoch als eine rein politische Veranstaltung mit eindeutig parteikommunistischer Tendenz kritisiert.[45]

Am 26. und 27. Juli 1924 tagte die Reichsleitung mit den daran teilnehmenden Vollzugsausschußmitgliedern und verabschiedete eine Entschließung, die jene Funktionäre und Mitglieder warnte, die gegen die Satzungen und Beschlüsse der Hauptversammlung verstießen. Diese Mitglieder seien „satzungsgemäß" zu behandeln, d. h. auszuschließen, wenn durch ihre Tätigkeit eine Schädigung von Ortsgruppen oder des Gesamtvereins eintreten sollte. Anfang September gab Adolf Lau eine sechsseitige Schrift heraus, die sich gegen die immer stärker werdende kommunistische Dominanz im Gau und im Mitteilungsblatt „Fahrtgenoß" wandte. Ausdrücklich wies Lau auf der ersten Seite, die wie ein Flugblatt aufgemacht war, darauf hin, daß keine „Kommunistenhetze" betrieben werde, sondern es gelte „das Recht der Organisation und ihrer Arbeit zu wahren". Jeder Naturfreund, welcher proletarischen Richtung er auch angehöre, habe „das Recht wie die Pflicht, den Sonderbestrebungen im Interesse der proletarischen Gesamtbewegung entgegenzuwirken, damit auch unsere Organisation ihren wichtigen Aufgaben für den Aufstieg der sozialistischen Bewegung gerecht werde".[46]

Der Gau Brandenburg war auf der TVDN-Reichskonferenz 1924 mit drei Stimmen durch Emil Jensen, Hermann Leupold und Hugo Sinn[47] vertreten. Auf der Konferenz

45 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 46 f. (Anhang); Rundschreiben VII/24 der TVDN-Reichsleitung (Anm. 38). Vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 7.

46 Adolf Lau, Auf zur Abwehr! (Anm. 33). Dort heißt es u. a.: „Der TVdN. gehört zu den Organisationen, in denen die Mitglieder der KPD durch Parteibeschlüsse gezwungen sind, Fraktionen zu bilden und die Parteiparolen zur Durchführung zu bringen. Ein ehrlicher Teil der kommunistischen Parteimitglieder, die eine Fraktionsarbeit in dieser Organisation ablehnen, ist aus dem Touristenverein ausgeschieden, während andere den Anweisungen der Parteizentrale strikt Folge leisten." Vgl. auch: Naturfreunde an die Front! (Anm. 27). Laus vollständiger Aufruf „Auf zur Abwehr!" ist abgedruckt in Wolfgang Bagger, Adolf Lau (Anm. 44), S. 46. Vgl. auch ders., Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 10. – Zur Reaktion des kommunistisch dominierten Gauvorstandes auf Laus Initiative vgl.: Als Abwehr!, in: *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 10, o. S. (Nachrichten vom Gau).

47 Hermann Leupold war KPD-Mitglied und Emil Jensen zwar parteilos, doch kommunistisch orientiert, schloß sich wie Leupold nach dem Ausschluß „Fichte" an. Hugo Sinn verblieb bei den wientreuen

wurde die Fraktionsbildung innerhalb des TVDN heftig diskutiert. Carl Schreck[48], Reichstagsabgeordneter sowie Mitglied des Zentralausschusses und des Vollzugsausschusses des TVDN, warf der kommunistischen Fraktion vor, die Naturfreundebewegung zu mißbrauchen. Es sei bereits Schaden entstanden, da die Behörden aufmerksam geworden seien und in Sachsen die Reichswehr die Naturfreundebewegung als eine politische einstufe.[49] Loni Burger von der Reichsleitung wies darauf hin, daß schon verschiedene Ortsgruppen in Deutschland wegen politischer Betätigung von den Behörden aufgelöst worden seien.[50] Auf der Reichskonferenz im Oktober 1924 wurden zwei entscheidende Entschließungen verabschiedet. Einstimmig angenommen wurde das Verbot eines korporativen Anschlusses eines Organisationsteils des TVDN an parteipolitisch eingestellte Organisationen. Mit nur zwei Gegenstimmen, die vermutlich von den Brandenburger Delegierten Leupold und Jensen stammten, wurde schließlich die „Entschließung Schreck" angenommen: „Die Reichskonferenz in Frankfurt a. M. anerkennt in der Entschließung des Zentralausschusses und Vollzugsausschusses vom 28. September 1924 die Richtlinien für das Verhalten gegenüber denjenigen, die durch Sonderbündelei unsere Bewegung schädigen. Vom Zentralausschuß wird erwartet, daß er mit voller Festigkeit nach der Entschließung handelt."[51] Nach der Entschließung war es Naturfreunden nicht gestattet, aus politischen bzw. parteipolitischen oder auch sonstigen Gründen Fraktionen oder Sonderzusammenkünfte zu bilden oder zu pflegen. Der Zentralausschuß wurde beauftragt, alle „Schädlinge", ob Einzelmitglieder, Ortsgruppen oder auch ganze Gaue, auszuschließen, wenn eine Verwarnung erfolglos geblieben sei.[52]

[Forts. von Anm. 47]
Naturfreunden und war dort Kassierer des Gaues Brandenburg. Eine Parteizugehörigkeit zur SPD läßt sich nicht belegen.

48 Zu Carl Schreck siehe: M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Hrsg. von Martin Schumacher, 3. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 441; Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, S. 735.

49 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 12 f.; Im Jahresbericht der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege wird berichtet: „Dem Gau Sachsen des Touristenvereins ‚Die Naturfreunde' sind die als Unterkunftshäuser dienenden ehemaligen Pulverhäuser im Bereiche der ehemaligen Feste Königstein in der Sächsischen Schweiz bereits entzogen worden. Dieses ist geschehen, weil gerade der Gau Brandenburg des Touristenvereins in einer geradezu unglaublich leichtsinnigen Weise in kommunistischer Phrasenpolitik macht." Jahresbericht der Z.-K., in: *Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung*, Jg. 6 (1926), H. 11, S. 1–3, hier S. 2; vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 8.

50 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 17.

51 Ebd., S. 27. Vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 9 f.

52 Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm.6), S. 27; Die gemeinsame Sitzung des Zentral-Ausschusses und des Vollzugs-Ausschusses, in: *Nachrichtenblatt des Zentral-Ausschusses für Leitungsmitglieder von Gauen und Ortsgruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, 1925, Nr. 18, Februar, S. 4 f., hier S. 4; Marxistisches, in: *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 11, S. 91. Vgl. auch Wolfgang Bagger: Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 8; Hans-Christian Brinkschmidt, Das Naturverständnis der Arbeiterbewegung am Beispiel der Naturfreundebewegung, Diss., Frankfurt a. M. 1998, S. 232 f.

Der endgültige Anlaß zum Ausschluß des Gaues Brandenburg war für den Zentralausschuß in Wien ein Ende Oktober 1924 durch die Ortsgruppe Brandenburg veranstaltetes Gründungsfest zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Bereits am Sonnabend, dem 25. Oktober, durchzogen „Trupps junger Arbeiterwanderer" revolutionäre Lieder singend die Stadt Brandenburg; am Abend wurde eine Feier durchgeführt. Die eigentliche Gründungsfeier, zu der ein vierseitiges Programm erschienen war,[53] fand am Sonntag statt. Hier wurden u. a. Szenen aus einem Werk von Johannes R. Becher aufgeführt.[54] An die Gründungsfeier schloß sich ein Demonstrationszug zum Brandenburger Zuchthaus an. Der „Vorwärts" schilderte den Fortgang als eine Demonstration, die von etwa 250 Personen im Auftrage der KPD von der kommunistischen Fraktion des TVDN arrangiert worden sei: „‚Spontan' war ein gutes Dutzend Leute des Roten Frontkämpferbundes mit roten Armbinden dazu kommandiert, ‚spontan' war die kommunistische Jugend mit ihren Sowjetfahnen erschienen, um dem Zug voran zu marschieren, ‚spontan' erklärte einer der Leiter zum Abschluß: ‚Wir sind jetzt am Ende unserer Aktion für die politischen Gefangenen angelangt.'"[55] Einige Tage später, am 30. Oktober 1924, fand eine Berliner Mitgliederversammlung statt, auf der man sich gezwungenermaßen mit den Beschlüssen der Reichskonferenz in Frankfurt einverstanden erklärte, jedoch ausdrücklich eine Resolution ablehnte, die sich scharf gegen die politischen Demonstrationen aussprach.[56]

Durch Rundschreiben teilte schließlich der Zentralausschuß in Wien allen Ortsgruppen des Gaues Brandenburg seinen Entschluß mit, daß im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Vollzugsausschusses der Gau Brandenburg und die Ortsgruppe Berlin aufgelöst seien.[57] Mit der Abwicklung der Auflösungsgeschäfte beauftragt und zum bevollmächtigten Vertreter des Wiener Zentralausschusses bestellt wurde Adolf Lau. Dieser erhielt auch vom Zentralausschuß die Vollmacht zum Neuaufbau eines „wientreuen" Gauvorstandes.[58] Während die in Wien erscheinende internationale Vereinszeitschrift

53 Zehn Jahre TV in Brandenburg. Genossen! Naturfreunde!! Weiter ans Werk!! [im Besitz des Archivs des TVDN-Landesverbandes Berlin]. Vgl. auch *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 9, nach S. 68 (Bezirk West-Havelland, Ortsgruppe Brandenburg, II. Abteilung); siehe auch Protokoll der X. Hauptversammlung des T.-V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 30.

54 Naturfreunde in Brandenburg, in: *Die Rote Fahne am Montag*, Jg. 2, Nr. 19 vom 27. Oktober 1924, S. 4.

55 Dichtung und Wahrheit, in: *Vorwärts*, Jg. 41, Nr. 508, Morgenausgabe vom 28. Oktober 1924, (2. Beilage); Naturfreunde in Brandenburg, in: *Die Rote Fahne am Montag*, Jg. 2, Nr. 19 vom 27. Oktober 1924, S. 4. Die Oktoberausgabe des „Fahrtgenossen" berichtet ausführlich über die Veranstaltungen in Brandenburg: *Fahrtgenoß*, Jg. 5 (1924), H. 10. Vgl. auch Hartmann Wunderer, Der Touristenverein „Die Naturfreunde" (Anm. 7), S. 517; ders., Arbeitervereine und Arbeiterparteien (Anm. 3), S. 196.

56 Adolf Lau, Im Wechsel des Jahres (Anm. 43).

57 Protokoll der X. Hauptversammlung des T. V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 27; zur Auflösung siehe auch die Abschrift aus dem Inhaltsverzeichnis zum Lagebericht Nr. 820/II., Touristenverein „Die Naturfreunde", in: BArch Berlin, R 1507/1095a, Bl. 150. Weitere Beispiele der politischen Aktivitäten der kommunistischen Naturfreunde werden aufgeführt in einem Informationsblatt für die Mitglieder: „An die Mitglieder des Touristenvereins ‚Die Naturfreunde', Gau Brandenburg" [im Besitz des Archivs des TVDN-Landesverbandes Berlin]. Vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 10.

58 An die Mitglieder des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde, Gau Brandenburg. Wandergenossinnen und -genossen!, in: *Fahrtgenoß* (Anm. 43), S. 1 und S. 4 (Nachrichten vom Gau); Auflösung des Gaues Brandenburg und der Ortsgruppe Berlin, in: *Nachrichtenblätter für die Deutschen Gau- und Ortsgruppen-*

„Der Naturfreund" seine Freude über die „Säuberung" des TVDN von „Psychopathen" und „fanatisierten Wirrköpfen" nicht verbergen konnte,[59] wurde in Nr. 1 der „Merkblätter Arbeiter-Wanderer" vom 23. Januar 1925 von der Zentrale der KPD, Reichsfraktionsleitung für Sport und Kultur, zu den Ausschlüssen wie folgt Stellung genommen: „Die Aktion der [TVDN-]Instanzen ist ausgesprochen politisch. Die Naturfreundebonzen gehen mit den Leuten des Vorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Hand in Hand. Die Organisation soll von der Opposition gereinigt werden, damit der Rechtskurs ungehindert fortgesetzt werden kann. Eine politische Aktion kann man nur politisch führen. Der Gau Brandenburg und die Ortsgruppe Berlin bestehen weiter. Die Mitgliedschaft kämpft für die Wiederaufnahme in die Gesamtorganisation. Sie ist nicht gewillt, sich einigen grössenwahnsinnigen Diktatoren zu unterwerfen. Jede Organisation, Abteilung, Gruppe usw. muss Stellung nehmen und den Brandenburger Gau unterstützen. Keine Absplitterung, sondern Kampf bei den Massen für die Einheit. Die Resolutionen und Pressenotizen sind den Instanzen und der Reichsfraktionsleitung einzusenden."[60] Doch auch der Protest des „Geschäftsführenden Ausschusses" des Kartellverbandes für Sport und Körperpflege Groß-Berlin konnte erwartungsgemäß keine Wiederaufnahme in den TVDN erreichen.[61]

Das Schicksal der kommunistischen Naturfreunde in Berlin und Brandenburg wurde auf der X. Hauptversammlung des TVDN in Wien 1925 besiegelt. Die Hauptversammlung billigte die vollzogene Auflösung von Gauen und Ortsgruppen wie Berlin und Brandenburg. Nur die Auflösung der Ortsgruppe Köln wurde aufgehoben.[62]

Das endgültige Scheitern der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Gruppen in den TVDN

Noch am 11. Januar 1925 versuchte der Berliner TVDN-Obmann Franz Maspfuhl durch eine klärende Besprechung zwischen beiden Richtungen im Gau Brandenburg zu vermitteln. Dies scheiterte jedoch an den überzogenen Forderungen der kommunistischen Fraktion, die sowohl die Zulassung der Werbung für die RSI im TVDN als auch die Charakterisierung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold als „bürgerlichen Organisation" forderte. Mit der Erklärung des Reichsbanners zur bürgerlichen Organisation scheint die kommunistische Fraktion den Ausschluß vieler sozialdemokratischer Naturfreunde beabsichtigt zu haben, denn diese hätten dann – entsprechend der „Leipziger Entschließung" von 1923 – nicht mehr dem „Klassenstandpunkt" des TVDN

[Forts. von Anm. 58]
Leitungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde", 1925, Januar, S. 10 f., hier S. 10; Protokoll der X. Hauptversammlung des T.-V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 26. Vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 10; ders., Adolf Lau (Anm. 44), S. 46.

59 Von der Spaltung, in: *Der Naturfreund*, 1925, S. 59. Vgl. auch: „Psychopathen", in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 6 (1925), H. 5, S. 49 f.

60 Merkblätter Arbeiter-Wanderer Nr. 1 vom 23. Januar 1925, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/710/7, Bl. 99.

61 Die Antwort auf den Wiener Funkspruch!, in: *Die Rote Fahne am Montag*, Jg. 3, Nr. 8 vom 23. Februar 1925.

62 Protokoll der X. Hauptversammlung des T.V. „Die Naturfreunde" (Anm. 26), S. 49.

entsprochen.[63] Auf der letzten gemeinsamen Funktionärsversammlung der Ortsgruppe Berlin am 12. Januar 1925 kam es zum Bruch zwischen den „wientreuen" Naturfreunden und der kommunistischen Fraktion. Seit Februar gaben beide Gauvorstände jeweils eigene Ausgaben des Mitteilungsblattes „Fahrtgenoß" heraus.[64] Die provisorische „wientreue" Gauleitung wurde erst am 5. April 1925 durch die Wahl eines neuen Gauvorstandes unter dem Vorsitz von Willi Bulan[65] abgelöst. Dagegen konstituierte sich schon im Januar und Februar desselben Jahres der kommunistisch dominierte Naturfreundeteil. Zum 1. Gauobmann wurde hier Emil Jensen gewählt. Zu dieser Zeit erfolgte auch der Zusammenschluß mit der proletarischen Wanderorganisation „Die Heimatwanderer e. V.", einer Abspaltung vom bürgerlich dominierten Allgemeinen Märkischen Touristenbund „Die Heimatwanderer".[66] Im August 1925 wandten sich die ausgeschlossenen Naturfreunde nochmals schriftlich an den „wientreuen" Gauvorstand inder Hoffnung, geschlossen wieder aufgenommen zu werden, was jedoch ohne Erfolg blieb.[67]

Die kommunistische Fraktionsstrategie erlitt einen weiteren Rückschlag, als auf der für den 14. und 15. November 1925 von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege einberufenen Reichskonferenz der Landeskartelle in Leipzig ein Beschluß gefaßt wurde, der vorgab, daß vom 1. Januar 1926 an die ausgeschlossenen oder abgesplitterten Verbände aus den Arbeitersportkartellen auszuschließen seien. Dies hatte zur Folge, daß u. a. auch die ausgeschlossenen Gruppen des TVDN aus dem Kartell ausscheiden mußten.[68] Die ausgeschlossenen Naturfreunde in Berlin standen nun unter Handlungszwang.

Auf der Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin der ausgeschlossenen Naturfreunde am 29. Januar 1926 wurden noch die vom Sekretär der Zentralkommission für

63 In der „Leipziger Entschließung" heißt es u. a.: „Bei der Aufnahme neuer Mitglieder ist darauf zu achten, daß dem Klassenstandpunkt des Vereins Rechnung getragen wird. Werden Unorganisierte aufgenommen, so ist darauf bedacht zu nehmen, sie baldigst den Organisationen der Arbeiterklasse einzufügen. [...] Angehörigen bürgerlicher Parteien ist die Aufnahme zu verweigern." Zitiert nach Viola Denecke, Der Touristenverein „Die Naturfreunde" (Anm. 5), S. 248. Zu den Forderungen der kommunistischen Fraktion siehe Adolf Lau, Im Wechsel des Jahres (Anm. 43).

64 Oliver Kersten, Ausgeschlossene Naturfreunde auf dem Weg zum „größten roten Sportverein der Welt". Quellen aus der Zeitschrift „Fahrtgenoß" der ausgeschlossenen Gruppen des Gaues Brandenburg aus dem Jahre 1926, in: *Grüner Weg 31 a*, Jg. 13 (1999), Juni, S. 22–29, hier S. 22.

65 Willi Bulan war seit 1912 Mitglied im Arbeiterwanderbund „Naturfreunde" (AWB) und trat vermutlich um 1922/23 zum TVDN über, wo er von 1925 bis 1933 Gauobmann der Brandenburger Naturfreunde war.

66 *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 6 (1925), H. 1/2, Februar, S. 24 (Nachrichten vom Gau); Willi Bulan, Zum Konflikt im Gau Brandenburg (Anm. 16), S. 5; ders., Maulwurfsarbeit, in: *Nachrichtenblätter für die Deutschen Gau- und Ortsgruppen-Leitungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, 1926, März, S. 5–7, hier S. 6; Eine Naturfreundepflicht, in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 7 (1926), H. 4, S. 32; Fritz Schlomka, Bürger wandern, in: *Kampfgenoß*, Jg. 1 (1926), H. 2, S. 26 f., hier S. 27.

67 Um die Einigkeit in der Arbeiter-Wanderbewegung, in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 6 (1925), Nr. 10/11, S. 130–132, hier S. 131; vgl. auch Wolfgang Bagger, Die fraktionelle Spaltung (Anm. 7), S. 12.

68 Bericht von der Reichskonferenz der Landeskartelle, in: *Nachrichtenblätter für die Deutschen Gau- und Ortsgruppen-Leitungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, (1925), Dezember, S. 6 f., hier S. 7; Für die Einheit der Naturfreunde-Bewegung, in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 6 (1925), H. 12, S. 144; vgl. auch: Organisationsfragen (Aus der proletarischen Samariter-Bewegung), in: *PGD. Organ des Proletarischen Gesundheits-Dienstes*, Jg. 5 (1926), H. 1/2, S. 7.

Arbeitersport und Körperpflege Fritz Wildung[69] bereits im Dezember 1925 durchgeführten Einigungsverhandlungen sowohl mit den „proletarischen Samaritern", d. h. mit dem Proletarischen Gesundheitsdienst (PGD) und dem Arbeiter-Samariter-Bund, als auch mit den „Wanderern" (dem TVDN und den Ausgeschlossenen), positiv bewertet.[70] Deshalb beschloß die Ortsgruppenleitung Berlin der ausgeschlossenen Gruppen gemeinsam mit den Funktionären einstimmig, an den „Berliner Kartellverband für Arbeitersport und Körperpflege" in Berlin einen Brief zu richten, um die Einheit in der Naturfreundebewegung wieder herzustellen. Wildung bestätigte jedoch nur formal das

Karikatur aus der „Roten Fahne am Montag" vom 23.2.1925 zur Ausschlußpolitik des Zentral- und Vollzugsausschusses des TVDN. Adolf Lau wird als „Bazillentöter" verspottet.

Schreiben und teilte den ausgeschlossenen Naturfreunden mit, daß er die Reaktion des Kartellverbandes abwarten werde. Nachdem dieser Brief keinen Erfolg erzielt hatte, wurde für die Ausgeschlossenen eine Wiederaufnahme in die Wiener Zentralorganisation immer unwahrscheinlicher. Im Juli 1926 schlugen auf der Berliner Fraktionsleitersitzung der ausgeschlossenen Naturfreunde einige Anwesende vor, sich entweder der „Volksgesundheit" oder dem „Bund freier Menschen"[71] anzuschließen. Die kommunistische Reichssportfraktionsleitung der Arbeiterturner und -sportler hatte schließlich

69 Vgl. Horst Ueberhorst, Fritz Wildung und die deutsche Arbeitersportbewegung. Zum 20. Todestag ihres bedeutendsten Vorkämpfers, in: *Das Parlament*, Jg. 24 (1974), Nr. 39, S. 14; siehe auch: Cornelius Gellert, Fritz Wildung. 25 Jahre Führer der Arbeitersportbewegung, in: *Arbeiter- Turn- und Sport-Zeitung*, Jg. 40, Nr. 4 vom 24. Februar 1932, S. 44.

70 Entschließung Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin, 29. Januar 1926, in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 7 (1926), H. 2, Februar, S. 16.; die Quelle ist auch abgedruckt in: Oliver Kersten, Ausgeschlossene Naturfreunde (Anm. 64), S. 24 f.; siehe auch: F. R., Einigungsverhandlungen, in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 7 (1926), H. 1, Januar, S. 8.

71 Mit „Volksgesundheit" dürfte es sich, soweit keine abgesplitterte Organisation gemeint ist, um den „Verband Volksgesundheit" handeln. Problematischer gestaltet es sich mit dem „Bund freier Menschen".

den ausgeschlossenen Naturfreunden den Übertritt zu „Fichte" vorgeschlagen, doch bemängelten die Naturfreunde noch auf der Julisitzung den „konservativen Geist" bei „Fichte".[72] Dennoch wurde der geschlossene Übertritt der Ortsgruppen Berlin, Spandau und Friedrichshagen zu „Fichte" beschlossen.[73] Die kommunistisch und sozialdemokratisch orientierten Naturfreunde gingen nun endgültig getrennte Wege, da sich der TVDN immer weniger als Ort gemeinsamer Interessenfindung und -artikulation erwies.[74]

Die „Naturfreunde-Sparte" beim ASV „Fichte" und die Folgen der deutschlandweiten Ausschlüsse für den TVDN

Nachdem noch im Jahre 1923 der Gau Brandenburg des TVDN über 2500 Mitglieder besessen hatte und die Zahl Mitte 1924 auf 2700 angestiegen war, sank die Mitgliederzahl bis Anfang 1925 durch die geschilderten Ereignisse auf 1000. Etwa 500 Mitglieder scheinen sich nach Angaben von Adolf Lau dem ASV „Fichte" angeschlossen zu haben.[75] Der im Jahre 1890 in Berlin gegründete Arbeitersportverein „Fichte" war 1925

[Forts. von Anm. 71]
Vielleicht ist damit der von Adolf Koch gegründete und geleitete namensgleiche Bund gemeint. Es kann sich aber auch, was wahrscheinlicher erscheint, um eine der kommunistischen Bündnispolitik nahestehende Freikörperkulturgruppe handeln, die in Berlin zu dieser Zeit nachweisbar bestand. Sie ist vermutlich identisch mit jener „Gruppe freier Menschen", die sich 1929 der Fichte-Wandersparte anschloß. Siehe allgemein Franz Walter und Cornelia Regin, Der „Verband der Vereine für Volksgesundheit", in: Franz Walter, Viola Denecke und Cornelia Regin (Anm. 5), S. 17–96, bes. S. 61 und S. 84; zum Übertritt der „Gruppe freier Menschen" siehe: Lothar Skorning u. a., Froh, Frei, Stark, Treu. Arbeiter-Sportverein Fichte Berlin 1890–1933. Illustrierte Chronik zum 100. Jahrestag seiner Gründung, Berlin 1990, S. 40; vgl. auch: Protokollauszug der G.-A.-Sitzung vom 21. Januar 1929, in: *Kampfgenoß*, 1929, H. 2, S. 28; Im Westen nichts Neues, ebd., H. 3, S. 34; K. T., Fünf Jahre oppositionelle Naturfreunde-Arbeit!, ebd., 1930, H. 1, S. 8.

72 Fraktionssitzung der ausgeschlossenen T.V.er im Juli 1926, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/710/7, Bl. 102. Zur Geschichte von „Fichte" vgl. besonders die oft heroisierende Arbeit von Frank Harald Bugenhagen, Leben im Arbeiterverein – Sport bei „Fichte". Der Arbeiter-Turn- und spätere Arbeiter-Turn- und Sport-Verein „Fichte" Berlin in Theorie und Praxis zeitgenössischer Kulturarbeit, Diss., Humboldt-Universität Berlin 1987. Objektiver dagegen: „Frisch heran! Brüder, hört ihr das Klingen!". Zur Alltagsgeschichte des Berliner Arbeitersportvereins Fichte. Erinnerungen des ehemaligen Fichtesportlers Walter Giese. Hrsg. von Herbert Dierker und Gertrud Pfister, Duderstadt 1990, S. IX–XXX.

73 Vorschlag der gemeinsamen Ausschußsitzung zum Übertritt des T.V. „Die Naturfreunde" ausgeschlossene Gruppen in den Turn- und Sportverein „Fichte", in: *Fahrtgenoß (Ausgeschl. Gruppen)*, Jg. 7 (1926), H. 6, (Nachrichten vom Gau); die Quelle ist auch abgedruckt in: Oliver Kersten, Ausgeschlossene Naturfreunde (Anm. 64), S. 26; vgl. auch ebd., S. 26; Fraktionssitzung der ausgeschlossenen T.V.er im Juli 1926 (Anm. 72), Bl. 102–104; siehe auch: Augustin Upmann und Uwe Rennspieß, Organisationsgeschichte (Anm. 7), S. 84. Der Fichte-Sportler Walter Giese gibt als Übertrittsdatum das Jahr 1927 an. Siehe „Frisch heran! Brüder, hört ihr das Klingen!" (Anm. 72), S. 78.

74 Nach Mallmann waren die Freien Gewerkschaften, Genossenschaften sowie die Arbeitersport- und Arbeiterkulturvereine „ein Ort der Sozialisation, eine Stätte gemeinsamer Interessenfindung und -artikulation" von Sozialdemokraten und Kommunisten. Daß es jedoch auch Ausnahmen gab, zeigen gerade die politischen Grabenkämpfe mit ihren Folgen im Gau Brandenburg des TVDN. Siehe hierzu: Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik (Anm. 8), S. 264.

75 Adolf Lau, Zwanzig Jahre (Anm. 12), S. 5. Zum Mitgliederstand von 1924 siehe Protokoll der deutschen Reichskonferenz am 18. und 19. Oktober 1924 (Anm. 6), S. 3. Der TVDN gibt die Zahl von

durch eine Austrittsbewegung von sozialdemokratisch orientierten Mitgliedern wegen seiner einseitigen kommunistischen Orientierung geschwächt worden. Forciert wurde die Austrittswelle durch einen Aufruf des „Vorwärts", diesen Verein zu verlassen. In kürzester Zeit waren etwa 170 erwachsene Mitglieder ausgetreten.[76] Der Übertritt der ausgeschlossenen Naturfreunde zu „Fichte" brachte, neben dem Zuwachs an Mitgliedern einschließlich fähiger Funktionäre wie z. B. Leupold, beiden Seiten Vorteile, denn hierdurch waren einerseits die ausgeschlossenen Naturfreunde nicht weiter isoliert, andererseits verfügte nun „Fichte" durch die bereits am 6. Juli 1925 von den ausgeschlossenen Naturfreunden gegründete „Brandenburger Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde e. G. m. b. H." (Brafegena oder BFGN) über eigene Landheime. Gerade die Häuser der Naturfreundesparte wurden später nicht nur als Stätten der Erholung und der Gemeinschaft, sondern auch als „Kampfausgangspunkt und -hilfsmittel" betrachtet.[77]

Anscheinend trat besonders durch den Übertritt der ausgeschlossenen, kommunistisch orientierten Naturfreundesparte zu „Fichte" eine weitere Politisierung dieses Vereins ein, denn nur so läßt sich eine Aussage des Vorsitzenden Kirsch erklären, daß es gerade die „Fichte-Wandersparte" gewesen sei, die den Sportverein „revolutioniert" habe.[78] Naturfreunde fanden aber auch noch nach dem großen Übertritt 1926 ihre Heimat bei „Fichte". So hat sich eine Faltbootabteilung des TVDN der Rudersparte von „Fichte" angeschlossen.[79] 1927 waren die mitgliederstärksten Sparten bei „Fichte" die Turnersparte, die aus über 6408 Mitgliedern einschließlich Jungen und Mädchen bis 14 Jahren bestand, gefolgt von der Wandersparte mit 978 Mitgliedern.[80] Jedoch läßt sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ermitteln, wie viele ehemalige Naturfreunde in der später in „Wandersparte" umbenannten Naturfreundesparte organisiert waren, denn es stießen im Laufe der Zeit die „Gruppe freier Menschen", Teile des Arbeiterwanderbundes „Naturfreunde" und andere Splittergruppen zu „Fichte".[81]

Naturfreundemitglieder und TVDN-Ortsgruppen, die „Reue" zeigten, wurden später wieder in den Schoß des TVDN aufgenommen. Anders als noch im Jahre 1925 war es nun doch möglich, daß ausgeschlossene Ortsgruppen wieder dem TVDN beitraten, wie das Beispiel der Ortsgruppen Mahlsdorf und Nowawes zeigt.[82] Auf der I. Reichsversammlung am 2. und 3. Oktober 1926 in Würzburg erklärte der Delegierte

[Forts. von Anm. 75]
1638 Mitgliedern für das Jahr 1925 (Stand: 31. Dezember 1925) an. Siehe hierzu: Statistisches (1925), in: *Nachrichtenblätter für die Deutschen Gau- und Ortsgruppen-Leitungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, (1926), September, S. 6; *Nachrichtenblatt des Zentral-Ausschusses für Leitungsmitglieder von Gauen und Ortsgruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde"*, (1927), Nr. 24, September, S. 4.

76 Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre (Anm. 2), S. 122 f. und 190.

77 Grete Lamlé, Bausteine, in: *Kampfgenoß*, Jg. 3 (1928), H. 2, S. 19–21, hier S. 19.

78 Erich Dey, Erinnerungen aus der Arbeiterbewegung (Abschrift), in: SAPMO-BArch, SgY 30/153, Bl. 2. Wie bereits erwähnt, bemängelten die ausgeschlossenen Naturfreunde auf einer Fraktionssitzung im Juli 1926 bezeichnenderweise bei „Fichte" den „konservativen Geist".

79 Protokollauszüge der G.-A.-Sitzung am 27. Februar 1928, in: *Kampfgenoß*, Jg. 3 (1928), H. 4, S. 61.

80 Mitgliederstand nach Sparten am 30. September 1927, in: *Kampfgenoß*, Jg. 2 (1927), H. 11, S. 156.

81 K.T., Fünf Jahre oppositionelle Naturfreunde-Arbeit! (Anm. 71).

82 Protokoll der I. Reichsversammlung am 2. und 3. Oktober 1926 in Würzburg. Hrsg vom T.-V. „Die Naturfreunde", Reichsgruppe Deutschland, Nürnberg o. J., S. 28; von der Wiederaufnahme der Mahlsdorfer

und Brandenburger Gauobmann Willi Bulan, daß es in seinem Gau keine ausgeschlossenen Mitglieder mehr gäbe, die nicht wieder vom TVDN aufgenommen worden seien.[83] Die einzige Ausnahme bildeten jedoch verschiedene Ortsgruppen der Ausgeschlossenen im Berliner Raum, die sich, wie dargestellt, dem Arbeitersportverein „Fichte" angeschlossen hatten.

Am 26. Mai 1929 wurde die kommunistische „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport" (IG) ins Leben gerufen, deren Sitz sich in Berlin befand und die auch schon bald eine eigene Wandersparte schuf. Auch „Fichte" schloß sich der IG an. In dieser Phase betrachtete die KPD die Sozialdemokratie als Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse. 1930 erfolgte die Umbenennung der IG in „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" (KG). Dieser Organisation traten 1929 und 1930 auch ausgeschlossene TVDN-Ortsgruppen bei, die bald auch über eine eigene „Reichsleitung der Naturfreunde-Opposition" verfügten.[84] Seit 1930 erschien schließlich auch das Informationsblatt „Der proletarische Wanderer. Organ der oppositionellen Naturfreunde". Nachdem noch im Juni 1930 ein Kongreß der oppositionellen Naturfreunde getagt hatte,[85] wurde auf der III. Reichsversammlung des deutschen TVDN im August 1930 ein Antrag angenommen, der sowohl den Mitgliedern als auch den Organisationsteilen, die an Veranstaltungen der IG teilnähmen „oder diese Interessengemeinschaft irgendwie fördern", den Ausschluß aus dem TVDN ankündigte. Auch die bisherigen Ausschlüsse sowie die „gegen die parteipolitischen Umtriebe getroffenen Maßnahmen" wurden gebilligt.[86] Zu dieser Zeit setzte eine weitere große Welle von Ausschlüssen ein, die sich bis in das Jahr 1932 hinzogen. In der Zeit von 1928 bis 1932 wurden in Deutschland insgesamt 213 Ortsgruppen des TVDN aufgelöst, was den Verlust von etwa einem Drittel der Mitglieder zur Folge hatte. Allerdings befanden sich auch Ortsgruppen darunter, die durch Mitgliederschwund aufgehört hatten zu bestehen.[87]

[Forts. von Anm. 82]
Ortsgruppe berichtet auch das Protokoll der Naturfreunde-Fraktionssitzung vom 17. März 1926, in: SAPMO-BArch RY 1/I 3/1-2/84, Bl. 8.

83 Protokoll der I. Reichsversammlung (Anm. 82), S. 28.

84 Gruppenarbeit der IG.-Wandersparte. Wie sie die Einheit durch Zerstörung erreichen will, in: *Der Wanderer,* Jg. 3 (1931), H. 2, S. 35–37, hier S. 35; Augustin Upmann und Uwe Rennspieß, Organisationsgeschichte (Anm. 7), S. 86–89. Vgl. auch zur IG und KG allgemein Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre (Anm. 2), 87–93; siehe auch Heinz Timmermann, Geschichte und Struktur der Arbeitersportbewegung 1893–1933, Diss., Marburg 1969, S. 127–144.

85 Reichskongreß der Naturfreunde, in: *Die Rote Fahne,* Jg. 13, Nr. 133 vom 11. Juni 1930 (1. Beilage).

86 Antrag Nr. 93, in: Protokoll der III. Reichsversammlung und Sondertagungen der Hausreferenten, Jugendgruppen, Natur- und Volkskundegruppen, Photogruppen und Lichtbildstellen, Wanderauskunftsstellen und Reisebüros Dresden, 21. bis 24. August 1930. Hrsg. vom Touristenverein „Die Naturfreunde", Reichsgruppe Deutschland, Nürnberg [1930], S. 165 f.; siehe auch: Augustin Upmann und Uwe Rennspieß, Organisationsgeschichte (Anm. 7), S. 88; Hans-Christian Brinkschmidt, Das Naturverständnis (Anm. 52), S. 237 f.

87 Protokoll der XII. Hauptversammlung, abgehalten am 4. und 5. August 1932 im „Deutschen Haus" in Bregenz. Hrsg. vom Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Wien 1932, S. 15; vgl. auch Emil Birkert, Von der Idee zur Tat. Aus der Geschichte der Naturfreundebewegung. Hrsg. vom Touristenverein „Die Naturfreunde", Landesverband Württemberg, Heilbronn [1970], S. 83; siehe auch Augustin Upmann und Uwe Rennspieß, Organisationsgeschichte (Anm. 7), S. 89; Viola Denecke, Der „Touristenverein „Die Naturfreunde" (Anm. 5), S. 271, Anm. 88; Hans-Christian Brinkschmidt, Das Naturverständnis (Anm. 52), S. 238.

KPD-Mitglieder sowie Mitglieder linkssozialistischer Splittergruppen wie der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes und der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands wurden im TVDN geduldet und konnten sogar Funktionärsposten erlangen, soweit sie sich satzungsgemäß verhielten. Die kommunistische Fraktionbildung im TVDN war dagegen gescheitert.

Zusammenfassung

Nachdem schon Mitte 1923 erste Anzeichen einer kommunistischen Fraktionsbildung im Gau Brandenburg des TVDN zu erkennen gewesen waren, nahm seit dem Verbot der KPD im November des Jahres die kommunistischen Einflußnahme zu. Der Gau Brandenburg, und hier besonders die Ortsgruppe Berlin, wurde immer mehr ein Sammelbecken der Kommunisten. Die dortige kommunistische Naturfreundefraktion wurde immer umfangreicher und einflußreicher. Schließlich wurde nicht nur das regionale Publikationsorgan des TVDN, der „Fahrtgenoß", sondern auch der Gauvorstand von den Kommunisten dominiert. Diese Vorgänge beunruhigten die sozialdemokratisch orientierte deutsche TVDN-Reichsleitung. Warnungen der Reichsleitung an den Gau Brandenburg blieben erfolglos. Die kommunistische TVDN-Fraktion vertrat immer weniger die parteiübergreifenden Interessen der Naturfreunde, sondern betrieb eine immer einseitigere Politik. Diese Vorgänge hatten 1924/25 den Ausschluß des Gaues Brandenburg einschließlich der Ortsgruppe Berlin aus dem TVDN zur Folge. Einigungsverhandlungen zwischen dem „wientreuen" und dem kommunistisch dominierten Gauvorstand der ausgeschlossenen Gruppen führten zu keinem Ergebnis. So schlossen sich 1926 die meisten ausgeschlossenen Naturfreunde dem kommunistisch geprägten Arbeitersportverein „Fichte" an, der durch den Naturfreundezustrom nochmals stark politisiert wurde. Die Fraktionsbildung der kommunistischen Naturfreunde war in Brandenburg endgültig gescheitert. Auch wenn nun in dieser Region die politischen Grabenkämpfe beendet waren, schloß die TVDN-Reichsleitung noch bis 1932 zahlreiche Ortsgruppen in Deutschland aus.

Eine Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914*

Von Peter Rütters

Nachdem diese Quellenedition viele Jahrzehnt nicht oder nur zögernd vorangetrieben worden war – in der Einleitung zum Band „Grundfragen staatlicher Sozialpolitik" wird ein kurzer Rückblick auf die lange, anfangs mit den Namen Friedrich Meinecke und Hans Rothfels verknüpfte Geschichte dieses Editionsprojektes gegeben (S. XXXVIII bis XLVII) –,[1] ist sie inzwischen in Schwung gekommen, seitdem Florian Tennstedt

* Sammelrezension von:
Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts hrsg. von Lothar MACHTAN. – Frankfurt a. M. und New York: Campus Verlag 1994. 472 S.
Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881). Bd. 1: **Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Reichstagswahl von 1881.** Bearb. von Florian TENNSTEDT und Heidi WINTER unter Mitarbeit von Wolfgang AYASS und Karl-Heinz NICKEL (= Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914. Begründet von Peter RASSOW, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. von Karl Erich BORN, Hansjoachim HENNING und Florian TENNSTEDT, I. Abteilung). – Stuttgart, Jena und New York: Gustav Fischer Verlag 1994, LXIII, 728 S.
Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881). Bd. 3: **Arbeiterschutz.** Bearb. von Wolfgang AYASS (= Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914. Begründet von Peter RASSOW, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. von Karl Erich BORN, Hansjoachim HENNING und Florian TENNSTEDT, I. Abteilung). – Stuttgart, Jena und New York: Gustav Fischer Verlag 1996. XLIII, 775 S.
Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881). Bd. 4: **Arbeiterrecht.** Bearb. von Wolfgang AYASS, Karl-Heinz NICKEL und Heidi WINTER unter Mitarbeit von Marek CZAPLINSKI und Elmar ROEDER (= Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914. Begründet von Peter RASSOW, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. von Karl Erich BORN, Hansjoachim HENNING und Florian TENNSTEDT, I. Abteilung). – Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1997, XLI, 729 S.
Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890). Bd. 3: **Arbeiterschutz.** Bearb. von Wolfgang AYASS (= Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914. Begründet von Peter RASSOW, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. von Karl Erich BORN, Hansjoachim HENNING und Florian TENNSTEDT, II. Abt.). – Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft [Abt. Verl.] 1998, LII, 622 S.

1 Ergänzend zu den Ausführungen in der Einleitung sei an dieser Stelle auf den von Lothar Machtan herausgegebenen Sammelband „Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung", Frankfurt a. M. 1994, hingewiesen. Der Sammelband, der aus einer im April 1992 durchgeführten Tagung zum Thema: „Die Begründung des deutschen Sozialstaats im 19. Jahrhundert. Hintergründe, Alternativen, Legenden" hervorging, faßt zum einen ein halbes Dutzend Aufsätze zu „Probleme[n] der Gründungsgeschichte des deutschen Sozialstaats" (S. 5) zusammen; zum anderen bietet er fünf Beiträge zur „Ideologiegeschichte und Historiographie" (S. 8) des Sozialstaates an. In dieser Abteilung rekonstruiert Lothar Machtan in einem Aufsatz zum Thema „Hans Rothfels und die sozialpolitische Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik" (S. 310–384) den Beginn und das erste Scheitern der Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, gefolgt von einem Aufsatz Karl Heinz Roths, der dem Fortgang des Projekts in seinem Beitrag „Die nationalsozialistischen Bemühungen um Bismarcks Erbe in der Sozialpolitik" (S. 385–450) nachgeht,

in Kassel dem Kreis der Herausgeber angehört und sich bei mehreren Bänden auch als Bearbeiter engagiert hat. Es ist daher möglich, vier weitere Bände dieses umfangreichen Editionsvorhabens vorzustellen.[2]

I.

Der 1. Band der I. Abteilung präsentiert auf etwa 700 Seiten 220 Dokumente zu den „Grundfragen staatlicher Sozialpolitik" für den Zeitraum zwischen preußischem Verfassungskonflikt und Gründung des Lassalleschen ADAV (1862/63) und der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881. In Abgrenzung zu den Themenbänden werden in diesem Band sachgebiets- und ressortübergreifende Themen und Probleme dargestellt. In einer 37 Seiten umfassenden Einleitung werden ein Überblick über Intention, Schwerpunkte und Interpretation der vorgelegten Dokumentenauswahl, die Quellenlage sowie ein Rückblick auf die Editionsgeschichte des Gesamtprojekts gegeben.

Die Thematik des Bandes mag vielleicht erwarten lassen, daß die Herausbildung einer „konzeptionell-programmatisch fundierten" Sozialpolitik dokumentiert wird, die Anfang der 1880er Jahre zu einer grundlegenden Entscheidung für einen Sozialstaat mit einer staatlich regulierten Arbeiterversicherungspolitik als Kern führte. Diesen Nachweis muß der vorliegende Band zu den „Grundfragen" schuldig bleiben. Denn – so die erneut vertretene und dokumentierte These auch dieses Bandes[3] – die Entscheidung für eine Sozial(versicherungs)politik, wie sie mit der Unfallversicherung eingeleitet wurde, war keineswegs als Ergänzung und Kompensation zum Sozialistengesetz im Sinne eines praktischen Integrationsangebotes an die Arbeiterschaft angelegt. Auch wenn der Quellenband eine „konzeptionell-programmatische" Vorbereitung der Sozialversicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre nicht dokumentieren kann, gehen Florian Tennstedt und Heidi Winter doch davon aus, daß der für diese Gesetzgebung „notwendige Spannungsbogen realhistorisch nicht möglich gewesen [wäre] ohne die zuvor diskutierten Grundfragen und geschaffenen Grundlagen" (S. LV). Gemeint ist damit vor allem eine zunehmend differenzierte Wahrnehmung der „Arbeiterfrage" seit Anfang der 1860er Jahre. Die darauf bezogenen Überlegungen vor allem in den preußischen Ministerien zu einer positiven Integration der Arbeiterschaft stellt dieser Band ebenso vor wie die häufig damit verbundene Thematisierung von Repressionsmaßnahmen gegen die sich (politisch) organisierende Arbeiterbewegung.

Für die Phase von 1863 bis 1867 hält der Band zwei Schwerpunkte bereit: zum einen die für die Jahre 1863 bis 1866 ausführlich dokumentierte Debatte über eine Abschaffung des Koalitionsverbotes in Preußen, das schließlich mit der Koalitionsfreiheit in

[Forts. von Anm. 1]
und von einer Darstellung Kristian Kählers, der in seinem Aufsatz „Zur Entwicklung der sozialpolitischen Geschichtsschreibung in den 1950er Jahren" die Wiederbegründung dieses Editionsprojekts untersucht.

2 Die vorher erschienenen Bände wurden besprochen in: *IWK*, Jg. 33 (1997), H. 1, S. 140–143.

3 Vgl. dazu bereits Bd. 2 der I. Abteilung dieser Quellenedition: „Von der Haftpflichtgesetzgebung zur ersten Unfallversicherungsvorlage", Stuttgart 1993.

der 1869 für den Norddeutschen Bund verabschiedeten Gewerbeordnung neu geregelt wurde, was neben dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Männer zur einer entscheidenden Voraussetzung für die Interessenwahrnehmung der Arbeiterschaft im Kaiserreich werden sollte. Daneben wird die von Bismarck geförderte Unterstützung verarmter schlesischer Weber aus dem Kreis Waldenburg (1864) dokumentiert. Relevanz kommt diesem Ereignis insofern zu, als hier mittels direkter finanzieller Förderung aus privaten Mitteln König Wilhelms I. das – nach kurzer Zeit gescheiterte (vgl. Dok. 58) – Selbsthilfepotential einer (von weiten Teilen der Arbeiterbewegung propagierten) Produktivassoziation erprobt wurde. Überlegungen u.a. des Bismarck-Vertrauten Hermann Wagener zum Aufbau von Alterversicherungsanstalten (Dok. 2) runden den thematischen Bestand dieser Frühphase ab, die durch etwa 60 Dokumente präsentiert wird. Hermann Wagener, von dem mehrere „Promemoria" aus den 1860er und 1870er Jahren wiedergegeben werden, steht in diesem Band für wenn auch unerfüllt gebliebene programmatische Überlegungen zu einer integrativen Arbeiterpolitik von konservativer Position aus.

Für den Zeitraum seit der Reichsgründung stellt der Band detailliert die Vor- und Nachbereitung der preußisch-österreichischen Konferenz zur Bekämpfung der Internationale bzw. über die soziale Frage dar. Bezugspunkte für diese Konferenz waren anfangs die Pariser Kommune und die nationale und internationale Organisierung der Sozialdemokratie, zunehmend aber auch eine verunsichernde Zunahme von Arbeitskämpfen und wachsende soziale Spannungen im Verlauf der Industrialisierung der Gesellschaft. Der Konferenz, die nach langer Vorbereitung zwischen dem 7. und dem 21. November 1872 in Berlin stattfand, sind die Mehrzahl der auf den Seiten 198 bis 455 (Dok. 65–134) abgedruckten Dokumente gewidmet. Bedeutung kommt dieser Konferenz deshalb zu, weil in ihrem Rahmen bereits Anfang der 1870er Jahre eine enge Verbindung von Repressionspolitik und positiver Arbeiterpolitik debattiert wurde, ohne indes zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Eine zentrale Frage der Konferenz war darauf gerichtet, welche Repressionsmittel gegen die Internationale und die sozialdemokratischen Bewegungen notwendig und möglich seien und welche positive und präventive „Arbeiterpolitik" es ermöglichen würde, berechtigte Probleme der Arbeiterschaft aufzugreifen und deren Orientierung auf die Sozialdemokratie zu verhindern. Mit dieser Konferenz, so Tennstedt und Winter, wurde jedoch „etwas in Gang gesetzt, das stärkste Impulse für einen sozialpolitischen Diskussionsprozeß im preußischen Regierungslager gab und mittelbar erheblichen Anteil an Deutschlands Weg zum Sozialstaat" hatte (S. XXVIII). Dennoch folgte der Konferenz keine „Verfassungsreform durch Sozialreform" (XXIX), die das Defizit der Reichsgründung bezüglich der Arbeiterbewegung zu überwinden suchte und die Ausgrenzung der Sozialdemokratie als „Reichsfeinde" vermied. Konzeptionelle Überlegungen zu einer integrativen Arbeiterpolitik, wie sie im Anschluß an die Konferenz von Hermann Wagener aus konservativer Sicht formuliert wurden (Dok. 120, S. 380–431), fanden in der „Ära Delbrück" keine wirksame politische Unterstützung.

Während für Mitte der 1870er Jahre vor allem die staatliche Wahrnehmung von Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitssituation dokumentiert wird (Dok. 140–147), wird mit dem „Sozialistengesetz" wiederum eine breite Diskussion

über Ergänzungen der Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie durch eine positive Arbeiterpolitik vorgestellt (Dok. 148–161). Indes war die mit dem „Sozialistengesetz" beförderte politische Wende nicht sozialpolitisch ausgerichtet, sondern stellte zunächst mit Agrar- und Schutzzöllen eine antiliberale wirtschaftspolitische Wende dar. Entsprechend faßte ein Bericht der „Regierung Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern Botho Graf zu Eulenberg" vom 20. April 1880 zusammen, „daß seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 so gut wie nichts geschehen ist, um die Lage des Arbeiterstandes und speziell die Fürsorge für die Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen zu bessern" (Dok. 171, S. 574).

Bismarck versuchte schließlich – das ist der letzte dokumentierte Schwerpunkt dieser Zeitspanne (Dok. 179–220) –, im Wahlkampf 1881 mit einem sozialreformerischen Steuerprogramm Positionen einer präventiven Arbeiterpolitik aufzunehmen, und initiierte damit eine breite Debatte über „Grundfragen sozialer Staatsintervention" (S. XXVI). Nachhaltigen Zweifel an den im Wahlkampf 1881 propagierten Intentionen Bismarcks vertraten nicht nur die zeitgenössische Opposition, sondern auch profilierte Mitarbeiter des Reichskanzlers wie Theodor Lohmann. In einem Brief an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken am 18. September 1881 bemerkte er zu Bismarcks „abenteuerliche[m] Gedanken einer auf die Erträge des Tabakmonopols zu gründenden Alters- und Invalidenversorgung": „Was sich der Kanzler eigentlich denkt, ob er meint, die Begehrlichkeit der Masse, welche er jetzt planmäßig schüren läßt, nachher, wenn er sein Ziel, das Tabakmonopol, erreicht hat, wieder dämpfen zu können, oder ob er wirklich meint, die Invaliden- und Altersversorgung wirklich durchführen zu können, weiß ich nicht" (Dok. 200, S. 650 f.). Das nicht ausgereifte (und eher auf eigenständige Reichsfinanzen zielende) Projekt, mit Hilfe eines Tabakmonopols – als „Patrimonium der Enterbten" lanciert – eine dürftige und wohl kaum umsetzungsfähige Altersversorgung zu etablieren, brachte eine politische Niederlage des Reichskanzlers und vorher eine kritische öffentliche Debatte, die gelegentlich auf satirische Einwürfe – „Mit der Zigarrenasche werden die Tränen der Bedrückten gestillt, und neues Leben blüht aus den Ruinen der Havanna!" (Dok. 195: Berliner Tageblatt vom 27. August 1981, S. 640) – nicht verzichtete.

Deutlich wird in diesem Quellenband, daß es zwar seit den 1860er Jahren verschiedene Überlegungen gab, was staatliche Sozial- und Arbeiterpolitik sein kann (Wagener, Lohmeyer etc.), daß aber zugleich die politischen Entscheidungsträger (Bismarck, Delbrück, Itzenplitz) keineswegs den Weg zu einer systematischen Arbeiter- und Sozialpolitik gehen wollten oder konnten.

II.

Während in England, der Schweiz (1878) und Österreich-Ungarn (1885) umfassende Arbeiterschutzbestimmungen eingeführt wurden, blieb Deutschland in dieser Hinsicht bis 1891 ein „vergleichsweise rückständiges Land" (II. Abteilung, Bd. 3, S. XIX). Entscheidendes Hemmnis für alle Initiativen in diesem Politikfeldes waren die ablehnende Haltung und die Interventionen Bismarcks, der bereits angesichts der Novellierung der

Gewerbeordnung im Jahr 1878 weitergehenden Ambitionen seiner Ministerialbeamten (Arnold Nieberding im Reichskanzleramt, Theodor Lohmann im preußischen Handelsministerium) stoppte und sich schließlich in der Reichstagsdebatte am 9. Januar 1882 „erstmals öffentlich gegen den Ausbau des Arbeiterschutzes aussprach" (ebd., S. XXII). Damit wurde eine Position benannt, die die offizielle Regierungspolitik bis Ende der 1880er Jahre bestimmen sollte. Trotz der gesetzgeberischen Ergebnisarmut erweist sich das Thema Arbeiterschutzes als facettenreich, so daß für die Bismarckzeit immerhin zwei voluminöse Bände vorgelegt werden: für die erste Phase (1867–1881) eine Auswahl von 204 Dokumenten auf fast 750 Seiten, für die Jahre 1881 bis 1890 weitere 196 Dokumente, die etwa 590 Seiten einnehmen. Die Dokumente werden nicht nach thematischen Schwerpunkten, sondern in chronologischer Folge präsentiert; doch geben Einleitungen jeweils einen präzisen Überblick über die Entwicklungslinien des Arbeiterschutzes.

In der Einleitung zum ersten Bandes über den Arbeiterschutz (1867–1881) konstatiert Wolfgang Ayass, Bearbeiter beider Bände, daß „Ausbau und Entwicklung des Arbeiterschutzes im Rahmen der Gewerbeordnung und ihrer Anpassung an die sich rasch wandelnden Verhältnisse auf dem Weg Deutschlands zum Industriestaat [...] im Berichtszeitraum dieses Bands von weitgehend gescheiterten Initiativen beherrscht" war (I. Abteilung, Bd. 3, S. XXII). „Arbeiterschutz" entwickelte sich daher „erst in den achtziger Jahren zu einem großen politischen Thema" (ebd., S. XXIII). Aber auch in den 1880er Jahren wurde der gewerbliche Arbeiterschutz nicht von seiten der Reichsregierung aufgegriffen, deren gesetzgeberische Initiativen zum Arbeiterschutz sich zwischen Reichsgründung und Bismarck-Sturz in der im Juli 1878 erfolgten Novellierung der Gewerbeordnung erschöpften. In der Gewerbeordnung von 1869 konnte – angesichts der wirtschaftsliberalen Mehrheit und trotz weitergehender Forderungen (nach genereller Arbeitszeitbeschränkung, Verbot von Kinderarbeit, gesetzlicher Sonntagsruhe, staatlichen Fabrikinspektoren) sozialdemokratischer und konservativer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag – nur eine zaghaft fortgesetzte Arbeiterschutzgesetzgebung, beschränkt auf Arbeitszeitbegrenzung für Kinder und Jugendliche in Fabriken, festgelegt werden. Deren Novellierung im Jahr 1878 erweiterte diesen Ansatz geringfügig, indem als wichtigste Innovation eine obligatorische Fabrikinspektion mit erweitertem Aufgabenbereich eingeführt, der Kinderschutz verstärkt und – auf Initiative des Reichstages – eine erste Mutterschutzregelung (dreiwöchige Arbeitsruhe für Wöchnerinnen, noch ohne Kündigungsschutz und Lohnausgleich) beschlossen wurde.

Diese Novellierung der Gewerbeordnung stellt Bezugs- und Mittelpunkt des ersten Bandes zum Arbeiterschutz dar. Einen Schwerpunkt bildet die detailliert dokumentierte Vorbereitung der Gesetzgebung durch die Ministerialbeamten in der Reichsregierung (Reichskanzleramt, Arnold Nieberding) und vor allem durch das preußische Handelsministerium; hier war Theodor Lohmann seit 1872 für diesen Bereich zuständig, der „unermüdlich und mit großem Sachverstand, immensem persönlichen Engagement und weitblickendem Gestaltungswillen Denkschriften und Gesetzentwürfe" verfaßte (ebd., S. XXVIII). Aufgezeigt werden die regierungsinternen Vorbereitungen der Gesetzgebung u. a. durch eine von Lohmann vorangetriebene Enquete zur Frauenarbeit (1875/76), seine Vorlage zu einer Gewerbeordnungsnovelle (vom 30. Juni 1876), die

u. a. den Ausbau des Gefahrenschutzes, eine Meldepflicht für Arbeitsunfälle sowie das Verbot von Sonntags- und Nachtarbeit für Frauen vorsah, die von Bismarck grundsätzlich abgelehnt wurde und daher weder Bundesrat noch Reichstag erreichte. Nicht anders erging es den drei im folgenden Jahr vom Reichskanzleramt und vom preußischen Handelsministerium vorgelegten Gesetzentwürfen zur Änderung der Gewerbeordnung (Fabrikgesetz mit allgemeinem Sonntagsarbeitsverbot und Erweiterung der Fabrikinspektion, Gewerbegerichtsgesetz, Abänderung der Regelung der Lehrlingsverhältnisse in der Gewerbeordnung). Übrig blieb schließlich der vom Reichskanzleramt am 20. Oktober 1877 vorgelegte und von Bismarck goutierte Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung, der aber „keine wesentlichen Neuerungen" enthielt (ebd., S. XXXV). Soweit es zu Neuerungen kam, wurden diese erst durch die Beratung im Reichstag erzielt.

Neben der regierungsinternen Diskussion der Arbeiterschutzfrage wird auch die Vielzahl von Initiativen und Stellungnahmen aus dem gesellschaftlichen Bereich dokumentiert: das betrifft die Aufnahme und allmählich differenzierende Behandlung dieser Thematik in der Arbeiterbewegung, wobei der Bogen gespannt wird vom (ersten) Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz, den der Reichstagsabgeordnete Johann Baptist Schweitzer (ADAV) am 8. Oktober 1867 vorlegte (Dok. 4), bis zum ersten umfassenden Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz, der im Reichstag von „August Bebel, Friedrich Wilhelm Fritzsche und Genossen" (S. 414) eingebracht wurde; das betrifft Initiativen aus den Reihen des Zentrums, die zu dieser Zeit vor allem religiös, hinsichtlich eines Verbots der Sonntagsarbeit, und familienpolitisch, bezogen auf die Einschränkung bzw. das Verbot von Frauenarbeit, motiviert waren. Dokumentiert werden auch zumeist ablehnende und abwehrende Stellungnahmen von Arbeitgebern, die vorrangig von Handelskammern vertreten wurden, aber auch vom Zentralverband Deutscher Industrieller und von verschiedenen Branchenverbänden. Während für die Beschränkung der Kinderarbeit eine Zustimmung auch auf Arbeitgeberseite allmählich akzeptiert wurde, abgesehen von einzelnen Branchen wie der Textilindustrie, blieb deren Haltung gegenüber einer Ausweitung des präventiven Arbeiterschutzes meist ablehnend. Ausführlich dokumentiert wird diese Position anhand der Reaktionen auf einen 1880 vom preußischen Handelsministerium über den Bundesrat zur fachöffentlichen Diskussion gestellten Entwurf einer Gefahrenschutzverordnung (Dok. 187, S. 198 ff.). Insgesamt trug die Heterogenität der Ausgangspositionen selbst unter den Befürwortern eines präventiven Arbeiterschutzes dazu bei, daß in den 1870er Jahren bei fast jeder Einzelfrage unterschiedliche Koalitionen und Interessenkonflikte auftraten und ein gesellschaftlicher Konsens über eine progressive Arbeiterschutzgesetzgebung (noch) fehlte.

Die dargebotene Materialfülle des Bandes geht über die Dokumentation des Weges zur Novellierung der Gewerbeordnung von 1878 hinaus, u. a. indem neben der zentralen politisch-administrativen Entscheidungsebene die mittlere Verwaltungsebene am Beispiel des Regierungsbezirks Düsseldorf einbezogen und die Entwicklung des Arbeiterschutzes in einem Industriezweig am Beispiel der Glasindustrie dokumentiert wird. Kaum berücksichtig wurden indes die übrigen Bundesstaaten, da die von ihnen „ausgehenden Impulse für den Ausbau des Arbeiterschutzes gering" blieben (ebd., S. XLV).

Im zweiten Band zum Arbeiterschutz, der den Zeitraum 1881–1890 umfaßt, verschiebt sich der dokumentierte Schwerpunkt von der regierungsinternen, vorparlamentarischen Entscheidungsvorbereitung, die im ersten Band im Mittelpunkt stand, auf die Tätigkeit gesellschaftlicher Akteure, vor allem aber auf die parlamentarische Ebene: den Reichstag und dessen Kommissionsarbeit. In diesem Jahrzehnt waren Initiativen der Regierung durch die grundsätzlich ablehnende Haltung Bismarcks zum präventiven Arbeiterschutz (vgl. Dok. 6) und die Inanspruchnahme durch die Sozialversicherungsgesetzgebung blockiert, weshalb der Reichstag zum entscheidenden Akteur werden konnte. Auch wenn dessen Gesetzesbeschlüsse im Bundesrat scheiterten, was in der Parlaments- und Kommissionsberatung durchaus bewußt war, bedeutete die breite Arbeiterschutzdebatte eine Vorklärung von Positionen und Kompromißlinien, die kaum ein Jahr nach Bismarcks Sturz eine die Arbeiterschutzregelungen forcierende Novellierung der Gewerbeordnung (1891) erlaubte.

Entsprechend dieser Verschiebung der Aktionsebene bilden bei diesem Dokumentenband „die Quellen zum mühseligen Prozedere von Parteianträgen, Debatten in erster Lesung (mit Überweisung an eine Kommission), sich oft über Monate hinziehende Kommissionsverhandlungen, Beratungen eines Kommissionsberichts im Plenum (der zweiten Lesung) und schließlich dritter Lesung mit endgültigen Beschlüssen im Reichstag sowie deren Scheitern im Bundesrat" den Schwerpunkt (II. Abteilung, Bd. 3, S. XX). Im Mittelpunkt stehen dabei die zwei vom Reichstag beschlossenen Änderungsgesetze zur Gewerbeordnung: zur Frauen- und Kinderarbeit (1887) und zur Sonntagsarbeit (1888). Ausgewiesen – und dokumentarisch präsentiert – ist diese initiative Funktion des Reichstages, der „zum Motor der Reform der Arbeiterverhältnisse" wurde (ebd., S. XXI), durch Gesetzentwürfe zur Arbeiterschutzfrage, die in der sechsten Legislaturperiode des Reichstages (1884–1887) von verschiedenen Parteien – Freikonservativen, Konservativen, Sozialdemokraten, schließlich auch der Zentrumsfraktion – eingebracht wurden. Begleitet waren die Gesetzgebungsbemühungen des Reichstages von Reaktionen und Interventionen der Regierung (vor allem Bismarcks) und der Ministerialadministration. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine vom Reichskanzler 1885 eingeleitete, im Sommer 1887 fertiggestellte Enquete über die Verbreitung von Sonntagsarbeit (Dok. 72, 86, 95, 151). Bemerkenswert ist allerdings auch, „daß der vom Reichstag [1888] angenommene Kommissionsantrag zum Verbot der gewerblichen Sonntagsarbeit faktisch aus der Regierungsbürokratie stammt": Theodor Lohmann, „Bismarcks oppositioneller Untergebener im Reichsamt des Innern", hatte den Antragsentwurf erarbeitet und einem nationalliberalen und einem konservativen Abgeordneten zukommen lassen (ebd., S. XXXIII).

Wie im ersten werden auch in diesem Band die bei den einzelnen Sachfragen durchaus divergierenden Positionen der Unternehmer anhand von Stellungnahmen, Beschlüssen und Denkschriften von Unternehmerverbänden (Zentralverband Deutscher Industrieller, „Langnamverein", verschiedene Handelskammern) aufgezeigt. Dokumentiert werden auch die Standpunkte einflußreicher Industrieller wie Karl Ferdinand Stumms aus christlichen Motiven resultierende Ablehnung der Sonntagsarbeit, was Bismarck offensichtlich zu einer heftigen Polemik inspirierte (Dok. 98–102). Auch wenn die Reichstagsaktivitäten den Bezugspunkt für die Behandlung der Arbeiterschutzfrage

in den 1880er Jahren bilden, werden selbstverständlich auch die darauf bezogenen Positionen und Einflußnahmen der Regierung dokumentiert. Auch wenn Preußen unter Bismarcks Führung den Bundesrat beherrschte, dokumentiert der Quellenband unterschiedliche Haltungen in den außerpreußischen Bundesstaaten zu einzelnen Fragen des Arbeiterschutzes, der indes in keinem Staat energisch vorangetrieben wurde. Der Bundesrat wurde in dieser Phase zum Instrument preußisch inspirierter Blockadehaltung in Sachen Arbeiterschutzpolitik, war jedoch selten mit explizit kontroversen Positionen zwischen den Bundesratsmitglieder konfrontiert.

Neben den Gesetzesinitiativen des Reichstages dokumentiert der Quellenband auch die alltägliche Seite des Arbeiterschutzes. Hierfür wird das Wirken der Fabrikinspektoren aufgezeigt, die seit der Gewerbeordnungsnovelle von 1878 reichsweit obligatorisch einzurichten waren und deren Kontrolltätigkeit offensichtlich nicht selten Anlaß zu Konflikten gab. Ein anderer Aspekt dieses „Alltags" ist der Erlaß von Gefahrenschutzverordnungen, zu denen der Bundesrat gemäß § 120 der Gewerbeordnung ermächtigt war. Er tat dies nicht grundlegend, wie es Anfang 1880 vom preußischen Handelministerium zur Diskussion gestellt wurde, sondern nur für beschränkte Bereiche und Gefährdungssituationen (Schutzregelungen vor Vergiftungen durch weißen Phosphor, Blei und Quecksilber). Schließlich dokumentiert auch dieser Band sozialpolitische Initiativen und Aktivitäten der mittleren Verwaltungsebene am Beispiel des Regierungsbezirks Düsseldorf. Mit dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten Hans Freiherr von Berlepsch, dem späteren Nachfolger Bismarcks als Handelsminister, wird auch eine personelle Brücke geschlagen zur Arbeiterschutzpolitik der 1890er Jahre, die, befreit von den Eingriffen Bismarcks, rasch zu einer Politik fand, die zu den in wichtigen Ländern Europas erreichten Standards aufschloß.

Beide Bände dokumentieren solide, präzise und facettenreich die Entwicklung eines Ende der 1860er Jahre in seinen Dimensionen und Reglementierungsanforderungen noch wenig konturierten Feldes der Sozialpolitik. Auch wenn der gesetzgeberische Fortschritt in beiden Jahrzehnten gering blieb, wurden durch die breite, auf verschiedenen Ebenen begonnene Debatte über Arbeiterschutzanforderungen in einer sich industrialisierenden Gesellschaft die Grundlagen und die gesellschaftliche Akzeptanz für eine effektive Arbeiterschutzpolitik geschaffen.

III.

Der Quellenband zum „Arbeiterrecht" in den Jahr 1867–1881, bearbeitet von Wolfgang Ayass, Karl-Heinz Nickel und Heidi Winter, unternimmt den schwierigen Versuch, Entstehung und Entwicklung eines gegen Ende der 1860er Jahre kaum gestalteten Rechtsbereiches zu dokumentieren. Ausgangs- und Bezugspunkt auch dieses Bandes, der auf fast 700 Seiten 205 Dokumente versammelt, ist die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869, da sie mit der Aufhebung des Koalitionsverbotes „die kollektive Selbsthilfe der gewerblichen Arbeiter" legalisierte (S. XIX). Damit wurde nicht nur die Bildung von Gewerkschaften forciert, was in diesem Band anhand von vorgreifenden Gründungsinitiativen des ADAV, der Deutschen Fortschrittspartei (Hirsch-

Dunckersche Gewerkvereine) und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine (Wilhelm Liebknecht, VDAV) exemplarisch vorgestellt wird (Dok. 1–3), sondern auch eine die Reichsgründungsphase begleitende Streikwelle eingeleitet – ausführlich dokumentiert anhand des Waldenburger Bergarbeiterstreiks von 1869, des Streiks von Königshütte im Jahr 1871 und des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1872. Die mit der Koalitionsfreiheit einsetzende Streikwelle führte schon 1870 beim preußischen König Wilhelm I. zu Überlegungen, „jene Koalitionsbefugnis im Wege der Gesetzgebung zu ordnen" (Dok. 34, S. 119). Auch wenn die Koalitions- und Streikfreiheit in der Regierung nicht zur Disposition stand, wurden gegenüber vermeintlichen „Mißbräuchen" des Koalitionsrechtes rechtliche Begrenzungen erörtert, wobei polizeirechtliche Repressionsmaßnahmen (Streik als Störung öffentlicher Ordnung) dominierten.

Das in Rechtswissenschaft und Rechtsprechung praktizierte Verständnis der Koalitionsfreiheit der Gewerbeordnung überschritt nicht den Rahmen eines Individualrechtes. Eine kollektivrechtliche Entwicklung, z. B. in Form verpflichtender Tarifverträge, lag daher kaum im Rahmen des liberal geprägten Rechtsverständnisses der Zeit; sie war auch politisch und gesellschaftlich nicht durchsetzbar, denn, so konstatieren die Bearbeiter in der Einleitung: „Solange die Industriellen mit teils autokratisch-repressiven, teils patriarchalisch-integrativen Mitteln die Disziplinierung der Arbeiter erreichten [...], waren sie nicht daran interessiert, Gewerkschaften als gleichberechtigte (Tarif-)Partner zu akzeptieren" (S. XXV). Weniger umstritten hingegen und daher kurzfristig durchzusetzen war im Jahr 1868/69 ein Pfändungsschutz für Arbeitereinkommen, dessen Entstehung dokumentiert wird. Demgegenüber waren verschiedene arbeiterrechtlich relevante Abänderungsinitiativen zur Gewerbeordnung (Einführung von obligatorischen Arbeiterbüchern für Gesellen und Gehilfen, Regelung des Lehrlingswesens, obligatorische Fabrikordnung usw.), deren Debatten ausführlich belegt werden, weniger konsensfähig.

Der vorliegende Band dokumentiert verschiedene Ansätze zu einer rechtlichen Ausgestaltung der Arbeiterfrage, deren verbindender Bezugspunkt die Diskussion „um institutionalisierte Verfahren zur Regulierung von Arbeitskonflikten" (S. XXXI) ist. Konzeptionelle Vorstellungen zur Verbindung des Koalitionsrechts mit institutionalisierter Konfliktregelung und -vermittlung wurden vor allem in den Jahren 1869–1872 entwickelt. Anlaß dafür war die von der linksliberalen Fortschrittspartei angeregte Diskussion über ein liberales Vereinsrecht („Idealvereine"), das Gewerkschaften und insbesondere Gewerkvereinen Rechtsfähigkeit verleihen sollte und zugleich den Rahmen für die Selbsthilfe der Arbeiter abzustecken versuchte. Diese Debatte, die mit einem von der beratenden Reichstagskommission vorgelegten (Dok. 98, S. 305–308), vom Reichstag wegen des Sessionsschlusses nicht behandelten Gesetzentwurf im Juni 1872 endet, bildet einen weiteren Fokus dieses Quellenbandes, dessen zeitlicher Schwerpunkt mit etwa der Hälfte der präsentierten Dokumente in den Jahren 1869–1872 liegt.

Breiten Raum nimmt die Debatte um die Praktikabilität gewerblicher Schiedsgerichte, wie sie in § 108 der Gewerbeordnung vorgesehen waren, und die Einrichtung von Gewerbegerichten ein, „die sich ausschließlich mit Streitigkeiten aus den Arbeitsverhältnissen befassen sollten" (S. XXXVIII) und als Vorformen einer eigenständigen Arbeitsgerichtsbarkeit angesehen werden können. Die von der Reichsregierung aufgenommenen

Initiativen gingen in einen Gesetzentwurf ein, der 1878 in Rahmen der Novellierung der Gewerbeordnung vorgelegt wurde (Dok. 190, S. 636–643); er scheiterte (im Vorfeld des Sozialistengesetzes) nicht zuletzt daran, daß die Regierung nicht bereit war, auf ein Bestätigungsrecht des Staates für den gewählten Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu verzichten (S. XXX). Ebenso erfolglos blieb eine Initiative der Regierung, die auf die Streikwelle der Gründerzeit mit Hilfe einer strafrechtlichen Ahndung von vertragsbrechenden Arbeitsniederlegungen zu reagieren versuchte. Die 1873/74 debattierte „Kontraktbruchnovelle", die als Ausnahmegesetz aufgefaßt wurde und im vorliegenden Band dokumentiert wird, konnte im Reichstag, zumal auch Großindustrielle wie Stumm dagegen votierten, keine Mehrheit finden und war selbst in der Ministerialbürokratie umstritten. Gleichwohl verschob sich die Arbeiterpolitik Mitte der 1870er Jahre, nicht zuletzt forciert durch die Vereinigung von Lassalleanern und Eisenachern, von einer „insgesamt auf positive Integration abzielende[n] Phase" (S. XXXIV) zu einer „negativen Arbeiterpolitik" (charakteristisch: Ära Tessendorf). Diese Repressionspolitik stellte erneut den Versuch dar, mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln gegen sozialdemokratische Gewerkschaftsgründungen und Arbeitskämpfe vorzugehen.

Insgesamt zeigt dieser themenreiche Band deutlich die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten des Arbeiterrechts im Gründungsjahrzehnt des Deutschen Reiches auf: es blieb trotz anfänglicher Integrationsansätze den von Bismarck geprägten sozialkonservativen Staatszielen untergeordnet.

IV.

Die themenreiche Aufarbeitung sozialpolitischer Grundfragen und Einzelprobleme, die in den vier Dokumentenbänden dargeboten wird, stützt sich auf eine breite archivalische Quellenbasis, die neben „amtlichem Schrifttum", private Korrespondenzen und Tagebuchaufzeichnungen einflußreicher Ministerialbeamter (Theodor Lohmann, Robert Bosse, Gustav Stüve) ausgewertet hat, um Einblicke in interne Entscheidungsprozesse, interne „Opposition", aber auch die Handlungs- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Ministerialbürokratie zu geben.

Auch wenn es bei dieser Quellenedition zur erwarteten und vielleicht schon selbstverständlich gewordenen Ausstattung gehören mag, soll dennoch darauf hingewiesen werden, daß differenzierte Regional-, Orts-, Personen-, Firmen- und Sachregister einen systematischen Zugang zu den in chronologischer Folge dargebotenen Dokumenten erschließen. Das Personenregister enthält neben den Namen einige biographische Angaben, die im Anmerkungsapparat des jeweiligen Dokuments häufig ergänzt werden. Die einzelnen Dokumente wiederum sind in der Regel mit sehr ausführlichen Annotationen versehen, die gelegentlich zu einer „ergänzenden" Dokumentation weitergeführt werden. Während das Dokumentenverzeichnis jeweils nur eine formale Bezeichnung der einzelnen Dokumente auflistet, sind den Dokumenten selbst jeweils knappe Regesten vorangestellt, die präzise über den Inhalt unterrichten.

V.

In der Einleitung zum Band „Grundfragen staatlicher Sozialpolitik" hegen Florian Tennstedt und Heide Winter die Hoffnung, daß „gerade auch für den mit aktuellen sozialpolitischen Problemen befaßten Politiker oder Wissenschaftler [...] das zähe Ringen um den richtigen Weg Deutschlands zum Sozialstaat aufschlußreich sein [wird], da die erneute Einigung Deutschlands unter liberalen Vorgaben wieder erhebliche sozialpolitische Probleme gebracht hat und die Träume von einem sozialen Königtum, aber auch die von einem Arbeiter- und Bauernstaat ausgeträumt sind" (S. LV). Wenig in der gegenwärtigen sozialpolitischen Debatte läßt vermuten, daß dieses – durchweg berechtigte – Angebot bislang aufgegriffen und angenommen wurde. Dieses Versäumnis spricht allerdings in keiner Weise gegen die hier vorgestellten Quellenbände zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik. Eher im Gegenteil.

Geschichte der NS-Konzentrationslager

Ein Tagungsbericht

Von Christoph Kopke

Als Forum nicht etablierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler versteht sich ein seit 1994 jährlich stattfindender Workshop, dessen jeweilige inhaltliche Ausrichtung von einem wechselnden Vorbereitungsteam festgelegt wird. Inhaltlicher Fokus dieser Treffen, über die in der Vergangenheit in wissenschaftlichen Periodika bereits berichtet worden ist,[1] bildet die Geschichte der NS-Konzentrationslager, die Entwicklung der KZ-Gedenkstätten und die Geschichts- und Erinnerungskultur. In diesem Jahr fand der Workshop als gemeinsame Veranstaltung des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie", des „Bayerischen Seminars für Politik" und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg vom 12. bis 14. Oktober im oberpfälzischen Flossenbürg statt. Etwa 25 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der gesamten Bundesrepublik nahmen daran teil.

Den ersten Schwerpunkt der Tagung bildeten Referate zum Komplex Gedenkstätten und Erinnerungskultur.

Die wechselhafte und in den öffentlichen Debatten über Gedenkstätten und Erinnerungskultur wenig präsente Geschichte der Flossenbürger Gedenkstätte schilderte ihr Leiter Jörg Skriebeleit (Flossenbürg): „Der Prozeß der Amnesie und Verdrängung beginnt mit dem Datum der Befreiung". In dem zentral im Ort gelegenen Konzentrationslager errichteten die Behörden 1945 zunächst ein Lager für osteuropäische Displaced persons (DPs), aus deren Reihenes Proteste gegen die Unterbringung in einem ehemaligen KZ gab. Polnische DPs und örtliche Geistliche bildeten ein erstes Gedenkkomitee für die Opfer des Lagers.

In den fünfziger Jahren wurde ein großer Teil des Barackenlagers mit Häusern für Vertriebene überbaut. Auf dem hinteren Teil des Lagergeländes entstand seit dem Ende der fünfziger Jahre unter Einbeziehung des Krematoriumsgebäudes eine „KZ-Grab- und Gedenkstätte", die als friedhofsartige Parklandschaft gestaltet wurde. Tausende Leichen von Häftlingen, die in der Zeit um die Befreiung im Stammlager oder in zahlreichen Nebenlagern und auf Todesmärschen ums Leben gekommen waren, sind hier bestattet. Eine bereits 1946/47 erbaute christliche Sühnekapelle, die die Nutzung eines steinernen KZ-Wachturms einschließt, und in seltsamem Kontrast dazu eine 1995 errichtete jüdische Gebetsstätte versinnbildlichen die religiöse Bemächtigung des Ortes und die damit verbundene „Entkontextualisierung" des Leidens der Häftlinge. Das Areal der „KZ-Grab- und Gedenkstätte" wurde zwar bereits in den sechziger Jahren

1 Vgl. Sybille Steinbacher und Bernd Wagner, Kolloquium zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 44 (1996), S. 459–464; Diana Gring, „Workshop zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager" vom 8. bis 10. Oktober 1998, in: *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland*, 1999, S. 173 bis 175.

räumlich erweitert, aber erst in jüngster Zeit bekam Flossenbürg den Status einer offiziellen, vom Land Bayern getragenen Gedenkstätte und ist damit der Gedenkstätte Dachau gleichgestellt. So kann nun, hofft Skriebeleit, durch eine wissenschaftlich fundierte Gedenkstättenkonzeption die bisherige „Reduktion auf Totengedenken" überwunden werden. Gleichzeitig sind auch noch zahlreiche Aspekte der Lagergeschichte unerforscht, etwa die genaue Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft und das Außenlagersystem. Künftige Forschungen können jedoch auf eine erstaunlich gute Quellenlage zurückgreifen.

Rikola-Gunnar LÜTTGENAU (Buchenwald/Weimar) referierte am Beispiel der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald über die Entstehungsgeschichte der ostdeutschen Gedenkstätten. Er schilderte dies vor dem Hintergrund einer innerparteilichen Auseinandersetzung innerhalb der SED zwischen den „Moskauern" (der Führungsgruppe um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht) und „Buchenwalder" Kommunisten. Die „Buchenwalder" wurden bei Konzeption und Anlage der Mahn- und Gedenkstätte in vielerlei Hinsicht übergangen. Hierzu zählt beispielsweise der von der SED beschlossene Abriß zahlreicher bis dato noch vorhandener authentischer Gebäude im Vorfeld der Gedenkstättenerrichtung. Demgegenüber ging der Vorschlag der Sowjetischen Militäradministration, in Buchenwald ein „Nationalmuseum" zu schaffen, offenbar vom Erhalt des Geländes aus. Gerade Buchenwald diente besonders exponiert zur Begründung des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR: hier wurde Ernst Thälmann ermordet, aber hier wurde auch mit dem „Schwur von Buchenwald" die Einheit der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien vorweggenommen. In der Praxis der Gedenkstätten bis 1989 bemängelte Lüttgenau vor allem eine einseitige „Reproduktion der Sicht der kommunistischen deutschen Häftlinge".

Petra HAUSTEIN (Berlin) stellte ihr Dissertationsprojekt vor, das die Auseinandersetzungen um die Neugestaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen seit der „Wende" in der DDR 1989/90 bis März 2000 (Beginn des Neubaues des Speziallagermuseums) zum Gegenstand hat und somit gleichsam ein Jahrzehnt gesamtdeutscher Erinnerungskultur und Geschichtsdebatte reflektiert. Im Zentrum der Arbeit „stehen dabei sämtliche Kontroversen, die sich aus den Fragen nach dem Erbe des Antifaschismus der SBZ/DDR, der historischen Aufarbeitung der Lagergeschichte vor und nach 1945 sowie dem Gedenken an die Opfer des Speziallagers Nr. 7 (Nr. 1) am Ort des Konzentrationslagers ergeben haben". Sabine MOLLER (Hannover) berichtete von einem Forschungsprojekt am dortigen Psychologischen Institut der Universität. In einer gesamtdeutsch angelegten Studie wird mittels Familienbefragungen versucht, das Geschichtsbewußtsein und Geschichtsbild in der Bevölkerung zu eruieren. Für die neuen Bundesländer bestand für Moller die Frage, ob der Antifaschismus der DDR in breiten Teilen der Bevölkerung nachwirkt und welche Folgen die Revision dieses Geschichtsbildes hat. Hier, so ein erstes Ergebnis, habe die Debatte um die Speziallager, die Anfang der neunziger Jahre auch in den Medien heftig geführt wurde, wohl deutliche Spuren hinterlassen: in vielen Befragungen wurden die Verbrechen in den NS-Konzentrationslagern mit dem Hinweis auf die sowjetischen Nachkriegslager relativiert.

„Konstruktion der Erinnerung" nannte Thomas WEBER (Oxford) seinen Vortrag zum „selektiven Umgang" mit den Fotografien des Lodzer Ghettofotografen Henryk

Ross. Weber führte aus, wie eine solche Konstruktion nicht nur durch Bildfälschungen oder in Hollywoodfilmen, wo etwa in der Neuverfilmung von Jurek Beckers „Jakob der Lügner", entgegen der Historie, die US-Army das Ghetto Lodz befreien darf, sondern auch durch Auswahl authentischer Fotografien geschehen kann. Weber, der den Nachlaß von Ross sichtete, geht es „um die Wirkung, die der bewußten Auswahl von authentischen Bildern für bestimmte Zwecke entspringt". Offenbar war Ross, einziger überlebender Ghettofotograf, zu seinen Lebzeiten „davor zurückgeschreckt", die meisten seiner Arbeiten zu veröffentlichen. „Denn es tauchen Bilder auf, die Aspekte des Ghettolebens zeigen, die nicht in das gängige Geschichtsbild passen." Es stellt sich, so Weber, das Problem „ob Bilder Illustration einer bestimmten historischen Aussage oder Erkenntnisquellen für eine historische Aussage sind".

Den zweiten Schwerpunkt der Tagung bildeten Studien über Konzentrationslager, Zwangsarbeit und SS-Wirtschaft.

Erste Thesen aus seinen Forschungen zur KZ-Zwangsarbeit im Siemens-Konzern stellte Rolf SCHMOLLING (Berlin) vor. Dabei differenzierte er zwischen der Frage nach der Funktion des Häftlingseinsatzes für den Konzern einerseits und für die SS-Wirtschaft bzw. die deutsche Kriegswirtschaft andererseits. Folglich ging es Schmolling darum herauszuarbeiten, ob die Entwicklung des Häftlingseinsatzes bei Siemens vorrangig „aus der Logik des Betriebes oder aus der Logik des KZs" zu verstehen ist. Der Befund einer relativ guten Behandlung der KZ-Zwangsarbeiter in einigen der untersuchten Siemens-Produktionsstätten erklärt sich aus dem seinerzeit herrschenden Fachkräftemangel. Dies zeige auch der Vergleich der relativ guten Lebens- und Arbeitsbedingungen der nicht so leicht zu ersetzenden Produktionshäftlinge mit der schlechteren Behandlung der Bauhäftlinge.

Christine GLAUNING (Stuttgart) rekonstruierte in ihrem Referat „Schieferöl und Zwangsarbeit" die Genese des Konzentrationslagers im schwäbischen Bisingen, wo zu Kriegsende mit dem Unternehmen „Wüste" aus den Schiefervorkommen Treibstoff gewonnen werden sollte. Dafür hatte die SS noch 1944 eigens die Deutsche Schieferöl GmbH gegründet. Obgleich die eigentliche Treibstoffproduktion im Februar 1945 nur noch versuchsweise aufgenommen werden konnte, wurden Zehntausende Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen im KZ Bisingen und in weiteren kleinen Lagern zur Arbeit an der Errichtung der Produktionsanlagen gezwungen.

Der Beitrag von Nicole WARMBOLD (Braunschweig) thematisierte Aufkommen, Funktion und Relevanz einer spezifischen „Lagersprache bzw. Lagerszpracha" in den NS-Konzentrationslagern. Als „erzwungenes und notwendiges Verständigungsmittel", das von Neuzugängen in den Lagern von den „Alten" schnell übernommen werden mußte, verbalisierte die Lagersprache „Verarbeitungsmuster und Reaktionsweisen der Häftlinge". Neben einer allgemein verstandenen Lagersprache bildeten sich zudem „vermutlich gruppenspezifische Sprachgebräuche" aus, in denen sich neben der sozialen Stellung im Lager auch „vorkonzentrationäre Prägungen" widerspiegelten. Auch Einflüsse von Militär- und Gefängnisjargon sind nachweisbar. Ein Problem sei hier die Quellenlage: Welche Häftlinge haben aus welchen Gründen schriftliche Selbstzeugnisse verfaßt bzw. überhaupt verfassen können, in denen sich Hinweise zur Lagersprache auffinden lassen? Somit reflektiert die schriftliche Überlieferung der KZ-Lagersprache in

der Memoirenliteratur auch die unterschiedliche soziale Stellung verschiedener Häftlingsgruppen und gibt mitunter ein verzerrtes Bild der Häftlingsgesellschaft und ihrer Kommunikationsstruktur wieder.

Irmtraud Kuss (Berlin) referierte am Beispiel des KZ Sachsenhausen über das komplexe Thema der Funktionshäftlinge in den NS-Konzentrationslagern. Ihre Forschungsarbeit begreift sie dabei in Abgrenzung zu bisherigen Studien nicht als Teil der Widerstandsforschung, sondern als Beitrag zur Sozialgeschichte der Konzentrationslagergesellschaft. Dabei untersucht sie das „System ‚Häftlingsfunktionen' in den Entwicklungsphasen des KZ-Systems". Die strukturgeschichtlich und biographisch ausgerichtete Arbeit basiert vor allem auf der breiten Auswertung gedruckter und ungedruckter Erinnerungsberichte, wobei Kuß sich der Problematik dieser Quellen und der Notwendigkeit „umfassender expliziter Quellenkritik" bewußt ist.

Schließlich stellte Jan Erik Schulte (Dortmund) seine bereits abgeschlossene Dissertation über die Geschichte und Vorgeschichte des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes (WVHA) vor. Dieser Institution unterstanden die Konzentrationslager und die SS-Wirtschaftsbetriebe, und sie wickelte die Vermietung der KZ-Häftlinge als Arbeitssklaven für die Industrie ab. Schulte stellte dabei das WVHA in den Kontext des „Geflechts deutscher Kriegswirtschaft", wobei er besonders auf Rivalitäten zwischen dem WVHA und verschiedenen NS-Institutionen, wie beispielsweise dem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion unter Albert Speer, einging. Die SS-Wirtschaft, so ein Ergebnis, war weit davon entfernt, ein effektiver Wirtschaftskonzern zu sein. „Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man sie als wirtschaftlichen Witz bezeichnen", so Schulte. Zur Kennzeichnung der Institution schlug der Historiker den – dann vor allem durch Rainer Fröbe (Hannover) kontrovers diskutierten – Begriff der „Weltanschauungsbehörde" vor.

Abgerundet wurde die Tagung durch eine Besichtigung der Gedenkstätte und eines erst jetzt übernommenen (bis vor kurzem gewerblich genutzten) authentischen Gebäudes, in dem einst das Häftlingsbad und die Wäscherei untergebracht waren, sowie des ehemaligen Steinbruchs der SS-eigenen Deutschen Erd- und Steinwerke (DEST). Der Rundgang durch den noch immer betriebenen Granitsteinbruch ließ durch die räumliche Struktur, durch die vorhandenen Baurelikte und authentischen Gebäude besonders eindrucksvoll die harten Arbeitsbedingungen der Flossenbürger Häftlinge nachvollziehen.

Am Ende der Veranstaltung erörterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Möglichkeiten verstärkter Vernetzung und besserer Kommunikation, beispielsweise durch einen Rundbrief oder einen E-Mail-Verteiler. Die Tagung im nächsten Jahr wird voraussichtlich in Buchenwald/Weimar stattfinden.

Insgesamt bot der Workshop einen guten Überblick über aktuelle Forschungsprojekte. So ist es auch erfreulich, anzeigen zu können, daß die Beiträge der diesjährigen Tagung im kommenden Frühjahr in einem Sammelband veröffentlicht werden sollen. Hervorzuheben ist auch die überdurchschnittlich gute und solidarische Atmosphäre der Konferenz: den klar strukturierten Referaten wurde konzentriert zugehört, man gab sich Hinweise und erörterte sachlich aufkommende Fragen und kontroverse Standpunkte. Von Konkurrenz und Profilierungssucht keine Spur.

Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (121)

Bearbeitet von Franz Jean Frohn

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik „Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete" werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern die Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter und Bearbeiterinnen einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt und im Internet (http://www.hth-berlin.de/iwk/fragebogen.html) online verfügbar ist. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur mit schriftlichem Einverständnis der Bearbeiter(innen) erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Projektverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zur Geschichte der sozialen Bewegungen Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter oder der Bearbeiterin zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Autorenkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn, zur Speicherung und Auswertung für dessen wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jährlich vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der „Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften" weitergegeben. Sofern Projekte aus anderen Publikationen übernommen oder der Redaktion von Institutionen mitgeteilt worden sind, wird das am Ende der Projektmeldung vermerkt. Im übrigen beruhen die Meldungen und insbesondere die Nachträge auf den uns von den jeweiligen Bearbeiter(inne)n übermittelten Daten. Die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben, insbesondere die Genauigkeit von bibliographischen Informationen, kann die Redaktion aus Gründen der Arbeitsökonomie nicht überprüfen.

Die Angaben zu den einzelnen Projekten sind jeweils nach dem folgenden Schema geordnet:

0 Laufende Nummer des Projekts (in der IWK)
1 Institution(en), in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird
2 Bearbeiter(in), Vor- und Zuname, Titel, Anschrift, Tel. *(Leiter[in] kursiv)*
3 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Name des Betreuers bzw. der Betreuerin
4 Stand der Forschungsarbeit
5 Laufzeit des Projekts
6 Art der Arbeit
7 Auftraggeber der Forschungsarbeit
8 Kostenträger
9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel)
10 Zeitraum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht

11 Geographischer Raum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
12 Inhaltliche Ziele der Arbeit
13 (Teil-)Veröffentlichungen der Arbeit bzw. deren Planung
14 Nichtveröffentlichte (Zwischen-)Berichte, Manuskripte, Arbeitspapiere usw.
15 Methodische Anlage (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)
16 Benutzte Unterlagen (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)
17 Hinweis auf Fundstelle oder mitteilende Institution

Eine dringende Bitte an unsere Leserinnen und Leser:

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem „Projektfriedhof" ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie den Projektfragebogen am Schluß dieses Heftes, und füllen Sie diesen bitte möglichst vollständig und genau aus.

Redaktionsschluß: 28. 2. 2001

I. PROJEKTVERZEICHNIS

A. Geschichtswissenschaft, Hilfsmittel

—

B. Quellenveröffentlichungen, Neudrucke, Übersetzungen

0 00-008
2 BRAUN, Bernd, Dr.; Sandwingert 39, D-69123 Heidelberg; Tel.: (+49 6221) 831399, E-Mail: berndhade@t-online.de
4 Laufend
5 Beginn: 3/00, Abschluß: 3/03
6 Eigenprojekt des Bearb.; Edition
8 Bearb.
9 Die „Erinnerungen" von Hermann Molkenbuhr
10 1851–1880
11 Großraum Hamburg, Holstein
12 Edition einer zentralen Quelle für die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung im Großraum Hamburg. – [S. a. Proj.-Nrn. 91-050 (3/99) und 96-002 (2/00)]
15 Archivrecherchen
16 StA Hamburg; LandeshauptA Schleswig; diverse StadtAe

0 00-009
2 KÄMMERER, Ingrid, Dr.; WEILAND, Felix, Dipl.-Pol., Gubitzstr. 17, D-10409 Berlin; Tel.: (+49 30) 47733581, E-Mail: felix.weiland@snafu.de
4 Laufend
5 Beginn: 11/00, Abschluß: 7/02
6 Eigenprojekt der Bearb.; Edition; Buchpublikation
7 Alibri Verlag Gunnar Schedel, Postfach 167, D-63703 Aschaffenburg
8 Bearb.; Alibiri Verlag Gunnar Schedel, Postfach 167, D-63703 Aschaffenburg
9 Peter Maslowski (25. 4. 1893–24. 4. 1983): Die Papstkirche ohne Heiligenschein. Geschichte der Konzile von Konstanz bis zum Vatikanum II.
10 14./15. Jahrhundert bis 1965 [Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils] mit Nachträgen bis 1980
11 Ausdehnungsbereich der katholischen Kirche, besonders Europa
12 Korrekte Edition; Geschichte der Konzile der katholischen Kirche und Kirchenkritik bis in die 1970er Jahre
13 Veröffentlichung geplant. – **Maslowski, Peter: Autobiographische Notizen,** in: Maslowski, Peter: Das Theologische Untier. Berlin: IBKD Verlag 1978, S. XIII–XVIII
14 Typoskript aus dem Nachlaß
15 Korrekte Edition

0 00-010
1 Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Berlin
2 WICKERT, Christl, Dr.; Wacholderweg 7, D-29499 Zernien
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 10/97, Abschluß: 9/00
6 Auftragsforschung; Edition

7 Bundesvorstand der SPD, Berlin
8 Bundesvorstand der SPD, Berlin
9 „Der Freiheit verpflichtet". Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert
10 1900–1960
11 Deutschland und das „Sudetenland"
12 Dokumentation von 505 im Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR verfolgten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit einem ersten Überblick zur Geschichte beider Verfolgungsperioden
13 Wickert, Christl: „Der Freiheit verpflichtet". Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Hrsg. vom Parteivorstand der SPD. Marburg: Schüren Verlag 2000. Ca. 420 S.
14 Ms., Berlin 2000
15 Quellenrecherchen; Interviews; Auswertung vorhandener Untersuchungen
16 Akten der Gestapo, des SPD-Ostbüros u. a.; Familiennachlässe

0 00-011
2 BRAUN, Bernd, Dr.; Sandwingert 39, D-69123 Heidelberg; Tel.: (+49 6221) 831399, E-Mail: berndhade@t-online.de
4 Laufend
5 Beginn: 3/00, Abschluß: 3/03
6 Eigenprojekt des Bearb.; Edition
8 Bearb.
9 Die Verfassungsreden der Weimarer Republik
10 1921–1932
11 Deutschland
12 Edition der auf den zentralen Feiern der Reichsregierung in Berlin von 1921 bis 1932 gehaltenen Verfassungsreden, u. a. von Gustav Radbruch 1928 und Carl Severing 1929, sowie zusätzlicher Dokumente, da sie einen Einblick in die Verfaßtheit der Weimarer Republik geben
13 Veröffentlichung geplant
15 Archiv- und Zeitungsrecherche
16 Bestände „Verfassungsfeiern" und „Reichskunstwart" im BA sowie die Nachlässe der jeweiligen Redner

C. Sozialistische Theoretiker, Beiträge zur Ideengeschichte

0 00-012
2 LEDERER, Robert, Dr.; Jugendheimstr. 14, D-44879 Bochum; Tel.: (+49 234) 3226186
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 12/95, Abschluß: 12/99
6 Eigenprojekt des Bearb.
8 Bearb.
9 Freiheit und Sozialismus
13 Lederer, Robert: Freiheit und Sozialismus (= Politikwissenschaft, Bd. 68). Münster, Hamburg und London: Lit Verlag 2000. 418 S.

0 00-013
1 Univ. Marburg, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Str. 6, D-35039 Marburg; Tel.: (+49 6421) 2824-325
2 KELLNER, Manuel, M. A.; Böckingstr. 35, D-51063 Köln; Tel.: (+49 221) 9906878
3 Prof. Dr. Georg Fülberth
4 Laufend
5 Beginn: 9/00, Abschluß: 9/03
6 Diss.
8 Bearb.
9 Theoretische Konzeption und politische Praxis bei Ernest Mandel
10 1939–1995
11 Belgien, Deutschland, Frankreich, Kuba
12 Rekonstruktion der politischen und Werkbiographie von Ernest Mandel unter Nutzung von Archivalien und Zeitzeugenberichten
15 Auswertung von Archivalien, politischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen Ernest Mandels u. a.; Auswertung von Zeitzeugenberichten; politische Biographie
16 Ae; Publikationen; Interviews; eigene Erinnerungen und Unterlagen

D. Biographische Beiträge

0 00-014
1 Univ. Mannheim, Historisches Seminar
2 MOSS, Christoph, Dipl.-Soz.Wiss.; Unter den Kiefern 3, D-47443 Moers; Tel.: (+49 2841) 536861
3 Prof. Dr. Gottfried Niedhart
4 Laufend
5 Beginn: 1/97, Abschluß: 12/01
6 Diss.
8 Bearb.; Stipendium der Ernst-Straßmann-Stiftung
9 Jakob Altmaier (1889–1963). Eine politische Biographie
10 1889–1963
11 Deutschland
12 Lebenslauf innerhalb der Arbeiterbewegung als Parteijournalist und als Abgeordneter; ein Schwerpunkt: die deutsch-jüdische Problematik und sein Einsatz für Wiedergutmachung nach 1945
13 Veröffentlichung geplant
14 Moß, Christoph: Deutsche Politiker jüdischer Herkunft im Nachkriegsdeutschland: Peter Blachstein, Jakob Altmaier, Jeanette Wolff. Warum sie zurückkehrten und wie es ihnen erging. Dipl., Univ.-Gesamthochschule Duisburg 1996. 116 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 99-2056
15 Biographische Arbeit
16 Teilnachlässe von Jakob Altmaier in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, und im Leo Baeck Institute, New York; zahlreiche weitere Ae (u. a. SAPMO Berlin); Presseartikel von Jakob Altmaier in Zeitungen und Zeitschriften 1913–1963

0 00-015
2 GÖTZ VON OLENHUSEN, Albrecht; Goethestr. 34, D-79100 Freiburg i. Br.; Tel.: (+49 761) 700266, Fax: (+49 761) 7073130, E-Mail: goetzvon@ruf.uni-freiburg.de
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt des Bearb.; Vortrag; Aufsatz
8 Bearb.
9 Die Sorge des Hausvaters. Die Prozesse gegen Otto Gross (1877–1920) wegen Entmündigung u. a.
10 Ab 1913
11 Österreich
12 Vortrag für den 2. Kongreß der Internationalen Otto-Gross-Gesellschaft Ende Oktober 2000 in Jülich
13 Veröffentlichung voraussichtlich im 2. Jahrbuch der Internationalen Otto-Gross-Gesellschaft 2001
15 Auswertung von Archivalien, Zeitschriften, Zeitungen und gedrucktem Material
16 Archivalien; Zeitschriften; Zeitungen; gedrucktes Material

0 00-016
1 Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, Andreas Otto, Geschäftsführer, Fax: (+49 30) 4471 08-19; Freie Univ. Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, Prof. Dr. Manfred Wilke, Wissenschaftlicher Leiter, Tel.: (+49 30) 8387 0-232 oder -234
2 HANNEMANN, Simone; c/o Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin; Tel.: (+49 30) 4471 08-15
4 Laufend
5 Beginn: 9/00, Abschluß: 01
6 Auftragsforschung; geförderte Forschung; Eigenprojekt der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, und des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Univ. Berlin; Buchprojekt
7 Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin; Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Univ. Berlin
8 Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Postfach 021275, D-10124 Berlin; Tel.: (+49 30) 23247 2-00, Fax: (+49 30) 23247 2-10
9 Robert Havemann und die Geschichte der „Europäischen Union"
10 1940–1943 [1945]
11 Deutschland
12 Die Besonderheit der „Europäischen Union", die seit Anfang der vierziger Jahre bis zu ihrer Zerschlagung durch die Nationalsozialisten Ende 1943 arbeitete, bestand in ihrer internationalen Zusammensetzung; Robert Havemann, Georg Groscurth und weitere deutsche Mitglieder der Widerstandsgruppe verbanden sich mit sowjetischen, französischen und tschechischen Zwangsarbeitern; dies spiegelt sich in den Prozessen vor dem Volksgerichthof und vor allem in der Zahl der zum Tode Verurteilten wider; die deutschen Mitglieder der Gruppe haben eine ganze Reihe jüdischer Mitbürger versteckt, was den Angeklagten in den Urteilen als besonders schwerwiegendes Verbrechen angelastet wurde; eine erste Übersicht der Prozesse wurde von Manfred Wilke und Werner Theuer 1999 publiziert. – [Das Forschungsvorhaben hat Pilotcharakter für die engere Kooperation von gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur; mit dem Projekt wird die Zusammenarbeit zwischen der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, und dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Univ. Berlin fortgesetzt, die mit der bereits vorliegenden Studie „Wiederentdeckung einer Unperson – Robert Havemann im Herbst 1989" begonnen wurde]
13 Veröffentlichung im Rahmen der Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 2001
15 Basis sind die Unterlagen von Gestapo, Volksgerichtshof, SED und MfS, die gemeinsam mit dem Nachlaß Robert Havemanns im Robert-Havemann-Archiv zusammengetragen sind und erschlossen werden
17 Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin

0 00-017
1 Univ. College London (UCL), Hebrew and Jewish Studies Department
2 FISCHER, Lars; 92 Longnor Road, GB-London E1 4DA; E-Mail: clara.m.zetkin@lineone.net
3 Dr. Michael Berkowitz
4 Laufend
5 Beginn: 10/00, Abschluß: 6/03
6 Diss.
8 Stipendium; Major Graduate Research Scholarship (UCL)
9 Imperial German Social Democracy, the Nation, and the Jews: Franz Mehring. (A Case Study)
12 Untersuchung der relevanten Äußerungen Franz Mehrings (insbesondere zu seiner Konzeption von der Arbeiterbewegung als der einzig verbliebenen Trägerin „wahrhaft nationaler" Interessen sowie zu seinem „Philosemitismus"-Konzept) und Vergleich ihrer Kontinuitäten und Diskontinuitäten mit denen seiner Laufbahn im allgemeinen sowie mit gängigen Positionen in der Sozialdemokratie; zusätzlicher Schwerpunkt: Behandlung dieser Fragestellungen in der parteinahen kommunistischen Literatur (insbesondere in der Weimarer Republik und in der DDR)
14 Fischer, Lars: Johann Baptist von Schweitzer, the ADAV and the National Question in the Early German Labour Movement. Research Dissertation (Abschlußarbeit), Univ. of London, Queen Mary and Westfield College, 2000. [o. S.]
16 British Library, London; IISG, Amsterdam; u. a.

0 00-018
1 Univ. Hamburg, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, D-20146 Hamburg
2 WOYKE, Meik; Großheidestraße 23, D-22303 Hamburg; Tel.: (+49 40) 2787913 2, E-Mail: mwoyke@hotmail.com
3 Prof. Dr. Barbara Vogel
4 Laufend
5 Beginn: 1/00, Abschluß: 6/02
6 Diss.

8 Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
9 Albert Schulz (1895–1974). Eine sozialdemokratische Biographie
10 1895–1974
11 Mecklenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein
16 Mecklenburgisches LHA Schwerin; AdsD/FES, Bonn; Vorpommersches LHA Greifswald; u. a.

0 00-019
1 Freie Univ. Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, Prof. Dr. Manfred Wilke, Wissenschaftlicher Leiter, Tel.: (+49 30) 838 70-232 oder -234
2 MENSING, Wilhelm, Dr. jur.; Weißdornweg 129, D-53117 Bonn; E-Mail: wmensing@t-online.de
4 Laufend
5 Beginn: 1/98, Abschluß: 12/00
6 Eigenprojekt des Bearb.; Monographie
7 [Patronat: Kommunalverband Ruhr in Essen]
8 Bearb.
9 Opfer der Stalinschen Säuberungen aus dem Ruhrgebiet
10 1930–1960
11 Ruhrgebiet, Sowjetunion
12 Erkundung und Dokumentierung der Schicksale der (überwiegend kommunistischen) Arbeits- und Politemigranten, die in der Regel zwischen 1930 und 1935 von der Ruhr in die Sowjetunion gingen und dort Repressalien ausgesetzt waren
15 Biographisch orientierte Arbeit aufgrund dokumentarischer Quellen, ergänzt durch Befragungen von Angehörigen
16 KommunalAe; PAAA (Vernehmungsprotokolle); KominternA; HStA Düsseldorf; BA (SAPMO), Berlin; A der Bergwerksknappschaft

E. Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

I. Allgemeine Darstellungen Darstellungen über größere Zeiträume

0 00-020
1 Univ. Erfurt, Institut für Allgemeine Pädagogik, Historische Pädagogik, Nordhäuser Str. 40, D-99105 Erfurt; Tel.: (+49 361) 737 21 20
2 LESANOWSKY, Werner, Prof. Dr.; An der Koppel 161, D-99100 Bienstädt
4 Laufend
5 Beginn: 11/00, Abschluß: 6/02
6 Eigenprojekt des Bearb.; Monographie; [Edition]
8 Univ. Erfurt; Bearb.
9 „Den Menschen der Zukunft erziehen". Bildungspolitik, Schule und Pädagogik der deutschen Sozialdemokratie 1869–1900. Dokumente und Materialien mit Einleitung
10 1869–1900
11 Deutschland
12 Dokumente und Materialien zur Bildungspolitik, zum Schulkampf und zur pädagogischen Erziehung ergänzen die vorliegenden Dokumentensammlungen nach 1900 und schließen die vorhandene Lücke; im Zentrum stehen die pädagogischen und bildungspolitischen Auseinandersetzungen der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, gerichtet auf den Sozialisationsprozeß Heranwachsender; drei durch die historische Entwicklung gegebene Abschnitte (1870–1878, 1879–1890, 1891–1900) vereinigen etwa 230 Titel, aus denen die sozialdemokratische Vorstellung von einer humanistischen Bildung und Erziehung ersichtlich wird, die der preußisch-deutschen Schul- und Bildungspolitik entgegenstand und eine auf marxistischen Positionen beruhende proletarisch-sozialistische Erziehung propagierte sowie die schulpolitischen Prinzipien der Weltlichkeit, Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit popularisierte
15 Sozialgeschichtlicher Zugang; Dokumentensammlung und -analyse
16 Archivalien; Zeitungen; Zeitschriften

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

—

b) 1890–1914

—

c) Weltkrieg und Revolution

—

d) Weimarer Republik

—

e) 1933–1945

—

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

0 00-021
2 HÜTTNER, Bernd; Am Dammacker 8b, D-28201 Bremen; Tel. und Fax: (+49 421) 557 90 56
4 Laufend
5 Beginn: 7/00, Abschluß: 4/01

6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Bearb.
9 Periodika des deutschsprachigen Operaismus 1972–2000
10 1972–2000
11 Deutschland (evtl. Schweiz)
12 Dokumentation der Geschichte und Entwicklung der deutschen operaistischen Periodika (chronologisch, inhaltlich); Bestimmung der verschiedenen Phasen und Strömungen, der inhaltlichen und (evtl. personellen) Kontinuitäten und Diskontinuitäten sowie der Resonanz operaistischer Presse
13 Veröffentlichung in der IWK geplant
15 Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften als Primärquellen; Sekundärliteratur
16 PrivatA des Bearb.; A der sozialen Bewegungen Bremen; Bibliothek des Instituts für Regionalgeschichte an der Univ. Bremen

g) Westzonen/BRD

—

h) SBZ/DDR

0 00-022
1 Univ. Rostock, Historisches Institut, August-Bebel-Str. 28, D-18051 Rostock
2 NIEMANN, Mario, Dr.; Univ. Rostock, Historisches Institut, August-Bebel-Str. 28, D-18051 Rostock; Tel.: (+49 381) 4982732, E-Mail: mario.niemann@philfak.uni-rostock.de
3 Prof. Dr. Werner Müller
4 Laufend
5 Beginn: 7/00
6 Habil.
8 Bearb.
9 Die mittlere Ebene des SED-Staates. Spielraum und Einfluß der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989
10 1952–1989
11 DDR

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

0 00-023
1 Univ. Bochum, FB Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17, D-44789 Bochum
2 SHIRAKAWA, Koichi, M.A.; c/o Univ. Bochum, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17, D-44789 Bochum
3 Prof. Dr. Klaus Tenfelde
4 Laufend
5 Abschluß: 3/02
6 Diss.; Aufsatz
8 Bearb.; Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
9 Bevölkerung zwischen Integration und Segregation. Wohlfahrtspolitik in der Rheinprovinz 1920 bis 1945
10 1920–1945
11 Duisburg und Rheinland
12 Es sollen die Integrations- und die Segregationspolitik durch die kommunalen Beamten gegenüber den städtischen Unterschichten untersucht werden; in diesem Zusammenhang liegt der Forschungsschwerpunkt zur Zeit auf der Analyse der Rolle der kommunalen Verwaltung im Arbeitseinsatz in den Jahren 1936 bis 1939 (kommunale Wohlfahrtspolitik in der NS-Zeit am Beispiel der Stadt Duisburg); es soll die These dargelegt werden, daß das Wohlfahrtsamt die sogenannten „Arbeitsscheuen" in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt „ausgesondert" und dabei die Anwendung der polizeilichen (staatlichen) Gewalt gegen sie begrüßt hat
15 Zur Untersuchung der personellen Kontinuität und Diskontinuität in den städtischen Wohlfahrtsämtern soll eine quantitative Analyse aus den Personalakten zu den kommunalen Wohlfahrtsdirektoren im nordrheinischen Raum erstellt werden
16 BA, Berlin; NRW-HStA Düsseldorf; StadtA Duisburg; kommunale Ae (Personalakten)

b) Lokal

0 00-024
1 Univ. Köln, Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, LS Prof. Dr. Toni Pierenkemper, Albertus-Magnus-Platz, D-50923 Köln; Tel.: (+49 221) 470-5640
2 FENGLER, Silke; Siegmundstr. 10, D-50739 Köln; Tel.: (+49 221) 7406979
3 Prof. Dr. Toni Pierenkemper
4 Laufend
5 Beginn: 5/00, Abschluß: 12/00
6 Eigenprojekt der Bearb.; M.A.
8 Bearb.
9 „Arisierung" in der Textilindustrie im Raum Aachen 1933–1940
10 1933–1940
11 Raum Aachen
12 Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik am Beispiel der Textilbewirtschaftung; Stellung jüdischer Textilbetriebe im Aachener Textilmarkt 1933–1937; „Arisierung" jüdischer Textilbetriebe im Aachener Raum, Schwerpunkt 1938/39: beteiligte Institutionen und Personen; Frage, ob über die „Arisierung" eine Marktbereinigung im Textilsektor erfolgte; Formen der „Arisierung" (Ankauf von Fabriken unter Geschäftswert, Rolle der Treuhänder, Schein-„Arisierungen"); Versuch der quantitativen Schätzung des Gesamtumfanges an jüdischem Vermögen, das „arisiert" wurde

15 Theoretischer Ansatz: Unternehmensgeschichte, regionale Wirtschaftsgeschichte (Branchenanalyse Textilindustrie); Archivrecherchen; Literaturrecherchen
16 HStA Düsseldorf und Düsseldorf-Kalkum („Entjudungssonderakten" der Regierung Aachen und Wiedergutmachungsakten); statistisches Material zur Entwicklung der Textilindustrie 1920 bis 1940; Sekundärliteratur

0 00-025
2 LAUSCHKE, Karl, PD Dr. habil.; Stadtrat-Cremer-Allee 25, D-44141 Dortmund; Tel.: (+49 231) 2863871, E-Mail: K.Lauschke@ dokom.net
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 3/00, Abschluß: 5/00
6 Auftragsforschung; Monographie
7 Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Nordrhein-Westfalen II
8 Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Nordrhein-Westfalen II
9 Geschichte des „Bunten Hauses"
10 1925–2000
11 Sennestadt bei Bielefeld
12 Aufarbeitung der Geschichte einer gewerkschaftlichen Bildungsstätte, die als Erholungsheim gegründet wurde, nach dem Krieg als Tagungsort für verschiedene gewerkschaftliche Entscheidungsgremien diente, kurzzeitig DGB-Bundesjugendschule war und seit 1952 ÖTV-Bildungsstätte ist
13 Lauschke, Karl: Ein Ort gewerkschaftlicher Bildung. 75 Jahre „Buntes Haus". Bochum: Selbstverlag 2000 [o. S.]
15 Auswertung verschiedener Archivalien, u. a. Seminarberichte der fünfziger bis siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts
16 A der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart; AdsD/FES, Bonn

F. Darstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung anderer Gebiete

Spanien

0 00-026
1 Univ. Bremen, FBe Sprach- und Literaturwissenschaften sowie Geschichtswissenschaften, Bibliothekstr. 1, D-28359 Bremen
2 HEUSEL, Melanie, M. A.; c/o Frau Langmeier, Dietersheimer Str. 12b, D-80805 München; Tel.: (+49 89) 36899130
3 Prof. Dr. Gert Sautermeister; Prof. Dr. Manfred Hahn
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 10/99, Abschluß: 6/00
6 M. A.
9 Milizfrau, Mutter oder Marienbildnis? Frauen im Spanischen Bürgerkrieg und in den Spanienkriegsromanen von Gustav Regler
10 1936–1939
11 Spanien
12 Über die Konfrontation literarischer Frauenfiguren mit den historischen Rollen von Frauen im Spanischen Bürgerkrieg sollten neue Interpretationsansätze für die Regler-Werke „Der große Kreuzzug" und „Juanita" geboten werden; im historischen Teil wird anhand von Frauenorganisationen und herausragenden Persönlichkeiten eine Frauentypologie erarbeitet
13 Veröffentlichung geplant
14 Heusel, Melanie: Milizfrau, Mutter oder Marienbildnis? Frauen im Spanischen Bürgerkrieg und in den Spanienkriegsromanen von Gustav Regler. M. A., Univ. Bremen 2000
15 Unter Berücksichtigung moderner Positionen der Hermeneutik wurden historiographische Ergebnisse zum Ausgangspunkt literaturwissenschaftlicher Forschung gemacht
16 Sekundärliteratur zum Spanischen Bürgerkrieg; Gustav Reglers Romane „Der große Kreuzzug" und „Juanita"

G. Darstellungen zur Geschichte der Internationalen und zur Geschichte der Arbeiterbewegung mehrerer Länder

—

II. NACHTRÄGE

0 488, 96-061
1 Univ. Bochum, Institut für soziale Bewegungen (vormals: Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung), D-44780 Bochum
2 *GREBING, Helga, Prof. em. Dr.;* EUCHNER, Walter, Prof. em. Dr.; FRIEDRICH, Norbert, Dr.; JÄHNICHEN, Traugott, Prof. Dr.; LANGHORST, Peter, Dr.; STEGMANN, Franz Josef, Prof. em. Dr.
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 6/00
6 Eigenprojekt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum; Eigenprojekt der Hrsg.
8 Univ. Bochum; Hrsg.; u. a.
9 Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland
10 Frühes 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart
11 Deutschland
12 Handbuchartige Darstellung der Hauptrichtungen von Sozialismus, katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik seit den Anfängen im frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart
13 Euchner, Walter, Helga Grebing, Franz Josef Stegmann, Peter Langhorst, Traugott Jähnichen und Norbert Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische

Soziallehre, Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Hrsg. von Helga GREBING (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen [vormals: Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung], Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 13). Essen: Klartext Verlag 2000. 1160 S. – **Grebing, Helga: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II,** in: EUCHNER, Walter, Helga GREBING, Franz Josef STEGMANN, Peter LANGHORST, Traugott JÄHNICHEN und Norbert FRIEDRICH: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische Soziallehre, Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Hrsg. von Helga GREBING (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen [vormals: Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung], Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 13). Essen: Klartext Verlag 2000, S. 355–595. – [S. a. Proj.-Nrn. 488 (3/80) und 96-061 (4/96)]

15 Hermeneutisches Verfahren der Erschließung der Zusammenhänge von sozialer Bewegung und ideengeschichtlicher Entwicklung unter dem Kriterium der Praxisrelevanz

16 Theorieorientierte und Programmtexte; Archivalien über Entstehungszusammenhänge und Rezeptionswege (4/00)

0 706
2 LUBAN, Ottokar; Eisenacher Str. 43, D-10823 Berlin; Tel.: (+49 30) 781 72 68
4 Laufend
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 Organisation und Agitation des Spartakusbundes Januar 1916 bis Januar 1919
10 1916–1919
11 Deutschland, Berlin
13 Luban, Ottokar: Die Berliner Basis der Spartakusgruppe (Herbst 1915 bis Oktober 1918). Soziale Zusammensetzung und Zusammenarbeit mit der Spartakusführung, in: Anmerkungen zur Geschichte Berlin-Brandenburgs. Ein Kolloquium. Ingo Materna zum 65. Geburtstag. Red.: Beatrice Falk, Bärbel Holtz und Gaby Huch (= Studientexte, Dokumentationen, Berichte zur Kultur- und Sozialgeschichte Berlins und Brandenburgs. Hrsg. von Hans-Jürgen Mende). Berlin: Edition Luisenstadt 1999, S. 107–113. – [S. a. Proj.-Nr. 706 (4/97)] (4/00)

0 2889, 2982
1 Univ. Wien, Institut für Philosophie
2 BÖHM, Hermann, Prof. Dr.; c/o Univ. Wien, Institut für Philosophie
4 Abgeschlossen
6 Buchpublikation
9 Austromarxismus. Eine historisch-systematische Gesamtdarstellung der philosophischen Grundlagen und ihrer Auswirkungen auf die politische Theorie des Austromarxismus
11 Österreich
13 Böhm, Hermann: Die Tragödie des Austromarxismus am Beispiel von Otto Bauer. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Sozialismus (= Wiener Arbeiten zur Philosophie; Reihe C: Beiträge zur Sozialphilosophie. Hrsg. von Stephan Haltmayer, Bd. 1). Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford und Wien: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2000. 144 S.
14 Böhm, Hermann: Theorie und Praxis des Austromarxismus bei Otto Bauer. Diss., Univ. Wien 1976 (4/00)

0 80-023, 90-104
2 ULLRICH, Volker, Dr.; Eppendorfer Landstr. 74, D-20249 Hamburg; Tel.: (+49 40) 48 88 19
4 Abgeschlossen
5 Beginn: (80/)90, Abschluß: 00
6 Eigenprojekt des Bearb.; Monographie
8 Bearb.
9 Karl Plättner. Sozialbiographie eines proletarischen Rebellen
10 1893–1945
11 Vor allem Mitteldeutschland
12 Geschichte des „linken Radikalismus" in der Arbeiterbewegung; Sozialgeschichte der frühen Weimarer Republik; Konzept und Praxis des „organisierten Bandenkampfes"; Strafvollzug in der Weimarer Republik
13 Ullrich, Volker: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945. Eine Biographie. München: Verlag C. H. Beck 2000. 266 S.
15 Sozialgeschichte
16 BA Berlin; SAPMO/BA Berlin; StA Hamburg; StA Bremen; Sächsisches StA Leipzig; LA Magdeburg; Thüringisches HStA Weimar; A der Gedenkstätte Buchenwald; A der Gedenkstätte Mauthausen; StadtA Thale (4/00)

0 80-199, 82-283
1 Univ. Innsbruck, Institut für Geschichte, Internationale Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850", Innrain 52/Neubau, A-6020 Innsbruck; Tel. und Fax: (+43 512) 507-3487
2 *REINALTER, HELMUT, Univ.-Prof. Dr.,* c/o Univ. Innsbruck, Tel.: (+43 512) 507-2388; u. a.
4 Laufend
5 Beginn: 10/81 (Gesamtprojekt)
6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt der Bearb.; Quellensammlung; Dokumentationszentrum; Quelleneditionen; biographisches Lexikon; Sachlexikon; Bibliographie; Monographie
7 Univ. Innsbruck, Internationale Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850"
8 Univ. Innsbruck, Internationale Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850"; Forschungs-Föderungs-Fond, Wien
9 Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850
10 1770–1850

11 Deutschland, Österreich-Ungarn, Oberitalien, Schweiz
13 Aufklärung, Vormärz, Revolution. Jahrbuch der „Internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa von 1770–1850" an der Universität Innsbruck. Hrsg. von Helmut REINALTER. Bd. 20 (2000). Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford und Wien: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2001. 224 S. – **Schweigard, Jörg: Aufklärung und Revolutionsbegeisterung. Die katholischen Universitäten in Mainz, Heidelberg und Würzburg im Zeitalter der Französischen Revolution (1789–1792/93–1803)** (= Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770 bis 1850", Bd. 29). Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford und Wien: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2000. 559 S. – [S. a. Proj.-Nrn. 80-199, 82-283 (2/99)]
15 Alle Einzelprojekte sind vergleichend, strukturanalytisch und interdisziplinär angelegt; qualitative Analyse; Auswertung von gedruckten und ungedruckten Quellen
16 Flugschriften, Tagespresse, Zeitschriften und Belletristik vorwiegend aus der Österreichischen National-Bibliothek (ÖNB); Akten: Polizeiberichte, Petitionen aus Wien: AVA, HHStA; LandesAe: Innsbruck, Bregenz, Graz usw. (4/00)

0 80-493
2 HOCH, Gerhard; Buchenstr. 2, D-25486 Alveslohe
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz
10 1933–1945
11 Kaltenkirchen (Schleswig-Holstein)
13 Hoch, Gerhard: Otto Gösch. Das Schicksal eines Kaltenkirchener Arbeiters, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein [vormals: Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie], Bd. 12. Malente: Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag / Gesellschaft für Politik und Bildung e. V. 1999, S. 123–131. – [S. a. Proj.-Nr. 80-493 (4/82)] (4/00)

0 81-332
1 Univ. Essen, FB 1: Geschichte, Universitätsstr. 12, D-45141 Essen
2 HERBERT, Ulrich, Prof. Dr.; c/o Univ. Freiburg i. Br., Seminar für Neuere und Neueste Geschichte
4 Abgeschlossen
5 Aufsatz
9 Ausländische Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945
10 1939–1945
11 Deutschland
13 Herbert, Ulrich: Der „Ausländereinsatz" in der Kriegswirtschaft 1939–1945, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940 bis 1945. Hrsg. von Rimco SPANJER, Diete OUDESLUIJS und Joham MEIJER. Bremen: Edition Temmen 1999, S. 13–21. – [S. a. Proj.-Nr. 81-332 (1/86, 1/87, 3/91 und 3/99)]
14 Diss., Univ. Essen 1985 (4/00)

0 82-316
2 LANGKAU-ALEX, Ursula, Dr.; H. Cleyndertweg 436, NL-1025 EN Amsterdam; Tel. und Fax: (+31 20) 6367632, E-Mail: ula@iisg.nl
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 Von der Diktatur zur Demokratie
10 Ende der 1940er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre
11 Berlin
12 S. a. Proj.-Nr. 84-218 (4/00)
13 Langkau-Alex, Ursula: Paul Hertz. „A strong man!" Zum Einfluß des deutschen Sozialdemokraten auf Eleanor Lansing Dulles und andere amerikanische Politiker, in: Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945. Hrsg. von Claus-Dieter KROHN und Martin SCHUMACHER (= Dokumente und Texte. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 6: Exil und Neuordnung. Hrsg. in Zusammenarbeit mit der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung in Hamburg). Düsseldorf: Droste Verlag 2000, S. 351–375. – [S. a. Proj.-Nr. 82-316 (1/98)] (4/00)

0 84-218
2 LANGKAU-ALEX, Ursula, Dr.; H. Cleyndertweg 436, NL-1025 EN Amsterdam; Tel. und Fax: (+31 20) 6367632, E-Mail: ula@iisg.nl
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 Volksfront für Deutschland?
10 1933–1939
11 Europa
12 S. a. Proj.-Nr. 82-316 (4/00)
13 Langkau-Alex, Ursula: Internationaler Sozialismus oder Volkssozialismus? Das Spannungsfeld antifaschistischer Konzeptionen in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale der dreißiger Jahre, in: Geist und Gestalt im historischen Wandel. Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989. Festschrift für Siegfried Bahne. Hrsg. von Bert BECKER und Horst LADEMACHER. Münster u. a.: Waxmann Verlag 2000, S. 247–268. – [S. a. Proj.-Nr. 84-218 (1/98)] (4/00)

0 84-311
2 LANGKAU-ALEX, Ursula, Dr.; H. Cleyndertweg 436, NL-1025 EN Amsterdam; Tel. und Fax: (+31 20) 6367632, E-Mail: ula@iisg.nl
4 Abgeschlossen

6 Aufsatz; Edition
8 Bearb. und Hrsg.
9 Sozialhistorische Studien zum Exil in den Niederlanden
10 1933–1942
11 Niederlande, Deutschland (Rheinland und Westfalen)
13 Langkau-Alex, Ursula: Verfolgung und Emigration von Sozialdemokraten, Kommunisten und engagierten Katholiken aus Rheinland-Westfalen in die Niederlande, in: Nationalsozialistische Herrschaft und Besatzungszeit. Historische Erfahrung und Verarbeitung aus niederländischer und deutscher Sicht. Hrsg. von Norbert FASSE, Johannes HOUWINK TEN CATE und Horst LADEMACHER (= Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas. Hrsg. von Horst Lademacher, Bd. 1). Münster u.a.: Waxmann Verlag 2000, S. 61–71. – **Elisabeth Meter. Deportation Ghetto Amsterdam-Asterdorp nach Deutschland im Sommer 1942.** Hrsg. und mit einer biographischen Einleitung versehen von Ursula LANGKAU-ALEX, in: EXIL. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, Jg. 19 (1999), Nr. 1, S. 79 bis 82. – **Elisabeth Meter. Ohne Titel. Aufruf zum Arbeitseinsatz nach Deutschland im Ghetto Amsterdam-Asterdorp, Sommer 1942.** Hrsg. und mit einer biographischen Einleitung versehen von Ursula LANGKAU-ALEX, in: Galerie. Révue Culturelle et Pédagogique (Luxemburg), Jg. 16 (1998), Nr. 1, S. 7–12. – [S.a. Proj.-Nr. 84-311 (1/98)]
15 Aufgeworfen und punktuell beantwortet werden Fragen nach: politischer und regionaler Sozialisation (Milieu), transnationalen Ideologien und organisatorischen bzw. institutionellen Strukturen sowie grenzübergreifenden/regionalen (sub-) kulturellen Elementen und Affinitäten (4/00)

0 88-002
1 Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Platz der Göttinger Sieben 3, D-37073 Göttingen
2 EUCHNER, Walter, Prof. em. Dr.
4 Abgeschlossen
9 Klassiker des Sozialismus
10 19. und 20. Jahrhundert
11 Deutschland
13 Euchner, Walter: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil I, in: EUCHNER, Walter, Helga GREBING, Franz Josef STEGMANN, Peter LANGHORST, Traugott JÄHNICHEN und Norbert FRIEDRICH: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische Soziallehre, Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Hrsg. von Helga GREBING (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen [vormals: Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung], Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 13). Essen: Klartext Verlag 2000, S. 19–350. – [S.a. Proj.-Nr. 88-002 (1/92)] (4/00)

0 88-155
1 Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS
2 KINNER, Klaus, Prof. Dr.; u.a.
4 Laufend
6 Monographie; Edition
8 Drucklegung: Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.
9 Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus
10 1918–1933
11 Deutschland
13 „Brüsseler Konferenz" der KPD von 1935. Auf CD-ROM hrsg. von Günther FUCHS, Erwin LEWIN, Elke REUTER und Stefan WEBER (= Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Hrsg. von Klaus Kinner, Bd. 2). Berlin: Karl Dietz Verlag 2000. [16 S. und 1 CD-ROM]. – **Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität.** Bd. 1: **Die Weimarer Zeit** (= Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. 1). Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 1999. 239 S. – [S. Proj.-Nr. 88-155 (2/99)] (4/00)

0 91-004
1 Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (HSG); Univ. Hamburg, FB Geschichtswissenschaft
2 EIBER, Ludwig, Dr. habil.; Hermann-Schaller-Str. 31, D-81825 München; c/o Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg
3 Prof. Dr. Berndt-Jürgen Wendt
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 88, Abschluß: 7/97
6 Habil.; Edition
9 Arbeiterwiderstand in Hamburg (1933–1945)
10 1929–1939
11 Hamburg
13 Eiber, Ludwig: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1929 bis 1939. Werftarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute: Konformität, Opposition, Widerstand. Frankfurt a.M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York und Wien: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2000. 815 S.
14 Dokumentation Arbeiterbewegung und Arbeiter in Hamburg 1933–1945. Widerstand, Protest, Verweigerung. Ms. bei der HSG, 1991. – Habil., Univ. Hamburg 1996/97 (4/00)

0 91-048
2 OTTO, Wilfriede, Dr.; Bleicheroder Str. 15c, D-13187 Berlin; Tel. und Fax: (+49 30) 47 55 48 57; u.a.
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 91, Abschluß: 00
6 Eigenprojekt der Bearb.; Edition; Aufsatz
8 Bearb.
9 Zur Umprofilierung der SED und dem Scheitern eines Parteityps
10 1949–1989
11 DDR

12 S. Proj.-Nr. 91-048 (1/98)
13 **Otto, Wilfriede: Nur Einzelfälle?,** in: Verfemt, verfolgt, verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht – Schicksale in der frühen DDR. Kolloquium in memoriam Wolfgang Kießling. Hrsg. von „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. – Berlin: „Helle Panke" e. V. (Kopenhagener Str. 76, D-10437 Berlin) 2000, S. 11–19
14 Mss.
15 V. a. Dokumenten- und empirische Forschung
16 Archivalien; statistische Materialien; Zeitschriften (4/00)

0 [91-130]
1 State Univ. of New York at Binghamton, Dept. of History
2 SMALDONE, William Thomas, Ass. Prof. Ph. D.; c/o Willamette Univ., Oregon
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 90
6 Diss.
9 Rudolf Hilferding. Eine politische Biographie
10 1877–1941
11 Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich
13 **Smaldone, William: Rudolf Hilferding, Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten.** Übersetzt aus dem Englischen von Christel Steinberg, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (= Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 55). Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2000. 291 S. – **Smaldone, William: Rudolf Hilferding. The Tragedy of a German Social Democrat.** DeKalb: Northern Illinois University Press 1998. 271 S.
14 **Smaldone, William: Rudolf Hilferding. The Tragedy of a German Social Democrat.** Ph. D., State Univ. of New York at Binghamton 1990. Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (4/00)

0 92-068
1 Univ. München, Institut für Neuere Geschichte
2 HEUSLER, Andreas, Dr.; Volpinistr. 18, D-80638 München; Tel.: (+49 89) 1 78 56 45
3 Prof. Dr. Hans Günter Hockerts
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 1/91, Abschluß: 3/94
6 Geförderte Forschung; Diss.; Aufsätze
7 Z. T. Landeshauptstadt München, Kulturreferat
8 Stipendium der Landeshauptstadt München
9 Ausländische Zwangsarbeiter in der Münchner Kriegswirtschaft 1939–1945
10 1939–1945
11 Bayern
13 **Heusler, Andreas: Tschechische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bayern 1939 bis 1945,** in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945. Hrsg. von Rimco SPANJER, Diete OUDESLUIJS und Joham MEIJER. Bremen: Edition Temmen 1999, S. 91–95. – [S. a. Proj.-Nr 92-068 (3/96)]
16 Archivalien (4/00)

0 92-098
1 Univ. Greifswald, Historisches Institut, Bereich Nordische Geschichte, Domstr. 9 A, D-17478 Greifswald; Tel.: (+49 3834) 86 33-27 und -29
2 SCHOLZ, Michael, PD Dr. habil.; Marchlewskistr. 25, D-10243 Berlin; Tel.: (+49 30) 2 90 10 56; c/o Högskolan på Gotland, Cramérgatan 3, SE-62157 Visby; Tel.: (+46 498) 299-727
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 91, Abschluß: 4/99
6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt des Bearb.; Habil.; Monographie; Aufsatz
9 Skandinavische Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau? Schicksale deutscher kommunistischer Emigranten in der SBZ/DDR nach ihrer Rückkehr aus dem nordischen Exil. Ein Beitrag zur Remigrationsgeschichte
10 1944/45–1980
11 Skandinavien, Deutschland, DDR
12 S. Proj.-Nr. 92–098 (4/92)
13 **Scholz, Michael F.: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR** (= Historische Mitteilungen, Beih. 37). Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden 2000. 415 S. – [S. a. Proj.-Nr. 92-098 (4/92 und 3–4/98)]
14 Habil., Univ. Greifswald 1999
15 Kollektive Biographie
16 Ae in Skandinavien und Deutschland; Nachlässe; Interviews (4/00)

0 93-010
1 Univ. Bochum, Evangelisch-Theologische Fak., LS für Christliche Gesellschaftslehre, Universitätsstr. 150, D-44801 Bochum
2 FRIEDRICH, Norbert, Dr.; c/o Univ. Bochum
3 Prof. Dr. Günter Brakelmann
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 91, Abschluß: 96
6 Diss.
8 Bearb.
9 Reinhard Mumm (1873–1932) als Theologe und Politiker
10 Ca. 1900–1932
11 Siegerland, Ruhrgebiet, Berlin
12 Biographie mit Schwerpunkten in der Darstellung zu Fragen der Kulturpolitik (v. a. Reichsschulgesetz in der Weimarer Republik) und der Sozialpolitik; organisationsgeschichtliche Studie zu den protestantischen Organisationen „Freie Kirchlich-Soziale Konferenz / Kirchlich-Sozialer Bund" und „Soziale Geschäftsstelle …"; Pfarrer und Politik; Beitrag zur Geschichte der DNVP
13 **Friedrich, Norbert: „Die christlich-soziale Fahne empor!". Reinhard Mumm und die christlich-soziale Bewegung** (= Konfession und Gesellschaft, Bd. 14). Stuttgart, Berlin und Köln: Kohlhammer Verlag 1997. 320 S. – **Jähnichen, Traugott, und Norbert Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus,** in: EUCHNER, Walter, Helga GREBING, Franz Josef STEGMANN, Peter LANGHORST,

Traugott JÄHNICHEN und Norbert FRIEDRICH: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische Soziallehre, Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Hrsg. von Helga GREBING (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen [vormals: Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung], Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 13). Essen: Klartext Verlag 2000, S. 867–1103

14 Diss., Univ. Bochum 1996
15 Primär Archivarbeit
16 U.a. BA (4/00)

0 93-075
2 MALYCHA, Andreas, Dr.; Helene-Weigel-Platz 14, D-12681 Berlin; Tel.: (+49 30) 5416279
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 00
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 Zwischen Widerstand und Anpassung. Die Haltung von Sozialdemokraten zu KPD, SMAD und der Bildung einer Einheitspartei in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen
10 1945–1949/50
11 SBZ/DDR
13 Malycha, Andreas: Parteisäuberungen in der SED. Hintergründe und innere Logik, in: Verfemt, verfolgt, verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht – Schicksale in der frühen DDR. Kolloquium in memoriam Wolfgang Kießling. Hrsg. von „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. – Berlin: „Helle Panke" e.V. (Kopenhagener Str. 76, D-10437 Berlin) 2000, S. 20–28
16 LandesHAe in den neuen Bundesländern (4/00)

0 93-078
2 KESSLER, Mario, PD Dr. habil.; c/o Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Am Kanal 4/4a, D-14467 Potsdam; Tel.: (+49 331) 28991-57, Fax: (+49 30) 28991-60
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 00
6 Aufsatz
9 Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus
10 1945–2000
12 S.a. Proj.-Nr. 93-078 (3/93)
13 Keßler, Mario: Remigranten als Historiker in der DDR – und in den Kontroversen gegenwärtiger Geschichtspolitik, in: Verfemt, verfolgt, verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht – Schicksale in der frühen DDR. Kolloquium in memoriam Wolfgang Kießling. Hrsg. von „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. – Berlin: „Helle Panke" e.V. (Kopenhagener Str. 76, D-10437 Berlin) 2000, S. 29–38 (4/00)

0 93-085
1 Univ. Köln, Zentrum für historische Sozialforschung, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Bachemerstr. 40, D-50931 Köln
2 JOHNSON, Eric A., Prof. Dr.; c/o Central Michigan University, History Deptment, Mt. Pleasant, Mi., USA
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 9/92, Abschluß: 8/99
6 Auftragsforschung; geförderte Forschung; Monographie
7 National Science Foundation; National Endowment for Humanities
8 National Science Foundation; National Endowment for Humanities; u.a.
9 The Nazi System of Terror
10 1933–1945
11 Deutschland
12 Wie haben Gestapo, Staatsanwaltschaften und (Sonder-)Gerichte im „Dritten Reich" im Alltagsleben funktioniert und welche Rolle spielten sie für die Bevölkerung?
13 Johnson, Eric A.: Nazi Terror. The Gestapo, Jews, and Ordinary Germans. New York: Basic Books 1999. XX, 636 S.
14 S. Proj.-Nr. 93-085 (3/93)
15 Quantitative und qualitative Auswertung von Archivalien
16 Akten der Sondergerichte Köln, Düsseldorf und Weimar sowie des Oberlandesgerichtes Hamm; Gestapo-Personalakten Krefeld, Düsseldorf und Weimar (4/00)

0 93-088, 95-027
1 Univ. Bochum, Institut für soziale Bewegungen (vormals: Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung), D-44780 Bochum, Tel.: (+49 234) 700-6332; Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V., Berlin
2 BRUNNER, Detlev, Dr.; Schloßstr. 25, D-12163 Berlin; Tel. und Fax: (+49 30) 7974018 0
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 7/93, Abschluß: 4/99
6 Geförderte Forschung; Edition; Monographie; Aufsatz; Vortrag
8 Univ. Bochum; Stiftung Volkswagen, Hannover; Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf; Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V., Berlin
9 Sozialdemokraten im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Vom Gründungsprozeß bis zum Abschluß der Säuberungen (1945 bis zum Beginn der 1950er Jahre)
10 1945 bis in die frühen 1950er Jahre
11 SBZ/DDR
13 Brunner, Detlev: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen; Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 12). Essen: Klartext Verlag 2000. 476 S. – [S.a. Proj.-Nrn. 93-088 (3/96) und 95-027 (2/97)]
16 BA (SAPMO), Berlin; AdsD/FES, Bonn; DGB-A, Düsseldorf (4/00)

0 93-116
2 FISCH, Bernhard, Dr.; Beckertal 6, D-07646 Stadtroda
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 93, Abschluß: 94 bzw. 00
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Bearb.
9 Die SED zur Oder-Neiße-Grenze 1945–1948
10 1945–1950
11 Deutsche Ostgrenze
12 S. Proj.-Nr. 93-116 (4/93)
13 Fisch, Bernhard: Stalin und die Oder-Neiße-Grenze. Ein europäisches Problem (= Hefte zur DDR-Geschichte. Hrsg. vom Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, H. 64). Berlin: „Helle Panke" e.V. (Kopenhagener Str. 76, D-10437 Berlin) und Gesellschaftswisschaftliches Forum (Postfach 02 35 15, D-10127 Berlin) 2000. 64 S.
14 Fisch, Bernhard: Die SED-Kritik an der Oder-Neiße-Grenze 1946. Ms., [Stadtroda: o. J.; o. S.]
15 Auswertung von Archivalien und Zeitungen
16 Ae; Zeitungen (4/00)

0 94-036
1 Freie Univ. Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Ihnestr. 22, D-14195 Berlin; Tel.: (+49 30) 838-23 46
2 KOCH-BAUMGARTEN, Sigrid, PD Dr. habil.; c/o Freie Univ. Berlin
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 96 [Vortrags-Ms. und Aufsatz 99 und 00]
6 Habil.; Aufsatz; Vortrags-Ms.
9 Konstitutionsbedingungen und Funktionsmechanismen gewerkschaftlichen Internationalismus am Beispiel der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF)
10 1896–1995
11 Weltweit
13 Koch-Baumgarten, Sigrid: Ein Linkssozialist und „Sturmvogel" als internationaler Gewerkschaftssekretär. Edo Fimmen in der Internationalen Transportarbeiterföderation (1919–1942), in: IWK, Jg. 36 (2000), H. 1, S. 12–28. – [S. a. Proj.-Nr. 94-036 (1/99)]
14 Habil., Freie Univ. Berlin 1996
16 Organisationsarchiv ITF im Modern Records Centre, Warwick; AdsD/FES, Bonn; ITF-Publikationen und -Presse (4/00)

0 94-040
1 Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Schöneberger Rathaus, John-F.-Kennedy-Platz, D-10825 Berlin; Tel.: (+49 30) 78 77 07-0
2 LORENZ, Einhart, Prof. Dr.; Fossilveien 11, N-0198 Oslo
4 Laufend
5 Beginn: 1/94
6 Auftragsforschung; Eigenprojekt des Bearb.; Quellenedition
9 Exil in Skandinavien
10 1933 bis in die Nachkriegszeit
11 Skandinavien, Deutschland
13 Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Hrsg. von Helga GREBING, Gregor SCHÖLLGEN und Heinrich August WINKLER. Im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. **Bd. 2: Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland.** Bearb. von Einhart LORENZ. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2000. 424 S. – [S. a. Proj.-Nr. 94-040 (3–4/98)]
14 Weitere Arbeitsberichte und Mss.
16 Ae in Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden; Exilpresse; skandinavische Zeitungen; Interviews (4/00)

0 94-060
1 GRUNER, Wolf, Dr.; Libauer Str. 6, D-10245 Berlin; Tel.: (+49 30) 291 51 01
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 12/94
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Bearb.
9 Der Zwangseinsatz österreichischer Juden in der NS-Zeit
10 1938–1943
11 Österreich
12 Systematische Darstellung der Entwicklung des Zwangseinsatzes österreichischer Juden (außerhalb der Konzentrationslager) mit vergleichendem Blick auf das „Altreich"
13 Gruner, Wolf: Der Geschlossene Arbeitseinsatz österreichischer Juden 1938–1942, in: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Jg. 16 (2000), H. 16 (November 2000), S. 36–53. – [S. a. Proj.-Nr. 94-049 (2/97)]
15 Historische Untersuchung
16 Archivbestände von NS- und jüdischen Institutionen in Österreich, Deutschland und Israel; Erinnerungen; Interviews (4/00)

0 95-010
1 Freie Univ. Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften, Friedrich-Meinecke-Institut (WE 1), Koserstr. 20, D-14195 Berlin; Tel.: (+49 30) 838-53328, Fax: (+49 30) 838-53545, E-Mail: fmi@zedat.fu-berlin.de
2 WELSKOPP, Thomas, PD Dr. habil.; Landauer Str. 4, D-14197 Berlin; Tel.: (+49 30) 821 57 63
3 Prof. Dr. Jürgen Kocka
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 11/94, Abschluß: 7/99
6 Habil.
8 Bearb.
9 Milieuparteien und Parteimilieus. Zur Entwicklung sozialdemokratischer Parteien in Deutschland, 1848–1878
10 1848–1878
11 Deutschland, mit regionalen Schwerpunkten: Sachsen, Westdeutschland
12 Soziale und kulturelle Analyse sozialdemokratischer Parteibildungen und ihrer Basis- und Organisationsmilieus

13 **Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz** (= Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54). Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2000. 839 S.
14 Habil., Freie Univ. Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften, 1999
15 Datenbank, Mitgliederlisten; systematische Analyse von Versammlungsberichten, Autobiographien und Sprache; Milieuansatz
16 Datenbank mit biographischen Angaben über Revolutionäre; lokale Mitgliederlisten; Autobiographien; Zeitungen; Archivalien (4/00)

0 **95-032**
1 Univ. Mainz, FB 16: Geschichtswissenschaften, Historisches Seminar, Welderweg 18, D-55099 Mainz; Tel.: (+49 6131) 39 27 32
2 KRÄMER, Reinhard, Dr.; Ohlkasterhohl 4, D-67657 Kaiserslautern; Tel.: (+49 631) 3 60 62 66 (p.) und (+49 631) 364–13 20 (d.)
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 6/00
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 **August Winter. Pionier der deutschen Sozialdemokratie in Oberschlesien**
10 1866–1907
11 Oberschlesien
12 Gelang es der deutschen Arbeiterbewegung und ihrem Funktionär August Winter, in Oberschlesien Fuß zu fassen?
13 **Krämer, Reinhard: August Winter (1866–1907). Der vergessene Pionier der Sozialdemokratie in Oberschlesien,** in: IWK, Jg. 36 (2000), H. 2, S. 210–221
15 Auswertung von Archivalien und Zeitschriften
16 Archivalien und Zeitschriften im AdsD/FES, Bonn (Sozialistische Monatshefte, Neue Zeit, Volkswacht) (4/00)

0 **95-047**
2 OFFERMANN, Toni, Dr.; Lückerather Str. 8, D-53925 Kall-Wallenthal; Tel.: (+49 2441) 66 15
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt des Bearb.; Edition
8 Bearb.; Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
9 **Materialien zur Sozialstruktur und Verbreitung von ADAV und LADAV 1867–1871**
10 1863–1871
11 Deutschland
13 **Offermann, Toni: Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zu Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863 bis 1871.** Veröffentlichung im Herbst 2001 im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn. – [S. a. Proj.-Nr. 95-047 (3/95 und 1/98)] (4/00)

0 **95-055**
1 Univ. Jena, Institut für Politikwissenschaft, D-07740 Jena; Tel.: (+49 3641) 630-745
2 HAUSMANN, Christopher, M. A.; Isensteinstr. 7, D-80634 München; Tel. und Fax: (+49 89) 169011
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 7/94, Abschluß: 1/95
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 **August Winnig und die „Konservative Revolution"**
10 1918–1929 (1932)
12 Vor dem Hintergrund der neu aufgelebten Debatte um die Berechtigung und innere Kohärenz des Begriffes „Konservative Revolution" wird der in den neueren Werken kaum beachtete August Winnig neu verortet; es zeigt sich, daß die neuen Dimensionen inhaltlich unscharf sind und die Berechtigung der alten Systematisierung nicht in Frage steht; Winnigs Rolle in der Alten Sozialdemokratischen Partei wird als für die „Konservative Revolution" besonders untypisch herausgestellt
13 **Hausmann, Christopher: August Winnig und die „Konservative Revolution". Ein Beitrag zur ideengeschichtlichen Debatte über die Weimarer Republik,** in: IWK, Jg. 32 (1996), H. 1, S. 23–46
14 Ms., Jena 1995
15 Analyse des zeitgenössischen Schrifttums Winnigs, v. a. in Tageszeitungen; Dokumentenanalyse; theoretischer Diskurs über Konservatismus und „Konservative Revolution"
16 BA Potsdam; „Berliner Börsenzeitung"; „Der Volksstaat"; ASP-Programme von 1928 etc. (4/00)

0 **95-071**
1 Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, D-20148 Hamburg; Tel.: (+49 40) 4 14 09 70
2 MÜLLER, Reinhard; Tarpenbekstr. 72, D-20251 Hamburg; Tel.: (+49 40) 479362 und (+49 40) 480 76 05
4 Laufend
6 Edition; Monographie; Aufsätze
8 Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, D-20148 Hamburg; Tel.: (+49 40) 4 14 09 70
9 **Der „Antikomintern-Block". Fallstudien und Dokumente zum stalinistischen Terror**
10 1936–1942
12 Genesis und Funktionsweise einer Folge von Geheimprozessen 1936–1942; Fallstudien zu H. Eberlein, H. Neumann, W. Hirsch, H. Remmele, E. Birkenhauer, Th. Bentling, W. Budich, H. Damerius, M. Buber-Neumann, F. Halle, W. Dittbender, L. Flieg, G. Sobottka (jun.), G. Brückmann, H. Knodt, H. Kurdla, H. Meyer, W. Rosenke, K. Sauerland, H. Schubert, F. Schulte, J. Selbiger, E. Mertens etc.
13 **Müller, Reinhard: Der Fall Werner Hirsch. Vom KZ Oranienburg in die Moskauer Lubjanka,** in: IWK, Jg. 36 (2000), H. 1, S. 34–61. – [S. a. Proj. Nrn. 93-001 (3–4/98) und 95-071 (3/95)]
16 RCCHIDNI; KGB-Ae; A der Militärstaatsanwaltschaft, Moskau; SAPMO/BA; StA Potsdam; ZwischenA Hoppegarten; BUST, Berlin (4/00)

0 **96-014**
1 Univ. Freiburg i. Br., Historisches Seminar, Werthmannplatz, D-79085 Freiburg i. Br.
2 FRANKE, Julia, Dr. M.A.; Türkenstr. 26, D-80333 München; Tel.: (+49 89) 28809458, E-Mail: Julia.Franke@net.alphadv.de
3 Prof. Dr. Gerd Krumeich, Univ. Düsseldorf, Historisches Seminar
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 10/95, Abschluß: 9/98
6 Diss.; Buchpublikation
8 Stipendium; Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg; Institut für Europäiische Geschichte, Mainz
9 **Jüdische Emigranten aus Deutschland am Beispiel von Paris und Umgebung 1933–1939**
10 1933–1939
11 Paris und Umgebung
12 Untersuchung „passivpolitischer" jüdischer Emigranten: Sozialstruktur, Existenzerhaltung, Sozialbeziehungen; Einstellungen
13 **Franke, Julia: Paris – eine neue Heimat? Jüdische Emigranten aus Deutschland 1933–1939** (= Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 5). Berlin: Duncker und Humblot 2000. 423 S. – [S. a. Proj.-Nr. 96-014 (2/00)]
14 **Franke, Julia: Paris – eine neue Heimat? Jüdische Emigranten aus Deutschland 1933–1939.** Diss., Univ. Freiburg i. Br. 1998
15 Anlage einer Datenbank jüdischer Emigranten in Paris auf möglichst breiter Quellenbasis; Interviews mit Überlebenden; sozialpsychologische Ansätze
16 Ae v. a. in Paris, New York, Berlin; Emigrantenpresse; Autobiographien etc. (4/00)

0 **96-025**
1 Freie Univ. Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Ihnestr. 22, D-14195 Berlin; Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Forschungsstelle Widerstandsgeschichte, Stauffenbergstr. 13–14, D-10785 Berlin
2 GRAF, Andreas, Dr.; Rheinsberger Str. 20, D-10435 Berlin, Tel.: (+49 30) 44843 67, E-Mail: graf@ gdw-berlin.de
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 3/00
6 Aufsatz; Vortrag
9 **Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten**
10 1930–1947
13 **Graf, Andreas: Die Familie Krüschet im Widerstand,** in: IWK, Jg. 36 (2000), H. 1, S. 29–33. – [S. a. Proj.-Nr. 96-060 (3/96)] (4/00)

0 **96-033**
1 Univ. Heidelberg, Historisches Seminar
2 SCHOBER, Volker; Dantestr. 55, D-69115 Heidelberg; Tel.: (+49 6221) 27251
3 Prof. Dr. Hartmut Soell
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 7/95, Abschluß: 6/99
6 Diss.
8 Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung
9 **Der junge Kurt Schumacher**
10 1895–1933
13 **Schober, Volker: Der junge Kurt Schumacher, 1895–1933** (= Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 53). Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2000. 503 S.
14 Diss., Univ. Heidelberg 1999. – **Schober, Volker: Vom Journalisten zum Abgeordneten. Kurt Schumachers politische Anfänge in Württemberg 1920–1924.** Staatsex., Univ. Heidelberg 1993. 114 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 94-1820
15 Sozialhistorische Biographie
16 Muzeum Ziemi Chełmińskiej; WAP Toruń; AdsD/FES, Bonn; HStA Stuttgart; Abteilungen des BA; private Sammlungen; Culmer Zeitung; Schwäbische Tagwacht (4/00)

0 **[96-071]**
1 Univ. of Michigan
2 DAVIS, Belinda Joy, Ass. Prof. Ph. D.; c/o Rutgers Univ., New Brunswick, New Jersey, USA
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 92 (bzw. 00)
6 Diss.
9 **Home fires burning. Politics, identity, and food in World War I Berlin**
10 1914–1918
11 Berlin
13 **Davis, Belinda J.: Home Fires Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin.** Chapel Hill and London: The University of North Carolina Press 2000. XIV, 349 S.
14 **Davis, Belinda Joy: Home fires burning. Politics, identity, and food in World War I Berlin.** Diss., Univ. of Michigan 1992. XXXIV, 609 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 96-4551 (4/00)

0 **97-020**
1 Freie Univ. Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (WE 1), Institut für Grundlagen der Politik, Ihnestr. 22, D-14195 Berlin
2 GRZYWATZ, Berthold, Dr.; Wiclefstr. 45, D-10551 Berlin; Tel.: (+49 30) 39511744
4 Laufend
5 Beginn: 1/98, Abschluß: 12/2000
6 Geförderte Forschung; Monographie
7 Prof. Dr. Peter Steinbach, Freie Univ. Berlin
8 DFG
9 **Geschichte und Funktion der Verfolgtenorganisationen in der deutschen Politik 1945 bis 1990**
10 1945–1990
11 Deutschland
12 S. a. Proj.-Nr. 97-022 (2/97)
13 **Grzywatz, Berthold: Die Zeitgeschichte und die Verfolgten des Nationalsozialismus,** in: Die Mahnung. Zentralorgan demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgten-Organisationen. Hrsg. vom Bund der Verfolgten des Naziregimes

(BVN) Berlin e.V.; Teil 1: Jg. 47 (2000), Nr. 4 (April), S. 1 f.; (letzter) Teil 2: a.a.O., Nr. 5 (Mai), S. 1–3. – **Grzywatz, Berthold: Zeitgeschichtsforschung und Geschichte der NS-Verfolgten in der deutschen Nachkriegspolitik,** in: ZfG, Jg. 48 (2000), H. 11, S. 1012–1036. – [S.a. Proj.-Nr. 97-020 (3/99] (4/00)

0 97-033
1 Univ. Köln, Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Albertus-Magnus-Platz, D-50923 Köln
2 WEISS, Lothar, Dr. Dipl.-Volksw.; Burgstr. 16a; D-50226 Frechen; Tel.: (+49 2234) 57687
3 Prof. Dr. Friedrich Zunkel
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 11/88, Abschluß: 4/97
6 Diss.
8 Univ. Köln; Bearb.; Stiftung Volkswagen; Stipendium des Landes Nordrhein-Westfalen
9 Finanz- und Sozialpolitik rheinischer Großstädte während der Weltwirtschaftskrise (1929–1933). Ein Vergleich ihrer Handlungsspielräume
10 1929–1933
11 Rheinland; Großstädte Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Mönchengladbach, Wuppertal
12 Beeinflussung kommunalpolitischer Handlungsspielräume durch die lokale Wirtschaftsstruktur, Konjunktur, Gesetzgebung und Kommunalaufsicht sowie die Auswirkungen auf die finanzielle und soziale Lage der sechs rheinischen Großstädte Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Mönchengladbach und Wuppertal
13 Weiß, Lothar: Rheinische Großstädte während der Weltwirtschaftskrise (1992–1933). Kommunale Finanz- und Sozialpolitik im Vergleich (= Eine Veröffentlichung des Landschaftsverbandes Rheinland / Amt für rheinische Landeskunde). Köln, Weimar und Wien: Böhlau Verlag 1999. XI, 333 S.
14 Weiß, Lothar: Finanz- und Sozialpolitik rheinischer Großstädte während der Weltwirtschaftskrise (1929–1933). Ein Vergleich ihrer Handlungsspielräume. Diss., Univ. Köln 1997
15 Vergleich anhand vereinheitlichter Statistiken und Untersuchungskriterien
16 Archivalien; Statistiken; Haushaltspläne; „graue Literatur" (4/00)

0 98-005
1 Freie Univ. Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (WE 1), Ihnestr. 21, D-14195 Berlin; Tel.: (+49 30) 838-52300
2 DANKER, Uwe, Dipl.-Pol.; Franz-Körner-Str. 79, D-12347 Berlin; Tel.: (+49 30) 60619 79
3 Prof. Dr. Siegfried Mielke
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 4/98, Abschluß: 8/99
6 Eigenprojekt des Bearb.; Dipl.
8 Bearb.
9 Verarbeitung und Bedeutung der KZ-Erfahrung für den politischen Werdegang von Richard Mohaupt
10 1911 bis heute
11 Deutschland
12 Biographische Arbeit; Antifaschismus in der DDR
13 „Un-Einheitlich" – Biographien ehemaliger kommunistischer Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Eine Wanderausstellung und Katalog. Hrsg. vom Projekttutorium „Un-Einheitlich" der Freien Universität Berlin. Berlin: [o.V.] 1998. 80 S.
14 Danker, Uwe: Die politische Biographie von Richard Mohaupt. Dipl., Freie Univ. Berlin 1999. 125, ca. 200* S.
15 Biographische Methode; narrative Interviews / Rosenthal-Analyse (Oral history); Auswertung von Archivalien und Sekundärliteratur
16 BAe; VdN-Ae; Archivalien; Sekundärliterartur; Zeitschriften; Interviews (4/00)

0 98-017
1 Freie Univ. Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Ihnestr. 21, D-14195 Berlin; Tel.: (+49 30) 838-4212, Fax: (+49 30) 838-2345, E-Mail: goehler@zedat.fu-berlin.de
2 *GÖHLER, Gerhard, Prof. Dr.*, Freie Univ. Berlin; BUCHSTEIN, Hubertus, Prof. Dr., Univ. Greifswald; BRÜNNECK, Alexander von, Prof. Dr., Univ. Frankfurt/O.; u.a.
4 Laufend
5 Beginn: 1/95, Abschluß: 8/99
6 Geförderte Forschung; Edition
8 DFG
9 Edition der Gesammelten Schriften von Ernst Fraenkel
10 1920–1975
11 Weltweit
13 Fraenkel, Ernst: Gesammelte Schriften. Hrsg. von Alexander von BRÜNNECK, Hubertus BUCHSTEIN und Gerhard GÖHLER. – **Bd. 1: Recht und Politik in der Weimarer Republik.** Hrsg. von Hubertus BUCHSTEIN unter Mitarbeit von Rainer KÜHN. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999. 704 S. – **Bd. 2: Nationalsozialismus und Widerstand.** Hrsg. von Alexander von BRÜNNECK. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999. 676 S. – **Bd. 3: Neuaufbau der Demokratie in Deutschland und Korea.** Hrsg. von Gerhard GÖHLER unter Mitarbeit von Dirk Rüdiger SCHUMANN. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999. 664 S. – **Bd. 4: Amerikastudien.** Hrsg. von Hubertus BUCHSTEIN und Rainer KÜHN unter Mitarbeit von Cord ARENDES und Peter KULESSA. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2000. 1016 S. – **Bd. 5: Politische Theorie des Neopluralismus.** Hrsg. von Alexander von BRÜNNECK. Veröffentlichung im Frühjahr 2001, ca. 750 S. – **Bd. 6: Internationale Beziehungen, Völkerrecht und Abhandlungen zur Politikwissenschaft.** Hrsg. von Hubertus BUCHSTEIN und Gerhard GÖHLER. Veröffentlichung im Herbst 2001, ca. 550 S. – **Bd. 7: Bibliographie und Gesamtregister.** [o. J.]
16 Diverse Ae in Deutschland und den USA (4/00)

0 **98-036**
1 Univ. München, Institut für Neuere und Neueste Geschichte, LS Prof. Dr. Geyer, Wagmüllerstr. 23/I, D-80538 München
2 BRAUNS, Nikolaus, M.A.; Germaniastr. 3, App. 409, D-80802 München; Tel.: (+49 89) 391483, E-Mail: ito-germany@web.de
3 Prof. Dr. Martin Geyer
4 Laufend
5 Beginn: 1/99, Abschluß: 10/01
6 Diss.; Monographie
8 Bearb.; Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Berlin
9 **Die „Rote Hilfe Deutschlands" (RHD)**
10 1919–1939
11 Deutschland
12 Vorläufer der „Roten Hilfe Deutschlands" 1919 bis 1924; Gründung, Aufbau, Mitgliedschaft und Presse der RHD; Einheitsfrontpolitik der RHD; Aktivitäten der RHD: Spendensammlungen, Gefangenenhilfe, Rechtsschutz; Amnestiekampagnen, Aufbau und Unterhalt von Kinderheimen etc.; Hilfe für politische Flüchtlinge; internationale Solidaritätskampagnen der RHD; die Stalinisierung der RHD 1928/29; RHD in der Weltwirtschaftskrise; Widerstandsarbeit unter dem Faschismus. – [S.a. Proj.-Nr. 98-036 (3–4/98)]
15 Auswertung von Archivquellen, Presse und Biographien
16 BA Berlin (SAPMO: Bestände zur RHD); Archiv der Roten Hilfe e.V., Göttingen; StA Bremen und andere StAe und HStAe; Presse der RHD, KPD, KPD-O, SPD u.a. (4/00)

0 **99-016**
2 KURZER, Ulrich, Dr.; Sültebecksbreite 7, D-37075 Göttingen; Tel. und Fax: (+49 551) 374587, E-Mail: ukurzer@gwdg.de
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 8/99, Abschluß: 10/99
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Bearb.
9 **Zur Einordnung des Gesetzes über Verbrauchergenossenschaften vom Mai 1935**
10 1934–1936
11 Deutschland
12 Diskussion neuerer Interpretationen zur Einordnung des Gesetzes über Verbrauchergenossenschaften; Konfrontation dieser Arbeiten mit davon abweichenden eigenen Arbeitsergebnissen
13 **Kurzer, Ulrich: Sicherheitspolitische Aspekte im Gesetz über Verbrauchergenossenschaften?,** in: IWK, Jg. 36 (2000), H. 2, S. 157–174. – [S.a. Proj.-Nr. 89-012 (1/98) und 99-016 (4/99)]
14 **Kurzer, Ulrich: Nationalsozialismus und Konsumgenossenschaften.** Vortrags-Ms., Göttingen 1999. – **Kurzer, Ulrich: Entstehung und Entwicklung von Konsumgenossenschaften in Deutschland.** Vortrags-Ms., Göttingen 2000
15 Text- und Quellenanalyse; Interpretation
16 Auswertung neuerer Untersuchungen; Material staatlicher Ae (4/00)

0 **99-019, 99-025**
2 GÖTZ VON OLENHUSEN, Albrecht; Goethestr. 34, D-79100 Freiburg i. Br.; Tel.: (+49 761) 700266, Fax: (+49 761) 7073130, E-Mail: goetzvon@ruf.uni-freiburg.de
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt des Bearb.; Vorträge; Aufsätze
8 Bearb.
9 **Anarchismus und Psychoanalyse. Johannes Nohl, Erich Mühsam und Otto Gross, 1904–1919**
10 1904–1919
11 Insbesondere Deutschland, Schweiz
12 Vortrag auf dem Internationalen Otto-Gross-Kongreß in Berlin 1999; Vortrag auf der Tagung der Erich-Mühsam-Gesellschaft in Lübeck, 2.–4. 6. 2000. – [S.a. Proj.-Nrn. 99-019 und 99-025 (3/99)]
13 **Götz von Olenhusen, Albrecht: „Il poeta bello" oder Der Mann, der immer dabei war. Der Anarchist, Literat und Psychologe Johannes Nohl (1882–1963) und Erich Mühsam, Otto Gross und Hermann Hesse,** in: 1. Internationaler Otto-Gross-Kongreß. Bauhaus-Archiv, Berlin 1999. Hrsg. von Raimund DEHMLOW und Gottfried HEUER. Marburg an der Lahn und Hannover: Verlag LiteraturWissenschaft.de (TransMIT-Zentrum für Literaturvermittlung in den Medien) und Laurentius Verlag 2000, S. 101–110. – **Götz von Olenhusen, Albrecht: Psychoanalyse und Anarchismus. „Die Eroberung des Luftreiches". Otto Gross, Erich Mühsam und Johannes Nohl 1904–1919,** in: Anarchismus und Psychoanalyse zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Kreis um Erich Mühsam und Otto Gross. Elfte Erich-Mühsam-Tagung in Malente, 2.–4. Juni 2000 (= Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, H. 19), Lübeck [o.V. (Erich-Mühsam-Gesellschaft, c/o Sabine Kruse, Charlottenstr. 23, D-23560 Lübeck; Tel.: (+49 51) 704491, Fax: (+49 51) 7020740)] 2001, S. 84–100
15 Auswertung von gedrucktem Material und Archivalien
16 Archivalien; gedrucktes Material; Zeitschriften; Zeitungen (4/00)

III. BISHER NICHT GEMELDETE, IM INLAND UNPUBLIZIERTE ARBEITEN, DIE VERFÜGBAR SIND

ALTNÖDER, Sunna Kristina: **Kontinuität und Wandel im französischen Deutschlandbild. Zur Westintegration der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren. Eine Untersuchung am Beispiel von Pierre Mendès France.** Diss., Univ. Kiel 1998. 321, [ca. 40] S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2296 (4/00)

AUTOR, David Harold: **Essays on the changing labor market. Computerization, inequality, and the**

development of the contingent work force. 3 Mikrofiches. Diss., Cambridge Univ., Mass., 1999. XI, 232 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1497 (4/00)

AZRAK, Ousama: **Die sozialdemokratische Nahostpolitik seit der Friedenskonferenz von Madrid (1991).** M.A., Univ. Bonn 1996. 117 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2218 (4/00)

BREMER, Peter: **Arbeitsmigranten und die nachfolgenden Generationen zwischen Integration und Ausgrenzung. Zur Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der internationalen Debatte um Exklusion und Urban Underclass.** Diss., Univ. Oldenburg 1999. V, 224 S. – Electronic Ed.: http://www.bis.uni-oldenburg.de/dissertation/brearb99/brearb99.html (Volltext im PDF-Format) (4/00)

CHESTER, Timothy Melvin: **The postmodern left.** 2 Mikrofiches. Diss., Univ. of Texas, College Station, 1999. IV, 175 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1498 (4/00)

CHIN, Rita Chook-Kuan: **Rewriting the "guest worker". Turkish-German artists and the emergence of multiculturalism in the Federal Republic of Germany, 1961–1989.** 4 Mikrofiches. Diss., Univ. of California, Berkeley, 1999. VI, 298 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1502 (4/00)

CHOI, Bong-Seok: **Die unmittelbare demokratische Bürgerbeteiligung am kommunalen Entscheidungsverfahren. Möglichkeit und Notwendigkeit der plebiszitären Bürgerbeteiligung in Korea unter Bezugnahme auf die Theorie und Praxis in Deutschland.** Diss., Univ. Hannover 2000. 213 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 99-1559 (4/00)

CHRISTIANSEN, Lars David: **The making of a civil rights union. The National Domestic Workers Union of America.** 4 Mikrofiches. Diss., Univ. of Florida, Tallahassee, 1999. XV, 348 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1508 (4/00)

DEMREN, Songül: **Deutschsprachige Exilanten in der Türkei 1933–1945 unter besonderer Berücksichtigung Eduard Zuckmayers.** M.A., Univ. Regensburg 1999. 117 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 99-1553 (4/00)

EISENBERG, Martin E.: **Being left in East New York. Tensions between race and class in community organizing, 1954–1980.** Diss., New York Univ. 1999. X, 602 S. [Electronic ed.]. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: 9917645.pdf (4/00)

FESEFELDT, Henrike: **Zentrum und Region in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung in Spanien. Die Unión General de Trabajadores 1888–1923.** Diss., Univ. Bielefeld 2000. 671 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2805 (4/00)

FINDEISEN, Genia: **Gewerkschaften und die Vertretung von Arbeiterinteressen in Thailand.** Hausarbeit, Univ. Hamburg 1998. 22 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-1244 (4/00)

GOHLKE, Martin: **Die Räte in der Revolution von 1918/19 in Magdeburg.** Diss., Univ. Oldenburg 1999. VI, 289 Bl. – Electronic Ed.: http://www.bis.uni-oldenburg.de/dissertation/2000/gohrae99/gohrae99.html (4/00)

GRANDL, Robert: **Die Geschichte der Arbeiter-Feuerbestattungsbewegung „Die Flamme". Vorbedingungen, ideologischer Hintergrund, Nachgeschichte.** Dipl., Univ. Wien 1998. 253 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-1767 (4/00)

HALM, Robin: **Das Deutschlandbild in Israel. Fallstudie. Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik aus der Sichtweise der israelischen Öffentlichkeit. Ursachen, Motive und Auswirkungen.** M.A., TH Aachen 1994. 139 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2217 (4/00)

HARVEY, David Allen: **Imagining internationalism. The workers of Alsace, 1830–1945.** 7 Mikrofiches. Diss., Princeton Univ., N.J., 1999. X, 619 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1506 (4/00)

HARVEY, Elizabeth Safford: **Mayday. The struggle over working class culture in modern Germany.** 5 Mikrofiches. Diss., Univ. of Nevada, Reno, 1999. VI, 423 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1499 (4/00)

HOFFMANN, Katharina: **Ausländische Zwangsarbeiterinnen in Oldenburg während des Zweiten Weltkrieges. Eine Rekonstruktion der Lebensverhältnisse und Analyse von Erinnerungen deutscher und polnischer Zeitzeuginnen.** Diss., Univ. Oldenburg 1999. 552 S. – Electronic Ed.: http://www.bis.uni-oldenburg.de/dissertation/2000/hofaus99/hofaus99.html (4/00)

HUTH, Ulrich: **Die Haltung der Professoren und Studenten der Technischen Hochschule Dresden zur Weimarer Republik 1918–1932. Ein Beitrag zur Geschichte der Technischen Universität Dresden.** M.A., TU Dresden 2000. 100 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 99-6029 (4/00)

JONES, Thomas Lloyd: **Labor and politics. The Detroit municipal election of 1937.** 5 Mikrofiches. Diss., Univ. of Michigan, Ann Arbor, 1999. VI, 419 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1504 (4/00)

JORGENSEN, Torsten Bo: **Das Amerikabild des Sozialdemokratischen Hochschulbundes 1960–1969.** M.A., Univ. Kopenhagen 2000. 106 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-1294 (4/00)

KLEE, Marcus Aurelius: **Between the Scylla and Charybdis of anarchy and despotism. The state, capital, and the working class in the great depression, Toronto, 1929–1940.** 6 Mikrofiches. Diss., Univ. of Kingston 1998. VII, 531 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1490 (4/00)

KLEMM, Sabine: **Frauenbewegung und Familienrecht 1848 bis 1933. Eine Betrachtung anhand von Quellen.** Diss., Univ. Tübingen 1999. VI, 293 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-1710 (4/00)

VAN DER KROL, Pauline Irene: **Van de retoriek tot de realisatie. De west-duitse partijen en de eenwording 1987–1990.** Diss., Univ. Amsterdam 2000. 367 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-5407 (4/00)

LEE, Jong-Lae: **Über den Ursprung der betriebsgewerkschaftlichen Organisationsform in Südkorea.** Diss., Univ. Münster (Westfalen) 1999. 255 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-5843 (4/00)

LERNER, Michael Aloysius: **Dry Manhattan. Class, culture, and politics in prohibition-era New York City, 1919–1933.** 5 Mikrofiches. Diss. New York Univ. 1999. X, 474 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1503 (4/00)

LESSE, Urs: **„A fully-fledged political party"? Die Sozialdemokratische Partei Europas.** Dipl., Univ. Marburg 2000. 108 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-3236 (4/00)

LIAO, Kuei-Hsiang: **Die Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene. Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich.** Diss., Univ. Marburg 2000. IX, 224 Bl. – Electronic Ed.: http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2000/0105.html (Volltext im PDF-Format) (4/00)

LINNARTZ, Michael: **Politische Wahlen im ländlichen Raum des Rheinlandes. Die Sozialdemokratie im Raum Neuss 1919–1933.** M.A., Univ. Köln 1995. 141 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-392 (4/00)

MACADAMS, Kay Lynn: **Equal and different? Women workers and labor unions in postwar East and West Germany, 1945–1955.** 3 Mikrofiches. Diss., Univ. of Indiana, Bloomington, 1999. XI, 254 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1491 (4/00)

MALOOF, Stella Maris: **Reading feminist readings of Marx. A critical analysis of a poststructuralist dismissal of Marx.** 3 Mikrofiches. Diss., Univ. of Massachusetts, Boston, 1998. IV, 248 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1496 (4/00)

MASCHKE, Manuela: **Geschichte, Politik und Stellenwert der israelischen Arbeiterorganisation Histadrut. Besonderheiten und Übereinstimmungen im Vergleich zum Deutschen Gewerkschaftsbund.** Dipl., Univ. Essen 1996. 111 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2219 (4/00)

MAYER, Jörg: **Politische Ökonomie strukturellen Wandels in Ostdeutschland. Eine politik- und verwaltungswissenschaftliche Studie zum Transformationsprozeß am Beispiel Brandenburgs im Zeitraum 1990–1995.** Diss., Univ. Halle-Wittenberg 2000. 333 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-4056 (4/00)

MURILLO, María Victoria: **From populism to neoliberalism. Labor unions and market-oriented reforms in Argentina, Mexico, and Venezuela.** Diss., Cambridge Univ., Mass., 1997. V, 272 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-4449 (4/00)

NACK, David: **The American Federation of Labor confronts revolution in Russia and early Soviet government, 1905 to 1928. Origins of labor's cold war.** 5 Mikrofiches. Diss., Univ. of New Jersey, New Brunswick, 1999. IX, 460 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1509 (4/00)

ORTEL, Jörn: **Macht und Einfluß von Interessengruppen am Beispiel des Deutschen Gewerkschaftsbundes.** Dipl., Univ. der Bundeswehr, München, 1993. V, 91 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-370 (4/00)

PHAM, Quang Minh: **Die Agrarreformen der 1950er Jahre in Nordvietnam und ihre Bewertung in der Literatur.** M.A., Univ. Passau 1996. II, 173 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 99-6022 (4/00)

PIEL, Ingo: **Die nationalsozialistische Judenverfolgung in autobiographischer Literatur nach 1945.** 3 Mikrofiches. Diss., Univ. Essen 1999. 232 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1487 (4/00)

POMEROY, Anne Fairchild: **Marx and Whitehead. A process reading of capitalism.** 4 Mikrofiches. Diss., Univ. of New York, Bronx, 1999. 338 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1507 (4/00)

PURNELL, Kathy: **Conjuring up Marx. Toward a non-nietzschean recasting of the politics of equal recognition and sovereignty.** 5 Mikrofiches. Diss., Univ. of

New York, Ithaca, 1999. XI, 384 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1495 (4/00)

RECK, Bernd: **Innerparteiliche Diskussion in der USPD von 1917–1920.** M.A., Univ. Münster 1999. 130, [7] Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-400 (4/00)

RODRÍGUEZ, Encarnación: **Gender, democracy, and education. A feminist reading of the socialist curriculum reform in Spain 1982–1996.** 2 Mikrofiches. Diss., Univ. of Pennsylvania, University Park, 1999. X, 179 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1492 (4/00)

ROHLEDER, Christoph: **Armut, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Eine kritische Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland.** Diss., Univ. Paderborn 1998. 307 S. – Electronic Ed.: http://www.ub.uni-paderborn.de/ediss/01/1998/rohleder/index.html (4/00)

ROTH, Daniel Benjamin: **Betriebliche Sozialpolitik der Deutsche Werke Kiel AG, 1933–1945.** M.A., Univ. Kiel 2000. 103 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2297 (4/00)

SCHMIDT, Wolfgang: **Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963.** Diss., Univ. Marburg 2000. 566 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-3006 und C 00-3007 (4/00)

SCHÖN, Hans Friedrich: **Das 1. und 2. Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung 1949/50. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Begründung sowie seiner Finanzierung und Konsolidierung.** Diss., Univ. Marburg 1999. V, 245 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-2636 (4/00)

SCHORB, Holger: **Globalisierung – Entgrenzung von Politik? Politische Anpassung an ökonomische Globalisierung.** M.A., Univ. Freiburg i. Br. 2000. 140 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 99-6027 (4/00)

SCHUE, Paul Richard: **And all of their heroes spoke Spanish. Conceptions of Spanish civil war heroism in contemporary French politics.** 4 Mikrofiches. Diss., Univ. of California, Irvine, 1999. IX, 331 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1501 (4/00)

STETTER, Stephan Erich: **Regulating European migration policies. An approach to the study of European integration in migration policies.** Diss., School of Economics and Political Science, London, 1998. 42 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-3226 (4/00)

STEWART, Donald Keith: **Greening social democracy? Ecological modernization and the Ontario NDP.** 5 Mikrofiches. Diss., Univ. of Toronto 1998. X, 446 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1488 (4/00)

SWETT, Pamela Eden: **Neighborhood mobilization and the violence of collapse. Berlin political culture, 1929–1933.** 4 Mikrofiches. Diss., Univ. of Rhode Island, Providence, 1999. XI, 368 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1500 (4/00)

TIAN, Chenshan: **Bianzhengfa, a Chinese representation of Marxian dialectics.** 4 Mikrofiches. Diss., Univ. of Hawaii, Honolulu, 1999. XI, 377 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1493 (4/00)

TOLEDO, Corina: **Partizipation von Frauen während der Militärdiktatur in Chile (1973–1990).** Diss., Univ. Augsburg 2000. 300 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-1293 (4/00)

WALKER, Kizer S.: **Weimar wars of position. The First World War and discursive mobilizations on the left.** 3 Mikrofiches. Diss., Univ. of New York, Ithaca, 1999. VIII, 193 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: F 1494 (4/00)

WU, Pi-Wen: **Das Scheitern der Weimarer Republik und der Wiederaufbau Deutschlands aus der Sicht der deutschen Sozialdemokraten im Exil 1933–1945.** Diss., Univ. Münster (Westfalen) 2000. 221 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-5844 (4/00)

ZEBER, Ina: **Unternehmenseigene Kleinkinderfürsorge in der Geschichte in Deutschland. (Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts).** Diss., Univ. Frankfurt a.M. 2000. IV, 172 S. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: A 00-4200 (4/00)

ZIEGLER, Sandra: **Strukturen und Probleme der KZ-Literatur. Die Judenverfolgung in den Niederlanden im Spiegel der Tagebücher und Briefe von Etty Hilesum und Philip Mechanicus.** M.A., Univ. Freiburg i. Br. 2000. 168 Bl. – Standort: Bibl. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Sign.: C 00-2803 (4/00)

Neue Literatur

GIELKENS, Jan: **Karl Marx und seine niederländischen Verwandten. Eine kommentierte Quellenedition** (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Bd. 50). – Trier: Karl-Marx-Haus 1999. 442 S.

Wer angesichts der – nicht zuletzt durch das Marx-Jubiläumsjahr 1983 bewirkten – Fülle biographischer Literatur über Karl Marx und seine Familie der Meinung war, es gebe wohl kaum noch Nennenswertes hinzuzufügen, sieht sich angesichts dieser Veröffentlichung eines Besseren belehrt. Jan Gielkens Vorsatz „Ich ließ Marx' Werk Marx' Werk sein und konzentrierte mich auf einen begrenzten, aber wichtigen Aspekt seiner Biographie: die Verwandtschaft mit einigen holländischen Familien" (S. 13 f.) hat sich als äußerst fruchtbar erwiesen und wurde von ihm konsequent eingehalten. Dabei hat er – und das sei keineswegs nur en passant erwähnt –, indem er die überaus reichhaltige, nur in niederländischer Sprache vorhandene Spezialliteratur auswertete, sie somit in dankenswerter Weise dem deutschsprachigen Leser zugänglich gemacht.

Zwar wurde das im vorliegenden Buch zusammengetragene Quellenmaterial in Gestalt von insgesamt 65 Briefen, drei Widmungen, sechs Eintragungen in ein Poesiealbum sowie drei ausgefüllten Fragebögen („Bekenntnissen") bis auf zwei Ausnahmen bereits an verschiedenen Stellen publiziert, aber eben sehr verstreut und oft nicht in der Originalsprache. Auf diesen unbefriedigenden Umstand stieß Gielkens, als er 1991 im Auftrag des Amsterdamer Instituts für Sozialgeschichte und des Trierer Studienzentrums Karl-Marx-Haus eine Ausstellung über „Die Verbreitung der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels in den Niederlanden" vorbereitete. Er begann, die 1956 von Werner Blumenberg in Nr. 1 der „International Review of Social History" erstmals – später in den Bänden 30 und 31 der Marx-Engels-Werke – veröffentlichten über zwanzig Briefe von Marx an Mitglieder der Familie Philips sowie die zehn 1983 in Moskau im 1. Band der „Perepiska Karla Marksa" publizierten, bis dahin unbekannten Briefe von Lion, Nanette und August Philips an die Familie Marx durch gezielte Forschungen zu ergänzen und inhaltlich über bisherige Kenntnisse hinaus zu erschließen.

Hatte er die in Moskau in russischer Übersetzung veröffentlichten Briefe der Familienangehörigen Philips bereits 1992 im Anhang von Band 45 der „Schriften aus dem Karl-Marx-Haus" („Die Rezeption der Marxschen Theorie in den Niederlanden") in den Sprachen der Originale – deutsch und englisch – ediert (S. 455–473), so faßte er wenige Jahre später die von ihm zusammengetragene Dokumentation in einem niederländischsprachigen Buch unter folgendem Titel zusammen: „‚Was ik maar weer in Bommel.' Karl Marx en zijn Nederlandse verwanten. Een familiegeschiedenis in documenten", Amsterdam 1997. Nunmehr machte das Karl-Marx-Haus Trier dankenswerterweise unter der Jubiläumsnummer 50 seiner Schriftenreihe diese biographische Fundgrube für die Marx-Forschung international zugänglich, indem die Dokumentation – erneut ergänzt und mit einer sich an den Editionsrichtlinien der MEGA² orientierenden Textgestaltung sowie einem entsprechend umfangreichen wissenschaftlichen Apparat versehen – durchgängig in den Sprachen der Originale (deutsch, englisch, französisch, niederländisch – im letzten Fall mit Übersetzung ins Deutsche) dargeboten wird.

Im Hauptteil enthält der vorliegende Band 54 Briefe, die zwischen Karl Marx, seiner Frau Jenny und seinen drei Töchtern einerseits und Angehörigen der verwandten Familien Philips, Schmalhausen, Juta, van Anrooij und Smith andererseits zwischen 1846 und 1883 gewechselt wurden, sowie drei Widmungen. Zwei dieser Dokumente werden erstmals zugänglich gemacht: ein Brief von Louise und Carel Juta – also Karl Marx' Schwester und Schwager – an das Ehepaar Marx vom 16. März 1859 (Dok. 13) sowie eine Widmung des Autors für Nanette Philips in einem Exemplar des 1. Bandes des „Kapitals" vom 18. September 1867 (Dok. 42). Drei Schriftstücke werden zum ersten Mal in der Sprache des Originals, d. h. in englisch, publiziert (Dok. 38, 46 und 56). In einem Anhang veröffentlicht Gielkens zehn bisher unbekannte Briefe aus der Familie Schmalhausen, in denen zwar die Marx-Familie nicht erwähnt wird, die aber einen interessanten Einblick in die harmonische Atmosphäre im Hause von Marx' Schwester Sophie erlauben.

Einige erstveröffentlichte Porträts und Fotos von Mitgliedern der Familien Philips, Schmalhausen, van Anrooij, Juta und Smith sowie von Karl Marx' Stiefgroßvater Mozes Saul Löwenstamm ergänzen in wertvoller Weise die früher

vom Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU publizierten Funde zur Marx-Ikonographie. Zum Glück hat Gielkens seine Quellenedition mit genealogischen Tafeln zu den Familien Presburg, Marx, Schmalhausen, Jute, Philips und van Abrooij ausgestattet (S. 112–122). Sie ermöglichen bzw. erleichtern dem Leser den Durchblick durch die recht komplizierten Verwandtschaftsverhältnisse in dieser jüdisch-niederländischen Großfamilie, in der öfter Verwandte geheiratet wurden und deren Angehörige nicht selten zur katholischen bzw. niederländisch-reformierten Kirche übertraten (vgl. S. 51 und S. 55).

Dank seiner intensiven, jahrelangen Recherchen in staatlichen, kommunalen, kirchlichen, auch Betriebs- und ganz besonders privaten Archiven in den Niederlanden und im Ausland sowie einer enorm weitgespannten Auswertung der Literatur – das Verzeichnis „Gedruckte Quellen" führt über 300 Titel auf – zeichnet Gielkens in seiner umfangreichen Einführung (S. 21–109) ein ebenso detailliertes wie facettenreiches Bild der mit der Familie Marx verschwisterten niederländischen Familien wie ihrer persönlichen und brieflichen Beziehungen zur Londoner Marx-Familie. Er bereichert damit beträchtlich unser Wissen um die aus Herkunft und Familientradition – nicht zuletzt religiöser (vgl. Heinz Monz, Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der Hebräischen Bibel, Baden-Baden 1995) – abzuleitenden Erscheinungen in Karl Marx' Denken und Werk, die von der marxistisch-leninistischen Marx-Biographik – meine Arbeiten eingeschlossen – zu wenig beachtet wurden.

Zu Beginn seiner Einführung skizziert Gielkens den internationalen Forschungsstand zum Thema (S. 21–31), konstatiert erstaunt, mitunter belustigt, wie einseitig sich die Aberdutzenden von Marx-„Biographen" bisher mit Karl Marx' Lehre und wie lückenhaft, ja oft oberflächlich mit Marx' Herkunft, Familie und Verwandtschaft beschäftigt haben, und korrigiert einige besonders häufig anzutreffende Sachfehler: Henriette Presburgs Vater war Geschäftsmann, nicht Rabbiner (S. 30 und S. 32); Standort des Wohnhauses der Presburgs in Nimwegen (S. 32 f.); Lion Philips war Fabrikant und Handelskaufmann, nicht Bankier (S. 30 und S. 52 f.). Hoch würdigt Gielkens – sehr zu Recht – die Pionierleistung von Heinz Monz' familienhistorischen Aufschlüssen in dessen Werk „Karl Marx. Grundlagen der Entwicklung zu Leben und Werk", Trier 1973. Zwanzig Jahre später suchte Manfred Schöncke in seinem Buch „Karl und Heinrich Marx und ihre Geschwister", Bonn 1993, diese genealogischen Erkundungen hinsichtlich der Familien Schmalhausen und Juta fortzusetzen.

Nach dem literaturkritischen Resümee wendet sich der Autor in unterschiedlich umfangreichen Kapiteln den Familien Presburg, speziell Henriette Presburg und ihren Geschwistern (S. 32–38), knapp der Familie Marx (S. 39–43), sehr ausführlich der Familie Philips, dabei vor allem Lion Philips (S. 45–92), schließlich den Familien Schmalhausen (S. 93–100) und Juta (S. 101–109) zu. Angesichts der besonders lebhaften Briefkontakte der Marx-Familie mit den Philipsens und der engen Beziehung, die sich zwischen Lion Philips sowie seiner Tochter Nanette und Karl Marx entwickelte, erweisen sich die Abschnitte „Lion Philips" (S. 52–63) und „Die Kinder von Lion Philips" (S. 64–92) sowie die dazugehörigen siebzehn Briefe der Marxens an Lion oder Nanette bzw. die neun Briefe der beiden an Karl oder Jenny Marx für den Marx-Forscher als besonders interessant.

Sie lassen eine allmählich gewachsene gegenseitige Wertschätzung erkennen und offenbaren, daß der Onkel Lion keineswegs nur ein „Kleinkrämer" war, wie es der verzweifelten Jenny Marx 1850 geschienen hatte (S. 251), sondern ein vielseitig gebildeter, an Religion, Philosophie und Politik interessierter Mann, ein liberaler Freigeist. Auf den Empfang der von Marx entworfenen Inauguraladresse und der Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation antwortete er am 5. Dezember 1864: „Ich halte die arbeiter frage gewiss für die interessanteste unsrer zeit; und doch glaube Ich, das nur längs normalen weg, – ohne starke erschutterungen, *dauerhafte* besserungen zu erreichen sind; [...]. Die Weltgeschichte schreitet immer ohne eile, aber immer vorwärts, und so wird auch ein, oder mehr Disraeli's, nicht verhindren das es je länger je mehr freie denker gibt" (S. 212).

Mehrfach erfragte der Onkel in Zaltbommel des Neffen Meinung zu aktuellen politischen Ereignissen wie dem Deutsch-Dänischen Krieg oder dem nordamerikanischen Bürgerkrieg; auch naturwissenschaftlichen Fragen galt der schriftliche Disput. Leider setzt Lion Philips' Tod Ende 1866 diesem reizvollen Gedankenaustausch bald ein Ende.

Während Lion und Nanette Philips nie bei Marxens zu Gast waren, weilten Angehörige der Juta-Familie, obwohl Marx' Schwester Louise mit Mann 1853 nach Südafrika auswanderte, häufig besuchsweise im Marx-Haus, mitunter auch bei

Engels, was acht im Band publizierte Briefe von Angehörigen der Juta-Familie bezeugen. Daß der Briefkontakt der Marx-Familie mit den niederländischen Verwandten intensiver war, als es der vorliegende Band wiedergeben kann, läßt ein von Gielkens beigegebenes „Verzeichnis nicht überlieferter Briefe aus der Familienkorrespondenz" (S. 400–402) erkennen, das für den Zeitraum 1847 bis 1883 49 Nummern nebst Belegstellen aufweist, darunter fünfzehn Karl-Marx-Briefe. Welch kaum noch reparabler Verlust für die Forschung!

Die gesamte Publikation zeichnet sich durch äußerste Akribie aus, die sich auch im Bemühen widerspiegelt, für die in den Bänden III/2 und III/3 der MEGA² vorgenommene Textdarbietung andere Entzifferungen bzw. Entzifferungsmöglichkeiten anzubieten (S. 279, S. 281 f., S. 284 und S. 370). Einige Flüchtigkeitsfehler wie Helene Demuth statt Helena (S. 44, S. 59, S. 305 und S. 371), aspra statt aspera (S. 255 und S. 373), Viktor Schily (1810–1875) (S. 321 und S. 437) statt Johann *Leonhard* Wenzeslaus Schily (1808–1869) sind marginal.

Gielkens Quellenedition bereichert ganz wesentlich die biographische Marx-Literatur – köstlich auch die widersprüchlichen Schilderungen von Zeitgenossen von Äußerem und Charakter von Karl Marx (S. 21, S. 77 f. und S. 86) – und dürfte zugleich eine hochwillkommene Hilfe für die Editoren der künftigen Briefbände der MEGA² darstellen.

Heinrich Gemkow

Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927. Hrsg. von Bernd BRAUN und Joachim EICHLER. Mit einer Einleitung von Bernd BRAUN (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 8). – München: R. Oldenbourg Verlag 2000. 405 S.

BRAUN, Bernd: **Hermann Molkenbuhr (1851 bis 1927). Eine politische Biographie** (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 118). – Düsseldorf: Droste Verlag 1999. 418 S.

Der deutsche Sozialismus ist in den Jahren nach 1905 zum klassischen Model einer hoch organisierten und teilintegrierten Massenpartei geworden. Der Erste Weltkrieg zeigte die Grenzen des Vertrauens auf Organisation und die Schwierigkeiten der sozialen Integration einer solchen politischen Arbeiterbewegung in der Praxis. Die Revolution von 1918/19 resultierte in einer politischen Demokratie mit wenig Inhalt. Versailler Vertrag und Inflation bestärkten die Kontinuität der rechtsradikalen Ideen und der wirtschaftlichen Strukturen des Kaiserreiches in der Weimarer Republik. Wie hat ein führender Sozialdemokrat das alles erlebt und beschrieben? Wie hat er diese Ereignisse beeinflußt?

Als langjähriges Parteivorstandsmitglied (von 1904 bis zum Tode 1927) und Parlamentarier (von 1890 mit kurzer Unterbrechung bis 1924) war Molkenbuhr am richtigen Ort, um die wichtige Partei- und parlamentarische Entwicklung zu beobachten. Ein Beobachter zu sein war Hermann Molkenbuhrs Rolle, wie sein Tagebuch beweist. Molkenbuhr war zwar ein aktiver Genosse, aber er hatte wenig Einfluß, weder innerhalb noch außerhalb der Partei. Er war jedoch gut informiert und zeichnete sich durch kritisches Denken aus. Daher bietet diese Quelle interessante Einblicke in die Einschätzung der Ereignisse aus der Sicht eines kultivierten Außenseiters. Neues zu den wichtigen Ereignissen und beteiligten Personen gibt es wenig. Dagegen sind seine Beobachtungen häufig sehr aufschlußreich und wertvoll. Manche enthalten Informationen über Parteiverhältnisse, einschließlich der Beziehungen zu den Gewerkschaften, viele beziehen sich auf soziale Fragen (Arbeiterversicherung, Waisenkinder, Rentengesetze, Ernährung, Ein- und Ausfuhr, Bevölkerungszuwachs) oder auf Kunst und Kultur.

Die Edition ist gründlich aufgearbeitet, obwohl die Einleitung sehr kurz, vielleicht zu kurz, gehalten ist. Zur Information über Molkenbuhrs Lebensweg muß man die ein Jahr zuvor erschienene Biographie von Bernd Braun heranziehen. Dagegen ist jeder Name, jede Rede, jede Erwähnung in den Eintragungen mit Erklärungen erläutert. Gegenüber dieser Gründlichkeit könnte man kritisch bemerken, daß nicht alle Eintragungen mit der gleichen Methode bearbeitet wurden. Die Unterlagen im Staatsarchiv Dresden z. B. wurden herangezogen, um folgendes zu erläutern „1. November 1908. In Meerane zur Wahlrechtsbewegung." Die entsprechende erklärende Notiz lautet: „Molkenbuhr sprach am 1. November 1908 im ‚Thüringer Hof' in Meerane in einer Volksversammlung gegen die geplante Änderung des sächsischen Landtagswahlrechts; HstA Dresden [...] Öffentliche Versammlungen 1908 bis 1910." Erstens ist zu bemerken, daß der Inhalt der Rede nicht resümiert wird, und zweitens, daß ähnliche

zusätzliche Informationen vom Hauptstaatsarchiv Düsseldorf nicht ausgewertet wurden, obwohl Molkenbuhr Elberfeld-Barmen vor 1907 im Reichstag vertrat und häufig im Wuppertal als Agitator tätig war.

Konkret: Zum 20. März 1910 erwähnt das Tagebuch eine Versammlung in Elberfeld, und die Erläuterung notiert, daß Friedrich Ebert und Heinrich Ströbel auch zum Thema sprachen. In diesem Fall bezieht sich Braun nur auf den *Vorwärts,* obwohl weitere Auskunft in den Berichten der politischen Polizei von Düsseldorf vorhanden sind (teilweise abgedruckt in: Parteiagitation und Wahlkreisvertretung. Hrsg. von Dieter K. Buse, Bonn 1975, S. 6 f.). Im Dezember 1912 war Molkenbuhr wieder in Elberfeld-Barmen, um Ebert bei der Reichstagswahl zu unterstützen (S. 15). Von solchen Kleinigkeiten abgesehen, ist die redaktionelle Arbeit in ausgezeichneter Weise durchgeführt, obwohl die Wiedergabe des Inhalts von Reden gewichtiger gewesen wäre als die Bestätigung des Inhalts des Tagebuches.

1904 trat Hermann Molkenbuhr als Parteisekretär in den Vorstand der SPD ein. Welche Aufgaben umfaßte dieser Posten innerhalb der Vorkriegs-SPD? Das Tagebuch gibt ein wenig Auskunft über viele Reisen, die ein Parteisekretär unternehmen mußte, um den Parteivorstand bei lokalen und regionalen Festen, Feiern und Konferenzen zu vertreten oder um Parteistreit zu schlichten. Immer wieder wird diese Pflicht erwähnt. Im Falle von Molkenbuhr, der Fremdsprachen beherrschte, brachte dieser Posten auch die internationale Vertretung der SPD mit sich. Das Tagebuch bestätigt diese Übersichts- und Vertretungsrollen eines Parteisekretärs. (Ich habe bereits versucht, die Tätigkeiten der Parteisekretäre als Teil des Koordinierungssystems der SPD genauer zu definieren, weil Molkenbuhr, Ebert, Hermann Müller, Philipp Scheidemann und Otto Wels neben anderen wichtigen SPD-Führern diese Funktion innehatten; eine Kurzfassung erschien als „The Role of the Party Secretaries in the Development of the SPD to a Non-revolutionary Party, 1900–1914," in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 200–210). Molkenbuhr war also als Parteisekretär häufig unterwegs, und das Tagebuch enthält lange und ergiebige Kommentare zu seinen Erfahrungen in allen Teilen Deutschlands sowie in Paris, Brüssel und London. Auch als Parlamentarier hat er die SPD oder den Reichstag als Delegierter im Ausland vertreten und seine Erfahrungen notiert. Leider bringt die Biographie (S. 215–245: „Der Parteisekretär") zum selben Thema eine Art negativer Argumentation, nämlich, daß zuerst Ebert und nicht Molkenbuhr in der Verwaltungsarbeit des Parteivorstandes aufgegangen sei. Braun reiht zwar die Parteitagsauftritte und Auslandsvertretungen Molkenbuhrs auf, aber ob und wie Molkenbuhr die deutschen oder internationalen Kollegen beeindruckt oder überzeugt hat, bleibt eine offene Frage.

In der Einleitung der Edition argumentiert Braun, daß Molkenbuhr „zur ersten Garde innerhalb der Partei gezählt wurde" (S. 15), doch die Beispiele behandeln seine Aktivitäten in den 1890er Jahren. Braun gibt zu, daß Molkenbuhr keine Führungsgestalt war und daß er nicht weiter aufgestiegen ist, weil er sich selbst nicht hoch einschätzte. Man kann im Tagebuch nachlesen, wie er langsam beiseite geschoben wurde. 1911 wurde er noch mit einer Stimme Mehrheit zum Fraktionsvorsitzenden gewählt; 1912 schaffte er es nicht mehr, in die Budgetkommission des Reichstags gewählt zu werden. Ist es Neid auf die neue Generation, wenn er schreibt: „Jetzt soll Scheidemann sein Glück versuchen" und wenn er sich am 5. September 1913 ausläßt über „das Erbe Bebels, d. h., seine Ämter zu verteilen", und er keine bekam? Molkenbuhr war eine zuverlässige Arbeitskraft, kein Stratege. Mit 45 Jahren spricht er wiederholt von der Schönheit der Jugend, und viele Eintragungen verraten, daß er schon am Anfang des 20. Jahrhunderts in der Vergangenheit lebte. Er bekam „Aufträge" im Parteivorstand; Vision und Initiative findet man hier nicht. Symptomatisch für seine Stellung ist, daß Ebert und Otto Braun die Parteifinanzen und sich selbst bei Kriegsausbruch in die Schweiz in Sicherheit brachten, und nachdem alles geregelt war, wurden sie von Molkenbuhr ersetzt.

Wie hat er den Anfang des Krieges und die Parteispaltung, die Revolution oder andere wichtige Ereignisse erklärt? Meistens auf sehr einfache Weise: Deutschland war vor dem Zarismus zu schützen („Eine Niederlage Deutschlands in diesem Kriege wäre die Herrschaft des Zarismus über Europa" [S. 229]; „Nicht aus Kriegsbegeisterung [hat er Kriegskredite bewilligt], denn den Krieg hielt ich für das größte Unglück [...]. Als schlimmste der denkbaren Folgen dachte ich immer an die Herrschaft des Zarismus über Europa [...]" [S. 240]). Er teilte auch das illusionäre Vertrauen anderer SPD-Führer zu Bethmann-Hollweg als Friedenskanzler. In seiner Sicht half die Spartakusgruppe der Reaktion. Die Unabhängigen wirft er am 11. November 1918 mit den

Linksradikalen zusammen als „Bolschewikitruppe". Am Tag davor notierte er: „Anstatt die Verhältnisse so zu ordenen, wie sie den deutschen Verhältnissen entsprechen, werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, d. h., man äfft die russische Revolution nach" (S. 328). Häufig gilt ihm Bolschewismus als Anarchismus. Mehr als andere ideologische Zentristen war Molkenbuhr der Praktiker, der Streit vermeiden wollte und immer wieder den Radikalen den Schwarzen Peter zuschob.

Schon vor dem Krieg glaubte er an die „alte Taktik" und nahm an, daß durch Wahlen und Organisation die Partei zur Macht käme: „Es gibt nur einen Weg, d. h., die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Da bleibt also das alte Mittel [des Wahlrechts]" (10. Februar 1912, S.164) „Das allgemeine Wahlrecht zum [preußischen] Landtag bekommen wir dann am leichtesten, wenn wir bei der Taktik und den Mitteln bleiben, die uns die bisherigen Erfolge gebracht haben" (11. Juni 1913, S.198). Nach dem Krieg ereiferte er sich immer noch gegen die Radikalen (vor und während des Krieges hauptsächlich Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Georg Ledebour), aber in weniger differenzierter Weise, als er am 23. April 1919 feststellte: „Sogenannter Radikalismus macht sich wieder bemerkbar. Bremen, Düsseldorf, das Ruhrrevier, Braunschweig, München usw. sind vorübergehend in den Händen der Anarchisten. Sie wechseln ihre Namen. Nun ist es gleichgültig, ob sie sich Bolschewisten, Kommunisten, Unabhängige, Spartakisten oder sonstwie nennen, ich sehe in ihnen immer nur die Pioniere der Gegenrevolution. Dabei nehme ich an, daß sie fast alle vom Gegenteil überzeugt sind" (S. 338).

Über einige wichtige Ereignisse gibt es nichts (Interfraktioneller Ausschuß, Russische Revolution, Entstehung der und Eintritt der SPD in die Regierung Max von Badens und andere Regierungen). Was bedeutet es, daß z. B. Kollegen wie Ebert und Wels nur zweimal genannt werden, Otto Braun überhaupt nicht direkt erwähnt wird? Ist der psychologische Schock zu groß, vom Rande her zu beobachten? Genau wie Viktor Klemperer schreibt Molkenbuhr häufig nachträglich, aber nicht in detaillierter Form.

Doch über die Verhältnisse von Partei und Gewerkschaften gibt es aufschlußreiche Einsichten und zu den sozialen Veränderungen viele treffende Bemerkungen. Auch zu Kunst und Theater bietet Molkenbuhr viele Eintragungen mit informierten Beobachtungen. Vielleicht kann man zusammenfassen: Molkenbuhr war ein guter Genosse und braver Patriot.

Mit der Herausgabe dieser Tagebücher haben Bernd Braun und Joachim Eichler der Wissenschaft einen wichtigen Dienst erwiesen.

Die politische Biographie ist auch chronologisch geordnet. In fünf Kapiteln versucht Braun, Molkenbuhrs Weg in die Sozialdemokratie (1871 bis 1872), seinen Aufstieg in der Partei (1872 bis 1890), seinen Aufstieg in der SPD-Reichstagsfraktion (1890–1904), seine Rolle im Parteivorstand (1904–1918) und seinen Abschied von der Politik (1918–1927) darzustellen. „Im Mittelpunkt steht die Beschreibung eines Karriereweges in der Sozialdemokratie des Kaiserreiches, die Analyse, welche Fähigkeiten Molkenbuhrs und welche äußeren Faktoren diese Laufbahn positiv oder negativ beeinflußten" (S. 21). Hierbei hat Braun gründliche Arbeit geleistet. Der Nachlaß Molkenbuhrs sowie die wichtigen Partei- und staatlichen Quellen wurden ausgewertet. Obwohl Braun mit viel Sympathie für Molkenbuhr vorgeht, der an alten Prinzipien festgehalten und die Einheit der Partei im Weltkrieg unterstützt habe, kann er das Bild von Molkenbuhr nicht so revidieren, wie er möchte. Die Behauptung, daß Molkenbuhr einen besonderen Einfluß auf die „taktischen und langfristigen strategischen Weichenstellungen" (S. 372) der Partei ausgeübt habe, wird weder durch das Tagebuch noch durch die Biographie fundiert. Braun hat zwar Molkenbuhr vor der Vergessenheit gerettet und die Behauptung, daß er nur „Papiertitel" innegehabt habe, korrigiert, doch die Details der Biographie illustrieren trotz Brauns Bemühungen, daß Molkenbuhrs Stern schon vor dem Weltkrieg im Sinken war. Braun selbst konstatiert die Folgen der „persönlich diffamierenden Auseinandersetzung" um die Parteiführung, die er genau schildert. „Damit war 1911 der Aufstieg Hermann Molkenbuhrs beendet, seine politische Laufbahn stagnierte fortan, wenn auch auf hohem Niveau" (S. 374).

Braun erklärt: „Das grundsätzliche Ziel [...] ist eine *politische* Biographie" (S. 21). Die kulturellen Interessen Molkenbuhrs, die in den Tagebüchern deutlich werden, finden hier wenig Beachtung, außer daß „eine überdurchschnittliche Bildungsfähigkeit und Bildungsbereitschaft" (S. 367) als wichtigste Eigenschaft bei seinem Parteiaufstieg erwähnt wird. Braun gibt eine Reihe von Gründen an, warum Molkenbuhr zur SPD gestoßen sei, und behauptet, daß Molkenbuhrs Lebenslauf wenig anders als der seiner Zeitgenossen gewesen sei. Dagegen war sein Aufstieg in der Partei von bestandenen Bewährungsproben als Agitator, Redner und Parteivertreter begleitet, besonders

während der Zeit des Sozialistengesetzes. Am überzeugendsten ist Brauns Beschreibung der Tätigkeit Molkenbuhrs als engagiertes Reichstagsmitglied. Hier bewies Molkenbuhr seine Fachkompetenz als Praktiker auf dem Gebiet der Sozialpolitik, und Braun zeigt, wie er mehr als ein Jahrzehnt lang die Partei in parlamentarischer Arbeit vertrat und teilweise leitete.

Dieter K. Buse

Friedrich Ebert. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. Hrsg. und bearb. im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg von Walter MÜHLHAUSEN. – Heidelberg: Kehrer Verlag 1999. 376 S.

PODEWIN, Norbert: **Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner: Friedrich Ebert (1871–1925), Friedrich Ebert (1894–1979). Eine Doppelbiographie.** – Berlin: Edition Ost 1999. 616 S.

In dem Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, von Walter Mühlhausen im Auftrag der Stiftung der Gedenkstätte herausgegeben und bearbeitet, beschreibt Johannes Rau Friedrich Ebert als einen Mann ohne jeglichen Zug zur Selbstinszenierung. Dem entspricht die ständige Ausstellung mit ihrem Bestreben, das Bewußtsein für die freiheitlich-demokratischen Traditionslinien der deutschen Geschichte zu wecken. Auch der vorliegende Band ist ein besonders gelungenes Beispiel für einen Baustein zu einer sinnvollen Geschichtspolitik, die ohne inszenatorisches Beiwerk auskommt.[1]

Friedrich Eberts persönliche und politische Biographie, das Lebensbild des, nach Theodor Heuss, „Abraham Lincoln der deutschen Geschichte", tritt in sehr anschaulicher Weise hervor. Dabei wird seine Rolle als Führer der SPD, als Volksbeauftragter, Reichskanzler und Reichspräsident ebenso charakterisiert wie seine außerordentlich große Bedeutung für die junge deutsche Republik.

Eberts erster politischer Weg, zunächst aus der Enge Heidelbergs nach Bremen, war mit dem Anwachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung eng verknüpft. Ausstellung und biographische Würdigung machen für diese frühe Phase das Beste aus der dürftigen Quellenlage. Der 1891 nach Bremen gelangte Sattlergeselle wird durch seine unterschiedlichen beruflichen und parteipolitischen Aktivitäten geprägt. Eberts Aufstieg in der Sozialdemokratie wird nicht nur durch einen sorgfältigen Text, sondern auch durch eine überaus geglückte Kombination von Dokumenten, Abbildungen, Karikaturen und zeitgenössischen Erinnerungsstücken sozusagen collagiert.

Auch wenn Ebert den Weg vom Handwerker zum Mitglied des Parteivorstandes in vierzehn Jahren zurücklegte, gehörte er mit 34 Jahren zur zweiten Generation der sozialdemokratischen Funktionäre. Noch lag bis zum Parteivorsitzenden des Jahres 1913 eine erhebliche Strecke vor ihm. Erst bei der Wahl des Jahres 1912, als die SPD zur stärksten Reichstagsfraktion mit 110 Abgeordneten (42,3 Prozent) wurde, errang auch er ein Mandat. Ebert ging der Ruf voraus, ein Revisionist und vor allem kein Theoretiker zu sein. In den schwierigen Konflikten während des Ersten Weltkrieges und in der Zeit der Parteispaltung auf seiten der Parteimehrheit, blieb seine Position deswegen stets umstritten, weil ihm die einen sein Eintreten für die Kriegskredite vorwarfen, während umgekehrt die politische Rechte ihn in der Folgezeit als Landesverräter abstempelte, weil er 1918 in der Streikbewegung aktiv geworden war. Dieser „Makel" sollte ihn bis zum Lebensende verfolgen.

Gleichwohl bedeutete seine Wahl zum Reichspräsidenten als erstem demokratisch gewähltem deutschem Staatsoberhaupt verfassungspolitisch und symbolisch den Wandel zu einer Republik, die nach Eberts Vorstellung auf einem Bündnis von Arbeiterschaft und Bürgertum gründete. Während des Kapp-Putsches, bei dem er sich strikt gegen Verhandlungen mit den Putschisten erklärte, wurde seine grundsätzliche politische Auffassung – Sorge vor Bolschewisierung und Radikalisierung Deutschlands einerseits, vor südwest- und westdeutschem Separatismus andererseits – offenkundig. Wiewohl Gegner des Versailler Vertrages, blieb ihm in dieser weiteren Belastungsprobe scheinbar keine Wahl, es sei denn um den Preis des Rücktritts. Auch in der Frage des Rapallovertrages scheute er trotz seiner Ablehnung letztlich eine Regierungskrise.

Der optisch und graphisch hervorragend gestaltete biographische Band gibt einen vorzüglichen Überblick über das umstrittene Lebenswerk Eberts im Kontext der schwierigen politischen Phasen und wird auch in den persönlichen Nuancierungen diesem „Fanatiker der Arbeit", dem es

stets auch um die Integrität der Amtsführung ging, gerecht. In den internen Konflikten zwischen Staatsräson und Parteiinteressen war nach einem Wort von Reichswehrminister Otto Geßler die Partei Eberts Stärke und Schwäche zugleich. Als Repräsentant der Weimarer Republik stand er im Kreuzfeuer der Linken in der eigenen Partei, aber vor allem der antirepublikanischen Rechten. Zwischen den Polen „Arbeiterverräter" und „Landesverräter" wird er zum Zentrum einer Hetze, die um die sogenannte Dolchstoßlegende kreist. Gegen die Skandalisierung von Politikern im Kampf um die Macht half das Mittel der Beleidigungsklagen und der Einsatz der ohnehin nicht republikfreundlichen Justiz nicht.

Die Autoren würdigen mit ihrer Arbeit in auch aus historischer Sicht durchaus zutreffender Weise das jäh abgebrochene Lebenswerk eines Mannes, der in seinem Kampf für eine soziale Demokratie die Widersprüche beim Einsatz um soziale und politische Reformen in der Gesellschaft zu überbrücken suchte. Sein früher Tod markiert eine Zäsur in der Weimarer Republik. Nach Karl Kautsky sei es Ebert „in einer Zeit der Intrigen, Putsche und Verleumdungen gelungen", „nicht nur die bestehende Regierungsform zu erhalten, sondern ihr Ansehen zu mehren, sie immer weiteren Kreisen auch außerhalb des grundsätzlichen Republikanertums als die heute in Deutschland einzig mögliche Staatsform erscheinen zu lassen und sie im deutschen Volksbewußtsein dauernd zu befestigen" (S. 341). Das charakterisiert Person und Intention, war aber angesichts der folgenden Entwicklung eine vielleicht schon damals zweifelhafte politische Fehleinschätzung.

Der Band, informativ auch für die Geschichte der Gedenkstätte in Heidelberg und über ihren Stellenwert in der „Erinnerungskultur", kann ohne Übertreibung für eine historische Darstellung als vorbildlich bezeichnet werden, in der sich biographische, politische, soziale und Strukturgeschichte höchst anschaulich verbinden. Die damit verbundene gute Lesbarkeit wird ergänzt durch eine sehr geglückte Mischung von wissenschaftlich anspruchsvollen, fundierten, jeweils auf der Höhe der Forschung befindlichen Darstellungen, die durch Dokumente, Zitate, Würdigungen von Zeitzeugen bis hin zur Resonanz in Politik, Geschichte und zeitgenössischer Polemik ergänzt werden. Das Werk ist gleichermaßen für die historische Forschung wie für den Geschichtsunterricht ein unentbehrliches, zwar biographisch geprägtes, aber dafür um so eingängigeres Geschichts- und Quellenwerk.

Die im gleichen Jahr erschienene Doppelbiographie über Friedrich Ebert, den Vater und den Sohn (1894–1979), stammt von Norbert Podewin, der durch seine unmittelbaren Kenntnisse als außenpolitischer Referent Eberts d. J. von 1970 bis 1975, als Sekretär des Nationalrats der Nationalen Front der DDR wie auch als Historiker besondere Voraussetzungen für eine solche Arbeit mitbringt. Die Biographie Friedrich Eberts d. Ä., strukturiert in Kapiteln mit den Schwerpunkten „Rebell", „Sozialreformer", „Parteiorganisator", „Kaisersozialist" und „Mittler" (S. 20–319) ist eher populärwissenschaftlich angelegt. Wesentliche neuere Forschungsergebnisse wird man hier nicht erwarten dürfen.[2] Es finden sich auch so gut wie keine direkten Hinweise darauf, wie negativ das Geschichtsbild der ehemaligen DDR Person und Politik Eberts d. Ä. gezeichnet hat. Hier ist man auf andere Arbeiten angewiesen. Die zuweilen recht positivistisch und auch in Teilen langatmig angelegte Biographie ist, im Vergleich zu dem oben besprochenen Band, durch eine allzu detailverliebte Faktenfülle gekennzeichnet.

Friedrich Ebert d. J. stand zwanzig Jahre lang an der Spitze von „Berlin-Ost". Als junger Mann, als Journalist und Sozialdemokrat hatte er im Schatten des Vaters gewiß keine einfache familiäre und politische Position. In seiner Wahlheimat Brandenburg gelang ihm dann, in den späten zwanziger Jahren, der politische Aufstieg zum Reichstagsabgeordneten. Der Karrierebruch war mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten vorgezeichnet. Wenn Podewin dann ein Kapitel mit „Im Widerstand" betitelt, ist das allerdings mit den historischen Fakten nicht vereinbar. Der Hitlergegner wird dabei (vgl. S. 399) vom Verfasser selbst auch gar nicht als Angehöriger des Widerstandes charakterisiert, mögen auch einige wenige Kontakte zu Angehörigen der „Roten Kapelle" zu registrieren sein. Wenn für die Kriegsjahre schon ein „geistiger Umformungsprozeß" (S. 399 f.) attestiert wird (wohl den Wechsel vom Sozialdemokraten zum späteren SED-Mitglied damit andeutend), scheint das als relativ früh angesetzt, wenn man bedenkt, daß dieses „Umdenken" von der Aktionseinheit hin zur Einheitspartei (S. 408 ff. und S. 430 ff.) in eine Zeit fällt, in der die politische Situation und der Wunsch, sich von neuen Entwicklungen nicht selbst abzukoppeln, also auf eine Karriere zu verzichten, wohl die entscheidende Motivation abgegeben haben dürften.[3] In der historischen Forschung wird denn auch richtiger der abrupte „Umfall" betont. Mit seiner Option für die östliche

Einheitspartei ging der Riß auch durch die Familie Ebert (S. 448).

Als Oberbürgermeister von Ostberlin von 1948 bis 1967 ist Ebert ersichtlich mit dem Segen der Parteigrößen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht installiert worden. Bertolt Brechts Urteil über Eberts Kulturpolitik und die Begegnung der beiden wird vom Autor mit deutlicher Parteinahme für Ebert und mit einer merkwürdig heftigen Abqualifizierung Brechts als ureitler, maßloser, menschlichen Formats ermangelnder Emigrant dargestellt (S. 479–485), daß sich der Eindruck verdichtet, als würden in dieser Biographie zuweilen ausgesprochen, zuweilen aber eher zwischen den Zeilen manche alten Schlachten ausgetragen und manche offene politische Rechnung, auch stellvertretend, beglichen. Die Brecht-Biographik, ihrerseits auf seiten des Dichters gegen den „stinkenden atem der provinz", von Podewin gänzlich ausgespart, ist da allerdings sachlicher.

Ebert blieb auch nach seiner Pensionierung als Kommunalpolitiker in Ämtern: in der Volkskammer, der er seit 1948 angehörte, im Politbüro, im Staatsrat. Seine repräsentativen Funktionen sollten weiter genutzt werden. Intern scheint er – wohl eher rekrutiert als durch eigene Entscheidung – sich noch rechtzeitig auf die Seite von Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker geschlagen zu haben (S. 544 ff.).

Als Leiter der neuen Arbeitsgruppe zu Fragen der Sozialdemokratie entschied er sich wohl erstmals zu einer deutlichen Absage an die Politik des Vaters unter dem Titel „Sozialdemokratismus – eine spezifische Variante bürgerlicher Ideologie" (S. 555 ff.). In der aktuellen Situation war dies in Wahrheit aber kein „Vatermord", sondern ein lavierender Angriff auf Ulbrichts deutsch-deutsche Politik gegenüber der Regierung Willy Brandts und auf Ulbrichts Wirtschaftspolitik. Die Darstellung der Position der Kommission zur SPD-Problematik unter Ebert, vom Verfasser wohl übertrieben als sein „politisches Testament" gewürdigt, klingt in ihrer Kritik an Ulbricht und an Honecker in den achtziger Jahren doch sehr pro domo, wenn man sich die eigene Rolle des damaligen Mitarbeiters Podewin vergegenwärtigt. Es ist aber nicht ohne Reiz, hier eine wohl auch subjektiv gefärbte Positionsbestimmung und Wiedergabe der Kontroversen um die Einstimmung auf Konfrontationskurse in Ost und West in der Distanz von dreißig Jahren nachzuvollziehen. So gesehen ist diese Doppelbiographie ihrerseits eine für die „Bewältigung" von Vergangenheit in mehrfacher Hinsicht außerordentlich interessante Quelle (vgl. S. 558–561).

Friedrich Eberts eher marginale Rolle bei der Entmachtung Ulbrichts trug ihm die Erhebung zum „Amtierenden Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates" ein. Mit der Zuordnung der Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK gewann er vielleicht noch eine gewisse politische Schlüsselstellung, wenn auch wohl nur für kurze Zeit. Nach Podewin machte sich Ebert Hoffnung auf die Position des Staatsratsvorsitzenden, er sei damit aber zu seiner Enttäuschung an Erich Honeckers „sehschlitzartig verkürzter Klassensicht" gescheitert, für den es undenkbar gewesen sei, einen Nichtkommunisten als obersten Repräsentanten des Staates zu sehen (S. 589). Das klingt absurderweise so, als sei Friedrich Ebert junior immer insgeheim Sozialdemokrat gewesen, nicht aber seit Jahrzehnten Kommunist und hochrangiges, linientreues SED-Mitglied.

Eberts politischer Einfluß dürfte bald nach 1970 kaum so groß gewesen sein, wie dies manchen Partien dieser Biographie zufolge scheinbar phasenweise der Fall gewesen sein soll. Als eine Art „Monument deutscher Geschichte" konserviert, geriet er zunehmend in mehr oder weniger protokollarische oder formale Funktionen und an den Rand des Geschehens. Und es gemahnt auch eher an eine etwas hagiographische Verklärungsbereitschaft, wenn nach Podewin es der Altersweisheit Eberts geschuldet sein soll, daß er sich die Erkenntnis Simón Bolívars „Wer einer Revolution dient, pflügt auf dem Meer" zu eigen gemacht habe (S. 598).

Podewin, Autor einer Ulbricht-Biographie,[4] darf wohl für sich in Anspruch nehmen, eine auch für Fachhistoriker aufschlußreiche Arbeit vorgelegt zu haben. Der partielle Quellenreichtum vor allem für die Biographie Eberts d. J. ist bemerkenswert. Mit einer Reihe von wichtigen Faktendarstellungen werden Abläufe, Zusammenhänge und Hintergründe beleuchtet. Die Arbeit muß aber – angesichts der neuen Forschungslage (vgl. Malycha, S. 14–43, mit Nachweisen) – in ihren Bewertungen sicherlich so kritisch gelesen werden, wie dies bei allen Darstellungen der Fall sein sollte, in denen sich auch der frühere oder jetzige Standort des Verfassers oder eine „Binnenperspektive" widerspiegeln, nicht ohne weiteres zu trennen von der Rolle als teilnehmender Beobachter oder beobachtender Teilnehmer und mit vielfältigen und zuweilen merkwürdigen perspektivischen Brechungen.

1 *Vgl. zur Geschichte der Erinnerungskulturen Ute Schneider in: Geschichtswissenschaften. Hrsg. von Christoph Cornelißen, Frankfurt a. M. 2000, S. 259–270.*

2 *Vgl. dazu Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert, Bonn 1987; Helga Grebing, Friedrich Ebert, Heidelberg 1996; Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert und seine Partei 1919–1925, Heidelberg 1992; weitere Literatur im oben besprochenen Begleitband, S. 371 ff.*

3 *Zur Einordnung der Rolle Friedrich Eberts junior in der politischen Entwicklung der Jahre zwischen 1945 und 1948 vgl. Forschungsstand und Darstellung, überaus instruktiv, bei Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000; Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999. Überhaupt scheint Podewin von einer Reihe wichtiger neuerer Arbeiten nur recht selektiv und fragmentarisch Gebrauch gemacht zu haben, so daß die Biographie sinnvoll nur im Rahmen einer Organisationsgeschichte, wie sie etwa Malycha vorgelegt hat, gelesen werden kann. Vgl. zur Gesamteinschätzung der Zeit zwischen 1948 und 1975 Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, aktualisierte und erw. Neuaufl. 1999.*

4 *Norbert Podewin, Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995; s. a. die Rezension von Torsten Kupfer in: IWK, Jg. 34 (1998), H. 1, S. 119–121.*

Albrecht Götz von Olenhusen

SOMMER, Karl-Ludwig: **Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie**. Hrsg. von der Wilhelm- und Helene-Kaisen-Stiftung, Bremen. – Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2000. 541 S.

Um es vorwegzunehmen: das Buch erfüllt in beeindruckender Weise, was der Autor, der Oldenburger Professor Karl-Ludwig Sommer, in der Einleitung als Aufgabe politischer Biographien beschrieben hat. Es zeichnet den Lebensweg einer Person und die Motive ihres Handelns nach und läßt historische Situationen und politische Gegebenheiten am Beispiel dieser Person deutlich werden.

Wilhelm Kaisen (geboren 1887 in Hamburg, gestorben 1979 in Bremen) zählt neben Max Brauer, Hinrich-Wilhelm Kopf, Herbert Weichmann und Ernst Reuter zu der Gruppe sozialdemokratischer „Landesfürsten", die nach 1945 aufgrund ihrer Rolle als Regierungsverantwortung tragende Landespolitiker in vielen Punkten in starker Opposition zur von Kurt Schumacher beherrschten SPD standen. Diesem Konflikt ist in dem Buch ein eigenes (das neunte) Kapitel gewidmet, er zieht sich jedoch durch alle weiteren Kapitel, die sich mit Kaisens politischem Engagement nach 1945 beschäftigen. Eine Ursache dieses Konfliktes waren sicherlich die unterschiedlichen Rollen, die diese Landespolitiker auf der einen und die Partei bzw. Schumacher auf der anderen Seite wahrnahmen. Bei dem Konflikt zwischen Kaisen und der Partei lag der Kern aber, wie uns Sommer verdeutlicht, in Kaisens politischen Grundüberzeugungen. Diese werden vom Autor immer wieder mit dem Attribut „pragmatisch" belegt.

Die wohl bedeutendste politische Erfahrung Kaisens in der Weimarer Republik, die dann auch seine Politik im Nachkriegsdeutschland und in der Bundesrepublik prägen sollte, war die gute Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kollegen in der Bremer Bürgerschaft und im Senat. Unabhängig von theoretisch oder politisch begründeten Berührungsängsten trat er in Bremen für ein „Bündnis von Kaufleuten und Arbeiterschaft" ein, da ihm dies als die für Bremen günstigste Konstellation erschien. Auf Reichsebene unterstützte er dann auch 1928 die große Koalition und später die Tolerierungspolitik der Partei. Diese Einstellung stützte sich zudem auf die feste Überzeugung, daß es nach der politischen Gleichstellung der Arbeiterschaft durch die Revolution im November 1918 keinen Grund mehr dafür gebe, die konstruktive Mitarbeit an den Institutionen des demokratischen Staates zu verweigern.

Eine weitere politische Grundüberzeugung war ihm gewissermaßen in die Wiege gelegt. Aus einem Hamburger sozialdemokratischen Elternhaus stammend, das zwar nicht zum hungerleidenden Proletariat gehörte, jedoch von steter Sorge um das Auskommen der Familie geprägt war, mußte er wie seine Geschwister schon als Schüler durch das Austragen von Zeitungen seinen Teil zum Familienetat beitragen. Als 15jähriger verließ er die Schule, um zunächst als Hilfsarbeiter in einer Seifenfabrik und später als Stukkateur zu arbeiten. Er erfuhr die wirtschaftlichen Nöte und Probleme des „kleinen Mannes" also am eigenen Leibe. Als Politiker in Bremen während der Weimarer Republik galt er dann auch als „Mann der Basis", seine Aufgabengebiete als Abgeordneter in der Bürgerschaft ab Mitte 1920 lagen im sozialpolitischen

Bereich, und als Senator seit April 1928 oblag ihm die Verantwortung für das Wohlfahrtsressort. Die in dieser Phase gemachte Erfahrung, daß unsolides staatliches Finanzgebaren hauptsächlich zu Lasten des „kleinen Mannes" geht, führte dazu, daß er in den vierziger und fünfziger Jahren als Senatspräsident durchsetzte, daß im Bremer Landeshaushalt alle Ausgaben stets durch die Einnahmen gedeckt sein mußten.

Kaisens steile politische Karriere – erst 1919 war er nach Bremen gekommen, doch schon 1930 war er der führende Mann in der Bremer SPD und geachteter Senator – wurde 1933 jäh unterbrochen. Wie so viele andere unterschätzte auch Kaisen die möglichen Auswirkungen der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten. Als führender Sozialdemokrat wurde Kaisen im Mai 1933 verhaftet, jedoch bereits knapp zwei Wochen später wieder entlassen. Diese Erfahrung war, so Sommer, ein Wendepunkt in Kaisens Leben. Und doch ist überaus erstaunlich zu lesen, wie radikal Kaisen dann das Feld räumte. Er zog sich komplett aus der Politik zurück, stellte bewußt fast alle Kontakte zu politischen Freunden ein und hielt auch Distanz zu Widerstandsgruppen. Er verschwand wortwörtlich aus dem Sichtfeld der neuen Machthaber, indem er sich außerhalb Bremens eine neue Existenz als Siedler und Bauer aufbaute und es fortan weitgehendst vermied, sich in die Stadt zu begeben.

Dieser radikale Bruch brachte ihm jedoch neue Erfahrungen ein, die ihren Niederschlag auch in seinen politischen Ideen fanden. Er gewann die Überzeugung, daß die „als Familienunternehmen betriebene Kleinlandwirtschaft eine sowohl in agrar- als auch in sozialpolitischer Hinsicht vorteilhafte Form ländlicher Erwerbstätigkeit darstelle" (S. 130). Aus dieser wiederum stark pragmatisch geprägten Sichtweise betrachtete Kaisen später die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der SPD äußerst skeptisch.

In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft setzte sich Kaisen auch wieder mit der marxistischen Theorie auseinander. Dies hatte er seit seiner Teilnahme an Schulungen in der Parteischule in Berlin in den Jahren 1913 und 1914 nicht mehr getan, und auch hier kam er zu Erkenntnissen, die nach 1945 konträr zu den überkommenen Positionen der Partei waren. Vor allem kritisierte er die Idee der zentral gelenkten Planwirtschaft, weil überhaupt nicht klar sei, welche Antriebskräfte in einer solchen Wirtschaft „die Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Daseins regeln. [...] Wir haben angenommen, die Menschheit würde aus einem Stadium der Ausbeutung und der Unfreiheit in das Stadium des Lichts, der Freiheit, der Humanität überwechseln. Alle Fähigkeiten des Menschen würden freigelegt, sich jetzt vereinen in der großen humanistischen Zielsetzung einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Organisation, die Not und Elend, Krieg und Krisen bannt. Diese großen Perspektiven haben sich, wie das russische Beispiel zeigt, als eine Illusion erwiesen. [...] Es hat sich gezeigt, daß der einzelne Mensch, den wir in unserer Theorie als soziales und gesellschaftliches Wesen in Rechnung gestellt haben, nicht von sich aus geneigt ist, voraussetzungslos einer solchen Wirtschaftsordnung zuliebe mit ganzer Kraft für deren Funktion einzutreten. Wenn man nicht zu dem Zwang greifen will, sind es nur materielle Gründe, die den Menschen zu einer Leistung anspornen" (S. 168). Aus dieser Analyse zog er die Erkenntnis, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kein erstrebenswertes Ziel sei und die kapitalistische Produktionsweise sowohl hinsichtlich der Bedarfsdeckung als auch in bezug auf die Ermöglichung technischen Fortschritts eindeutig überlegen sei.

Diese politischen Grundüberzeugungen Kaisens beschreibt Sommer auf den ersten rund 170 Seiten des Buches. Und in den nachfolgenden Kapiteln ist es höchst interessant nachzulesen, wie nun die Grundüberzeugungen dieses im „inneren Exil" gebliebenen Politikers nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf die Standpunkte und Positionen seiner Partei treffen, die spätestens seit 1946 von Kurt Schumacher autoritär geführt wird. Es kommt bald zu ersten Auseinandersetzungen zwischen Kaisen, der mittlerweile in Bremen Chef einer Landesregierung ist und aus dieser Perspektive Politik zu machen versucht, und Schumacher, der bemüht ist, die zentrale Rolle des Parteivorstands innerhalb der SPD zu sichern und eine „reichsweite" Politik zu betreiben. Während Kaisen aus bremischen Interessen heraus anstrebt, gut mit den Alliierten zusammenzuarbeiten und schnell eine neue deutsche Zentralgewalt zu errichten, ist die Partei zunächst strikt gegen solche deutschen Initiativen und weist den Alliierten die volle Verantwortung zu. Während Kaisen in Bremen das in der Weimarer Republik bewährte „Bündnis von Kaufleuten und Arbeiterschaft" neu schließt und mit dieser Politik bis zum Ende der fünfziger Jahre eine Wahl nach der anderen gewinnt, geht die Partei unter Schumachers Führung voll auf Konfrontationskurs zur CDU und übernimmt schließlich freiwillig die Rolle der Opposition im Wirtschaftsrat und im

Parlamentarischen Rat, so daß eine große Koalition nach der ersten Bundestagswahl 1949, für die sich Kaisen einsetzt, von vornherein unmöglich und die Oppositionsrolle der SPD auf Bundesebene über Jahre hinweg festgeschrieben wird.

Wie in diesen Beispielen geschildert, liegt Kaisen Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre in nahezu allen zentralen politischen Themen quer zur Parteimeinung: sei es die Entscheidung für den westdeutschen Staat, die Westorientierung dieses Staates, die Einbindung in die westlichen Verteidigungsstrukturen oder die Beteiligung an westeuropäischen Organisationen (z. B. Europarat), die alle von Kaisen unterstützt wurden. Diese Außenseiter-Rolle Kaisens in seiner eigenen Partei wird zementiert, als er 1950 nicht mehr in den Bundesvorstand gewählt wird. Erst nach dem Tod Schumachers im Jahr 1952 und weiter in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in der sich die einen Wandel fordernden Kräfte in der SPD durchsetzten, sollte sich das Verhältnis zur Partei wieder normalisieren.

Durch die Schilderung dieser Auseinandersetzungen gelingt es Sommer, nicht nur die politischen Positionen eines bremischen Landespolitikers aufzuzeigen, sondern diese in den Kontext der innerparteilichen Debatte der SPD in den vierziger und fünfziger Jahren zu stellen. Er leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Partei nach 1945 und wirft Licht auf die Frage, wie sich die Partei – vielleicht auch die Bundesrepublik – entwickelt hätte, wenn sie nicht derart von einer Person wie Kurt Schumacher dominiert worden wäre, sondern Personen wie Kaisen größeren Einfluß hätten erlangen können. Nicht zuletzt erhält der Leser einen interessanten Einblick in gut sechzig Jahre bremische Landesgeschichte.

Alles in allem hat Karl-Ludwig Sommer ein wichtiges und empfehlenswertes Buch vorgelegt, das zur weiteren Diskussion über die Geschichte der SPD nach 1945 anregt.

Christoph Moß

HANTSCH, Simone: **Das Alphatier. Aus dem Leben der Gertrud Duby-Blom** (= Reihe: Biographien europäischer Antifaschisten, Bd. 7). – Berlin: Trafo-Verlag Weist 1999. 194 S.

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ist das Lebensmotto einer ungewöhnlichen Frau, das sie als Internationalistin weit über die Grenzen ihres kleinen Heimatlandes Schweiz hinaus versteht. Es ist für sie aber auch „der arge Weg der Erkenntnis" bis hin zu Enttäuschung und Resignation am Ende ihres Lebens im geliebten fremden Land Mexiko.

In dem kleinen Schweizer Dorf Innertkirchen wurde Gertrud Elisabeth Lörtscher 1901 als Tochter eines Pfarrers geboren. Über Kurt Duby, ihren späteren Ehemann, findet sie 1914 am Gymnasium in Bern den Weg in die sozialdemokratische Bewegung. Mit ihrer Ausbildung als Fürsorgerin an der Sozialschule in Zürich wendet sie sich auch beruflich der Sorge um die Ärmsten der Gesellschaft zu. In Zürich engagiert sie sich politisch in der sozialdemokratischen Jugend und beginnt, sich mit den Schriften von Marx und Engels zu beschäftigen.

Nach dem Studium will sie die Welt kennenlernen. Sie geht nach England und Italien und engagiert sich auch in diesen Ländern sofort in der Arbeiterbewegung. 1925 in die Schweiz zurückgekehrt, wird sie zu einer der führenden Kräfte der Schweizer Sozialdemokratie und kämpft insbesondere um die gleichberechtigte Stellung der Frauen innerhalb und außerhalb der Partei. Sie ist eine glänzende Rednerin, und ihre publizistische Tätigkeit findet Anklang. Sie unterstützt den Beitritt der Partei in die Sozialistische Arbeiterinternationale. 1928 nimmt sie als erste Frau der Schweiz an deren Kongreß in Brüssel teil.

1929 scheitert ihre Ehe, sie legt ihre Ämter in der Schweizer Partei nieder, geht nach Deutschland und wird Mitglied der SPD. In Versammlungen der Partei, vor allem vor jugendlichem Publikum, spricht sie in vielen Städten Deutschlands. Mit ihrem Auftreten gegen die Tolerierungs- und Rüstungspolitik des SPD-Parteivorstandes macht sie sich bei diesem nicht gerade beliebt. Als 1931 die Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz aus der Partei ausgeschlossen werden und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands gründen, schließt Gertrud Duby sich ihnen an. Sie wird in den Vorstand der SAP gewählt. Als es um die Programmatik dieser Partei geht, hält sie es für eine Illusion, die Macht im Staat auf demokratischem Wege zu erlangen, und fordert ein eindeutiges Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats. Ohne Billigung ihres Parteivorstandes formuliert sie mit Fritz Rück und Will Schaber im März 1932 eine Erklärung, in der sie, unter gewissen Bedingungen, für einen Anschluß der SAP an die III. Internationale plädieren. Warnend erhebt sie ihre Stimme gegen die Gefahr des Faschismus und einen drohenden Krieg. Ihre Aufforderung, die Waffen gegen die bürgerliche

Gesellschaft zu wenden, stößt auf Ablehnung in der Partei. Am 12. Juni 1932 tritt sie zur KPD über.

Ihre politischen Aktivitäten haben 1933 ihre Ausweisung durch die Nazis zur Folge, der sie durch kurzzeitiges Untertauchen in die Illegalität entgeht. Im Frühjahr 1933 entkommt sie über Spanien nach Frankreich. Dort ist sie an Hilfsaktionen für antifaschistische Emigranten beteiligt und Mitorganisatorin der internationalen antifaschistischen Frauenkongresse 1934 in Paris und 1938 in Marseille.

In der Pariser Zeit erhält sie, vermutlich durch Klavdija Kirssanova vermittelt, die wie auch ihr Mann Emeljan Jaroslavski eine eingeschworene Anhängerin Stalins ist, eine Einladung zum Besuch der Sowjetunion. Das Angebot, dort zu bleiben und an der Leninschule zu studieren, nimmt sie nicht an. Ihre Arbeit im Weltkomitee der Frauen gegen Krieg und Faschismus und der inzwischen ausgebrochene Spanische Bürgerkrieg drängen sie, nach Paris zurückzukehren.

Dort beginnen sich in dieser Zeit die Schatten der stalinistischen Repressionen unter den Emigranten zu zeigen. Die ihrem Wesen entsprechende kritische Berichterstattung über das in der Sowjetunion Erlebte bringt ihr die Denunziation in der Komintern ein, eine Agentin westlicher Geheimdienste zu sein – ein Vorwurf, der ihr Leben in den folgenden Jahren schwer belasten wird.

Im August 1939 erfolgt ihre Verhaftung durch die französische Polizei gleich der Hunderter anderer Emigranten und die Überführung in ein Internierungslager, aus dem sie im März 1940 durch Intervention des Schweizer Konsulats entlassen wird und auf abenteuerliche Weise in die USA gelangt.

In den USA, für die sie nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhält, arbeitet sie gemeinsam mit André Simone in der Flüchtlingshilfe des „Barsky-Komitees", in dem auch Noel Field tätig ist. Im Herbst 1940 erreicht Bodo Uhse, daß sie ein Visum für Mexiko, das zu einem der Zentren der antifaschistischen Emigration wird, erhält.

In Mexiko gelingt es ihr in kurzer Zeit, eine Arbeit im sozialen Bereich zu finden, und gewinnt dadurch eine intensive Kenntnis der sozialen Lage der einfachen Menschen im Lande. Über die Enkelin des bekannten Revolutionärs Emiliano Zapata findet sie Zugang zur revolutionären Bewegung Mexikos.

Ihr enger Kontakt zu Mexikanern und die Schönheit des interessanten Landes führen dazu, daß sie sich bis zum Ende ihres Lebens aufs engste mit diesem verbunden fühlt. Ihr Ringen um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten des Landes, der Ureinwohner, wird zu ihrem Lebensinhalt. Ihre besondere Liebe und Fürsorge gilt fortan dem Stamm der Lacandonen, Nachfahren der Mayas, in der Provinz Chiapas, deren folgenschweren Weg in die moderne Zivilisation sie mit öffnen hilft. Später muß sie erkennen, daß ihre Hilfe für die Betroffenen von geringem Nutzen war und der Stamm kaum vor dem Aussterben zu retten ist.

Die deutschsprachigen Emigranten in Mexiko organisieren sich seit Ende 1941 in verschiedenen Formen, wobei Machtkämpfe zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertretern anderer Strömungen und unter den Kommunisten selbst schnell sichtbar werden. André Simone, Rudolf Feistmann und Gertrud Duby werden als Agenten denunziert und von den stalinistischen Kräften aus leitenden Positionen verdrängt. Paradoxerweise denunziert das FBI sie einige Jahre später als Agentin des sowjetischen Geheimdienstes.

Mit der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus erfüllt sich die Hoffnung vieler Emigranten auf Rückkehr in ihre Heimatländer. Gertrud Duby zögert, ist sie doch schon zu fest mit ihrer Wahlheimat verbunden.

Anfang 1947 fühlt sie sich jedoch ihren deutschen Genossen verpflichtet und begibt sie sich über die USA, Paris, die Schweiz und die ČSR in die sowjetische Besatzungszone, wo sie von Paul Merker, Rudolf Feistmann, Alexander Abusch und anderen Freunden aus der mexikanischen Emigration erwartet wird. Die Freunde verschaffen ihr Betätigung im kulturellen und journalistischen Bereich, aber sie muß erkennen, daß sich die politische Realität nur sehr bedingt mit ihren optimistischen Vorstellungen deckt, die sie gemeinsam im Exil hatten. Stalinistische Einengung der Meinungs- und Pressefreiheit, Mißtrauen gegenüber den Westemigranten und Zweifel, ob hier wirklich ihre Zukunft liege, veranlassen sie nach kurzer Zeit, wieder nach Mexiko zurückzukehren. 1948 beginnen die Repressalien gegen ihre Freunde und Kampfgefährten aus der Emigration in der SBZ und in den meisten osteuropäischen Ländern, was ihr unfaßbar erscheint und sie schwer belastet.

In das zweigeteilte Deutschland zieht sie in späteren Jahren nichts. Der BRD stattet sie nur wenige, der DDR keine Besuche mehr ab.

In ihren späten Lebensjahren gelten ihre noch verbliebene Kraft und ihre Sympathie den verfolgten Indianerstämmen des Chiapas, den sich wehrenden Zapatistas und dem Schutz der bedrohten

tropischen Umwelt. Gemeinsam mit ihrem Mann Frans Blom unternimmt sie zahlreiche archäologische und ethnographische Expeditionen, schreibt, hält Vorträge und reist sehr viel, um über das Leben der mexikanischen Ureinwohner zu informieren.

Am Ende muß sie schließlich feststellen: „Mein Leben ist übervoll an verlorenen Kämpfen" (S. 166). – Am 23. Dezember 1993 stirbt sie in Na Bolom in Mexiko. Über ihren Versuch, eine Autobiographie zu schreiben, sagt sie selbst: „Es ist so ein ungeheueres Leben, daß ein schlechter Schreiber wie ich es nicht aufschreiben kann. Er kann es nur leben" (S. 138).

Der Autorin der vorliegenden Arbeit gelingt es in bemerkenswerter Weise, die Biographie ihrer Heldin im gesellschaftlichen Rahmen der Zeit und vor allem der politischen Kräfte im jeweiligen Land, in dem sich Gertrud Duby aufhält, zu betrachten. Dabei zieht sie zeitgenössische Quellen ebenso heran wie die Arbeiten literarischer Chronisten der Zeit wie Egon Erwin Kisch oder B. Traven und historische Veröffentlichungen über die lateinamerikanischen Hochkulturen und die verschiedenen Indiostämme Mexikos, läßt aber auch wenig wohlwollende, antikommunistische Arbeiten nicht außer acht wie die des für den FBI arbeitenden deutschen Journalisten Günther Reinhard aus den Jahren des Kalten Krieges.

In der Form der Darstellung des Lebensweges auf zwei Ebenen, die in der historischen Literatur eigentlich sehr selten ist, nämlich der Beschreibung des Lebensweges durch die Autorin und die Rückbesinnung der Gertrud Duby selbst und ihre hartnäckige Selbstbefragung aus Sicht der neunziger Jahre, ob sich „sich der Kampf gelohnt [hat] oder nicht", entsteht ein lebendiges Bild dieser Frau. In packender Weise versteht es die Autorin, den Boden wissenschaftlich exakt nachweisbarer Tatsachen nie verlassend, ein literarisch eindrucksvolles Bild einer Streiterin für die Rechte der Armen und Unterdrückten in der Welt, vor allem der Frauen, zu zeichnen.

Gerlinde Grahn

PAUKER, Marcel: **Ein Lebenslauf. Jüdisches Schicksal in Rumänien 1896–1938. Mit einer Dokumentation zu Ana Pauker.** Hrsg. von William TOTOK und Erhard Roy WIEHN. – Konstanz: Hartung-Gorre Verlag 1999. 192 S.

Das Leben des rumänischen Kommunisten jüdischer Herkunft Marcel Pauker (1896–1938) ist nur wenigen Fachleuten bekannt. Deshalb ist es sehr verdienstvoll, ihn – und ebenso seine Ehefrau Ana Pauker – publizistisch zu würdigen. Die Biographien der beiden führenden Köpfe in der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens sind auf tragische Weise mit dem Stalinismus verknüpft. Das mit Kommentaren der Herausgeber versehene Buch basiert auf in der Haft von Marcel Pauker verfaßten Selbstzeugnissen sowie Protokollen von Gesprächen mit Ana Pauker und ihrer gemeinsamer Tochter Tatiana Pauker-Bratescu.

Als 1896 in Bukarest geborener Sohn eines Journalisten wuchs Marcel Pauker in einer assimilierten Familie auf, in der die jüdische Sprache seit drei Generationen nicht mehr existierte. Obwohl er „nicht als Jude fühlte" (S. 34), trat er für die „Emanzipation der Juden in Rumänien" (S. 30) ein. Seit 1918 Mitglied der Sozialistischen und ab 1921 der Kommunistischen Partei, avancierte er dort im Jahr darauf zum Mitglied des Zentralkomitees und des Politischen Büros. Der engagierte Kommunist spielte eine herausragende Rolle auf nationaler und internationaler Ebene. Nachdem ein rumänisches Militärtribunal ihn 1925 wegen „staatsgefährdender Umtriebe" (S. 7) zu zehn Jahren Gefängnis und anschließender lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt hatte, entkam er der Bestrafung durch Flucht aus der Haft. Erst 1929 kehrte Pauker wieder nach Rumänien zurück. 1935 setzte er seine Parteikarriere als Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens fort und ging 1937 in die Sowjetunion. Er wohnte mit seinen beiden Kindern in dem legendären Hotel Lux in Moskau. Wegen seiner „bürgerlichen" jüdischen Abstammung und langjähriger Westaufenthalte wurde Pauker 1937 laut Anklageschrift „konterrevolutionärer Aktivitäten und der Spionage" (S. 139) verdächtigt und am 16. August 1938 hingerichtet. Erst lange nach Stalins Tod 1953 wurde Marcel Pauker 1957 von sowjetischen Behörden als „unschuldiges Opfer" (S. 11) rehabilitiert.

Drei Jahre nach der Rehabilitation starb seine Witwe Ana Pauker 1960 an Krebs. Sie hatte die Hoffnung nicht aufgegeben, daß ihr Mann noch

am Leben sei, und nie auf seinen Namen verzichtet. 1952 fiel die hochrangige Parteifunktionärin und Außenministerin selbst in Ungnade und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die 1953 verhaftete, nach zwei Monaten wieder freigelassene und unter Hausarrest gestellte Witwe von Marcel Pauker versuchte zunächst, sich durch selbstkritische Äußerungen und „scharfe Mißbilligungen der Tätigkeit ihres Mannes" (S. 12) zu retten: „Ich habe das gefährliche Ausmaß der Fraktionskämpfe, die von den Abweichlern begangenen Verbrechen, in erster Linie die Verbrechen M. Paukers gegen die Partei und die Arbeiterklasse, nicht erkannt" (S. 142). Drei Jahre darauf änderte sie ihre Haltung, und ihr unterwürfiger Ton wurde vorwurfsvoll und anklagend. In einem mit ihr geführten Gespräch sagte sie, möglicherweise auf die Ermordung ihres Mannes anspielend: „Du kannst doch einen Menschen nicht zum Tode verurteilen und erst nach seiner Hinrichtung untersuchen, ob er ein Mörder war oder nicht" (S. 149).

Die von dem aus Rumänien stammenden Schriftsteller William Totok und dem deutschen Soziologieprofessor Erhard Roy Wiehn zusammengestellte Dokumentation ist sehr aktuell, denn nach der osteuropäischen Wende weht in rumänischen Blättern der „kalte Wind des Antisemitismus" mit „pseudohistorischen Abhandlungen" (S. 14) über den Einfluß „der Juden" auf den Kommunismus.

Kurt Schilde

HÜCHTKER, Dietlind: **„Elende Mütter" und „liederliche Weibspersonen". Geschlechterverhältnisse und Armenpolitik in Berlin (1770–1850)** (= Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Bd. 16). – Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 1999. 310 S.

NITSCH, Meinolf: **Private Wohltätigkeitsvereine im Kaiserreich. Die praktische Umsetzung der bürgerlichen Sozialreform in Berlin** (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 98). – Berlin und New York: Verlag Walter de Gruyter 1999. 566 S.

Der Geschichte der bürgerlichen Sozialreform und der kommunalen Armenpolitik widmen sich die Verfasserin und der Verfasser zweier neuerer Dissertationen, die beide das Berliner Beispiel in den Mittelpunkt stellen. Unter dem Titel „‚Elende Mütter' und ‚liederliche Weibspersonen'" untersucht Dietlind Hüchtker in ihrer von Karin Hausen betreuten Arbeit die Berliner Armenpolitik in der Zeit von 1770 bis 1850. Armenpolitik – darunter versteht die Autorin jene Auseinandersetzungen, bei denen preußische Obrigkeit, Berliner Stadtbürgertum und die in Berlin lebenden und als „arm" bezeichneten Menschen aushandelten, was als „Armut" gelten und wie damit politisch umgegangen werden sollte. Dabei geht Dietlind Hüchtker von der These aus, daß sich die Berliner Armenpolitik seit Ende des 18. Jahrhunderts nicht etwa als Reform von oben vollzog, sondern in alltäglicher Konfliktbewältigung auf der Ebene der Verwaltung ausgehandelt wurde (S. 10 f.). Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Akten der Berliner Armen-Direction und des Berliner Polizei-Präsidiums; ergänzt wird dieses Material durch veröffentlichte Quellen, etwa Stadtbeschreibungen, sozialkritische und feuilletonistische Berlinliteratur, Verwaltungsberichte und Armenordnungen.

Diesem heterogenen Quellenkorpus tritt die Autorin mit einem ambitionierten Ansatz gegenüber, der drei historiographische Forschungskonzepte zu integrieren versucht (S. 15–18): ausgehend von der Geschlechtergeschichte wird die Kategorie *gender* für sämtliche Ebenen der Untersuchung fruchtbar gemacht. Es werden also die Verwaltungspraxen und das polizeiliche Handeln danach befragt, inwieweit sie weibliche und männliche „Arme" unterschiedlich wahrnahmen und welche Fürsorgeformen bzw. Stigmatisierungen sie für die Geschlechter jeweils vorsahen. Ebenso interessieren die geschlechtsspezifischen Differenzen in den Handlungschancen der davon betroffenen „Armen". Anknüpfend an die *new cultural history* werden überdies die sich in der Armenpolitik artikulierenden Wahrnehmungen, Denkweisen und Handlungen als „wirklichkeitsproduzierend" analysiert. Es wird also etwa davon ausgegangen, daß „Armut" nicht von vornherein gegeben war, sondern daß im Zusammenspiel von Deutungen, Maßnahmen und erfahrbaren Auswirkungen die Wirklichkeit der hier Agierenden wie die Wirklichkeit der von den Maßnahmen Betroffenen kulturell überhaupt erst erzeugt wurde. Schließlich bezieht sich die Untersuchung noch auf die von der Mikrohistorie entwickelte Perspektive der „kleinen Ereignisse", der „normalen Ausnahmefälle" und der „lokalen Politik". Hier wird das Bemühen sichtbar, sich von modernisierungstheoretischen Modellen scharf zu distanzieren. Statt dessen setzt Hüchtker auf eine

„dezentristische Vorgehensweise", bei der nicht nur die Verbindungen zwischen lokaler und königlicher Politik in den Blick, sondern Herrscher und Beherrschte auch jeweils als Subjekte ernst genommen werden sollen (S. 15 f.). Hinzu tritt das Bestreben, „Armut" und „Armenpolitik" gleichzeitig als „Konflikt" und „Diskurs" zu betrachten und in einer „Verknüpfung von Konflikt- und Diskursanalyse" den „Alltag der Armenpolitik" sichtbar zu machen (S. 18).

Es ist leicht verständlich, daß ein derart komplexer Ansatz sich mit einer linearen, chronologischen Darstellungsform wenig verträgt; so ist es nur folgerichtig, daß Dietlind Hüchtker ihre Dissertation systematisch aufgebaut hat und auch innerhalb der vier Hauptkapitel (Bitt- und Bettel - kultur; Alltag der Kommunalisierung; Elendsquartiere und Prostitution; Ordnungsprinzip Geschlecht) die chronologischen Abläufe in den Hintergrund treten läßt.

Dabei kommt sie zu beeindruckenden, mitunter auch überraschenden Ergebnissen. Zunächst zeigt sie, daß „Armut" – jedenfalls im Untersuchungszeitraum und bezogen auf Berlin – „nichts Besonderes" war. Offenbar läßt sich hier auch keine „besondere Gruppe der Armen" definieren, vielmehr scheint die „städtische Kultur als Ganzes" von „Armut" geprägt gewesen zu sein (S. 67–69). Auch das in der Forschung lange Zeit gehegte Bild von der „armen Witwe" wird hinterfragt. „Witwen", das zeigt die Untersuchung von Hüchtker, waren nicht „allein durch ihren Stand arm", vielmehr hing ihre wirtschaftliche Situation u. a. entscheidend davon ab, „ob und wie viele Kinder sie zu versorgen hatten" (S. 81).

Auch unser bisheriges Wissen über das Ausmaß der Armut im Zeitalter des Pauperismus stellt Dietlind Hüchtker erheblich in Frage, indem sie die üblichen statistischen Berechnungen einer virtuosen dekonstruktivistischen Kritik unterzieht (S. 70–75). Zu den wichtigen Erkenntnissen der Arbeit gehören zudem die Verweise auf die Beharrlichkeit überkommener Vorstellungen von Bettelei und Armut in der Phase der preußischen Reformen. So entpuppt sich bei näherem Hinsehen nicht nur die kommunale Armenverwaltung als hartnäckige Bastion gegen eine reformorientierte Sozialpolitik. Obwohl sich allmählich das kulturelle Gefüge der traditionellen Bitt- und Bettelkultur auflöste, gelang es nie, die Bettelei ganz abzuschaffen. Und die Einstellungen der städtischen Bürger zur Bettelei haben sich ebenfalls nur langsam gewandelt (S. 128–130).

Besonders deutlich wird dabei die zentrale Bedeutung dichotomer Zuschreibungen, wie „Sittlichkeit" und „Unsittlichkeit", die die vielfältigen Wahrnehmungsweisen von „Armut" zwischen 1770 und 1850 durchzogen. Demnach verstand etwa die kommunale Armenverwaltung unter „Unsittlichkeit" ein Konglomerat aus verschiedenen Lastern, delinquentem Verhalten, Sittenlosigkeit in sexueller Hinsicht, Unbotmäßigkeit und ungeordneten Lebensverhältnissen (S. 13). Ohne Prüfung und Reflexion hat sie dann die daran geknüpften negativ besetzten Attribute den in irgendeiner Weise sozial Auffälligen und vom bürgerlichen und städtischen Lebensmodell Abweichenden zugeschrieben und dabei vor allem die Frauen umstandslos als „unsittliche Arme" aufgefaßt. Für sie kam von vornherein keine wohlgemeinte Fürsorge in Betracht, sondern diese „elenden Mütter" und „liederlichen Weibspersonen" wurden tendenziell von sozialen Leistungen ausgegrenzt (bes. S. 109–128). Dies stand in deutlichem Gegensatz zu der Hingabe, mit der die kommunalen Behörden sich anschickten, den „ehrbaren" und „würdigen Armen" zu helfen (S. 194–197). So artikulierte sich nicht nur auf der Ebene der kommunalen Verwaltung, sondern in der preußischen Reformpolitik gegenüber der „Armut" insgesamt das „Selbstverständnis der männlichen Bürger" (S. 212).

Mitunter gelingt es der Autorin nicht ganz, ihre differenzierten methodologischen Überlegungen verständlich zu machen und konsequent zu Ende zu denken. Was genau soll man darunter verstehen, wenn uns die Autorin erläutert, sie wolle einzelne in den Bettelakten aufscheinende Vorfälle als „Konflikte im Kontext von institutionellen und normativen Veränderungen" untersuchen und dabei die „Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der Beteiligten auf Strategien, Interessen und Sinn hin" erforschen? Wie stellt sie sich eine (zudem noch an Michel Foucault anknüpfende) Diskursanalyse präzise vor, bei der „Reden und Schreiben, aber auch Handlungsanweisungen oder Normen als Diskurse über Armut, Geschlechterbeziehungen und städtische Ordnung analysiert" werden sollen (S. 18)? Hier hätte man schon gerne gewußt, welche Konsequenzen es für die beabsichtigte Analyse denn tatsächlich hat, wenn dabei der „Diskurs" als „Praxis" und nicht als „Diskussion" verstanden werden soll, wie die Autorin in einer Fußnote eher am Rande bemerkt (S. 18, Anm. 49). Hier wirkt der Ansatz überfrachtet, und bei der konkreten Interpretation der Quellen ist die Mühe

erkennbar, die aufgewendet werden mußte, um jeweils den konzeptionellen Überblick zu behalten. Das ändert jedoch nichts an dem insgesamt sehr positiven Eindruck, den die Dissertation von Dietlind Hüchtker hinterläßt. Ihre Studie bereichert keineswegs „nur", wie vielleicht der Titel erwarten ließe, die Forschungen über die Geschichte der Geschlechter. Vielmehr mündet sie in den geglückten Versuch, an einer Kulturgeschichte der kommunalen Armut mitzuschreiben; zudem leistet die Verfasserin einen wichtigen Beitrag für eine kulturtheoretisch inspirierte Geschichte der preußischen Sozialpolitik und der Berliner Stadtverwaltung.

Während sich Dietlind Hüchtker auf die Zeit der Entstehung der „sozialen Frage" konzentriert, nimmt Meinolf Nitsch in seiner Arbeit über „private Wohltätigkeitsvereine" das Kaiserreich mit einer bereits reichsweit koordinierten Sozialpolitik in den Blick. In Abgrenzung zur bisherigen Forschung, die sich primär um die „großen Themen" der Sozialreform, Sozialversicherung und Sozialhygiene gekümmert und dabei vor allem Programme und Konzeptionen sowie ideologie- und wissenschaftsgeschichtliche Aspekte im Blick gehabt habe, geht es Nitsch in seiner von Heinrich Volkmann betreuten Dissertation primär um die „praktische Umsetzung" privaten Engagements auf der Ebene des weit aufgefächerten kommunalen Vereinswesens. Seine Untersuchung zielt also darauf ab, die Funktionsweise der Wohltätigkeitsvereine „vor Ort" zu erkennen, ihre Organisationsform zu bestimmen, die dort agierenden Personen und Funktionäre zu identifizieren und sie in ihrem Aktionsradius zu „beobachten". Überdies möchte er die in und zwischen den Vereinen sich entwickelnden Kommunikationsstrukturen aufdecken und die Beziehungen der Vereine zu den maßgeblichen kommunalen Behörden sichtbar machen (S. 1–7). Anknüpfend an organisationssoziologische und kommunikationstheoretische Konzepte, begreift Nitsch das zu analysierende sozialreformerische Vereinswesen in Berlin als „Kommunikationssystem", bei dem die Vereine die durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung vernachlässigten Bevölkerungsgruppen gezielt ansprachen und gleichzeitig als „Multiplikatoren" der gerade aufstrebenden wissenschaftlichen Sozialhygiene fungierten.

Von den „mehreren hundert" Berliner Vereinen, die sich im Kaiserreich der Jugend-, Gesundheits- und Wöchnerinnenfürsorge sowie der Säuglingspflege, der Krippen-, Vorschul- und Horterziehung widmeten, hat Nitsch rund dreißig Organisationen ausgewählt. Dabei handelt es sich um Vereine, die erstens über ein klar umrissenes sozialreformerisches Ziel verfügten, zweitens in ehrenamtlicher bürgerlicher Trägerschaft geführt wurden, drittens nicht konfessionell oder an Großorganisationen gebunden waren und viertens in ihrem Wirkungskreis auf das Stadtgebiet begrenzt blieben (S. 6). Entsprechend gelten ihm die unter diesen Gesichtspunkten ausgewählten Einzelvereine als die maßgeblichen „Akteure" der privat initiierten Sozial- und Wohlfahrtspolitik auf kommunaler Ebene.

Das Berlin des Kaiserreichs rückt in den Mittelpunkt, weil hier eine Zunahme der Mitgliedschaft und der Filialgründungen sowie eine „außerordentliche Tätigkeits- und Methodenvielfalt" zu verzeichnen ist und – daraus möglicherweise ableitbar – auch eine „ständig steigende Nachfrage nach den Vereinsdienstleistungen" (S. 5). Worauf sich diese „besondere Steigerung" bezieht, ob sie in Relation zu anderen Städten oder Regionen festzustellen ist oder ob sie nur innerhalb der Berliner Geschichte auffällt, erfahren wir nicht. So bleibt auch unklar, inwiefern die Ergebnisse von Nitschs Arbeit auf andere Städte übertragen oder gar reichsweit verallgemeinert werden können.

Neben den Akten der Berliner Armendirektion, der Schuldeputation und Stadtverordnetenversammlung (S. 32) stellen die Jahres- oder Rechenschaftsberichte der Vereine die wichtigste Quellenbasis der Untersuchung dar. Aus ihnen gewinnt Nitsch die Daten zu einer computergestützten Erhebung, die zu „detaillierten Kenntnissen über die Arbeitsweise der praktischen Sozialreform" führen soll. Entsprechend dieser quantitativen Ausrichtung liegt auch der eigentliche Schwerpunkt der Untersuchung auf der Ermittlung von Daten über Zahl, Beruf, Alter, Geschlecht, Geburt, Tod und Herkunft von Mitgliedern und zumeist bürgerlichen Funktionär(inn)en im sozialreformerisch tätigen Berliner Vereinswesen. Bei der Entwicklung seiner Datenbankstruktur hat sich der Verfasser am Entity-Relationship-Model (ERM) orientiert. Besonders im Blick sind Vorstände, Vorsitzende, Kassierer(innen), Schriftführer(innen), Beisitzer(innen), freiwillige Helfer(innen), Hilfsdamen, Vereinsärzte und Vereinsjurist(inn)en sowie die von den Vereinen unterhaltenen Geschäftsführer(innen), außerdem die bezahlten, eher aus unteren Schichten stammenden Säuglingspflegerinnen. Hinzu kommen differenzierte Analysen der informellen Kommunikationsstrukturen in und zwischen den

Vereinen, etwa Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften, Verwandtschaft, Nachbarschaft und Bekanntschaft von Mitgliedern und Funktionär(inn)en, die zum Teil über Adressenverzeichnisse rekonstruiert werden. Insgesamt entsteht so ein quantitatives Abbild der „Kommunikationsstruktur" jener dreißig Vereine. Offenbar wirkten in ihnen 6271 Personen, die an 6661 Orten wohnten, 5011 Berufe und 9701 Vereinsfunktionen sowie 242 Unterrichtstätigkeiten ausübten (S. 10 bis 14). Doch zu welchen Ergebnissen führen nun die daraus entwickelten Zeitreihen, statistischen Übersichten und „komplizierten Verknüpfungen" (S. 10)? Und vor allem: was ist an Erkenntnis gewonnen, wenn wir über diese Dinge im Detail unterrichtet sind?

Seine Überlegungen präsentiert Nitsch in drei Hauptkapiteln. Im ersten werden die ausgewählten dreißig Vereine (Vorgeschichte, Gründung, Aufbau) nacheinander vorgestellt und ihre innere Gliederung sowie die Beziehung zu ihrer Klientel beschrieben (S. 37–148). Der zweite Teil geht offiziellen Kontakten nach, etwa den expliziten Kooperationen zwischen den Vereinen oder zwischen Vereinen und Behörden (S. 149–310). Im dritten Teil erfahren wir etwas über die informellen Kontakte zwischen Gliederungen, Mitgliedern und Funktionären der gleichen oder verschiedener Vereine. Hier werden auch die indirekten Einflußmöglichkeiten auf die offizielle Sozialpolitik oder auf Behörden deutlich. Auch wird die informelle Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, etwa der Frauenbewegung, behandelt (S. 311–511). Am Schluß wird das Zusammenspiel von offizieller Vereinspolitik und informeller Arbeitsweise diskutiert und seine Bedeutung für die „Produktivität" (S. 36) der sozialreformerischen Bewegung zu gewichten versucht (S. 512–518).

Dabei kommt der Autor in seiner Studie zu wichtigen empirischen Einzelergebnissen. So demonstriert er in anschaulicher Weise die schwache Kooperation zwischen öffentlicher Zwangsarmenpflege und ergänzender Privatwohlfahrt, zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Wohltätigkeitsvereinen, womit gängigen Annahmen widersprochen wird. Verschiedene Ursachen macht Nitsch sichtbar: etwa die zwischen privatem Engagement und Behörden divergierenden Handlungsprinzipien oder geschlechtsspezifische Vorbehalte der Armenkommissionen, die eine Mitarbeit bürgerlicher Frauen in der Armenpflege erschwerten (S. 149–194 und S. 388–411). Demgegenüber wird ein hohes Maß an tragfähiger Zusammenarbeit aufgedeckt, die die privat initiierten Vereine untereinander pflegten (S. 195–210). Zudem scheinen sich einzelne Vereine oder Vereinsensembles zu Zentren des Informationsaustauschs, zu herausgehobenen Kontakt- und Vermittlungsbörsen entfaltet zu haben (S. 249–252). Statt der zu erwartenden Zersplitterung waren effektive Zentralisationsstrategien an der Tagesordnung (S. 281 f.), einschließlich dem Bestreben, zentrale Fachverbände zu bilden oder sich ihnen anzuschließen (S. 309 f.). Auch zeichnet Nitsch ein schillerndes Bild von den in den Vereinen häufig anzutreffenden Mehrfachfunktionären, die regelmäßig die höheren Vereinsposten für sich reklamierten und zudem in ihrer Freizeit in der Berliner Gesellschaft eine große Rolle spielten (S. 311–348). Offenkundig gelang es einigen, sich zu exklusivsten „Kreisen" mit informellen Strukturen zusammenzuschließen (S. 349–388). Überdies zeigt Nitsch, daß Wohltätigkeitsvereine und kommunale Selbstverwaltung weniger kooperierten, als dies bisher angenommen wurde (S. 388 bis 411). Deutlich wird außerdem die Sonderrolle der Lehrerschaft, die sich – gegenüber den ebenfalls vertretenen Ärzten, Verwaltungsfachleuten, Fabrikanten und Kaufleuten – sicher auch aufgrund der flexibleren Zeitressourcen überproportional in der Wohltätigkeit engagierte (S. 411 bis 466). Schließlich wird die Bedeutung von „female dominions", also spezieller Frauenbereiche, auch für das Berliner Vereinswesen bestätigt. Offenbar haben sie etwa bei Vereinen, die für das Hortwesen zuständig waren, die Professionalisierung der weiblichen Berufe erheblich befördert (S. 469–511).

Bei all dem stellt sich die Frage, ob die „Genauigkeit und Gründlichkeit" (S. 512), mit der die Vereinspraxen auf 566 Seiten beschrieben werden, nicht zu Lasten der analytischen Perspektive und des notwendigen Rückbezugs auf allgemeinere sozial- und kulturgeschichtliche Strukturen und Prozesse gegangen ist. In seinem Bemühen um Vollständigkeit ist es dem Autor offenkundig schwergefallen, Wesentliches von Unwesentlichem zu scheiden und seine Ergebnisse straff und pointiert zu präsentieren. Das gilt auch für den Anmerkungsapparat, der durch lange Zitate und durchaus verzichtbare Episoden aus dem wechselvollen lokalen Vereinsleben unnötig überfrachtet wurde.

Unabhängig davon handelt es sich bei der Dissertation von Meinolf Nitsch um einen wertvollen Beitrag, der die Geschichte des deutschen Vereinswesens, die historische Erforschung der sich professionalisierenden Sozialarbeit, die Geschichte

von Bürgerlichkeit, bürgerlichen Berufen und bürgerlicher Ehrenamtlichkeit und nicht zuletzt die Berliner Stadtgeschichte um wichtige Erkenntnisse bereichert.

Allerdings verblüfft, daß Nitsch in seiner derart soliden und materialreichen Studie, mit der man einen unbestritten fundierten Blick auf die untere, konkrete Ebene der kommunalen Sozial- und Wohlfahrtspolitik zu werfen vermag, nicht ohne einen kleinen Seitenhieb auf die kulturhistorisch inspirierten, qualitativ arbeitenden Mikrohistoriker auszukommen glaubt (S. 16, Anm. 17). Ebenso wirkt auf der anderen Seite die Abwertung sozialgeschichtlicher Perspektiven und Methoden durch Dietlind Hüchtker unnötig. Werden hier nicht Fronten aufgebaut, die einer vertieften historischen Erforschung von „Armut", „Fürsorge" und Sozialpolitik wenig nützlich sein werden?

Ein direkter Vergleich der beiden Studien deutet jedenfalls an, was von beiden Ansätzen zukünftig zu erwarten sein könnte. Bei aller Quantifizierung und den damit verbundenen modernsten technischen Verfahren wirkt die Arbeit von Meinolf Nitsch in ihrer organisationssoziologischen und sozialhistorischen Ausrichtung eher traditionell. Geradezu ungestüm, mitunter riskant, aber doch immer kreativ erscheint demgegenüber die kulturgeschichtlich geprägte Studie von Dietlind Hüchtker. In Nitschs Darstellung erfahren wir unendlich viele und wertvolle Details über die Arbeitsweise und „Kultur" von Organisationen sowie deren Kommunikationsstrukturen. Aber wir hören kaum Anschauliches über den ursprünglichen Gegenstand der Sozialgeschichte, nämlich die soziale Lage und das Selbstverständnis der dort agierenden Bürger, geschweige denn über die soziale Lage der befürsorgten Unterschichten oder die die divergierenden Soziallagen jeweils prägenden gesellschaftlichen Einflußfaktoren. Demgegenüber verirrt sich der multidimensionale Ansatz von Dietlind Hüchtker hin und wieder im selbst produzierten Gestrüpp von Deutungsperspektiven und Analyseebenen. Aber sieht man davon einmal ab, eröffnet ihr kulturhistorisch inspirierter Zugriff immerhin die Möglichkeit, sich dem Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizont der als „Arme" Bezeichneten intensiv anzunähern. Und dies offensichtlich, gerade weil die Autorin sowohl die „Armut" selbst als auch die darauf gerichtete und bürgerlichen Normen verpflichtete „Wohltätigkeit" als Konstrukte zu entlarven vermag, die – neben der scheinbar alles dominierenden Geschlechterdifferenz – immer auch einen erheblichen Standesdünkel gegenüber den „ärmeren Klassen" offenbaren.

Brigitte Kerchner

RUDLOFF, Wilfried: **Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910–1933.** 2 Bde. (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 63). – Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1998. 1062 S. (fortl. Pag.).

Es gilt, eine Dissertation vorzustellen, bei der man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll. Auf der einen Seite sind die Energie, die Akribie und nicht zuletzt auch der Fleiß zu bewundern, mit denen ein einzelner Autor sicherlich fast ein Jahrzehnt lang ein Thema bearbeitet, sich durch eine Fülle von Archiven gewühlt und eine Legion von gedrucktem Material einschließlich einer kaum noch zu übersehenden Fülle von Literatur erforscht hat – bei der dann immer noch die eine oder andere Arbeit fehlt. Auf der anderen Seite ist das „unsoziale Verhalten" eines solchen Autors zu tadeln, dem es nur gelang, sein Thema auf mehr als 1000 (eintausend) Druckseiten abzuhandeln; es sind aber auch die Personen und Gremien zu kritisieren, die eine solche „unförmige" Arbeit an der Universität passieren ließen. Wie soll schließlich bei einem solchen „Vorlauf" eine Habilitationsschrift aussehen?

Der Verfasser hat – das muß man ihm zugestehen – eine deutliche Lücke in der neueren Stadtgeschichtsforschung erspäht, nämlich das städtische Wohlfahrtswesen. Diesem Thema ist die Regionalstudie über München gewidmet, die gewissermaßen paradigmatisch für eine Entwicklung in ganz Deutschland stehen soll. Er führt damit die Reihe von Studien über München fort, die auf der einen Seite wohl die Besonderheiten hervorheben, auf der anderen Seite aber auch prinzipielle Entwicklungsstrukturen zeigen sollen.

Die Studie gliedert sich in drei Untersuchungsebenen. Auf einer ersten, einer Makroebene gewissermaßen, geht es um Programmformulierungen, um grundsätzliche Ideen, um Vorgaben der Politik. Behandelt werden verschiedene Auffassungen, verschiedene Gesellschaftsbilder und soziale Ordnungsentwürfe (S. 16). Auf einer zweiten Ebene geht es um die konkreten Vollzugsinstanzen dieser Politik, es geht um nachgeordnetes

Handeln, aber auch um Deutung oder auch Umdeutung der gegebenen Rahmenbedingungen in der konkreten sozialen Politik. Untersucht wird der Aufbau von Organisationen, die Befestigung von Strukturen, diskutiert werden aber auch politische Auseinandersetzungen. Die Fülle regionaler Verschiedenheiten bei der Lösung ähnlicher oder doch vergleichbarer sozialer Problemlagen sind – so zeigt die Studie – frappierend, aber auch innerstädtisch sind in München gewaltige Unterschiede herauszufinden. Die Verschiedenartigkeit, mit der in einer Stadt die gleichen Problemvorgaben jeweils ausgestaltet wurden, ist gewaltig.

Die Adressaten der Wohlfahrtspolitik stellen schließlich die dritte Analyseebene dar. Sie bildeten den Maßstab dafür, inwieweit die Tätigkeit der beiden anderen Ebenen tatsächlich empfängerorientiert ausgestaltet wurde, und lassen – zumindest ansatzweise – erkennen, wie aus der Sicht der Betroffenen die städtische Wohlfahrtspolitik wahrgenommen und erlebt wurde. Zugleich wird in der Studie partiell aber auch untersucht, ob und inwieweit der Kreis der Betroffenen in der Lage war, eigene Bedürfnisse zu formulieren und durchzusetzen und damit den üblichen Verlauf der Dinge – nämlich von oben nach unten – umzukehren, gewissermaßen zu demokratisieren.

Methodisch mag sich der Autor der Studie nicht so recht für einen Ansatz entscheiden. Dem Sozialdisziplinierungskonzept steht er eher skeptisch gegenüber, weil Aussagen über diejenigen, die die Disziplinierung erfuhren, aus Gründen der Quellenüberlieferung nur schwer zu machen seien. Im Grunde verweigert sich die Studie einem jeden analytischen Zugriff mit dem Argument Rudloffs, dadurch die Realität einzuengen. Dem Versuch aber, alle Perspektiven zugleich und gleichwertig zu berücksichtigen, haben wir möglicherweise den gewaltigen Umfang der Untersuchung zu verdanken.

Die Arbeit gliedert sich – neben Einleitung und Schluß – in zwölf Abschnitte. Nach einem ersten Teil, in dem der Autor sich mit der Entwicklung Münchens in den ersten dreißig Jahren des 20. Jahrhunderts befaßt, folgt ein eher organisationsbezogener Teil über Ämterbildung und Personalressourcen sowie über die Typen des Fürsorgepersonals. Daran schließt sich der chronologisch eingeschobene Abschnitt über „Kriegsnot und Inflationsarmut" an. Es folgen Kapitel über Zwangswirtschaft sowie über die Vereine und Verbände der privaten Wohlfahrtspflege. Dem Neuaufbau und der Erweiterung der Wohlfahrtspflege in den Mitteljahren der Weimarer Republik wird in Kapiteln über „Fürsorge und Geschlecht" und einer Darstellung der Perspektive der Betroffenen, also „von unten", Rechnung getragen. Die Studie schließt mit Kapiteln über die Fürsorgekatastrophe am Ende der Weimarer Republik und dem „Zerfall der Wohnungswirtschaft" noch vor dem Jahre 1933.

Zu welchen Ergebnissen kommt nun der Verfasser in seiner nicht immer leicht lesbaren Studie? Zum einen sieht er tiefe Brüche in der Entwicklung der städtischen Wohlfahrtspolitik. Zwischen den Krisen, die durch den Ersten Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise ausgelöst wurden, gab es nur eine kurze Spanne relativer Stabilität, in der es von einer eher reaktiven zu einer mehr aktiven städtischen Wohlfahrts- und Sozialpolitik kam. In dieser Phase profilierte sich die Stadt besonders auf dem Gebiet der Wohnungspolitik, mit der besonders die städtischen Baugenossenschaften gefördert wurden. Es zeigte sich aber schon in dieser Zeit, daß angesichts der ökonomischen Zwänge neue und moderne Programme der Fürsorge nicht durchzusetzen waren. Mit der Weltwirtschaftskrise geriet schließlich die gesamte städtische Fürsorge in ein Stadium massiver Verunsicherung. Den Anspruch, „den Lebensbedarf der Armutsbevölkerung zu sichern" (S. 974), konnte sie nun jedenfalls nicht einmal mehr ansatzweise verwirklichen.

Interessant ist unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung der Rolle der Bürokratie in der Kommune, daß die „Sozialverwaltung", die in der Untersuchung im Mittelpunkt steht, nahezu unabhängig von allen politischen Umbrüchen ein starkes Eigenleben führte. Es wurde von den Vorstellungen der im Stadtparlament regierenden politischen Kräfte nur relativ wenig beeinflußt. Den Sozialdemokraten gelang es in den Jahren zwischen 1919 und 1925 jedenfalls in keiner Phase, ihre Vorstellungen mit Hilfe der Bürokratie bis hin zum Empfänger zu bringen. Trotzdem ist jedoch hervorzuheben, daß – dies ein wesentliches Ergebnis der Arbeit – die Vertreter der Bedürftigen in der Münchener Sozialpolitik lange Zeit – bis zum Durchschlagen der Weltwirtschaftskrise – ein gewichtiges Wort in der Wohlfahrtspolitik mitzureden hatten.

Daß gerade mit diesem Ansatz nach 1933 radikal Schluß gemacht wurde, braucht nicht weiter betont zu werden. Es unterstützt aber die These des Verfassers, daß nicht schon 1930, sondern erst 1933 in voller Schärfe ein Bruch in der Wohlfahrtspolitik eintrat: „War der Abbau der Fürsorge in der Weltwirtschaftskrise tendenziell auf

ganzer Breite erfolgt, so verschoben sich jetzt zusehends die Muster in Richtung einer stärker selektiven Behandlung der Fürsorgebedürftigen: an die Stelle des horizontalen Abbaus trat die vertikale Aussonderung" (S. 982).

Fazit: Es handelt sich bei der Studie von Wilfried Rudloff um ein inhaltsschweres Monumentalwerk zur kommunalen Fürsorgepolitik in München. Es wird aber wohl von den meisten Lesern nur als ein Steinbruch verwertet werden können. Der Autor hat sich damit – nicht zuletzt wegen der Form der Darstellung – selbst um den verdienten Lohn seiner Anstrengungen gebracht.

Karl Heinrich Pohl

SCHAFRANEK, Hans, unter Mitarbeit von Natalja MUSSIJENKO: **Kinderheim No. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil.** – Wien: Döcker Verlag 1998. 251 S.

Die „zweiten Generation" der Emigration in der Sowjetunion kann auch unter Berücksichtigung einiger Publikationen über das Kinderheim der Roten Hilfe in Iwanowo und über die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau als Stiefkind der Exilhistorik angesehen werden. Ungeachtet ihrer erbarmungslosen, oft mit Erwachsenen gleichrangigen Einbeziehung in den stalinistischen Massenterror (z. B. Organisation „Hitler-Jugend") und ihrer nicht unbedeutenden Rolle in der DDR bildete diese Personengruppe bisher keinen besonderen Schwerpunkt der biographischen und analytischen Forschungen.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Überwindung dieses Desiderats bietet der ausgewiesene österreichische Historiker Hans Schafranek mit seiner Studie über das Moskauer Kinderheim Nr. 6. Die Publikation fußt im wesentlichen auf lebensgeschichtlichen Interviews mit ehemaligen Zöglingen und auf einem systematischen Studium von Quellen aus deutschen, österreichischen und ehemaligen sowjetischen Archiven. Neben Komintern- und NKWD-Unterlagen wurden erstmals für die westliche Forschung Materialien aus dem Archiv der Moskauer Schulverwaltung, dem Archiv der gesellschaftlichen Organisationen der Stadt Moskau und dem Zentralen Archiv der Stadt Moskau erschlossen. Die Sichtung der entsprechenden Aktenbestände nahm die Koautorin Natalja Mussijenko, ehemals Mitarbeiterin der Kommission zur Rehabilitierung von Opfern der politischen Repression, vor. Im Zentrum der Darstellung steht das Schicksal der über 100 österreichischen Schutzbundkinder, für die das Heim auf Empfehlung des Exekutivkomitees der Komintern 1934 eingerichtet wurde. Gebührende Aufmerksamkeit erhält aber auch die kleine Gruppe der deutschen Zöglinge, zu der z. B. Wolfgang Leonhard, Margrit Knippschild, Werner Albrecht und Irmgart Sickert gehörten.

Das Schutzbund-Kinderheim nahm im Vergleich mit anderen Moskauer Heimen hinsichtlich der Erziehung, Verpflegung, Ausstattung und medizinischen Betreuung einen priviligierten Status ein. Dem Volkskommissariat für Bildungswesen unterstehend, war es als Musterheim konzipiert und sollte die Jungen und Mädchen aus Österreich, die vorwiegend aus einem sozialdemokratischen Milieu stammten, und die jungen Deutschen zu „sowjetischen Kindern" (S. 65) erziehen. Mit großer Liebe zum Detail schildert Schafranek den Alltag der Kinder, ihre Freizeitgestaltung, aber auch ihre politische Indoktrinierung, die Formen der Disziplinierung und Kontrolle sowie die Konflikte und Intrigen innerhalb des Erzieherkollektivs. Die unterschiedlichsten Reglementierungen, entsprechend den damaligen sowjetsozialistischen bildungspoltischen Vorstellungen, hemmten bei vielen Kindern den angestrebten Integrationsprozeß und halfen nur bedingt bei der Überwindung des tiefen Heimwehs oder mentaler Anpassungsschwierigkeiten. Vorwiegend aus diesen Gründen kehrten mindestens 27 Zöglinge des Kinderheims Nr. 6 zu ihren Eltern oder Verwandten nach Österreich zurück. Wie Schafranek nachweist, setzte die Heimleitung den entsprechenden Bemühungen dieser und weiterer Kinder, die dann schließlich in der Sowjetunion verblieben, etlichen Widerstand entgegen.

Am Schicksals des deutschen Kommunisten Fritz Beyes, 1934/35 pädagogischer Leiter der Erzieher- und Betreuergruppe, und anhand der von Moskauer NKWD-Mitarbeitern erfundenen Organisation „Hitler-Jugend" illustrieren die Autoren beispielhaft die Auswirkungen des stalinistischen Massenterrors in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre auf das Personal und die Insassen des Schutzbund-Kinderheims.

In einem weiteren Abschnitt werden die Gründe für die bereits im April 1938 vorgesehene Auflösung des Heims dargelegt und damit die von Wolfgang Leonhard in seinen Einnerungen geäußerte Vermutung widerlegt, daß die Liquidierung der letzten Einrichtung für deutschsprachige Emigranten in der sowjetischen Hauptstadt im

Frühherbst 1939 und die Überführung der 72 verbliebenen Jugendlichen in das „gewöhnliche" sowjetische Kinderheim „Spartak" im direkten Zusammenhang mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von August 1939 gestanden habe.

Besonders beeindruckend sind die gründlich recherchierten Lebenswege von neun österreichischen Heimzöglingen und der Deutschen Margrit Knippschild in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. In diesem „Eine individualbiographische Spurensuche" untertitelten Buchteil dominieren, außer in der Abhandlung über Karl Münichreiter, der das deutsche Besatzungsregime u. a. in Weißrußland erlebte, die Ausführungen über Gulag-Haft, Evakuierung, Tätigkeit in der Arbeitsarmee und Verbannung.

Abgeschlossen wird die Publikation mit einem ausführlichen und inhaltsreichen Interview des Autors mit Wolfgang Leonhard über seine Flucht aus der SED und der SBZ im März 1949. Leider ist dieses Gespräch der einzige Beitrag im Buch, der, wenn auch nur teilweise, die Vita eines Zöglings des Kinderheims Nr. 6 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion beinhaltet.

Peter Erler

HÜSER, Dietmar: **Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten, 1944–1950** (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 77). – Berlin: Duncker und Humblot 1996. 791 S.

Der Titel dieser dicken und entsprechend schweren, leider aber nur als Paperback gebundenen, „leicht gekürzte[n] und durch die neueste Literatur ergänzte[n]" (S. 1) Druckfassung der Dissertation Hüsers zeigt schon ein umfangreiches Programm an. Ein erster Blick in das Inhaltsverzeichnis läßt vor der Fülle der Themata zunächst zurückschrecken, man blättert und blättert, bis man nach 14 Seiten endlich zum Ende, dem „Personenregister", kommt. Es mag als Beckmesserei erscheinen, trotzdem: ein Register aller im Abkürzungsverzeichnis aufgeführten Institutionen, Kommissionen und Organisationen hätte man noch hinzufügen können; ich jedenfalls vermisse es, ebenso eine Zeittafel, denn der Autor springt von der einen Betrachtungs- oder Argumentationsebene zur anderen, vor- und rückwärts und auf und nieder. Das detaillierte Inhaltsverzeichnis vermag gezieltes Lesen nur bedingt zu erleichtern, wenn man nicht systematisch dem Autor folgen will – kritisch versteht sich.

Doch wo soll man im Rahmen einer kurzen Besprechung mit Kritik ansetzen angesichts der vorgelegten Ausführlichkeit, Komplexität, Vielschichtigkeit und Doppelgesichtigkeit der Fragen und der Problemstellungen, der Aspekte und Perspektiven, dazu noch einem durchgehaltenen methodischen Ansatz, der den Sozialwissenschaften in ihrem breitesten Spektrum – von der Wirtschaft über die Kultur bis zur Mentalität – verpflichtet ist und die Deutschlandpolitik Frankreichs bei aller relativ breiten Einbettung in den Kontext (vordergründig) gemeinsamer Ziele und divergierender nationaler Interessen der Alliierten unter dem Primat einer auch interaktiv gesehenen Innenpolitik (Regierung – Parteien – Verbände – Medien) betrachtet? Trotz des Fokus auf dem Zeitraum zwischen „Libération und Schumanplan" ist die Spanne der Betrachtung zeitlich sowohl rückwärts bis zum Kriegsausbruch (siehe Teil A) als auch vorwärts bis zu derzeit noch oder wieder aktuellen Bezügen oder Problemen offen (siehe die ersten Seiten der „Einleitung" und vor allem die „Schlußbetrachtung", S. 724 ff.).

Das „Hauptgewicht" liegt dennoch auf der Zeit bis 1946, wobei die Reden des US-Außenministers James F. Byrnes in Stuttgart am 6. September und vor dem American Club in Paris am 4. Oktober doch zu kurz kommen gegenüber dem Abschluß eines umfassenden Hilfs-, Wirtschafts- und Kreditabkommens zwischen ihm und dem französischen Regierungsbeauftragen Léon Blum im Mai 1946, und zwar sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf die außereuropäischen Motivationen der USA (ich weiß, das ist nicht das Thema). Hüser konzentriert sich auf die Rezeptionen, oft waren es auch nur Perzeptionen in Frankreich, und darauf, wie andere im Gegensatz zu französischen Politikern darüber dachten.

Was der Autor unter „doppelter Deutschlandpolitik" versteht, hat er in Anm. 49 auf S. 33 charakterisiert als „die Verfolgung inoffizieller Realziele [...] bei gleichzeitiger offizieller Aufrechterhaltung der Maximalziele trotz der Einsicht in deren Chancenlosigkeit; diese Aufrechterhaltung basierte innenpolitisch – verkürzt ausgedrückt – auf dem Druckpotential einer germanophoben französischen Öffentlichkeit und einer hegemonialen kommunistischen Partei, außenpolitisch auf den Nutzungsmöglichkeiten hexagonaler Zwänge

zugunsten amerikanischer Finanzhilfen sowie einer ansatzweisen Verwirklichung deutschlandpolitischer Realziele".

Den verschlungenen Linien, Kräften und Ambivalenzen wird in Teil C, „Erklärungsmuster", ausführlich, sprachlich allerdings oft geschwollen oder in Gegensatzpaaren nachgegangen. Dabei verbindet der Autor, wie auch in den vorangegangenen langen und breiten Präliminarien zu dieser „Apotheose", eher abstrakte oder theoretische, aus wissenschaftlichen Arbeiten Dritter abgeleitete oder an ihnen gemessene Reflexionen mit der Analyse der konkreten Ereignisse und Sachverhalte, wie sie den Franzosen erscheinen. Auf der Basis reichlicher und gründlicher Studien in allen erreichbaren und zugänglichen Archiven vor allem Frankreichs und unter Hinzuziehung jüngster Quellenpublikationen kann Hüser die bisher geleisteten Forschungsergebnisse ergänzen, aufbrechen, teilweise in Frage stellen.

Sein Fazit auch in methodischer Hinsicht indes lautet: „Vor dem Hintergrund einer ‚doppelten Deutschlandpolitik' relativieren sich die Divergenzen zwischen traditionellen und neueren Sichtweisen in der Historiographie, denn im Grunde stehen sich idealtypisch zwei Diskussionsebenen gegenüber, die insofern miteinander vereinbar sind, als sie zwei Seiten einer Medaille darstellen, sich wirkungsgeschichtlich gegenseitig bedingen" (S. 723).

Ursula Langkau-Alex

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument. Hrsg. von Heiner TIMMERMANN (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 86). – Berlin: Duncker und Humblot 1999. 894 S.

Dieser Sammelband vereint neben der vom Herausgeber selbst verfaßten Einleitung über Entstehung und politisches System der SBZ/DDR insgesamt 45 Beiträge. Dem Herausgeber ist zuzustimmen, daß in der Einleitung dem Leser nahezu Selbstverständlichkeiten in Erinnerung gerufen werden, um auch Nichtfachleuten eine Grundlage für das Verständnis der folgenden, hochinteressanten Beiträge zu liefern. Zu fragen ist jedoch, ob der Preis für die Anschaffung eines solchen Bandes in der heutigen Zeit der knappen Kassen überhaupt von öffentlichen Bibliotheken aufzubringen ist, zu schweigen von der Vorstellung, ein Nichtfachmann bezahle hierfür fast 200 DM.

In Teil II werden sieben deutsche wissenschaftliche Einrichtungen vorgestellt, unter ihnen das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (Martin Sabrow), der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin (Klaus Schroeder) und das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden (Gerhard Barkleit und Michael Richter).

Die Teile III bis VII beinhalten Beiträge zu Alltags- und Mentalitätsgeschichte, Wirtschaft, Geschichte, Herrschaftssystem sowie zur Gesellschaft, Bildung und Kultur. Christoph Kleßmann, Manfred Wilke und der Nestor der DDR- und Kommunismusforschung Hermann Weber skizzieren am Schluß des Bandes aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Aufgaben zeitgeschichtlicher DDR- und Deutschlandforschung. Weber war es auch, der mit einem Wort von Egon Erwin Kisch für wissenschaftliche Redlichkeit und Unaufgeregtheit beim Umgang mit den Akten plädierte: „Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit."

Auf alle Beiträge kann schon aus Platzgründen nicht eingegangen werden, zumal es sich bei den meisten Artikeln um über- und aufgearbeitete Beiträge handelt, die auf den bekannten alljährlichen Kolloquien des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Europäischen Akademie Otzenhausen, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Union-Stiftung Saarbrücken gehalten wurden. Viele dieser Arbeiten geben Einblick in größere Forschungsprojekte, deren Mitarbeiter inzwischen mit eigenständigen Publikationen bzw. längeren Beiträgen in Sammelbänden an die Öffentlichkeit getreten sind, so z. B. Michael Kubina und Peter Erler mit ihren Studien über den Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD und über die „Moskau-Kader". Kubina hat die zu den Anfängen der KPD/SED-Westarbeit spärlich überlieferten Unterlagen im SED-Bestand des Bundesarchivs gründlich ausgewertet. Er kommt dabei zu interessanten Ergebnissen, wie dem, daß der zentrale Westapparat der SED ein von jeglicher Paritätsforderung unberührt agierender KP-Apparat blieb und daß die Mehrzahl der Kader Westemigranten und ehemalige KZler waren. Erler liefert über die „Moskau-Kader" nach seiner langjährigen intensiven Beschäftigung mit der Emigration und Rückkehr deutscher Kommunisten aus der Sowjetunion und ihrem Nachkriegseinsatz in Deutschland einen sowohl historisch wie analytisch ausgezeichneten Beitrag. Auch er stellt keine sensationellen Ergebnisse vor, aber das, was er aufzeigt, ist nicht nur

seriös recherchiert, sondern beschreibt auch konkret und erstmals in dieser Breite, wohin die „Moskau-Kader" in Deutschland gingen und welche strategische Rolle sie für den Aufbau von Partei- und Staatsapparat einnahmen.

Frederike Sattler kommt am Ende ihres Beitrages über das Parteiensystem der SBZ als Problem des zentralen Apparates der KPD 1945/46 zu dem Resümee, daß es verfehlt wäre, den zentralen Parteiapparat der KPD im ersten Nachkriegsjahr als eigentliche Schalt- und Machtzentrale der SBZ zu bezeichnen. Die maßgeblichen Entscheidungen wurden innerhalb der sowjetischen Militärverwaltung bzw. direkt in Moskau getroffen. An der Art und Weise der Durchführung der Vereinigungskampagne zeigt sie, daß die KPD-Führung mit Hilfe ihres Apparates allein nicht in der Lage war, sich gegenüber den anderen Parteien als führende Kraft durchzusetzen.

Zu nennen sind ferner die Untersuchungen von Beatrix Bouvier über Widerstand und Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR, von Harold Hurwitz und Andreas Malycha zur Stalinisierung der SED sowie von Michael Herms zur Westarbeit der FDJ. Lesenswert sind auch die Ausführungen von Jörg Roesler: „Alles nur systembedingt? Die Wirtschaftshistoriker auf der Suche nach den Ursachen der Wirtschaftsschwäche der DDR". Er kommt zu dem Urteil, daß letztendlich interne Systemblockaden zum Zusammenbruch der Wirtschaft geführt haben, verweist aber auch darauf, daß durchaus Spielräume für andere Entscheidungen vorhanden waren. Gerd-Rüdiger Stephan, Autor zahlreicher Publikationen zur SED- und DDR-Geschichte, analysiert SED-interne Auseinandersetzungen und Disziplinierung in der Ära Honecker. Am Ende seines Beitrages stellt er die Frage, ob, gemessen an den Grundnormen einer totalitär verfaßten Herrschaft, die Macht der SED in dem Moment zusammenbrach, als eines oder mehrere der genannten Monopole (u. a. Ideologie-, Politik- oder Repressionsmonopol) außer Kraft gesetzt wurden, und fordert weitere Untersuchungen, so u. a. zur Ausarbeitung der SED-Gesellschaftsstrategie, zur Rolle der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz oder auch zur Parteielite in der Ära Honecker.

Andreas Herbst

Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Hrsg. von Stefan HORNBOSTEL (= Reihe „Soziologie der Politik", Bd. 2). – Opladen: Leske und Budrich 1999. 290 S.

Das Thema „Eliten im Sozialismus", das bis zur Wende in den sozialistischen Staaten extrem verpönt war, hat seit einigen Jahren Konjunktur. Die vierzehn durchwegs lesenswerten Beiträge des vorliegenden Sammelbandes basieren auf Vorträgen einer Tagung über „sozialistische Eliten" vom Dezember 1997 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Als Grundproblem zieht sich durch etliche Aufsätze der extreme Expertenmangel auf allen Ebenen, mit dem sich die KPD/SED bei ihrem Transformationsvorhaben nach 1945 konfrontiert sah. Solange nicht ausreichend „eigene" Kader aus der Arbeiterschaft rekrutiert waren, mußte auf „bürgerliche" Experten zurückgegriffen werden.

Nur das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bildete hier eine Ausnahme. Jens Gieseke hat in seinem Beitrag herausgearbeitet, warum es von den „typischen kaderpolitischen Konfliktlagen" der frühen DDR verschont geblieben ist. So habe es im MfS „keine Friktionen zwischen alter und neuer Intelligenz, keine Inanspruchnahme von bürgerlichen ‚Fachleuten', etwa der Gestapo [...], keine blockpolitischen Zugeständnisse, alles in allem keine Kontinuität zwischen den Sicherheitsapparaten und ihren Führungen vor 1945 und nach 1945" gegeben (S. 132 f.).

Christoph Boyer hat die Substitution „bürgerlicher Herrschaftsträger" durch eine neue „regimeeigene" Führungsschicht, die Kader, zwischen 1945 und 1961 am Beispiel höherer und mittlerer Bürokraten in der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und der Staatlichen Plankommission (SPK) untersucht. 1948 sei eine Offensive zur Steigerung des Anteils der SED-Kader in der Verwaltung ausgelöst worden. Trotz ihrer anfänglichen Kurzatmigkeit sei die Kaderpolitik der SED schließlich erfolgreich gewesen: bis 1961 „war ein deutlicher Trend in Richtung auf den ‚kaderpolitischen Sollzustand' hinsichtlich sozialer Herkunft, Alters- und Geschlechterzusammensetzung, politischer Herkunft, dem Grad formaler Bildung, allgemeiner: der Professionalisierung zu verzeichnen. Die Kontinuitäten in der Gestalt bürgerlicher Experten und NSDAP-Mitglieder" waren aber bis in die späten fünfziger Jahre gegeben (S. 26).

Lothar Mertens befaßt sich mit dem Austausch der pädagogischen Funktionselite und

hält als Ergebnis fest, daß diese durch den massiven Einsatz von „Neulehrern" innerhalb kürzester Zeit erreicht worden sei. Matthias Wagner analysiert (vgl. seine Monographie „Ab morgen bist du Direktor") das Kadernomenklatursystem. Der Soziologe Rainer Weinert untersucht in Fortführung der Arbeiten von Peter Christian Ludz überzeugend die „Wirtschaftsführer". Er geht von der These aus, daß die Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilungen im ZK der SED als Wirtschaftselite einen „außergewöhnlichen Einfluß auf zentrale Entscheidungen des Politbüros ausübten" (S. 60). Zugleich hätten sie aber unter einer gewissen Geringschätzung der Wirtschaft sowie der „Dauerbevorzugung der Sozialpolitik" gelitten. Seit den sechziger Jahren habe ein Spannungsverhältnis zwischen technologischen Handlungsorientierungen und den politisch motivierten „unrealistischen" Plänen „als Bestandteil der Machtsicherung des Parteiführers" geherrscht. Die von Ludz getroffene Unterscheidung zwischen „strategischer Clique" und „institutionalisierter Gegenelite" hält Weinert auch für die achtziger Jahre für bedeutsam (S. 67).

Die Soziologin Sabine Lorenz analysiert den kommunalen Elitenwandel und widmet sich auch den Brüchen und Kontinuitäten nach 1989. Der Umbruch habe auf der lokalen Ebene „zunächst nicht zu einem grundlegenden Wechsel des Rekrutierungsreservoirs für Leitungspositionen in den Kommunalverwaltungen" geführt. Zwar sei es zu einem beachtlichen Elitenaustausch gekommen, doch bestimme nach wie vor der Typus des „verwaltungsfremden Quereinsteigers" das Bild der kommunalen Verwaltungselite in Ostdeutschland (S. 101). Helga A. Welsh verortet die von ihr untersuchten Ersten Bezirkssekretäre der SED „zwischen Macht und Ohnmacht". Gegenüber der Berliner Zentrale seien sie Befehlsempfänger gewesen, während sie auf Bezirks- und Kreisebene eine beachtliche Machtfülle gehabt hätten (S. 110). Trotz formaler Gleichstellung waren die Bezirke eben nicht gleich. Kein Bezirk konnte Berlin seine Rolle als „Vorzeigemodell" und als Hauptstadt streitig machen; die Position der übrigen vierzehn Bezirke sei stark von ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft abhängig gewesen. Die „Provinzfürsten" werden als Einzelkämpfer charakterisiert, da die Furcht vor dem Vorwurf der Fraktionsbildung eine enge Zusammenarbeit oder auch nur Solidarität zwischen ihnen ausgeschlossen habe.

Dagmar Langenhan und Sabine Roß beschreiben weibliche Berufskarrieren und deren Grenzen. Auch sie halten fest, daß trotz der hohen Frauenerwerbsquote von zuletzt mehr als 91 Prozent die traditionale geschlechtsspezifische, vertikale Segmentierung der Arbeitswelt in der DDR weiter fortbestanden habe (S. 151). Auf die Benachteiligung von Frauen verweist auch der Beitrag von Lothar Mertens und Dieter Voigt über die promovierte ostdeutsche Intelligenz. Der Soziologe Stefan Hornbostel untersucht die Kader als „sozialistische Elite" auf der Grundlage des Zentralen Kaderspeichers des Ministerrates. Seine inzwischen gewonnenen – vorläufigen – Analyseergebnisse lassen ihn an der gängigen These über den Untergang der DDR zweifeln, daß die ostdeutsche Gesellschaft „mangels zureichender funktionaler Differenzierung einen Modernitätsrückstand aufgebaut hätte, der Ziele und verfügbare Mittel in ein wachsendes Ungleichgewicht" gebracht habe (S. 181).

Den Erfolgsbedingungen „persistenter" lokaler Eliten in Ostdeutschland geht der Soziologe Sighard Neckel nach. Sechs Jahre nach der Wende hat er in der von ihm untersuchten – und interessanterweise anonymisierten – Gemeinde „Waldleben" erneut einen Politikertypus an der Macht ausgemacht, „der sich für die neue Gesellschaft deshalb so gut geeignet zeigte, weil er es schon in der alten war." Diesen parteiunabhängigen und dennoch parteiischen, darüber hinaus klientelistischen Typus charakterisiert Neckel als „Sozialmakler".

Hanjo Gergs und Markus Pohlmann haben die ökonomischen Eliten vor und nach der deutschen Einigung untersucht. Sie können die zu Beginn der Transformation gemachten Prognosen nicht bestätigen, wonach es in den neuen Bundesländern zu einer „massiven Entwertung der Laufbahnkapitalien der ehemaligen Leiter der Kombinatsbetriebe und infolgedessen zu einer erhöhten Elitenzirkulation kommen werde" (S. 244). Es habe sich vielmehr ein ambivalentes Bild ergeben: bezüglich der wirtschaftlichen Positionseliten erscheine der Transformationsprozeß in Ostdeutschland als „Sonderweg", der sich weder als „Kolonialisierung" noch als „Elitenreproduktion" begreifen lasse (S. 248).

Anton Sterbling vergleicht Elitenbildung und -wandel in der DDR mit den südosteuropäischen Ländern, Peter Imbusch stellt einen Vergleich zwischen den politischen und ökonomischen Eliten im Transformationsprozeß in Chile (1970 bis 1973), der DDR und der UdSSR an.

Obwohl einige Beiträge sehr soziologisch gehalten sind, zeigt der Band, wie differenziert und

detailliert mittlerweile der Forschungsstand zu „sozialistischen Eliten" ist. Er setzt jedoch beim Leser mehr als nur Anfangskenntnisse voraus.

Beate Ihme-Tuchel

Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Peter HÜBNER (= Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Bd. 4) (= Zeithistorische Studien, Bd. 15). – Köln, Weimar und Wien: Böhlau Verlag 1999. 476 S.

Der vorliegende Sammelband, der von Peter Hübner mit einer vorzüglichen Einführung versehen wurde, gliedert sich in vier Teile und schließt mit einer umfassenden Literaturliste von knapp vierzig Seiten zum Thema Eliten. In seiner Einführung befaßt sich der Herausgeber mit den „antielitären" realsozialistischen Eliten. Obwohl das breite Spektrum sozialwissenschaftlicher Definitionen nicht übersehen werden dürfe, folgen die achtzehn Autoren mehrheitlich dem soziologischen Konzept der Positionselite, weil die „Frage nach den Positionen der Funktionsträger als der wahrscheinlich günstigste Zugang der zeithistorischen Forschung zum ‚realsozialistischen' Elitenproblem" zu sein schien (S. 9 f.).

Der erste Teil des Bandes ist allgemeinen Aspekten der sozialistischen Eliten gewidmet. Arnd Bauerkämper gibt einen kenntnisreichen Überblick über den politisch induzierten Elitenwandel in der SBZ/DDR bis in die sechziger Jahre. Er stellt fest, daß sich die Forschung zu den Kadern bislang auf die „Strukturentwicklung der Machtelite" in Politbüro und ZK konzentriert habe, während zu den gesellschaftlichen Führungsgruppen nur wenige Untersuchungen vorlägen. Es folgt eine sehr gelungene Beschreibung des schubweisen Elitenwechsels in Landwirtschaft und Industrie, bei Professoren, Ärzten, Pfarrern und Lehrern sowie eine Analyse des „gesellschaftlichen Milieus als Barriere des Elitenwechsels" und des Einflusses „traditioneller Werte und Mentalitäten" auf diesen Prozeß des Elitenwechsels.

Jürgen Danyel analysiert das „antifaschistische Selbstverständnis" der ostdeutschen Eliten. Er bemängelt, daß zu ihrer Motivation, Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie ihren mentalen Dispositionen „kaum gesicherte Befunde" existierten. Der Antifaschismus habe in der Nachkriegszeit nicht nur der „weltanschaulich-politischen Positionierung" der KPD/SED gedient, sondern sei auch „funktionaler Bestandteil der Personalpolitik" gewesen (S. 76).

Victoria Kaina und Martina Sauer halten als Ergebnis der „Potsdamer Elitestudie 1995" fest, daß die gesellschaftlichen Reformkräfte der DDR nach 1989 ihren „Weg in Elite-Positionen" des vereinten Deutschland gefunden hätten, wo ihre „spezifischen Werthaltungen und Grundüberzeugungen" auch zur Entfaltung kämen (S. 89). Wie bereits Hanjo Gergs und Markus Pohlmann in dem von Stefan Hornbostel herausgegebenen Band über „Sozialistische Eliten" verwerfen auch sie die „Kolonialisierungsthese" als zu simpel (S. 92). Nach den derzeit vorliegenden Daten zeichne sich ein „neuer Grundkonsens innerhalb der politischen Elite" ab, der auf bessere Möglichkeiten zur Mitentscheidung der Bevölkerung abziele. Unter dem Einfluß der ostdeutschen Elitemitglieder werde sich dieser Trend „mittelfristig konsolidieren" (S. 105).

Partei- und Staatsapparat stehen im Mittelpunkt des zweiten Teils, dessen sechs Beiträge sich auf die Funktionseliten konzentrieren. Helga A. Welsh hat die Ersten Bezirkssekretäre der SED bis 1989 im Spannungsverhältnis zwischen Professionalisierung und autokratischer Herrschaft untersucht. Die DDR ist für sie ein Beispiel für die von John Higley und Michael G. Burton formulierte These, wonach „innerhalb kommunistischer Eliten die ideologische Geschlossenheit kaum über mehr als zwei Generationen hinaus zu bewahren" sei (S. 128). Ruth-Kristin Rößler hat als Ergebnis ihrer Untersuchung der Personalpolitik in der Justiz der SBZ und frühen DDR festgehalten, daß es künftiger Forschung vorbehalten bleibe, den Einfluß der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) auf den Aufbau und die Neugestaltung der ostdeutschen Justizorgane zu analysieren. Sie nimmt an, daß für die SMAD nach 1945 die Entnazifizierungskriterien „im Vordergrund" gestanden hätten, während eine Kaderauswahl nach parteipolitischen Kriterien „im Sinne einer kommunistischen Dominanz noch keine entscheidende Rolle" gespielt habe (S. 137).

Unter der Fragestellung „Verhinderter Aufstieg" befaßt Sabine Ross sich mit Frauen in lokalen Führungspositionen des Staatsapparates im letzten Jahrzehnt der DDR. Sie benennt als frauenspezifische Aufstiegshindernisse ähnliche Faktoren, wie sie für die Bundesrepublik gefunden wurden: die Abweichung der weiblichen Biographie von der männlichen „Normalbiographie" sowie faktische bzw. antizipierte Mutterschaft.

Trotz aller Gesetze und Maßnahmen waren bekanntlich auch in der DDR Frauen in Leitungspositionen eine verschwindende Minderheit. Ross bezweifelt daher, daß es der SED tatsächlich ein echtes Anliegen gewesen ist, vermehrt Frauen in Führungspositionen zu bringen. Daß es in der DDR relativ viele Bürgermeisterinnen gab, erklärt sie mit der relativen Macht- und Einflußlosigkeit dieses Amtes.

Rüdiger Wenzke befaßt sich mit der Herausbildung eines „sozialistischen Offizierskorps" und hält fest, daß eine umfassende Untersuchung der militärischen Elite und ihrer Rolle in Partei, Staat und Gesellschaft für die DDR noch ausstehe. Er untersucht die Entwicklung zur Kaderarmee, quantifiziert den Anteil einstiger Wehrmachtsangehöriger unter den NVA-Offizieren und analysiert Bildung, Qualifikation und Sozialprofil des Offizierskorps im Zeitverlauf. Auch bei der Volksarmee habe es unübersehbare Tendenzen zur Selbstrekrutierung sowie Anzeichen einer „sukzessiven Entproletarisierung" gegeben. Diesen Ausführungen folgt ein sehr spannendes Kapitel über die drei Generationen der militärischen Elite: 1. die Gründer- und Führungsgeneration, 2. die mittlere Generation und 3. die Generation der professionalisierten Militärkader.

Jens Gieseke beschäftigt sich auch in diesem Band mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Unter Verweis auf den noch unzureichenden Forschungsstand (S. 202) untersucht er in seinem sehr umfangreichen Aufsatz Ideologie und Mentalität dieser Repressionselite. Ihr Binnenklima sei dem einer „totalen Institution" nahegekommen. Auch in der Staatssicherheit habe es die in anderen Bereichen beobachtete symbiotische Verknüpfung zwischen den Altkommunisten und der Aufbaugeneration gegeben. Sebastian Simschs Aufsatz über Dresdener FDGB-Funktionäre in der Frühzeit der SBZ/DDR, der ebenfalls stark auf die verschiedenen Generationen (von der „freien Arbeiterbewegung geprägte Arbeiterveteranen" und „militärisch geprägte Wehrmachtgeneration") abhebt, beschließt den zweiten Teil des Bandes.

Im dritten Teil stehen die Wirtschaftseliten im Mittelpunkt. Christoph Boyer geht dem Arbeitshabitus und dem Verwaltungsstil der Angehörigen der zentralen Planbürokratie in der Frühphase der DDR nach. Daneben befaßt er sich ausführlich mit dem sozialistischen „Bürokratismus", dessen Ursachen er im Umfang, der Unübersichtlichkeit und dem hohen Grad der Zentralisierung einer Administration mit überaus weitreichendem Steuerungsanspruch ausmacht (S. 264). In Friederike Sattlers Beitrag zum Konfliktverhalten von Wirtschaftsfunktionären im Land Brandenburg im Krisenjahr 1947 geht es vor allem um das Ablieferungssystem in der Landwirtschaft. Georg Wagner-Kyora untersucht die Identität von Spitzenmanagern der ostdeutschen Chemieindustrie in den fünfziger Jahren, Christel Nehring das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter bis 1970. Peter Hübner beschließt den Wirtschaftsteil mit seiner Untersuchung zur Technokratie in der DDR und ihren historischen Voraussetzungen. Im Reformversuch des „Neuen Ökonomischen Systems" sieht er den „wohl stärksten ‚technokratischen Impuls', den es in der Geschichte der DDR je gegeben hat". Dieser sei zeitgleich durch einen „wenn auch nicht alle Ebenen gleichermaßen durchdringenden Generationswechsel innerhalb der DDR-Eliten vielleicht sogar verstärkt worden" (S. 343).

Wissenschaft und Forschung sind Gegenstand des vierten Teils. Als einziger Autor hat Ralph Jessen seine Untersuchung über die Hochschullehrerschaft zwischen „Bildungspathos und Spezialistentum" vergleichend angelegt. Während die Universitäten in der Bundesrepublik Spielräume gewinnen konnten, wurden sie in der DDR sukzessive in die kommunistische Parteidiktatur eingepaßt. Sonja Häder hat die Pädagogische Fakultät der Universität Halle-Wittenberg unter dem Aspekt „Strukturwandel vs. Bürgerlicher Kontinuität" untersucht. Am Beispiel des Professors für Psychologie Friedrich Winnefeld (Jahrgang 1890), der seinen bürgerlichen Habitus im Arbeiter- und Bauernstaat demonstrativ zur Schau stellte, fragt sie nach Kontinuität „im biographischen Fall". Einer wie Winnefeld, der sich nicht anpaßte, hatte spätestens am Ende der fünfziger Jahre ausgespielt. Von der SED wurden Leute wie er, die in der Frühphase so dringend gebraucht worden waren, nunmehr als „Unsicherheitsfaktor" wahrgenommen (S. 402).

Dolores L. Augustines Beitrag über das berufliche Selbstbild ostdeutscher Softwareexperten ist trotz der sehr speziellen Thematik spannend zu lesen. Aus den von ihr geführten Interviews erfährt man viel über die Entwicklung der EDV in der DDR, über die Motive für die Berufswahl, über Studium, Berufseinstieg, Karrierestrategien und die speziellen Bedingungen für Informatikerinnen.

Trotz des stolzen Preises von knapp 100 DM und trotz der recht unterschiedlichen Forschungszusammenhänge, aus denen die einzelnen Beiträge

hervorgegangen sind, ist diesem Band eine weite Verbreitung und intensive Rezeption zu wünschen. Dabei können die von Peter Hübner benannten Forschungsdesiderate als Ansporn zu weiterer Forschung dienen. Obwohl beabsichtigt gewesen sei, auch Studien zum Kulturbereich, zu den kirchlichen Amtsträgern sowie zur Entstehung von Gegeneliten aufzunehmen, seien hier leider „die Wünsche des Herausgebers auf Engpässe im Angebot" gestoßen (S. 35).

Beate Ihme-Tuchel

Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Hrsg. von Eberhard KUHRT in Verbindung mit Hannsjörg F. BUCK und Gunter HOLZWEISSIG im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Bd. 3). – Opladen: Leske und Budrich 1999. XVI, 845 S.

... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Hrsg. von Bernd GEHRKE und Wolfgang RÜDDENKLAU. – Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 1999. 447 S.

POLLACK, Detlef: **Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR.** – Opladen: Leske und Budrich 2000. 282 S.

Drei Bücher zu einem Thema, wie sie unterschiedlicher und vielstimmiger nicht sein könnten: das erste eine „Erfolgsgeschichte" von Oppositionellen in der DDR, das zweite eine Geschichte ihres „Versagens" und das dritte eine nüchterne soziologische und theoriegeleitete Analyse der Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen politischen Protestes. Zehn Jahre nach der demokratischen Revolution in der DDR scheint der Begriff „DDR-Opposition" eine feste Größe geworden zu sein, während vor 1989 nur selten von Opposition die Rede war und die politischen Akteure des Herbstes 1989 diese Bezeichnung bewußt vermieden. Die Diskussion darüber ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Wahl der Begriffe Widerstand, Opposition, Resistenz, Protest, Widerspruch oder Aufbegehren – hängt letztlich von der Definition des Herrschaftstyps des SED-Regimes ab. Und über den Herbst 1989 wird immer noch zu reden sein. Auf all das geben die drei Publikationen ganz unterschiedliche Antworten.

Der von Kuhrt, Buck und Holzweißig herausgegebene Sammelband kommt als ein solides Handbuch daher, das sicher Ehrhart Neuberts gewichtigem Kompendium zur Geschichte der DDR-Opposition[1] gleichwertig zur Seite zu stellen ist. Mit wenigen Ausnahmen, das sind Karl-Wilhelm Fricke, Martin Jander und Hubertus Knabe, sprechen hier über zwanzig prominente ostdeutsche Akteure und analysieren und schreiben ihre eigene Geschichte. Wesentliche Bereiche des Themas sind abgedeckt, und alle darstellenden Beiträge, einige davon Zweitveröffentlichungen, sind mit einem höchst informativen und repräsentativen Dokumentenanhang versehen. So hat der dankbare und kritische Leser die historischen Dokumente wie die zeitgenössische Historisierung beieinander, darüber hinaus interessante Bildbeilagen und im Anhang die bewährten biographischen Notizen von Günther Buch.

Der Schwerpunkt des Bandes liegt eindeutig auf der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Er ist in sieben dem Umfang nach sehr unterschiedliche Kapitel gegliedert. Am Anfang stehen Rückblicke: eine Ansprache Rainer Eppelmanns zum 10. Jahrestag der Maueröffnung und Auszüge aus Markus Meckels „Opposition in der DDR" von 1994.[2] In Kapitel II werden Grundfragen und Definitionen in den Blick genommen: Ehrhart Neubert und Ilko-Sascha Kowalczuk diskutieren die begrifflichen und methodischen Probleme, die Kategorisierung und Typologie politischer Gegnerschaft. In Kapitel III geben Bernd und Peter Eisenfeld einen Überblick über widerständiges Verhalten in den Jahren 1976 bis 1982.

Das Hauptkapitel IV umfaßt die Jahre 1983 bis 1988, die Entwicklung von den Friedensgruppen zur Opposition. Nach einer Einleitung von Hubertus Knabe über den langen Weg zur Opposition stellen Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn die Initiative Frieden und Menschenrechte dar. Es folgen regionale Beiträge zur Entwicklung der Opposition in Leipzig von Fred Kowasch, in Sachsen von Michael Richter, Christoph Wonneberger, Matthias Rößler und Arnold Vaatz (Zeitzeugenberichte) und im Norden von Heiko Lietz. Darüber hinaus analysiert Knabe die Gegenöffentlichkeit des „Samisdat", und Stephan Bickhardt sowie Gerd Poppe beschreiben die Vernetzungsversuche und die internationalen Verbindungen der oppositionellen Gruppen. In einem gesonderten Kapitel V gibt Bernd Eisenfeld eine Übersicht über die Entwicklung der

Flucht und die Ausreisebewegung aus der DDR. Das Hauptkapitel VI ist dem Jahr 1989 gewidmet, dem Prozeß von der Opposition zur Revolution. Nach einer Einführung durch Neubert und einem Beitrag Frickes zur Kommunalwahl 1989 stellen Sebastian Pflugbeil das „Neue Forum", Neubert den „Demokratischen Aufbruch", Ludwig Mehlhorn „Demokratie jetzt", Martin Gutzeit und Stephan Hilsberg die SDP/SPD und Rainer Eckert kleinere Gruppen (die „Grüne Partei/Grüne Liga", den „Unabhängigen Frauenverband", die „Vereinigte Linke", die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften und SED-Reformer) vor.

Deutlich unterbelichtet bleibt dagegen die Entwicklung der Massenbewegung. Uwe Schwabe liefert hierfür eine erste statistische Übersicht zu Demonstrationen und Kundgebungen zwischen August 1989 und April 1990. Christian Dietrich und Martin Jander umreißen die Ausweitung zum Massenprotest in Sachsen und Thüringen. Am Ende steht die Zusammenfassung eines Runtischgesprächs von Autoren des Bandes, eine Art Bilanz. Zwei Themenkomplexe werden, zum Teil auch unterschiedlich, erörtert: die Frage nach der Begrifflichkeit und der Definition von Opposition und die Frage nach den Stärken und Schwächen der DDR-Opposition. Dem totalitären Machtanspruch des SED-Regimes widerstanden und gegen das erodierende totalitäre System die Demokratisierung der DDR durchgesetzt zu haben wird als der entscheidende Erfolg der Opposition verbucht.

In dem von Gehrke und Rüddenklau herausgegebenen Sammelband über DDR-Oppositionelle findet sich keiner der Autoren des obigen Bandes wieder. Auch hier sprechen, mit nur einer Ausnahme, Akteure des Herbstes 1989 – aber eben andere. Das seinerzeit keinesfalls homogene Oppositionslager ist heute neu gespalten in Etablierte und Außenseiter, und auch das historische Gedächtnis an die Bürgerbewegung in der DDR scheint sich zu teilen. Ja, mehr noch, nach zehn Jahren zeichnet sich ein verstärkter Deutungskampf ab. Hat sich die Opposition mit der Erlangung der Demokratie in der DDR zwangsläufig überflüssig gemacht, oder liegt ihre Geschichte quer zu den Machtverhältnissen in beiden deutschen Staaten?

Implizit letzterem ist dieser zweite Band verpflichtet. Er soll einen doppelten Zweck erfüllen: einmal „ein Mosaik jener DDR-Opposition und Bürgerbewegung vorstellen, die dem gereinigten Bild des ‚DDR-Bürgerrechtlers' zum Opfer gefallen ist", und zum anderen die heutige „Fortexistenz dieses Spektrums" belegen (S. 13). Ein solches Buch entstand freilich nicht im Auftrag des Innenministeriums, konnte aber mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und des „Neuen Forums", Berlin, gedruckt werden. Es ist wahrlich nicht so solide wie das obige, keine Dokumenten- und andere Anhänge, weniger abgeklärt, aber gerade deshalb aufregend, keine Rückschau auf die DDR-Opposition als abgeschlossenes Sammelgebiet, sondern Oppositionsgeschichte als offenes Projekt.

Hier wird in drei Kapiteln aufgezeigt, was oben gar keine oder nur eine Statistenrolle spielte: Kapitel I ist der Opposition und Bürger(innen)bewegung im „real existierenden Pseudosozialismus" gewidmet. Unter dem Stichwort „Opposition in den Achtzigern" stellen Klaus Wolfram die Opposition vor 1989, Lothar Feix die Kulturszene am Prenzlauer Berg und Christian Halbrock die unabhängige Umweltbewegung dar. Facetten einer „verleugneten Opposition" beschreiben Dirk Moldt mit der „Offenen Arbeit" und der „Kirche von unten", Herbert Mißlitz mit dem Anti-IWF-Kongreß im Osten 1988, Beate Broßmann mit der Überprüfung der Kommunalwahlen 1989 in Leipzig und Erhard Weinholz mit der „Erinnerung an meine Schwierigkeiten, mit der Denkweise des autoritären Sozialismus zu brechen". Vom Aufbruch der unabhängigen Frauenbewegung, von den Frauengruppen und der Lesbenbewegung berichten Samirah Kenawi und Marinka Körzendörfer. Dieter Wolf denkt über die Rückseiten des offiziellen Antifaschismus nach. Und „unbekannte" Seiten der Demokratiebewegung 1989 ff. fassen Renate Hürtgen mit den Demokratieversuchen von Betriebsbelegschaften zwischen Oktober 1989 und Januar 1990 und Thomas Klein mit dem „Runden Tisch" zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung ins Auge. Dem Umgang mit dem Verrat widmet sich ein abschließender Beitrag Rüddenklaus.

Kapitel II geht über das Thema „Politische Opposition" hinaus und bietet uns ökonomische Analysen, die zu einem Disput anregen, wie er der Linken angemessen wäre. Johanna Link analysiert die politische Ökonomie des real existierenden Sozialismus, Sebastian Gerhardt kritisiert die Hebelwirtschaft der DDR als eine moralische Ökonomie, und Stefanie Hürtgens ventiliert die Frage, ob sich mit der Fordismusanalyse die DDR-Gesellschaft erklären läßt. Das III. Kapitel trägt die Überschrift: „Gestern und heute: Die Mühen der Sümpfe". „Gegen den Strom"

schwimmen Sabine Schaaf mit einer Kurzdokumentation zum „Neuen Forum": „Geblieben, was wir waren", Gerold Hildebrand mit einem Beitrag über Wehrdienstverweigerer und Oliver Kloss mit der Frage „Macht Arbeit frei? Ein Versuch über den Wert der Erwerbsarbeit". Am Ende wird konstatiert: „Die Krise bleibt – oder: total global." Jörn Boewe dokumentiert den Aufstand der Zapatisten in Mexiko („Across the Borderline"), und Hans-Jochen Vogel erinnert an Kontinuitäten der unabhängigen politischen Intervention in der DDR und danach.

Abschließend greift Gehrke den Titel des Bandes wieder auf und wendet sich gegen die herrschenden Leitbilder, nach denen es 1990 gleichsam naturgeschichtlich zur Übernahme des westdeutschen Gesellschaftssystems und zur Sturzgeburt der staatlichen Vereinigung führen mußte. Das „historische Versagen" der Bürgerbewegungen führt er auf die defensive Politik der nichtstalinistischen Linken in Ost und West sowie auf ihre Unwilligkeit und Unfähigkeit zurück, gestützt auf die demokratische Volksbewegung die Macht in der DDR zu übernehmen. Beiträge oder Analysen zur Massenbewegung allerdings enthält der Band bezeichnenderweise nicht.

Nach der Durchsicht der beiden Sammelbände ergibt sich: Formen und Definitionen, Stärken und Schwächen der Opposition in der DDR und ihre Rolle im Umbruchsprozeß werden sehr unterschiedlich charakterisiert, auch gemessen daran, ob man von einer totalitären Macht und Gesellschaft oder von einer spätstalinistischen Parteidiktatur und nominalsozialistischen Gesellschaft ausgeht. Sie bewegen sich aber vor allem im politikhistorischen Kontext.

Einen anderen Weg geht Detlef Pollack, indem er eine dezidiert sozialwissenschaftliche Analyse anstrebt. Seine leitende Fragestellung zielt auf die Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen der politisch alternativen Gruppen. Damit nimmt er zugleich einen Schwerpunktwechsel gegenüber früheren soziologischen Studien vor, die sich vor allem mit dem Zeitraum 1989/90 beschäftigten. Sein besonderes Anliegen ist darüber hinaus, das theoretische Niveau der Analyse der oppositionellen Gruppen zu heben.

Demgemäß und in guter wissenschaftlicher Tradition setzt er mit einem Kapitel über theoretische Aspekte ein. Dieses enthält zum einen eine Analyse der politischen Verfaßtheit der DDR-Gesellschaft unter dem von ihm schon 1990 kreierten Begriff der Organisationsgesellschaft. Daß er allerdings 1998 diesen Begriff gewissermaßen zurückgenommen hat, kommt in diesem Band nicht zum Tragen. Zum anderen greift Pollack auf das breite Arsenal der westeuropäischen und amerikanischen Bewegungsforschung zurück, um ihre Instrumentarien für die Analyse der ostdeutschen Gruppen zu nutzen: NSB-Theorie, Ressourcenmobilisierungs-Ansatz, *framing*-Konzepte, den Ansatz der *political opportunity structure* und Theorien der relativen Deprivation. Auf dieser Basis bringt er auch Überlegungen zu den Begriffen Gruppe, oppositionell, politisch alternativ und widerständig ein.

Im zweiten Kapitel gibt der Autor einen historischen Abriß der Entwicklung der politisch alternativen Gruppen von ihrer Entstehung bis in den Sommer 1989 hinein. Er stützt sich auf die Analyse der Samisdatliteratur, der programmatischen Erklärungen sowie der Berichte von Zeitzeugen, nimmt also die Binnenperspektive der Akteure auf und überschreitet sie zugleich durch die theoriegeleitete Interpretation und die Einbeziehung äußerer gesellschaftlicher Ereignisse. Anschließend analysiert er im dritten Kapitel die politisch alternativen Gruppen unter systematischen Gesichtspunkten, die Frage nach den Motiven, Zielen und Handlungsmitteln wie nach den Welt- und Selbstdeutungsmustern der Akteure, das Problem gruppeninterner Strukturen und Prozesse und die Thematik der Außenkontakte der Gruppen, ihr Verhältnis zu den Ausreisewilligen, zur Kirche, zum Staat und zur SED sowie zur Bevölkerung. Im vierten Kapitel beschäftigt sich Pollack mit der Rolle der alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs im Herbst 1989. Er unterstreicht, daß es notwendig ist, strikt zwischen oppositionellen Bewegungen und Volksbewegung zu unterscheiden. Im wissenschaftlichen Streit darüber, ob der Umbruch von der Oppositionbewegung und den Massenprotesten ausgegangen sei oder von der Ausreisebewegung, vertritt Pollack eine vermittelnde Position. Unter der Aufnahme eines Modells von Pierre Bourdieu vertritt er die These, daß der Umbruch „aufgrund des Zusammenwirkens unterschiedlicher, relativ unabhängig voneinander wirkender Kausalreihen zustande kam, von denen die Bürgerrechtsbewegung zwar nur eine und durchaus nicht die bedeutendste, wohl aber auch nicht eine zu vernachlässigende war" (S. 209).

In der abschließenden, methodisch und theoretisch komplexen Zusammenfassung geht der Verfasser zum einen der Frage nach, was die Ansätze der westlichen Bewegungsforschung zur Untersuchung der Bedingungen politischen Protestes in

der DDR leisten können. Zum anderen stellt er das Phänomen der politisch alternativen Gruppen in den soziopolitischen Kontext der DDR-Gesellschaft und bezieht es auf die Konstruktionslinien der Organisationsgesellschaft. Pollacks Analyse weitet unseren Blick, denn sie ist keine Sicht vom Ende der DDR her, sie liefert keine normative und vor allem keine moralisierende Betrachtungsweise. Sie gehört zu jenen bisher raren systematischen Arbeiten, die die Eigen- und Binnendarstellung verlassen und mittels historischer und theoretischer Perspektiven Platz, Rolle und Funktion politischen Protestes in der DDR und für das Ende der DDR zu bestimmen versuchen.

1 *Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition der DDR 1949–1989 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 346), 2., durchges. und erw. sowie korrigierte Aufl., Bonn 2000.*

2 *Markus Meckel und Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994.*

Gerd Dietrich

ARGERSINGER, Jo Ann E.: **Making the Amalgamated. Gender, Ethnicity, and Class in the Baltimore Clothing Industry, 1899–1939** (= Studies in Industry and Society). – Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press 1999. X, 229 S.

RHEIN-VON NIEDERHÄUSERN, Ruth: **Leute machen Kleider. Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Organisation in der stadtzürcherischen Bekleidungsindustrie 1880–1918.** – Zürich: Chronos Verlag 1999. 296 S.

In der historischen Forschung über Arbeit, Arbeitsbeziehungen und die Organisierung von Arbeitskräften gehört es mittlerweile zum guten Ton, die Rolle von Frauen zu berücksichtigen. Inzwischen ist zu diesem Themenfeld auch eine größere Zahl von Untersuchungen publiziert worden, die über die lediglich ergänzende Behandlung von Aspekten der Frauengeschichtsschreibung hinausgehen und das Geschlecht bzw. *gender* zur zentralen Analysekategorie machen. In die Reihe dieser Forschungen und Publikationen fügt sich die Arbeit von Jo Ann E. Argersinger über die „Amalgamated Clothing Workers" in Baltimore hervorragend ein.

Argersinger präsentiert mit ihrem Buch über die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Herrenbekleidungsindustrie Baltimores und ihre Organisation, die „Amalgamated Clothing Workers" (ACW), einmal eine traditionelle Arbeitergeschichte, die sich den institutionellen Aspekten der Organisationsgründung und -entwicklung widmet und von Streiks, Aussperrungen und Aushandlungsprozessen erzählt. Argersinger entwirft zugleich aber eine Arbeitergeschichte neuer Qualität, indem sie immer den sozioökonomischen und politischen Kontext der Organisationsgeschichte herausstellt und den Aspekten Ethnizität und Geschlecht einen zentralen Stellenwert beimißt. Ihre Geschichte ist nicht zuletzt eine Geschichte um Macht und sich verändernde Machtbeziehungen – zwischen Unternehmern und Arbeitskräften, Organisationsführung und Mitgliedern, Männern und Frauen sowie Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen.

Im einzelnen zielt Argersingers Interesse darauf, wie Geschlecht und Ethnizität die Bestimmung von Qualifikationen und die Zuweisung von Arbeitsplätzen beeinflußten. Sie untersucht, welchen Platz die Gewerkschaft den Frauen zugestand, und konzentriert sich dabei vor allem auf das Gebiet der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die im wesentlichen von Frauen getragen worden sei. Auch das Verhalten der Männer wird genauer unter die Lupe genommen. Argersinger geht der Frage nach, wie dieses sich je nach ethnischer Identität unterschied, welche Vorstellungen von Männlichkeit in den verschiedenen Gruppen das Verhalten am Arbeitsplatz und im Konfliktfall beeinflußten. Jenseits aller ethnischen Unterschiede teilten die meisten Männer die Idee des männlichen Familienernährers. Argersinger ergründet, wie sich diese Überzeugung z. B. in den Erwartungen der Männer an ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung niederschlug. Trotz aller Vorurteile und vielfach praktizierter Ungleichheit seien allerdings, so Argersinger, die Geschlechterrollen und ethnischen Barrieren nie vollkommen zementiert gewesen. Ein gewisses Maß an Elastizität habe es den Arbeitskräften ermöglicht, je nach Situation mit anderen solidarisch zu sein. Argersinger analysiert in ihrer Geschichte der Bekleidungsarbeitergewerkschaft das Beziehungsgeflecht im Hinblick auf die Kräfte und Faktoren, die zu gemeinsamem Handeln führten bzw. eine Spaltung der Arbeitskräfte oder der Gewerkschaftsmitglieder bewirkten.

Die Untersuchung stützt sich auf einen umfangreichen Quellenfundus, zu dem Akten der

Gewerkschaften ebenso gehören wie regierungsamtliche Unterlagen und verschiedene Zeitungen und Zeitschriften. Darüber hinaus führte die Autorin mehrere Gespräche mit ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären und -funktionärinnen.

Die Darstellung ist weitgehend chronologisch aufgebaut. Einleitend skizziert die Autorin die Arbeits- und Lebensumstände in Baltimore zur Zeit der Jahrhundertwende und liefert damit das Setting für ihre Organisationsgeschichte. Baltimore entwickelte sich bis zum Ersten Weltkrieg zum drittgrößten Zentrum der US-amerikanischen Herrenbekleidungsindustrie. Der Industriezweig wurde in der Stadt von fünf deutschjüdischen Fabrikanten dominiert, die moderne Großbetriebe aufgebaut hatten, in denen alle Produktionsstufen unter einem Dach vereint waren. Daneben existierten zahlreiche Kleinunternehmer, die sogenannten „sweaters", die unter miserablen Bedingungen Stücklohnarbeit in bestimmten Bereichen der Bekleidungsproduktion selbst verrichteten oder an weitere Arbeitskräfte in Auftrag gaben. Diese Kleinunternehmen zogen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen ständig Kritik auf sich und waren Ziel der sozialen Reform – wobei es nicht zuletzt um die Sicherheit der Mittelschichtskonsumenten ging, die an hygienisch einwandfrei produzierter Kleidung interessiert waren.

Vor diesem Hintergrund zeichnet Argersinger den Prozeß der Organisationsbildung der ACW nach, die 1914 als eine Abspaltung der „United Garment Workers" (UGW) entstanden. Zu dieser Abspaltung trug wesentlich das Selbstverständnis der UGW als Interessenvertretung qualifizierter Arbeitskräfte bei. Die UGW vertrat vorrangig gelernte Schneider. Sie ging damit über die reale Zusammensetzung der Arbeiterschaft in der Herrenbekleidungsindustrie hinweg, in der Frauen und gering qualifizierte Arbeitskräfte, die unter neuen, oft jüdischen Immigranten aus Ost- und Südeuropa rekrutiert wurden, eine große Rolle spielten. Zur Etablierung der ACW trugen verschiedene Faktoren bei. Zum einen verstand sie sich als Industriegewerkschaft, die eine Vereinigung aller Arbeitskräfte unabhängig vom Qualifikationsniveau anstrebte. In der bunt zusammengesetzten Arbeiterschaft, von der ein Drittel kein Englisch sprach, kam der ACW weiterhin zugute, daß ihre Funktionäre verschiedene Sprachen beherrschten. Und schließlich trugen auch die Unternehmen dazu bei, daß sich die ACW durchsetzen konnte. Die Konkurrenz der Arbeiterorganisationen um die zu organisierende Arbeiterschaft war auch geprägt von antisemitischen Ausfällen der UGW gegen die ACW. Vor die Alternative gestellt, entweder mit den sozialistischen Juden der ACW oder mit den antisemitischen Schneidern der UGW zusammenzuarbeiten, entschieden sich die großen jüdischen Unternehmen der Stadt für die ACW.

Nachdem sich die ACW etwa 1916 durchgesetzt hatte, arbeitete die Gewerkschaft auf eine Ausdehnung und Stärkung der Mitgliedschaft durch intensive Bildungsarbeit hin. Sie suchte außerdem die Kooperation mit aufgeklärten Unternehmern zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Ein Mittel dazu war beispielweise die Einrichtung von Schiedsgerichten. Diese Kooperationsversuche beschreibt Argersinger unter dem Stichwort „new unionism". Dahinter stand das gewerkschaftliche Ziel, eine Wirtschaftsdemokratie („industrial democracy") zu verwirklichen, die einer chaotischen Industrie zum Wohle der Arbeiterschaft Ordnung geben sollte. Staatliche Interventionen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg kamen diesem Anliegen zunächst entgegen. Innerhalb weniger Jahre gelang es, die Bekleidungsarbeiterschaft Baltimores weitgehend zu organisieren, die Zahl der „sweatshops" deutlich zu reduzieren und damit insgesamt die Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft wesentlich zu verbessern. Dieser Erfolg basierte auch darauf, daß es der ACW gelang, innerhalb der Arbeiterschaft die ethnischen Grenzen bis zu einem gewissen Grade aufzuweichen.

Im Kampf gegen Vorurteile und für Toleranz hatte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einen hohen Stellenwert. Sie diente der Bindung der Mitglieder an die Organisation, hatte aber auch die Funktion, die Mitglieder zu amerikanisieren. Ein wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit war z. B. der Englischunterricht. Die Gewerkschaft erleichterte so den Integrationsprozeß und schuf die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Realisierung der „industrial democracy". Die Bildungsarbeit wurde zum großen Teil von Frauen getragen, die Vorträge über den Sozialismus veranstalteten, Abendkurse in gesellschaftspolitischer Bildung organisierten und den Integrationsprozeß durch Tanzveranstaltungen, Picknicks und andere Formen des geselligen Zusammenseins beförderten.

Für die Frauen in der ACW war es andererseits nicht leicht, ihre eigenen Interessen auf die gewerkschaftliche Tagesordnung zu bringen. Unter der Überschrift „Forgotten Workers" geht

Argersinger auf die Ausformung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Bekleidungsindustrie ein und stellt den Geschlechterkonflikt in der Organisation dar, wie er sich z. B. bei der Durchsetzung einer hauptamtlichen Stelle für die Agitation unter den Frauen zeigte. Aus Sicht der Frauen diente eine separate Organisierung der Arbeiterinnen allerdings nicht zur Abgrenzung von den Männern, sondern als Schritt hin zu einer vollständigen Integration der Frauen in die Gewerkschaftsorganisation. Trotzdem stießen die Frauen innerhalb der Organisation nicht selten auf Ablehnung seitens der Männer, wenn es um die Durchsetzung von Fraueninteressen ging. Die weibliche Konkurrenz am Arbeitsplatz und ein gelegentliches Überschreiten der Geschlechtergrenzen wurden mit Argusaugen beobachtet. Demgegenüber erlebten die Gewerkschafterinnen außerhalb der Organisation die Solidarität bürgerlicher Frauen, die den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen unterstützten, und mit denen sie gemeinsam für das politische Wahlrecht eintraten.

Insgesamt kommt Argersinger für die Zeit bis etwa 1920 zu dem Ergebnis, daß eine besondere historische Konstellation, die geprägt war von einer Bewegung für soziale Reform, der Wahlrechtsbewegung und dem Ersten Weltkrieg, es den Frauen erlaubte, gegen ihre Unterdrückung anzugehen und eine tragende Rolle im Experiment der „industrial democracy" zu spielen. Argersinger würdigt dabei auch die zentralen Persönlichkeiten der ACW. Insbesondere präsentiert sie ein lebendiges Portrait von Dorothy Jacobs, die als 22jährige 1916 als einzige Frau Mitglied im Vorstand der ACW wurde und 1917 als erste hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin eingestellt wurde. Ihre Gewerkschaftskarriere endete vorläufig 1918, als Jacobs das Vorstandsmitglied August Bellanca heiratete. 1924 nahm sie die Gewerkschaftsarbeit wieder auf und leitete nun die neu eingerichtete Frauenabteilung der ACW. Um jedoch nicht in den Verdacht zu kommen, von den engen Vorstandsbeziehungen finanziell zu profitieren, verzichtete sie auf ein Gehalt.

Inzwischen hatte sich die Situation für die ACW allerdings entscheidend verändert. Die dem Ersten Weltkrieg nachfolgende Rezession führte zu dramatischen strukturellen Veränderungen in der Herrenbekleidungsindustrie von Baltimore, die sich tendenziell zu den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts zurückentwickelte. Es entstanden wieder viele kleine Unternehmen („sweatshops"), deren Mitarbeiter schwer zu organisieren waren. Die ACW verlor an Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die Mitgliederverluste waren enorm. Vor allem Frauen hielten das gewerkschaftliche Leben aufrecht. Ihre Erfolge allerdings machten die separaten Institutionen der Frauen für die Männer zunehmend suspekt, so daß diese Institutionen schließlich Mitte der zwanziger Jahre abgeschafft wurden. Die Frauen ordneten sich der Gesamtorganisation zugunsten höherer Ziele unter. Im nationalen Rahmen versanken die Herrenbekleidungsindustrie und die ACW in Baltimore bis zum Ende der zwanziger Jahre in der Bedeutungslosigkeit.

Während der großen Depression der dreißiger Jahre gelang es der Gewerkschaft in Baltimore mit Hilfe der nationalen Dachorganisation, neue Aktivitäten zu entwickeln. Ein Streik, für den insbesondere ein Frauenkomitee über alle ethnischen Grenzen hinweg unermüdlich agitiert hatte, brachte die verheerenden Zustände in der Industrie ans Licht und der ACW neuen Auftrieb. Die Erfolge waren zwar nur kurzlebig, doch Hoffnungen setzte die ACW in den Rooseveltschen „New Deal", der den gewerkschaftlichen Vorstellungen von aufgeklärten Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit entgegenkam. In den Auseinandersetzungen um eine Regulierung der Industrie setzte sich die ACW dafür ein, daß in Baltimore nur die Produktion einer bestimmten, nämlich höheren Qualitätsstufe in der Herrenbekleidung zugelassen würde, um auf diese Weise andere Regionen der Bekleidungsindustrie nicht durch unnötige Konkurrenz zu gefährden. Die Beschränkung auf eine Qualitätsstufe machte aus gewerkschaftlicher Sicht die Kontrolle der Arbeits- und Lohnbedingungen leichter. In diesem Fall ging die Regelung allerdings vor allem zu Lasten der weiblichen Arbeitskräfte, die in Baltimore mittlerweile die Industrie beherrschten. Denn während der Depression gab es für höhere Qualitätsstufen kaum Abnehmer.

Trotz der für Frauen negativen Gewerkschaftspolitik standen die weiblichen Mitglieder in den dreißiger Jahren loyal zur Organisation. Obwohl zwei Drittel der Mitglieder Frauen waren, erreichten sie allerdings keine führenden Positionen in ihrer Vereinigung. Dies gelang jetzt viel eher polnisch- und italienischstämmigen Männern. Die Frauen stellten ihre untergeordnete Position jedoch nicht in Frage. Sie blieben Randfiguren in gewerkschaftlichen Versammlungen und bei Wahlen, ungeachtet ihres wesentlichen Beitrags zur Politisierung der Gewerkschaft und zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Argersinger präsentiert eine lebendige und dichte Schilderung der Organisationsgeschichte der Bekleidungsarbeiter und -arbeiterinnen, die auch durch das Auf und Ab der Organisationsentwicklung fasziniert. Spannend ist nicht zuletzt die genaue Analyse und Darstellung des Ineinandergreifens vieler verschiedener Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit der Arbeitskräfte, Geschlecht, soziales, politisches und ökonomisches Umfeld. Die Vorteile einer Lokalstudie kommen dabei voll zur Geltung. Die Leserin und der Leser werden mitgenommen auf eine interessante Zeitreise in das Baltimore der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – und registrieren am Ende erstaunt neben dem langjährigen Auf und Ab der Organisationsgeschichte die vielen bis heute festzustellenden Kontinuitäten in der Organisierung und Interessenvertretung einer durch Frauen geprägten Industrie.

Einer vergleichbaren Gruppe von Arbeitskräften wendet sich Ruth Rhein-von Niederhäusern in ihrer Dissertation über die stadtzürcherische Bekleidungsindustrie im Zeitraum 1880 bis 1918 zu. Ihr geht es vor allem um den Übergang von der Maßschneiderei zur Konfektionsindustrie und dessen Konsequenzen für die Schneider und Schneiderinnen. Die Autorin beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit berufstechnischen Fragen, mit Produktionsabläufen und mit der sozioökonomischen Lage unselbständiger Schneider. Die im Schweizerischen Schneider- und Schneiderinnenverband organisierten Schneider sind ihre spezifische Untersuchungsgruppe. Ihre Arbeit stützt sich im wesentlichen auf die Analyse von Fachzeitungen der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Darstellung folgt einer nach systematischen und chronologischen Gesichtspunkten gemischten Gliederung. Einleitend werden zunächst die Akteure, nämlich Konfektionsfabrikanten, Schneidermeister und Kleinmeister als Arbeitgeber und die verschiedenen Arbeitergruppen, in sozioökonomischer Hinsicht charakterisiert. Der zweite Teil ist den beteiligten Verbänden der Arbeitgeberseite gewidmet. Im dritten Teil wird über die gewerkschaftliche Organisierung berichtet, und im vierten schließlich die Entwicklung während des Ersten Weltkriegs behandelt.

Die zentrale These lautet, der Erste Weltkrieg habe die Entwicklung hin zu einer arbeitsteiligen Produktionsweise in der Schneiderei beschleunigt. Rhein-von Niederhäusern stellt außerdem fest, daß im Zuge dieser Entwicklung Frauen Männer von ihren Arbeitsplätzen verdrängt hätten, und spricht hier von der „Gefahr der Feminisierung".

An dieser Stelle sind zwei kritische Anmerkungen zu formulieren. Aus der zentralen These resultiert vermutlich die an sich wenig überzeugende Gliederung der Darstellung, in der dem Ersten Weltkrieg ein eigenständiger Teil zukommt. Gliederung und Kapitelüberschriften verweisen insgesamt auf den im wesentlichen beschreibenden und wenig analytischen Charakter der Untersuchung. Darüber hinaus läßt die Autorin zum Teil die kritische Distanz zu den Quellen vermissen. Dies zeigt sich nicht nur bei der „Gefahr der Feminisierung" (S. 25, S. 277), bei der sich die Verfasserin allzusehr die Sicht der männlichen Schneider zu eigen zu machen scheint. Rhein-von Niederhäusern hätte beispielsweise auch den Begriff der Qualifikation kritischer beleuchten (S. 112 ff.) oder die 1918 durchgesetzte Lohngleichheit für Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie (S. 270) hinterfragen müssen. Gängige Topoi aus der Gewerkschaftsgeschichte, wie die schwierige Organisierbarkeit und die Verführbarkeit von Frauen, finden unreflektiert Eingang in die Darstellung (z. B. S. 233).

Insgesamt wirft die Untersuchung eher Fragen auf, als daß sie Fragen beantwortet. So würde z. B. interessieren, wie sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Schneiderei gestaltete und wie sie sich im Übergang von der Maßschneiderei zur Konfektionsindustrie veränderte. Nach allem, was aus der historischen Forschung über Arbeit und Arbeitsverhältnisse bekannt ist, führt technischer Wandel in der Regel zu einer Neuordnung der geschlechtsspezifischen Zuweisung von Arbeitsplätzen. Auch der Aspekt der Ethnizität scheint nach der Lektüre der Dissertation in der Geschichte der schweizerischen Bekleidungsindustrie nicht ohne Bedeutung. Beiläufig notiert die Autorin, daß 1912 nur 7,5 Prozent der Mitglieder des Schweizerischen Schneider- und Schneiderinnenverbandes Schweizer gewesen seien. Damit lag der Ausländeranteil in der Gewerkschaft offenbar deutlich über dem Ausländeranteil unter den Arbeitskräften, der etwa 30 Prozent betrug (S. 26, Anm. 31 und 34). Welche Bedeutung hatte dies für die gewerkschaftliche Interessenvertretung? Auch hierüber würde die Leserin gerne mehr erfahren.

Nun könnten die offenen Fragen auf die begrenzte Aussagekraft der Quellenbasis zurückzuführen sein. Aus der deutschen Gewerkschaftsgeschichte ist hinlänglich bekannt, daß besonders geschlechterhistorisch orientierte Untersuchungen

auf höchst disparate Quellenbestände verwiesen sind. Die Anlage der Untersuchung als Lokalstudie könnte hier weitere Möglichkeiten und Wege eröffnen, so z. B., indem die in der Lokalpresse veröffentlichte Meinung als Korrektiv für die gewerkschaftsinterne Sicht der Verhältnisse herangezogen würde. Noch wesentlicher aber scheint es, die „richtigen" Fragen zu stellen und die Quellen gegen den Strich zu lesen. Hier hätte die Autorin sicher von einer intensiven Auseinandersetzung mit den inzwischen zahlreich vorliegenden Ergebnissen der historischen Frauen- und Geschlechterforschung zum weiten Themenkreis „Arbeit" profitieren können.

Brigitte Kassel

Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900–1939. [European Housing Policy in Comparative Perspective]. Hrsg. von Clemens ZIMMERMANN. – Stuttgart: Fraunhofer-Institut für Raum und Bau-Verlag 1997. 200 S.

Die Verfasser von fünf der sieben hier versammelten Beiträge, überwiegend Ergebnisse einer Budapester Tagung vom August 1996, verfolgen explizit eine komparative Perspektive. Nur zwei Autoren beschränken sich auf wohnhistorische Probleme eines einzigen Landes, nämlich Mats Deland auf das schwedische Gartenstadtexperiment der Jahrhundertwende und Manuel C. Teixeira auf die portugiesische Wohnungspolitik bis 1939 am Beispiel Portos.

Die wichtigste Leitfrage in diesem Band – für Deutschland vor allem von Clemens Zimmermann aufgeworfen – ist die nach den Ursachen und Umständen des qualitativen Umschlags vom Diskurs über die Wohnungsfrage in Wohnungspolitik, insbesondere nach der Bedeutung, die dem Ersten Weltkrieg dabei zukommt. Im einzelnen wird angestrebt, die jeweiligen nationalen Lösungsstrategien zur Überwindung der Wohnungsnot nachzuzeichnen, dabei insbesondere zu einer schärferen Konturierung identischer Phänomene zu kommen, unterschiedliche Akteurskonstellationen zu identifizieren und so zu einem Tableau der nationalen Morphologie von Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik zu gelangen. Inspiriert durch die Forschungen von Gøsta Esping-Andersen zu den Ausprägungen europäischer Sozialstaatlichkeit, ist die typisierende Modellbildung europäischer wohnungspolitischer „Regimes" ein weiteres Anliegen des Herausgebers des Bandes. Die Charakteristika der Wohnungspolitik in den Untersuchungsländern lassen sich allerdings – soviel kann gesagt werden – wohl nicht paßgenau in die von Esping-Andersen herausdestillierten Grundformen der „welfare regimes" einfügen.

Unter den behandelten Staaten dominieren Frankreich, Großbritannien und Deutschland, wobei der Vergleich jeweils zwischen zwei dieser Staaten angestellt wird und so gleichsam ein Reigen entsteht. Dem englisch-französischen Vergleich Patricia Garsides – sie modelliert das Verhalten von gemeinnützigen („non-profit") Wohnungsunternehmen von 1900 bis 1939 – folgt der französisch-deutsche Christine Mengins. Letztere vergleicht die französischen „Habitations à Bon Marché" mit deutschen Reformsiedlungen von den Anfängen bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise. Mit Günther Schulz' deutsch-englischem Vergleich schließt sich der Kreis. Sein Beitrag stellt die deutsche und die englische Wohnungspolitik einander gegenüber, zeichnet die Grundlinien der Entwicklung und führt ausgewählte Beispiele an. Tilman Harlander widmet sich den insbesondere aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise bekannten Stadtrandsiedlungen und „wilden" Siedlungen. Neben dem deutschen Beispiel gewährt er Einblick auch in österreichische, italienische und griechische Verhältnisse. Die Berücksichtigung Italiens und mehr noch Griechenlands als bei internationalen Vergleichen oftmals vernachlässigtem „lateinischem Randstaat" verdient besondere Beachtung.

Neuland betreten auch Gerhard Melinz und Susan Zimmermann, die den Ursprüngen staatlicher Wohnungspolitik in der k. u. k. Monarchie seit den 1890er Jahren nachgehen und die divergent verlaufenden Entwicklungen in Österreich und Ungarn bis in die 1930er Jahre verfolgen. Mit der Berücksichtigung Ungarns gesellt sich ein weiterer Neuling zu den Vergleichsstaaten.

Indem die meisten Beiträge bereits in sich vergleichend angelegt sind und nicht – wie bislang meist üblich – der Vergleich nur als Summe aus hintereinandergeschalteten Länderstudien gezogen wird, bringt der Band die vergleichende historische Wohnforschung methodisch voran. Um nur den wichtigsten Vorzug dieser Neuerung zu nennen: dank der wechselnden Vergleichsperspektiven und -objekte wird die Erzielung abweichender oder gar kontroverser Forschungsergebnisse tendenziell begünstigt. Einheitlichkeit und Transparenz der methodischen Voraussetzungen erleichtern anschließend – wiederum tendenziell – die Auflösung solcher Differenzen und

Kontroversen sowie eine Synthese der Ergebnisse. Das Ziel, die nationale Wohnungspolitik der europäischen Staaten möglichst umfassend zu erforschen, rückt mit der Möglichkeit, eine Vielzahl solcher Paarvergleiche auf der Grundlage eventuell gar identischer oder – soweit notwendig – modifizierter Untersuchungsraster anzustellen, in greifbare Nähe.

Zu begrüßen sind auch die Abstracts am Ende des Buches, die eine schnelle Orientierung ermöglichen. Die englische Übersetzung der Einleitung gewährleistet, daß der Band ansatzweise in allen europäischen Ländern rezipiert werden kann.

Thomas Biewer

BERRINGER, Christian: **Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, 1928–1934** (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 54). – Berlin: Duncker und Humblot 1999. 521 S.

Christian Berringer will in seiner an der Universität München bei Gerhard A. Ritter geschriebenen Dissertation die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien in den Jahren der Weltwirtschaftskrise vergleichen, um beispielhaft „die Möglichkeiten, Grenzen und Gefährdungen von Sozialpolitik in einer ökonomischen und sozialen Krisensituation" zu erörtern (S. 18). Zentral ist für ihn dabei vor allem die Frage, ob die Entwicklung in den beiden Staaten in dem untersuchten Politikfeld gemeinsamen Trends folgte, die als kriseninduziert gelten können.

Die Arbeit gliedert sich – abgesehen von den obligatorischen Punkten Einleitung und Schlußbetrachtung – in vier Abschnitte. Im ersten seiner Sachkapitel beschreibt Berringer die Entstehungsgeschichte der Arbeitslosenversicherung in den beiden Staaten und ihre Weiterentwicklung bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise. Am Ende dieses Abschnittes steht ein direkter Vergleich des 1928 jeweils erreichten organisatorischen und sozialpolitischen Entwicklungsstandes, der die vorangegangenen separaten Darstellungen sinnvoll ergänzt und abrundet. Im zweiten Abschnitt untersucht Berringer die Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Deutschland und in Großbritannien zwischen 1928 und 1934. Dabei legt er eigene Berechnungen der Arbeitslosenquote in Deutschland vor, um das schwierige Problem der internationalen Vergleichbarkeit solcher statistischen Angaben zu lösen. Unter dem Vorbehalt, daß hier keine absolute Eindeutigkeit möglich ist, betont der Autor, daß Deutschland nach 1931 deutlich stärker von der Massenarbeitslosigkeit getroffen wurde als Großbritannien. Alternative Zahlenreihen, denen jeweils unterschiedliche Berechnungsmethoden zugrunde liegen, fundieren dieses Resultat auf überzeugende Weise.

Im dritten (und längsten) Teil der Arbeit stellt Berringer die politischen Akteure auf dem Feld der Arbeitslosenpolitik in den beiden Nationen vor und fragt nach ihren jeweiligen Handlungsmustern. Er analysiert die Kabinettspolitik, die Rolle der Ministerialbürokratien und der Fachleute in den Versicherungsinstitutionen ebenso wie die Aktivitäten der Kommunen, der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften. Dabei erfolgen – wie bereits im ersten Abschnitt – zunächst jeweils separate Darstellungen für Deutschland und für Großbritannien, die anschließend durch einen Vergleich zusammengeführt werden.

Der vierte Abschnitt konzentriert sich auf die in beiden Staaten gleichartigen Hauptfragen der Arbeitslosenpolitik in den Krisenjahren, auf den Streit um die Finanzierung der Erwerbslosenunterstützung und die Kontroversen um die unterschiedlichen sozialpolitischen Konzepte, die sich hinter den Begriffen „Versicherung" und „Fürsorge" verbergen. Unter Rückgriff auf die im dritten Teil ausführlich dargelegten Details wird hier zusammenfassend noch einmal der unterschiedliche sozialpolitische Kurs in der Arbeitslosenpolitik in Deutschland und in Großbritannien herausgearbeitet. Während die Präsidialkabinette der Weimarer Republik die sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit rücksichtslos auf die Gemeinden abwälzten, hielten die Londoner Regierungen stets an der zentralstaatlichen Verantwortung für die Erwerbslosen fest. In Deutschland wurde das Versicherungsprinzip durch Notverordnungen so weit ausgehöhlt, daß die erst 1927 installierte Arbeitslosenversicherung seit 1932 nur noch eine Fassade darstellte. Das Deutsche Reich kehrte damit im Prinzip zu der öffentlichen, aber beitragsfinanzierten Erwerbslosenfürsorge zurück, die zwischen 1923 und 1927 bestanden hatte. In Großbritannien, das schon 1911 den ersten Schritt zu einer staatlichen Arbeitslosenversicherung getan hatte, gelang hingegen 1934 eine grundlegende Reform der öffentlichen Hilfe für Arbeitslose, die das Versicherungsprinzip aufrechterhielt und eine Sanierung der chronisch defizitären Versicherungseinrichtungen einleitete.

Die von Berringer zu Beginn seiner Untersuchung aufgeworfene Frage nach gemeinsamen Entwicklungstrends wird damit im wesentlichen negativ beantwortet: obwohl die Arbeitslosenpolitik in beiden Staaten in der Weltwirtschaftskrise weitgehend von finanzpolitischen Erwägungen geprägt war, behielten die unterschiedlichen sozialpolitischen Traditionen und die verschiedenartigen politischen und sozialen Umwelten ihre Prägekraft. So war die Entwicklung nach 1929 weitaus stärker von der Beharrung älterer Regelungen und Strukturen bestimmt als von krisenbedingten Umwälzungen und Neuerungen, die beiden Nationen gemeinsam gewesen wären. Bezeichnenderweise gilt dieses Fazit von der Dominanz der nationalen Umwelt selbst für die Interessenverbände: der internationale Vergleich der Politik von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften zeigt keine Konvergenz ihrer Ideen und Ziele.

Christian Berringer legt mit seiner Dissertation eine rundum überzeugende Arbeit vor, die ein komplexes Thema in sinnvoller Gliederung und souveräner Sachdarstellung differenziert beleuchtet. Das Problem, die Fülle der thematisierten Einzelaspekte nicht nur für ein politisches System, sondern für zwei Nationen sinnvoll zu organisieren und übersichtlich zu präsentieren, wird durch den steten Wechsel zwischen national separater und zusammenfassend vergleichender Darstellung vorbildlich gelöst. Die Feststellung, daß die dabei eingenommene politikgeschichtliche Perspektive strikt eingehalten wird, ist nicht als Kritik zu verstehen, aber zur Charakterisierung der Arbeit doch wichtig: wer sozialgeschichtlichen Aufschluß über die Auswirkungen der Arbeitslosenpolitik in den Krisenjahren gewinnen will, der wird bei Berringer nicht fündig werden. Es liegt aber auf der Hand, daß es vermessen wäre, die Einbeziehung auch solcher Aspekte in eine ohnehin schon ungewöhnlich breit angelegte Dissertation zu fordern. Berringers Fazit von der Beharrungskraft der nationalen Traditionen, die selbst in der historisch beispiellosen Krisenzeit zwischen 1929 und 1934 nicht gebrochen wurden, ist – das sei abschließend vermerkt – geschichtswissenschaftlich vielleicht weniger aufregend als vielmehr politisch bedeutsam, wirft es doch die interessante Frage auf, wie die nach wie vor sehr unterschiedlichen sozialpolitischen Systeme in dem – angeblich – doch immer stärker und unaufhaltsam zusammenwachsenden Europa je zusammengeführt werden sollen. Insofern haben wir hier das seltene Beispiel einer historiographischen Dissertation vor uns, die auch für eine aktuelle politische Diskussion wichtig sein könnte.

Karl Christian Führer

BAUER, Gretchen: **Labor and Democracy in Namibia, 1971–1996**. – Athens/Ohio und London: Ohio University Press und James Currey Publishers 1998. 229 S.

Der Autorin ist es im engen Kontakt mit Funktionären der namibischen Gewerkschaftsbewegung, Vertretern der führenden Partei des Landes, der „South West Africa People's Organisation" (SWAPO) und anderer politischen Aktivisten des unabhängigen Namibias gelungen, ein außerordentlich lebendiges Bild der namibischen Gewerkschaftsbewegung zu zeichnen. Indem sie Primärquellen exakt auswertete und eng mit wissenschaftlichen Institutionen Namibias zusammenarbeitete, wurde es ihr möglich, einen wesentlichen Entwicklungszeitraum der namibischen Gewerkschaftsbewegung aufzuarbeiten und ihn differenziert und anschaulich einem interessierten Leserkreis zugänglich zu machen. Bibliographie und Index erweitern die Handhabung des Buches.

Gretchen Bauer vermerkt einführend richtig, daß die weltweite Solidarität mit der politisch die Befreiungsbewegung repräsentierenden SWAPO letztlich auch die Forschung zu Namibia geprägt hat. Einem breiten Spektrum von Untersuchungen zum Widerstandskampf der SWAPO stehen nur wenige Studien gegenüber, die sich mit den im Innern Namibias vollziehenden sozialen und politischen Prozessen befassen. Kontraktarbeiter und deren frühe Formen gewerkschaftlicher Aktivitäten werden zumeist nur als Vorläufer für die Herausbildung der SWAPO wahrgenommen, da deren führende Aktivisten oft diesen Entwicklungsweg durchliefen. Die Aktualität der Konstituierung einer politischen Befreiungsbewegung einerseits sowie die komplizierte Materialsituation für die Erforschung der im Innern Namibias verlaufenden Prozesse andererseits verdrängten bisher die Aufarbeitung dieses historischen Abschnitts. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Autorin sich gerade dieser Thematik stellt und damit versucht, wesentliche Aspekte der inneren Entwicklung Namibias aufzuhellen und öffentlich zu machen. Nicht zuletzt soll dadurch eine gewisse SWAPO-Lastigkeit in der Geschichtsbetrachtung abgebaut werden.

Einführend wird die organisierte Gewerkschaftsbewegung als wichtiger Bestandteil von Demokratie und Zivilgesellschaft in Afrika behandelt. Während der Unabhängigkeitsbewegung zumeist Akteure in der antikolonialen Opposition, hatten die Gewerkschaften nach Erringen der Unabhängigkeit nicht selten um ihre Legitimation als eigenständige gesellschaftspolitische Kraft zu ringen. "For many organized labor movements however, independence was no boom but often led to the rapid demobilization of trade unions", stellt die Verfasserin dazu fest (S. 4). Mit zivilgesellschaftlichen Strukturen in afrikanischen Staaten und der weitgehenden Überwindung der Einparteienregimes der frühen Unabhängigkeitsphase begannen auch die Gewerkschaften politisch wieder stärker in Erscheinung zu treten. Die Einbindung in soziale Strukturen der Gesellschaft und in das staatliche Machtgefüge wird von ihnen zunehmend genutzt, um ein eigenständiges Politikverständnis zu entwickeln und im Interesse ihrer sozialen Klientel – aber auch darüber hinaus – Einfluß auf die Demokratieentwicklung zu nehmen. Ihr Erstarken ist verbunden mit Forderungen nach Öffnung der Gesellschaft für ein breiteres Spektrum demokratischer Mitbestimmung. Zu Recht weist Bauer darauf hin, daß in diesen bei weitem nicht immer konfliktlos verlaufenden Prozessen einflußreiche Gewerkschaftsführer sich teilweise zu Trägern einer parteipolitischen Opposition profilierten, wie es sich gegenwärtig in Namibia, Simbabwe, Sambia und Südafrika nachvollziehen läßt.

Die Transformation der namibischen Gewerkschaften von einem Bestandteil der antikolonialen Bewegung gegen Südafrika zu einer in einem demokratischen System wirkenden Interessenvertretung der Werktätigen Namibias verfolgt die Autorin über einen Zeitraum von 25 Jahren. Sie legt dabei vor allem Wert auf die typischen Besonderheiten dieses Landes, die sich aus der Einbindung Namibias in das südafrikanische Herrschaftsregime ergaben. Die Schwäche der namibischen Gewerkschaften, die sich in den bescheidenen Mitgliederzahlen der beiden Gewerkschaftsförderationen – der „National Union of Namibian Workers" (NUNW) und des „Namibian People's Social Movements" (NPSM) – spiegeln, wird auch schon in dem niedrigen Beschäftigungsgrad der ökonomisch aktiven Bevölkerung in modernen Wirtschaftssekoren deutlich. Konkret bedeutete das: "[...] the organized labor movement's weakness is indicated by more than simply its small absolute numbers. Most trade unions in Namibia are experiencing a serious lack of capacity in organizational, administrative, financial, leadership, research, and policy matters. Only some unions are effectively servicing their members and redressing in any way the continuing apartheid legacy in the workplace. As a whole, unions have not succeeded in articulating a clear socioeconomic and political vision to work to enhance their members' living and working conditions and to guide their interactions with employers and the state" (S. 6). Die koloniale Erfahrung einer andauernden Unterdrückung durch Südafrika und die Dominanz des bewaffneten Widerstandes seitens der SWAPO in den Auseinandersetzungen verhinderten weitgehend, daß die Gewerkschaften eigenständig Erfahrungen als Interessenvertreter von Werktätigen sammeln konnten. Arbeitspolitische Auseinandersetzungen im Rahmen einer legalen, wenn auch kolonial geprägten staatlichen Administration waren kaum möglich.

Das zeigte sich nicht nur daran, daß sich gewerkschaftliche Organisationen erst Anfang der siebziger Jahre herausbildeten, sondern führte auch dazu, daß sich die Gewerkschaften weitgehend der als gesellschaftspolitische Kraft dominierenden SWAPO im antikolonialen Kampf unterordneten. Aus den nur geringen Ansätzen zivilgesellschaftlicher Strukturen während der Kolonialzeit und der besonderen Rolle der SWAPO während des Unabhängigkeitskampfes ergab sich, daß die Spezifik einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung kaum wahrgenommen werden konnte. Die Autorin weist darauf hin, daß sich auch die Frauenbewegung, die Studenten und Schüler, die Kirche und andere in den Befreiungskampf eingebundene Kräfte in einer ähnlichen Situation befanden und nach der Unabhängigkeit darum ringen mußten, sich als selbständige Teile einer demokratischen Zivilgesellschaft zu begreifen und einzubringen (vgl. zur Frauenbewegung: Heike Becker, Namibian Women's Movement, 1980 to 1992. From Anti-Colonial Resistance to Reconstruction, Frankfurt a. M. 1995).

Bauer betont, daß dieses Problem in einem besonders hohen Maße auf die Gewerkschaften zutraf, denen sie als Kriterium für eine funktionierende Demokratie einen wichtigen Stellenwert zuweist. Erst allmählich gelang es den Gewerkschaften, sich aus der Dominanz der SWAPO als führender Regierungspartei zu lösen und sich als eigenständige Kraft in ein demokratisches System einzuordnen. Die historisch gewachsene,

besonders enge Verknüpfung von Gewerkschaftsbewegung und SWAPO erwies sich dafür als problematisch. Ein Geflecht von organisatorischen und personellen Bindungen durchzieht beide Organisationen. Die Autorin stellt fest: "Thus the nature of the Namibian economy and the legacies of colonial rule and the nationalist struggle (and association with the nationalist movement cum political party) have weakened trade unions in Namibia, diminishing the prospects for the successful consolidation of democracy in that country" (S. 9). Die wirtschaftlichen Realitäten in Privatwirtschaft und staatlichem Sektor erforderten jedoch, daß die in der Verfassung garantierten Grundrechte für die Werktätigen in einer Arbeitsgesetzgebung eine juristische Grundlage erhielten. Dies gelang schließlich 1992. Damit erhielt auch die Gewerkschaftsbewegung ihren legitimen Platz im Rahmen dieses demokratischen Systems, den in der Folgezeit sie zunehmend eigenständig besetzte.

In einem kurzen, aber prägnanten Abschnitt führt die Verfasserin in die vorhandene Forschungsliteratur ein, um allerdings festzustellen: "All these works offer important insights into the contract labor system and labor migrancy in Namibia, but they have largely not dealt with most of the issues raised in this book. For the most part, this is because these works were written before 1975 and deal with the contract migrant labor system before the onset of the reform following the general strike of 1971–1972 and before the first attempts to organize trade unions in Namibia" (S. 11 f.). Und eben da setzt ihre Forschung an. Sie will genau diesen Zeitraum bearbeiten, der – subjektiv verständlich – wegen politischer Prämissen und aus Mangel an Quellenmaterial bisher nicht bearbeitet werden konnte. "Hence much research remains to be done on the trade union movement and labor relations in Namibia – from their origins in the two decades before independence and into the postindependence period – and from a perspective that locates them as participants in a broader civil society" (S. 12). Mit dem von 1991 bis 1996 durch die Autorin in Namibia zusammengetragenen reichhaltigen Quellematerial und unter Einbeziehung der Oral history gelingt es ihr, das Geschichtsbild wesentlich zu erweitern. Subjektive Beobachtungen und Schlußfolgerungen werden von Bauer bewußt als solche ausgewiesen und zur Diskussion vorgelegt.

In dem vorliegenden Werk folgen einer relativ allgemein gehaltenen *Einführung* zur afrikanischen Gewerkschaftsbewegung die namibischen Besonderheiten der Entwicklung, der Forschungsstand und die Materiallage. Eine narrative Aufarbeitung von Arbeitsverhältnissen und Gewerkschaften in den weitgehend chronologisch angelegten Kapiteln 2 bis 5 macht die Evolution der Bewegung gut nachvollziehbar, erschwert aber eine problemorientierte Sicht. Im zweiten Kapitel schildert die Autorin die Besonderheiten der Arbeitskräftefrage im südafrikanischen Mandatsgebiet seit 1915. Vermittelt werden notwendige Einblicke in einen Prozeß, der im Generalstreik von 1971/72 kulminierte. Letztendlich führte er zu einer Reform des Kontraktarbeitersystems und leitete eine gewisse Modifizierung der Apartheitpolitik Südafrikas gegenüber Namibia ein. In der hochgradigen Politisierung der namibischen Bevölkerung durch die Streikereignisse sieht die Autorin die Ursachen dafür, daß die politische und organisatorische Profilierung der SWAPO wesentlich vorangetrieben wurde.

Im dritten Kapitel geht sie auf den problematischen Umgang der Exilführung der SWAPO mit der an Einfluß gewinnenden Gewerkschaftsbewegung ein. Die Beziehungen zwischen SWAPO und Gewerkschaften blieben nach ihrer Ansicht stets widersprüchlich und von Mißtrauen belastet, trotz des engen Zusammenwirkens im Rahmen der Befreiungsbewegung. Gleichzeitig werden in diesem Kapitel die Reformen der südafrikanischen Administration Ende der siebziger Jahre beleuchtet, vor allem hinsichtlich der Schaffung von unpolitischen, kontrollierbaren Gewerkschaften unter den namibischen Werktätigen. Bauer befaßt sich im vierten Kapitel mit den letzten Jahren der Kolonialherrschaft und der Übergangsperiode. Es gelang den Gewerkschaften durch ihre wachsende Aktivität Ende der achtziger Jahre, wesentliche Arbeitsrechte durchzusetzen. Die Autorin setzt sich mit der Auffassung auseinander, daß die rasante Zuspitzung innerer Transformationsprozesse in diesem entscheidenden Abschnitt durch die Exil-SWAPO vorangetrieben worden sei. Dem hält sie entgegen, daß es die Werktätigen in den Townships von Windhoek und in den Minen und Bergwerken des Landes waren, die diesen Prozeß forciert haben. Der Einfluß der SWAPO auf die organisatorische Profilierung der Gewerkschaften wird von ihr jedoch nicht in Frage gestellt. Diese fügten sich voll in die politische Strategie der führenden Befreiungsbewegung ein. Die Gewerkschaften erhielten ihrer Meinung nach jedoch in der Endphase als organisierte Kraft im Innern Namibias durch ihre Verankerung in der Bevölkerung eine Schlüsselfunktion.

In Kapitel 5 wendet sich die Verfasserin der Rolle der Arbeitskräfte und ihrer Organisationen im unabhängigen Namibia zu. Eingebunden in die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, fühlt sich die von der SWAPO geführte Regierung der „mixed economy" verpflichtet. Die Gewerkschaften hatten ihren Platz und ihre Aufgaben in diesem demokratisch strukturierten System neu zu finden. Die Autorin beleuchtet, wie die Gewerkschaften heute versuchen, sich aus ihrer durch den Unabhängigkeitskampf politisch eingebundenen Aufgabenstellung zu lösen und zu verstärkt den sozialen und ökonomischen Interessen der Mitglieder verpflichteten Organisationen zu werden. Dieser komplizierte Balanceakt – einerseits eine der führenden Regierungspartei eng verbundene Massenorganisation zu sein, andererseits die Interessen ihrer Klientel vertreten zu müssen – wird mit Sachkenntnis dargestellt.

In Kapitel 6 versucht die Autorin abschließend, einige übergreifenden Fragestellungen aufzugreifen. "This concluding chapter will elaborate the reasons for the late and weak emergence of unions in Namibia, namely, a fragile economy, a colonial legacy of repression and reform, and the unions' origins within the nationalist movement cum ruling political party and will consider the relationship between Trade unions and democracy" (S. 125).

Dabei ist der Abschnitt, in dem die Autorin sich mit dem Demokratieanspruch Namibias und dem Beitrag der Gewerkschaften zur Konsolidierung demokratischer Strukturen auseinandersetzt, von besonderem Interesse. Mit ihrer Fragestellung, ob Gewerkschaften sich auf ihre ökonomische und soziale Aufgabenstellung reduzieren sollten oder ob sie einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch beim Ausbau demokratischer Strukturen haben, greift sie in eine politisch brisante Diskussion ein: "[...] a social movement unionism holds the best prospects for a democratic future" (S. 136). Und sie schlußfolgert für Namibia: "[...] a political unionism seems to prevail, a result, no doubt, of the major unions' origins in the nationalist movement and their mobilizational role in the final years of the liberation struggle" (S. 136). Haben die namibischen Gewerkschaften auch gegenwärtig noch hart um ihre Konsolidierung zu ringen, so ist sich Gretchen Bauer sicher, daß sie ihren sozialen Anspruch im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften politisch vertreten werden.

Die 1999 vollzogene Konstituierung einer linken Oppositionspartei in Namibia unter maßgeblicher Mitwirkung von Gewerkschaftsfunktionären scheint der Autorin Recht zu geben.

Ingrid Grienig

MASETTI, Jorge: **El furor y el delirio. Itinerario de un hijo de la Revolución cubana**. Edición a cargo de Elizabeth BURGOS. – Barcelona: Tusquets Editores 1999. 298 S.

TIMOSSI, Jorge: **Los cuentos de Barbarroja. Comandante Manuel Piñeiro.** – Buenos Aires: Ediciones Colihue 1999. 171 S.

In Jorge Masettis Erinnerungen spiegeln sich in vielfältiger Weise die Hoffnungen und Illusionen, aber ebenso auch die blutigen Niederlagen und Frustrationen einer ganzen Generation von Aktivisten der lateinamerikanischen Linken wider, die geprägt war vom kontinentalen Echo der kubanischen Revolution. Untypisch allerdings, was das Buch natürlich um so interessanter macht, ist Masettis vergleichsweise privilegierter Informationszugang, den ihm seine Herkunft ermöglichte.

Sein Vater, der argentinische Journalist Jorge Ricardo Masetti, hatte Kontakte zu Fidel Castro geknüpft, als dieser noch den Guerillakampf gegen die Batista-Diktatur führte. Nach dem Sieg wurde er dann mit der Gründung einer neuen Presseagentur beauftragt, der „Prensa Latina". Doch sein eigentliches Interesse galt der Ausweitung der Revolution auf ganz Lateinamerika und vor allem auf Argentinien, wobei er natürlich besonders auf die Unterstützung durch seinen Landsmann Ernesto „Che" Guevara zählen konnte. Das Experiment einer ländlichen Guerilla im Norden Argentiniens im Jahre 1964 erwies sich aber als blutiges Fiasko. Auch Masetti kam dabei ums Leben (seine Leiche wurde allerdings offiziell nie gefunden).[1] Jorge Masetti, Jg. 1955, hatte seinen Vater nach Kuba begleitet, wo er vergleichsweise behütet unter den Augen der kubanischen Führung – der Tod seines Vaters wurde ihm vom Revolutionskommandanten Piñeiro persönlich mitgeteilt – aufwuchs. Die offizielle Darstellung von der „heroischen Tat" Jorge Ricardo Masettis konnte ihn jedoch nicht einfach das Gefühl vergessen lassen, als Kind von seinem Vater verlassen worden zu sein. Entsprechend verweigerte er sich zunächst der Erwartungshaltung an den „Sohn Masettis". So ging er 1970 mit seiner Mutter wieder nach Argentinien zurück.

Hier wuchs er nun in ein Alter hinein, in dem er sich angesichts der politisierten Atmosphäre und des Aufschwungs der verschiedenen Guerillagruppen vor dem Hintergrund seiner „kubanischen" Prägung gleichsam automatisch einer Organisation des bewaffneten Untergrundes anschloß, der PRT (Partido Revolucionario de los Trabajadores) mit ihrem bewaffneten Arm ERP (Ejército Revolucionario del Pueblo).[2] Ursprünglich trotzkistisch, war sie inzwischen ganz auf Kuba ausgerichtet. Von nun an war er „Berufsrevolutionär".

Dies sollte sich nur als Beginn einer langen Wanderung durch die verschiedensten Manifestationen des bewaffneten Kampfes in Lateinamerika erweisen, der nach einer ersten Offensive 1972/73 ganz von der blutigen Niederlage zuerst in Chile, dann in Argentinien bestimmt war. Und das hieß erst einmal Verfolgung und Flucht, wobei Kuba zeitweise eine Rückzugsbastion darstellte – er liefert interessante Hinweise auf die Ausbildung lateinamerikanischer Guerilleros auf der Insel –, bis 1979 der Sieg der Sandinisten eine Wende anzudeuten schien. Masetti war zunächst noch in der sich im Exil schnell fraktionierenden PRT aktiv, beteiligte sich an den Kämpfen in Nikaragua, um schließlich in den Achtzigern angesichts des Scheiterns der PRT, als Folge seiner alten Beziehungen, Mitarbeiter der von Piñeiro geleiteten „Amerikaabteilung" der kubanischen KP zu werden. Dies brachte ihn auf zahllose weitere Schauplätze, teils in direktem kubanischem Auftrag, teils aufgrund von Querverbindungen der PRT zu anderen lateinamerikanischen Organisationen: nach Mexiko, Argentinien, Chile, Kolumbien und schließlich wieder zurück nach Kuba.

Dabei ging es um die typischen Aktivitäten klandestiner Guerillaoperationen, vor allem um Geld-, Waffen- und Nachrichtenbeschaffung. Als Masetti 1988, nach dem Scheitern zahlloser Pläne in Lateinamerika, auch aus gesundheitlichen Gründen nach Kuba zurückkehren mußte, führte ihn das zu seiner letzten Station, der für Devisen- und Ersatzteilbesorgung verantwortlichen Abteilung des Innenministeriums. Diese Abteilung operierte mit allen Mitteln, sozusagen, wie das sogar Fidel Castro ausdrücken sollte, als Freibeuter mit einer staatlichen Lizenz, einer Art Kaperbrief, ausgestattet. Damit hatte sie angesichts der US-amerikanischen Wirtschaftsblockade die Möglichkeit und die Aufgabe, kubanische und internationale Gesetze zu umgehen. Masetti selbst war am umfangreichen Elfenbeinschmuggel – über Angola mit seiner damals starken kubanischen Truppenpräsenz – beteiligt. Die Verbindung mit dieser Abteilung nahm noch eine persönliche Note an, als er die Tochter des leitenden Offiziers Tony de la Guardia heiratete.

Damit war Masetti dann auch unmittelbar betroffen, als Castro im Juni 1989 diese Abteilung sowie den ehemaligen kubanischen Kommandeur in Angola, General Ochoa, ausschaltete, indem er diesem die alleinige Verantwortung für Drogengeschäfte zuschob. Sie konnten nicht mehr stillschweigend betrieben werden, als die USA der Sache auf die Schliche gekommen waren. Mehrere Offiziere, darunter Masettis Schwiegervater, wurden hingerichtet.[3] Dazu finden sich hier wichtige Hintergrundinformationen. Obwohl Masetti selbst nicht angeklagt wurde, war seine Position damit unhaltbar geworden. Doch erst nach längeren Bemühungen konnte er mit seiner Frau ausreisen und fand Asyl in Paris, wo er seine Erinnerungen niederschrieb. Sie erschienen bereits 1993 in Frankreich, werden aber erst jetzt durch die – nur geringfügig veränderte – spanische Ausgabe ihr eigentliches Publikum finden.

Nüchtern gehalten, werfen sie ein Licht auf wichtige Entwicklungsetappen der lateinamerikanischen Linken in den siebziger und achtziger Jahren und beleuchten dabei vor allem seine Aktivitäten. Masetti interessierten vor allem die *Aktionen.* Wie er selbst in seinen Schlußreflexionen schreibt, zog ihn dabei vor allem die Geborgenheit einer Gruppe an. So findet man nichts über die politisch-programmatischen Diskussionen der lateinamerikanischen Linken, ebensowenig etwas über die sozialen Kämpfe (wie auch nichts zum Verständnis der anderen, nicht auf den bewaffneten Kampf orientierten Strömungen). Er sieht deren Zersplitterung vor allem als Ausdruck persönlicher Auseinandersetzungen, was sie zweifellos im großen Maße auch war, aber sicher nicht ausschließlich. Doch macht seine Schilderung eben deutlich, wie die Konzentration auf die militärische Seite immer stärker das Eigenleben der Gruppen bestimmte, sie regelrecht militarisierte, was sie damit für einen gewissen Menschentypus attraktiv machte.

Die negativen Seiten dabei, das durch den Druck der Verfolgung hervorgerufene „Binnenklima", werden von Masetti allerdings nicht ausgespart. Es ist somit nicht nur die Darstellung der diversen Aktionen, sondern gerade auch die Schilderung dieses „Milieus", was den Wert seines Berichts ausmacht. In seinen Schlußbemerkungen zieht er nun auch einen deutlichen Trennungsstrich zum kubanischen Regime mit seinem

Einparteienstaat und seiner privilegierten Führungsschicht.[4]

Der bereits erwähnte und des öfteren bei Masetti vorkommende Manuel Piñeiro (mit Spitznamen Barbarroja – „Rotbart") war als langjähriger Leiter der Amerikaabteilung des ZK eine Schlüsselfigur in der kubanischen Politik gegenüber der lateinamerikanischen Linken. Einer der Mitbegründer von Castros „Bewegung des 26. Juli" in der Stadt Matanzas, war er einer der engsten Kampfgefährten Raúl Castros in der kubanischen Revolution und gehörte zunächst zu den Organisatoren des Innenministeriums und des Sicherheitsapparats, um dann die Unterstützung der Guerilla zu organisieren. Er starb 1998 bei einem Autounfall, nachdem er kurz zuvor nicht wieder in das Zentralkomitee der Partei gewählt worden war. Mit ihm beschäftigt sich ein Band, dessen Herausgeber, ein argentinischer Journalist, im „Zweitberuf" auch ein Mitarbeiter dieser Amerikaabteilung gewesen ist.

Hier finden sich zahlreiche Erinnerungen seiner zeitweiligen Weggefährten – nicht zuletzt auch die seiner Frau, der bekannten chilenischen Soziologin Martha Harnecker –, die viel Anekdotenhaftes über die Jahrzehnte seit Beginn der Revolution zusammentragen. Insofern liefern sie durchaus ein plastisches Bild von dem, wie Piñeiro sich nach außen hin – von „öffentlich" kann man angesichts seiner Aktivitäten kaum reden – präsentierte. Was hier natürlich fehlt, sind jedoch all die Aspekte seiner Tätigkeit im frühen Sicherheitsapparat und dann bei der Organisierung der lateinamerikanischen Revolution, die ihm seinen geheimnisumwitterten Ruf einbrachten und wovon Masettis Schilderungen eine gute Ahnung geben. Doch um deren Ergänzung handelt es sich eben nicht. Das wäre für eine offizielle Darstellung aus Kuba zweifellos zu viel verlangt. Bis man an die dafür notwendigen Dokumente herankommen kann, wird es wohl noch einige Zeit dauern.

1 Über diesen aus heutiger Sicht erschreckend dilettantisch und unter völliger Verkennung der sozioökonomischen Bedingungen des Landes initiierten Guerillaversuch vgl. Gabriel Rot, „Masetti, ‚el comandante segundo', y los orígenes perdidos de la guerrilla en Argentina", in: El Rodaballo, Nr. 6–7, 1997, S. 39–46.

2 Weitere Augenzeugenberichte ehemaliger PRT-ERP-Mitglieder bei Gaby Weber, Die Guerilla zieht Bilanz. Gespräche mit Guerilla-Führern in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, Gießen 1989, S. 45–89, und Luis Mattini, Hombres y mujeres del PRT-ERP de Tucumán a la Tablada, Buenos Aires 1995.

3 Zu dieser ganzen Affäre vgl. meinen Beitrag „Säuberungen im kubanischen Kommunismus", in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 2001 (im Druck).

4 Was er inzwischen noch verschärft hat. Siehe seine Attacken auf die „nouvelle classe castriste" in Le Monde vom 17. 11. 1999.

Reiner Tosstorff

Kurzanzeigen und Literaturhinweise

Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit". Hrsg. von Peter Reif-Spirek und Bodo Ritscher. (In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen). – Berlin: Chr. Links Verlag 1999. 328 S.

Der Sammelband gibt in vierzehn Beiträgen einen Überblick über den zum Zeitpunkt seines Erscheinens aktuellen Forschungs- und Kenntnisstand zu den sowjetischen Speziallagern in Deutschland und den an diesen Orten befindlichen Gedenkstätten. Die Herausgeber wenden sich dabei ausdrücklich an ein breiteres Publikum, dem die komplizierten und oftmals kontrovers diskutierten historischen Hintergründe und aktuellen Probleme der „doppelten Vergangenheit" von Gedenkstätten nahegebracht werden soll.

Der zu vermittelnde Überblick ist eingebettet in eine Darstellung der historischen und politischen Rahmenbedingungen, die nach den Zweiten Weltkrieg zur Einrichtung von sowjetischen Speziallagern in ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern führten. Ausgehend von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, werden die nachfolgende Besatzungspolitik

und die mit ihr einhergehende Internierungspraxis in allen Besatzungszonen nach 1945 dargestellt. Die Mehrzahl der im Band enthaltenen Beiträge befaßt sich mit Fragen sowjetischer Besatzungspolitik und Herrschaftssicherung wie der Tätigkeit der Militärtribunale und Sicherheitsorgane, der Internierungspolitik und -praxis sowie der politischen Integration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in der SBZ/DDR. Im Anhang stellt ein Überblick die wichtigsten Gedenkstätten vor.

Alle Autoren und Autorinnen versuchen, sich neben den zu vermittelnden Sachinformationen der in den vergangenen Jahren von starken Kontroversen begleiteten Frage zu nähern, wie sich die „doppelte Vergangenheit" in Gedenkstätten wie Buchenwald und Sachsenhausen, die vorrangig als nationalsozialistische Konzentrationslager wahrgenommen werden, adäquat in der Gestaltung der Gedenkstätten niederschlagen kann. Damit verbunden ist die Frage nach der politisch-moralischen Beurteilung und Einordnung von nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und sowjetischer Internierungpraxis.

Annette Kaminsky

1848. Memory and Oblivion in Europe. Ed. by Charlotte Tacke (= Euroclio: Études et documents, Nr. 19). – Bruxelles, Bern, Berlin, Frankfurt a. M., New York, Oxford und Wien: PIE Lang 2000. 183 S.

Der Sammelband entstand als Resultat einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „The Cultural Construction of Communities in the Process of Modernisation: Sweden and Germany in Comparison" (25. und 26. 5. 1998, Florenz), veranstaltet vom Europäischen Institut, Florenz, und der Humboldt-Universität, Berlin.

Enthalten sind neben der thematischen Einführung der Herausgeberin sieben weitere Beiträge, die sich mit der Verarbeitung des Erbes der Revolution von 1848/49 in verschiedenen Ländern Europas befassen: J.-L. Mayaud, „1848 and France. The Revolution, its Uses and Commemorations (19th and 20th Centuries)"; G. Deneckere und B. de Wilde, „(Dis)Remembering the 1848 Revolution in Belgium. How an Important Historical Rupture Got Forgotten"; M. Hettling, „Shattered Mirror. German Memory of 1848: From Spectacle to Event"; J. Kaye und I. Matauschek, „A Problematic Obligation: Commemorating the 1848 Revolution in Austria"; C. Majorek und H. Zalinski, „The Revolution of 1848 in Polish Historical Consciousness: Remarks on Three Anniversary Celebrations (1898, 1948, 1998)"; St. B. Frandsen, „Why 1848 is Barely Commemorated in Denmark"; A. T. Thorsen – „Touching the Limits of Collective Memory: Norway and the Legacy of the 1848 Revolution".

Ein wichtiges Kapitel europäischer historischer „Erinnerungskultur" wird somit aus vergleichender Sicht aufgehellt. Im Mittelpunkt der einzelnen Beiträge stehen vor allem die Revolutionsjubiläen von 1898, 1923, 1948 und 1998 in den einzelnen Ländern. Vor allem die Zusammenschau des 150. Jahrestages macht den Wert des Bändchens aus.

Gunther Hildebrandt

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv. XXVII (2001) (Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch. 27 [2001]). – Budapest: Magyar Lajos Alapítvány 2000. 349 S.

Der aktuelle Band des Jahrbuchs umfaßt 82 Studien, Beiträge, Mitteilungen, Biographien und Dokumente zu Ereignissen aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung von historischer oder aktueller Bedeutung. Schwerpunktthemen sind die Arbeiterbewegung und der Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts, der Kalte Krieg sowie der Kosovo – die NATO und Jugoslawien. Als „International Supplement" werden Beiträge in der Originalsprache abgedruckt, u. a. von Henryk Skrzypczak („Von der Revisionismusdebatte zum Schröder-Blair-Paper"), Günter Benser („Die Nato-Aggression und die deutschen Parteien"), Andrea Panaccione („Leo Valiani, 1909–1999") und William A. Pelz („The Legacy of Samuel Gompers, 1850–2000" sowie „The Politics of Black and Red: Paul Robeson, 1898–1976").

Dagmar Goldbeck

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Freien Universität Berlin herausgegeben von Peter Steinbach

Anschrift: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, D-14195 Berlin, Telefon: 030/838-52368, Telefax: 030/838-55057

MITTEILUNG über ein Projekt | **über den Stand eines bereits angezeigten Projekts** Titelverzeichnis Nr. .....

1 **Institution(en)**, in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird (z. B. Institut, Referat, Fachbereich, Lehrstuhl)*

Bezeichnung/Name, Anschrift, Tel.- und Fax-Nr. sowie E-Mail-Adresse:

* Bei Forschungsarbeiten ohne Verbindung mit einer Institution Name des/r durchführenden Forscher(in)s. Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades außerdem Bezeichnung der Institution des/r Betreuer(in)s.

2 **Bearbeiter/in.** Vor- und Zuname, Titel, Anschrift, Tel.- und Fax-Nr. sowie E-Mail-Adresse (Leiter bitte unterstreichen):

3 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Vor- und Zuname des/r Betreuer(in)s (Doktorvater o. ä.):

4 **Stand** der Forschungsarbeit ☐ laufend ..... ☐ geplant ..... ☐ abgeschlossen .....
☐ eingestellt ..... ☐ sonstiges .....

5 **Laufzeit** von ..... (Monat/Jahr) bis ..... (Monat/Jahr) ungefährer Zeitpunkt der schriftlichen Fixierung des Ergebnisses

6 **Art** (Mehrfachnennungen möglich)

Auftragsforschung ..... ☐
geförderte Forschung ... ☐
Eigenprojekt von **1** ..... ☐
Eigenprojekt von **2** ..... ☐
Staatsexamensarbeit .... ☐
Gutachten ..... ☐
Habilitationsschrift ..... ☐
Dissertation ..... ☐
Diplomarbeit ..... ☐
Magisterarbeit ..... ☐
Edition ..... ☐
Monographie ..... ☐
Aufsatz ..... ☐
sonstiges .....
.....

7 Hat die Forschungsarbeit einen **Auftraggeber**? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte genaue Bezeichnung und Anschrift eingeben:

8 Wer trägt die **Kosten** der Forschungsarbeit? (Mehrfachankreuzen möglich)

Die in Frage 1 genannte Institution ..... ☐
Bearbeiter/in ..... ☐
Auftraggeber ..... ☐
Deutsche Forschungsgemeinschaft ..... ☐
bzw. Sonderforschungsbereich der DFG ☐
Stiftung Volkswagenwerk ..... ☐
andere Geldgeber ..... ☐
.....
Bitte Bezeichnung und Anschrift
.....
Stipendium ..... ☐
.....
Bezeichnung und ggf. Anschrift

9 (Arbeits-)**Titel** der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel):

☐ Thema geändert, neuer (Arbeits-)Titel:

10 ggf. **Zeitraum** (z. B. 1933 bis 1945), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht):

11 ggf. **Geographischer Raum** (z. B. Köln, Bayern, Österreich), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

12 **Inhaltliche Ziele** (spezielle Fragestellungen, Hypothesen, Zwischenergebnisse):

13 Liegen aktuelle (Teil-)**Veröffentlichungen** der Arbeit vor (z. B. Buch, Aufsatz) oder sind sie geplant? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Verlag, Jahr):

14 Liegen nichtveröffentlichte (Zwischen-)**Berichte**, Manuskripte, Arbeitspapiere vor? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Jahr):
(Hier bitte auch Hochschul- und Staatsexamensarbeit, Dissertation, Habilitationsarbeit angeben)

15 **Methodische Anlage** (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)

16 **Benutzte Unterlagen** (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angabe für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

....
(Ort, Datum) (Unterschrift)

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin herausgegeben von Peter Steinbach
Wissenschaftlicher Beirat: Andreas Graf, Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Henryk Skrzypczak, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhaltsverzeichnis und Register

Berlin

36. Jahrgang 2000

ISSN 0046-8428

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
(Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes:
Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Straße 16–18, D-14195 Berlin

Redaktion: Gerhard Beier †, Franz Jean Frohn, Andreas Graf (verantw.), Dirk H. Müller

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Andreas Graf

Anschrift der Redaktion:
Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, D-14195 Berlin
Telefon: 030/838-55056 (A. Graf); 030/838-52368 (F. J. Frohn); Telefax: 030/838-55057
Internet: http://www.hth-berlin.de/iwk/; E-Mail: graf@gdw-berlin.de; iwk@hth-berlin.de

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID-Nr.): DE 811 304 768

Vertrieb: FSP GmbH, Müllerstraße 163, D-13353 Berlin

Die IWK wird regelmäßig im „Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS" des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstraße 30, D-53113 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Freie Universität Berlin alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preise: Einzelheft DM 20,–, Doppelheft DM 40,–, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 15,– bzw. DM 30,–, jeweils zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement DM 67,–, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 40,–, jeweils zuzüglich Versandkosten (Inland: DM 5,–, Ausland: DM 12,–). Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung an die Hauptkasse der FU Berlin, D-14195 Berlin, Konto Nr. 22808-109, Kassenzeichen (bitte unbedingt angegeben!): 01/11901/15520000 bei der Postbank, Niederlassung Berlin, D-10916 Berlin (BLZ 10010010). Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahrs (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang).
Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 14–19/20 und Jg. 10 (1974), Jg. 11 (1975), Jg. 12 (1976), H. 2, 3 und 4, Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4, Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4, Jg. 16 (1980) bis Jg. 23 (1987), Jg. 24 (1988), H. 1, 2 und 3, Jg. 25 (1989), Jg. 26 (1990), Jg. 27 (1991), H. 2, 3 und 4, Jg. 28 (1992), H. 1, 2 und 4, Jg. 29 (1993) ff.
Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte bis einschließlich H. 4/1992 beträgt DM 5,– pro Heft bzw. DM 20,– pro Jahrgang zuzüglich Versandkosten. Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an die Adresse der Redaktion!

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 9. 1997.

Gedruckt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Herstellung: Dr. Hans Theissen, Jablonskistraße 35, 10405 Berlin
Druck: MercedesDruck GmbH, Groß-Berliner Damm 71–75, D-12487 Berlin

Nachrufe

Seidel-Höppner, Waltraud: Adieu, Jacques Grandjonc (1933–2000) 3/297

Aufsätze und Miszellen

Adam, Thomas, und Stefan Jaunich: Die Leipziger Bau- und Konsumgenossenschaften. Ein sozialdemokratisches Traditionsmilieu in der NS-Zeit und der frühen DDR 2/200
Graf, Andreas: Die Familie Krüschet im Widerstand 1/29
Hedeler, Wladislaw, und Alexander Watlin: Die Direktive im Knopf oder das Konstrukt einer Verschwörung. Der „Fall Varvara Nikolajevna Jakovleva" 3/350
Kersten, Oliver: „Brandenburg ist in unserer Bewegung das Pulverfaß ...". Die kommunistische Fraktionsbildung im Touristenverein „Die Naturfreunde" in der Region Berlin-Brandenburg zur Zeit der Weimarer Republik 4/499
Koch-Baumgarten, Sigrid: Ein Linkssozialist und „Sturmvogel" als internationaler Gewerkschaftssekretär. Edo Fimmen in der Internationalen Transportarbeiterföderation (1919–1942) 1/12
Krämer, Reinhard: August Winter (1866–1907). Der vergessene Pionier der Sozialdemokratie in Oberschlesien 2/210
Kurzer, Ulrich: Sicherheitspolitische Aspekte im Gesetz über Verbrauchergenossenschaften vom 21. Mai 1935? 2/157
Müller, Reinhard: Der Fall Werner Hirsch. Vom KZ Oranienburg in die Moskauer Lubjanka 1/34
Reichel, Thomas: „Feste Burgen der Partei"? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946–1949 ..... 1/62
Reichel, Thomas: Auf dem Weg zur „herrschenden Klasse"? Die Arbeiterschaft in der SBZ zwischen Betriebsräten und FDGB 4/453
Rütters, Peter: Die Bauhütten im Konfliktfeld zwischen DAF-Aufbau und NS-Mittelstandspolitik. Von der Schwierigkeit der Deutschen Arbeitsfront, Gewerkschaftsunternehmen erfolgreich zu übernehmen 2/175
Schafranek, Hans: V-Leute und „Verräter". Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo 3/300
Steinbach, Peter: Henryk Skrzypczak. Über „Eska", auch „Eskanowitsch" genannt 1/1
Ulrich, Jürg: Eine Episode aus dem Jahre 1909. Die Beziehung von Alltagsleben und Politik in der russischen sozialistischen Emigration vor dem Ersten Weltkrieg 3/366
Wagner, Matthias: Aktenvernichtungen in der Wende 1/100

Dokumentationen

Luban, Ottokar: Karl Radek im Januaraufstand 1919 in Berlin. Drei Dokumente 3/377

Tagungsberichte

Jünke, Christoph: Am Beispiel Leo Koflers – Marxismus und soziale Bewegung im 20. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht 2/230
Kopke, Christoph: Geschichte der NS-Konzentrationslager. Ein Tagungsbericht 4/529
Scholz, Michael F.: Willy Brandt – Perspektiven aus den Exiljahren. Ein Tagungsbericht 1/125
Stadtland, Helke: Machtbeziehungen im Betriebsalltag der DDR in den siebziger und achtziger Jahren. Ein Tagungsbericht 2/222

Forschungsstandanalysen und Literaturberichte

Eckhardt, Wolfgang: Michail Aleksandrovič Bakunin (1814–1876). Eine moderne Biographie? 1/117

Rütters, Peter: Eine Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, 1867 bis 1914 ..... 4/518

Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete

Bearbeitet von Franz Jean Frohn

		I. Projekt-verzeichnis	II. Nachträge	III. Bisher nicht gemeldete, unpublizierte Arbeiten, die verfügbar sind
Nr.	Heft	Seite	Seite	Seite
120 (00-001–00-007)	2	236	239	242
121 (00-008–00-026)	4	534	536	549

Neue Literatur
(KA = Kurzanzeige)

1848. Memory and Oblivion in Europe. Ed. by Charlotte Tacke, Bruxelles u. a. 2000 *(Gunther Hildebrandt)* (KA) 4/594

Die Anfänge der demokratischen Bewegung in Österreich von der Spätaufklärung bis zur Revolution 1848/49. Eine kommentierte Quellenauswahl. Hrsg. von Helmut Reinalter und Anton Pelinka, Frankfurt a. M. u. a. 1999 *(Gunther Hildebrandt)* 3/411

Anmerkungen zur Geschichte Berlin-Brandenburgs. Ein Kolloquium. Ingo Materna zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Beatrice Falk, Bärbel Holtz und Gaby Huch. Red.: Gaby Huch und Kurt Wernicke, Berlin 1999 *(Gerlinde Grahn)* 3/407

Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich. Hrsg. von Detlef Schmiechen-Ackermann, Berlin 1997 *(Karsten Rudolph)* ... 1/131

Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927. Hrsg. von Bernd Braun und Joachim Eichler, München 2000 *(Dieter K. Buse)* 4/555

Arbeiterpartei und Großstadtpolitik. Zum Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Uwe Lohalm, Hamburg 1996 *(Karsten Rudolph)* 1/131

Arbogast, Christine: Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920–1960 München 1998 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 1/134

Argersinger, Jo Ann E.: Making the Amalgamated. Gender, Ethnicity, and Class in the Baltimore Clothing Industry, 1899–1939, Baltimore und London 1999 *(Brigitte Kassel)* 4/582

Australian Labour History Reconsidered. Ed. by David Palmer, Ross Shanahan and Martin Shanahan, Adelaide 1999 *(Frank Paschen)* 1/149

Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland. Dokumentationsband der Konferenz „100 Jahre Frauen in der Wissenschaft" im Februar 1997 an der Universität Bremen. Hrsg. von Elisabeth Dickmann

und Eva Schöck-Quinteros unter Mitarbeit von Sigrid Dauks, Berlin 2000 *(Peter Steinbach)* 2/261

Bauer, Gretchen: Labor and Democracy in Namibia, 1971–1996, Athens/Ohio und London 1998 *(Ingrid Grienig)* 4/588

Becker, Ernst Wolfgang: Zeit der Revolution! Revolution der Zeit? Zeiterfahrungen in Deutschland in der Ära der Revolutionen 1789–1848/49, Göttingen 1999 *(Gunther Hildebrandt)* 1/129

Bensch, Hans-Georg, Frank Kuhne u. a.: Das automatische Subjekt bei Marx. Studien zum „Kapital", Lüneburg 1998 *(Jürgen Jungnickel)* 2/250

Benser, Günter: DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000 *(Stefan Wolle)* 3/431

Berringer, Christian: Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, 1928–1934, Berlin 1999 *(Karl Christian Führer)* 4/587

Between Reform and Revolution. German Socalism and Communism from 1840 to 1990. Ed. by David E. Barclay and Eric D. Weitz, New York und Oxford 1998 *(John Moses)* 2/257

Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Hrsg. von Hermann Weiss. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1998 *(Christoph Kopke)* 2/244

Brandmann, Paul: Leipzig zwischen Klassenkampf und Sozialreform. Kommunale Wohlfahrtspolitik zwischen 1890 und 1929, Köln, Weimar und Wien 1998 *(Hans-Dieter Schmid)* 3/423

Braun, Bernd: Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1999 *(Dieter K. Buse)* 4/555

Brinson, Charmian: The Strange Case of Dora Fabian and Mathilde Wurm. A Study of German Political Exiles in London During the 1930's, Bern 1997 *(Ursula Langkau-Alex)* 3/428

Brun-Zechowoj, Walerij: Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896–1954), Berlin 2000 *(Michael Uhl)* 3/406

Communism, National and International. Hrsg. von Tauno Saarela und Kimmo Rentola, Helsinki 1998 *(Ralf Zwengel)* (KA) 1/153

... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Hrsg. von Bernd Gehrke und Wolfgang Rüddenklau, Münster 1999 *(Gerd Dietrich)* 4/579

Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument. Hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1999 *(Andreas Herbst)* 4/574

Different Restorations. Reconstruction and "Wiederaufbau" in the United States and Germany: 1865, 1945 and 1989. Ed. by Norbert Finzsch and Jürgen Martschukat, Providence und Oxford 1996 *(Ursula Langkau-Alex)* 3/444

Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Christoph Kleßmann zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow und Bernd Stöver, Bonn 1998 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 1/139

Dörner, Bernward: „Heimtücke": Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933–1945, Paderborn u. a. 1998 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 2/267

Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Peter Hübner, Köln, Weimar und Wien 1999 *(Beate Ihme-Tuchel)* 4/577

Engelmann, Dieter, und Horst Naumann: Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten, Berlin 1999 *(Gerhard Engel)* 3/403

Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900–1939. Hrsg. von Clemens Zimmermann *(Thomas Biewer)* 4/586

Fedor I. Dan und Otto Bauer. Briefwechsel (1934–1938). Hrsg. von Hartmut Rüdiger Peter, Frankfurt a. M. und New York 1999 *(Henryk Skrzypczak)* 1/127

Fitzpatrick, Sheila: Everyday Stalinism. Ordinary life in extraordinary times: Soviet Russia in the 1930s, New York und Oxford 1999 *(Ralf Zwengel)* 1/150

Friedrich Ebert. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. Hrsg. und bearb. von Walter Mühlhausen, Heidelberg 1999 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 4/558

Fuller, Linda: Where Was the Working Class? Revolution in Eastern Germany, Urbana und Chicago 1999 *(Beate Ihme-Tuchel)* 3/437

Genossenschaften in Mittel- und Osteuropa. Selbsthilfe im Strukturwandel. Hrsg. von Andreas Eisen und Konrad Hagedorn, Berlin 1997 *(Brett Fairbairn)* 3/438

Gielkens, Jan: Karl Marx und seine niederländischen Verwandten. Eine kommentierte Quellenedition, Trier 1999 *(Heinrich Gemkow)* 4/553

Goldstein, Kurt: Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein: Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwald-Häftling. Reden und Schriften (1974–1999) mit einer autobiographischen Einführung. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Bonn 1999 *(Michael Uhl)* (KA) 3/447

Grab, Walter: Meine vier Leben. Gedächtniskünstler, Emigrant, Jakobinerforscher, Demokrat, Köln 1999 *(Joachim Höppner)* 2/253

Haasis, Hellmut G.: „Den Hitler jag' ich in die Luft". Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie. 2. Aufl., Berlin 1999 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 2/252

Hahn, Hans-Werner: Die Industrielle Revolution in Deutschland, München 1998 *(John Perkins)* 2/244

Hantsch, Simone: Das Alphatier. Aus dem Leben der Gertrud Duby-Blom, Berlin 1999 *(Gerlinde Grahn)* 4/563

Harich, Wolfgang: Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie. Hrsg. von Thomas Grimm, Berlin 1999 *(Beate Ihme-Tuchel)* 2/254

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Neuaufl., Bonn 1999 *(Fritz Petrick)* (KA) 2/293

Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Hrsg. von Thomas Lindenberger, Köln, Weimar und Wien 1999 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 3/433

Hobsbawm, Eric, u. a.: Das Manifest heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik, 2. Aufl., Hamburg 2000 *(Wolfgang Küttler)* 3/401

Hüchtker, Dietlind: „Elende Mütter" und „liederliche Weibspersonen". Geschlechterverhältnisse und Armenpolitik in Berlin (1770–1850), Münster 1999 *(Brigitte Kerchner)* 4/566

Hüser, Dietmar: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten, 1944–1950, Berlin 1996 *(Ursula Langkau-Alex)* 4/573

The International Transportworkers Federation 1914–1945. The Edo Fimmen Era. Hrsg. von Bob Reinalda, Amsterdam 1997 *(Peter Rütters)* 3/441

Jacobeit, Wolfgang, und Christoph Kopke: Die Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im KZ. Die Güter der „Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung" der SS von 1939 bis 1945, Berlin 1999 *(Rainer Obert)* 2/268

Junge, Marc: Bucharins Rehabilitierung. Historisches Gedächtnis in der Sowjetunion 1953–1991. Mit einem Dokumentenanhang, Berlin 1999 *(Ralf Zwengel)* 3/440

Kaiser, Gerhard: Rußlandfahrer. Aus dem Wald in die Welt. Facharbeiter aus dem Thüringer Wald in der UdSSR. 1930–1965, Tessin 2000 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* (KA) 3/446

Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten" zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage", Berlin 2000 *(Udo Baron)* 2/276

Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999 *(Christine Koch)* 2/274

Knoblich, Susanne: „Mit Frauenbewegung hat das nichts zu tun". Gewerkschafterinnen in Niedersachsen 1945 bis 1960, Bonn 1999 *(Heinz Niggemann)* 2/273

Koch-Baumgarten, Sigrid: Gewerkschaftsinternationalismus und die Herausforderung der Globalisierung. Das Beispiel der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF), Frankfurt a. M. und New York 1999 *(Hartmut Rübner)* 2/284

Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945. Begleitband zur ständigen Ausstellung. Hrsg. von der Gedenkstätte Buchenwald. Erstellt von Harry Stein, Göttingen 1999 *(Klaus Drobisch)* 2/248

Krämer, Gerd: „Bollwerk der Sozialisten des Nordens". Die Anfänge der Altonaer Arbeiterbewegung bis 1875, Hamburg 1997 *(Peter Kuckuk)* 1/135

Kraus, Stefan: NS-Unrechtstätten in Nordrhein-Westfalen. Ein Forschungsbeitrag zum System der Gewaltherrschaft 1933–1945. Lager und Deportationsstätten, Essen 1999 *(Klaus Drobisch)* 2/247

Kun, Miklós: Prague Spring – Prague Fall. Blank Spots of 1968, Budapest 1999 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 1/151

Kupfer, Torsten: Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich, Köln, Weimar und Wien 1998 *(Axel Kellmann)* 2/258

Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Hrsg. von Dittmar Dahlmann und Gerhard Hirschfeld, Essen 1999 *(Ralf Zwengel)* (KA) 1/154

Der Landkreis Harburg 1918–1949. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur. Hrsg. von Dirk Stegmann, Hamburg 1994 *(Karsten Rudolph)* 1/131

Lieberman, Ben: From Recovery to Catastrophe. Municipal Stabilization and Political Crisis in Weimar Germany, New York und Oxford 1998 *(John Perkins)* 2/266

Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart und München 2000 *(Dietmar Simon)* 3/426

Lourens, Piet, und Jan Lucassen: Arbeitswanderung und berufliche Spezialisierung. Die Lippischen Ziegler im 18. und 19. Jahrhundert, Osnabrück 1999 *(Peter Steinbach)* 3/408

Marquardt, Regine: Das JA zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949 bis 1961). Ausgewählte Biographien, Opladen 1999 *(Annette Kaminsky)* 1/143

Masetti, Jorge: El furor y el delirio. Itinerario de un hijo de la Revolución cubana. Edición a cargo de Elizabeth Burgos, Barcelona 1999 *(Reiner Tosstorff)* 4/591

Mehringer, Hartmut: Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997 *(Ursula Langkau-Alex)* 3/427

Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999 *(Michael F. Scholz)* 2/269

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv. XXVI (2000) Budapest 1999 *(Dagmar Goldbeck)* (KA) 2/291

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv. XXVII (2001), Budapest 2000 *(Dagmar Goldbeck)* (KA) 4/594

1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Hrsg. von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Köln, Weimar und Wien 1999 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 2/289

Nishikawa, Masao: Der Erste Weltkrieg und die Sozialisten, Bremen 1999 *(Ingo Materna)* 3/414

Nitsch, Meinolf: Private Wohltätigkeitsvereine im Kaiserreich. Die praktische Umsetzung der bürgerlichen Sozialreform in Berlin, Berlin und New York 1999 *(Brigitte Kerchner)* 4/566

Oertzen, Christine von: Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948 bis 1969, Göttingen 1999 *(Christiane Eifert)* 3/430

Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Hrsg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweissig, Opladen 1999 *(Gerd Dietrich)* 4/579

Papathanassiou, Maria: Zwischen Arbeit, Spiel und Schule. Die ökonomische Funktion der Kinder ärmerer Schichten in Österreich 1880–1939, Wien und München 1999 *(Sigrid Dauks)* 3/412

Paths to Inclusion. The Integration of Migrants in the Unites States and Germany. Ed. by Peter H. Schuck and Rainer Münz, New York und Oxford 1998 *(Ursula Langkau-Alex)* 3/443

Patka, Marcus G.: Egon Erwin Kirsch. Stationen im Leben eines streitbaren Autors, Wien, Köln und Weimar 1997 *(Ursula Langkau-Alex)* 3/404

Pauker, Marcel: Ein Lebenslauf. Jüdisches Schicksal in Rumänien 1896–1938. Mit einer Dokumentation zu Ana Pauker. Hrsg. von William Totok und Erhard Roy Wiehn, Konstanz 1999 *(Kurt Schilde)* 4/565

Plumpe, Werner: Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur chemischen Industrie, München 1999 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 3/418

Podewin, Norbert: Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner: Friedrich Ebert (1871–1925), Friedrich Ebert (1894–1979). Eine Doppelbiographie, Berlin 1999 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 4/558

Polasky, Janet: The Democratic Socialism of Emile Vandervelde. Between Reform and Revolution, Oxford und Washington, D.C., 1995 *(Ursula Langkau-Alex)* 3/402

Politische Strömungen und Gruppierungen am Rhein 1848/49. Vorträge, gehalten auf dem Symposium anläßlich des 150. Jahrestages der Revolution von 1848/49 im Rheinland am 9. November 1998 im Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, veranstaltet von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und vom Landschaftsverband Rheinland, Düsseldorf 1999 *(Gunther Hildebrandt)* 3/409

Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000 *(Gerd Dietrich)* 4/579

Le Rassemblement des Progressistes 1944–1976. Hrsg. von Marie-Thérèse Coenen und Serge Govaert, Paris und Brüssel 1999 *(Gerd-Rainer Horn)* 2/282

Reimann, Günter, und Herbert Wehner: Zwischen zwei Epochen. Briefe 1946. Hrsg. von Claus Baumgart und Manfred Neuhaus. Mit einem Vorwort von Hermann Weber, Leipzig 1998 *(Jochen Černý)* 1/128

Revolte und Revolution. Sozialer Protest und Fundamentalpolitisierung 1848/49 in Thüringen. Hrsg. von Werner Greiling, Rudolstadt und Jena 1998 *(Helmut Bleiber)* 2/263

Revolution, Reform, Parlamentarismus. Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Linke zwischen Revolutionarismus und Reformismus achtzig Jahre nach der Deutschen Revolution 1918/1919, der Konstituierung des deutschen Parteikommunismus und der Entstehung der ersten deutschen Republik. Hrsg. von Klaus Kinner. Red.: Klaus Kinner, Olaf Kirchner und Ursula Wohlfeld, Schkeuditz 1999 *(Dieter K. Buse)* 3/416

Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume, Handlungsebenen, Wirkungen. Hrsg. von Hans-Werner Hahn und Werner Greiling, Rudolstadt und Jena 1998 *(Helmut Bleiber)* 2/263

Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850. Gesammelt und hrsg. von Joseph Hansen. Bd. 3: 1849–1850. Unter Benutzung der Vorarbeiten von Joseph Hansen bearbeitet von Heinz Boberach, Düsseldorf 1998 *(Günter Bers)* (KA) 2/291

Rhein-von Niederhäusern, Ruth: Leute machen Kleider. Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Organisation in der stadtzürcherischen Bekleidungsindustrie 1880–1918, Zürich 1999 *(Brigitte Kassel)* 4/582

Richter, Götz: Soziale Bindungen zwischen System und Lebenswelt. Solidarische Integration im VEB in der DDR, Konstanz 1999 *(Ina Merkel)* 3/435

Ritchie, J. M.: German Exiles. British Perspectives. New York u. a. 1997 *(Ursula Langkau-Alex)* (KA) 3/446

Riten, Mythen und Symbole. Die Arbeiterbewegung zwischen „Zivilreligion" und Volkskultur. Hrsg. von Berthold Unfried und Christine Schindler im Auftrag der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. 33. Linzer Konferenz der ITH, 9. bis 13. September 1997 Leipzig 1999 *(Dagmar Goldbeck)* (KA) 2/292

Ritsert, Jürgen: Soziale Klassen, Münster 1998 *(Wolfgang Küttler)* 3/399

Rudloff, Wilfried: Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910–1933. 2 Bde., Göttingen 1998 *(Karl Heinrich Pohl)* 4/570

Schafranek, Hans: Kinderheim No. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil. Unter Mitarbeit von Natalja Mussijenko, Wien 1998 *(Peter Erler)* 4/572

Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren. 2., durchges. Aufl., Berlin 1999 *(Henning Pietzsch)* 2/277

Scheil, Stefan: Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912. Eine wahlgeschichtliche Untersuchung, Berlin 1999 *(Wolfgang Kaiser)* 1/130

Schroeder-Hildebrand, Dagmar: „Ich sterbe vor Hunger!". Kochrezepte aus dem Konzentrationslager Ravensbrück, Fulda 1999 *(Annette Kaminsky)* 2/256

Sommer, Karl-Ludwig: Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000 *(Christoph Moß)* 4/561

Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950. Hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Koordination) in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch. Bd. 1: Studien und Berichte. Hrsg. und eingel. von Alexander von Plato, Berlin 1998 *(Annette Kaminsky)* 1/141

Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950. Hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Koordination) in Verbindung mit

Volkhard Knigge und Günter Morsch. Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingel. und bearb. von Ralf Possekel, Berlin 1998 *(Annette Kaminsky)* 1/141

Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Hrsg. von Stefan Hornbostel, Opladen 1999 *(Beate Ihme-Tuchel)* 4/575

Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit". Hrsg. von Peter Reif-Spirek und Bodo Ritscher, Berlin 1999 *(Annette Kaminsky)* (KA)..... 4/593

Springer, Philipp: „Da konnt' ich mich dann so' n bißchen entfalten". Die „Volkssolidarität" in der SBZ/DDR 1945–1969, Frankfurt a. M. u. a. 1999 *(Annette Kaminsky)* 1/145

Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. Hrsg. von der Unabhängigen Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt", Schkeuditz 1999 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 1/147

Steding, Ralf, und Jost W. Kramer: Konturen der Genossenschaftsentwicklung in den europäischen Transformationsländern, Berlin 1998 *(Brett Fairbairn)* 3/438

Steger, Manfred B.: The Quest for Evolutionary Socialism. Eduard Bernstein and Social Democracy, Cambridge und New York 1997 *(Andrew G. Bonnell)* 2/251

Stein, Katrin: Parteiverbote in der Weimarer Republik, Berlin 1999 *(Otmar Jung)* 3/421

Sternhell, Zeev, Mario Sznajder und Maia Asheri: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999 *(Rudolf Speth)* 3/398

Stracke, Stephan: Mit rabenschwarzer Zuversicht. Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916–1936. Milieu und Widerstand, Bocholt und Bredevoort 1998 *(Sigrid Koch-Baumgarten)* (KA) 3/445

Sundermann, Sabine: Deutscher Nationalismus im englischen Exil. Zum sozialen und politischen Innenleben der deutschen Kolonie in London 1848 bis 1871, Paderborn 1997 *(Toni Offermann)* 2/264

Sünner, Rüdiger: Schwarze Sonne. Entfesselung und Mißbrauch der Mythen im Nationalsozialismus und rechter Esoterik. Freiburg, Basel und Wien 1999 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* (KA) 2/293

Timossi, Jorge: Los cuentos de Barbarroja. Comandante Manuel Piñeiro, Buenos Aires 1999 *(Reiner Tosstorff)* 4/591

Tormin, Walter: Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1995 *(Karsten Rudolph)* 1/131

Ulrich, Volker: Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg, Bremen 1999 *(Ingo Materna)* (KA) 3/445

Unterweserwerften in der Nachkriegszeit. Von der „Stunde Null" zum „Wirtschaftswunder". Hrsg. von Peter Kuckuk, Bremen 1998 *(Jörg Roesler)* 2/272

Unverhau, Dagmar: Das „NS-Archiv" des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, Münster 1998 *(Matthias Wagner)* 3/424

Viebig, Michael: Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942–1945), Magdeburg 1998 *(Klaus Drobisch)* 2/247

Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946 und die weitere Auseinandersetzung um die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Volksfront und Regierungsbeteiligung von Sozialisten – Geschichtliches und Aktuelles. Hrsg. von der Marx-Engels-Stiftung e. V., Bonn 1997 *(Otmar Jung)* 2/271

Wagner, Andreas: Arbeit und Arbeiterexistenz im Wandel. Zur Geschichte der Belegschaft der Rostocker Brauerei Mahn & Ohlerich 1878–1955, Bremen 1997 *(Jörg Roesler)* 2/260

Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999 *(Wolfgang Wippermann)* 1/138

Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996 *(Karsten Rudolph)* 1/131

Weiser, Thomas: Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre 1918–1938, München 1998 *(Christof Schaffrannek)* 2/281

Wernicke, Kurt: Vormärz, März, Nachmärz. Studien zur Berliner Politik- und Sozialgeschichte 1843–1853, Berlin 1999 *(Helmut Bleiber)* 2/262

Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999 *(Stefan Berger)* 2/286

Wissenschaftliche Mitteilungen, Ergänzungen und Briefe an die Redaktion

"Alva Myrdal's Questions to Our Time: An International Conference", Uppsala, Sweden, 7–8 March 2002 (Call for Papers) 3/449

"Fourth European Social Science History Conference (ESSHC)", The Hague, the Netherlands, 27 February until 2 March 2002 (Call for Papers) 3/449

Free Love and the Labour Movement Workshop at the International Institute of Social History, Amsterdam, 6 October 2000 *(Jaap Kloosterman)* 2/294

"The International Labour Movement on the Thresholds of Two Centuries", Stockholm, 24–25 October 2002 (Call for Papers) 3/448

"István Bibó and the 1956 Hungarian Revolution", Trento, 19–20 October 2001 (Call for Papers) 3/448

Kennedy Grimsted's "Archives in Russia" has been updated *(Jaap Kloosterman)* 2/294

Projektfragebogen

1/155, 2/295, 3/451, 4/595

Register der Autorinnen und Autoren

Adam, Thomas 2/200

Baron, Udo 2/276

Berger, Stefan 2/286

Bers, Günter 2/291

Biewer, Thomas 4/586

Bleiber, Helmut 2/262, 2/263

Bonnell, Andrew G. 2/251

Buse, Dieter K. 3/416, 4/555

Černý, Jochen 1/128

Dauks, Sigrid 3/412

Dietrich, Gerd 4/579

Drobisch, Klaus 2/247, 2/248

Eckhardt, Wolfgang 1/117

Eifert, Christiane 3/430

Engel, Gerhard 3/403

Erler, Peter 4/572

Fairbairn, Brett 3/438

Frohn, Franz Jean 2/235, 4/533

Führer, Karl Christian 4/587

Gemkow, Heinrich 4/553

Goldbeck, Dagmar 2/291, 2/292, 4/594

Götz von Olenhusen, Albrecht 1/134, 2/252, 2/267, 2/293, 3/418, 4/558

Graf, Andreas 1/29

Grahn, Gerlinde
3/407, 4/563
Grienig, Ingrid
4/588
Hedeler, Wladislaw
3/350
Herbst, Andreas
4/574
Hildebrandt, Gunther
1/129, 3/409, 3/411, 4/594
Höppner, Joachim
2/253
Horn, Gerd-Rainer
2/282
Ihme-Tuchel, Beate
2/254, 3/437, 4/575, 4/577
Jaunich, Stefan
2/200
Jung, Otmar
2/271, 3/421
Jungnickel, Jürgen
2/250
Jünke, Christoph
2/230
Kaiser, Wolfgang
1/130
Kaminsky, Annette
1/141, 1/143, 1/145, 2/256, 4/593
Kassel, Brigitte
4/582
Kellmann, Axel
2/258
Kerchner, Brigitte
4/566
Kersten, Oliver
4/499
Kloosterman, Jaap
2/294
Koch, Christine
2/274
Koch-Baumgarten, Sigrid
1/12, 3/445
Kopke, Christoph
2/244, 4/529
Kowalczuk, Ilko-Sascha
1/139, 1/147, 1/151, 2/289, 3/433, 3/446
Krämer, Reinhard
2/210
Kuckuk, Peter
1/135
Kurzer, Ulrich
2/157
Küttler, Wolfgang
3/399, 3/401
Langkau-Alex, Ursula
3/402, 3/404, 3/427, 3/428, 3/443, 3/444, 3/446, 4/573
Luban, Ottokar
3/377
Materna, Ingo
3/414, 3/445
Merkel, Ina
3/435
Moses, John
2/257
Moß, Christoph
4/561
Müller, Reinhard
1/34
Niggemann, Heinz
2/273
Obert, Rainer
2/268
Offermann, Toni
2/264
Paschen, Frank
1/149
Perkins, John
2/244, 2/266
Petrick, Fritz
2/293
Pietzsch, Henning
2/277
Pohl, Karl Heinrich
4/570
Reichel, Thomas
1/62, 4/453
Roesler, Jörg
2/260, 2/272
Rübner, Hartmut
2/284
Rudolph, Karsten
1/131
Rütters, Peter
2/175, 3/441, 4/518
Schaffrannek, Christof
2/281
Schafranek, Hans
3/300
Schilde, Kurt
4/565
Schmid, Hans-Dieter
3/423
Scholz, Michael F.
1/125, 2/269
Seidel-Höppner, Waltraud
3/297
Simon, Dietmar
3/426
Skrzypczak, Henryk
1/127
Speth, Rudolf
3/398
Stadtland, Helke
2/222
Steinbach, Peter
1/1, 2/261, 3/408
Tosstorff, Reiner
4/591
Uhl, Michael
3/406, 3/447
Ulrich, Jürg
3/366
Wagner, Matthias
1/100, 3/424
Watlin, Alexander
3/350
Wippermann, Wolfgang
1/138
Wolle, Stefan
3/431
Zwengel, Ralf
1/150, 1/153, 1/154, 3/440

Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Germinal Verlag Heft 16 876 S. DM 44,– ISBN 3-88663-416-7

Walter Fähnders, *„... daß Produktion Glück ist."* Franz Jung und das Arbeitsproblem
Franz Jung, Fürchtet euch nicht ...
Walter Fähnders/Andreas Hansen, *„Magie des Wiederauftauchens und Verschwindens von Leuten."* Kommentar zum Erstdruck vonFranz Jungs „Fürchtet euch nicht ..."
Ulrich Eumann, *„Kameraden vom roten Tuch."* Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder
Hartmut Rübner, Arbeit, Milieu und Konfliktverhalten: Syndikalismus in der Schiffahrt bis in die 1930er Jahre
Lucien van der Walt, Revolutionärer Syndikalismus, Rasse und Klasse in Südafrika: Die „International Socialist League" und die „Industrial Workers of Africa" 1915 bis 1920
Paul Henderson, Anarchismus und Syndikalismus in Südamerika 1880–1930
Luciano Della Mea, *„Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie"*
Maria Turchetto, Überlegungen zum Begriff der „Produktionsverhältnisse" bei Panzieri
Fedele Ruggeri, Über die Mittel und Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Analyse der Arbeitsorganisation
Sergio Garavani, Die Problematik der Maschinerie und der kapitalistischen Organisation der Arbeit bei Panzieri
Gianfranco Pala, Panzieri, Marx und die Kritik der politischen Ökonomie
Claude Lefort, Der ungarische Aufstand
Andrea Gabler, Die Despotie der Fabrik und der Vor-Schein der Freiheit. Von „Socialisme ou Barbarie" gesammelte Zeugnisse aus dem fordistischen Arbeitsalltag
Von der Spaltung von „Socialisme ou Barbarie" zum Bruch mit ICO. Eine Kritik des Avantgardismus. Gespräch mit Henri Simon
Gespräch mit Daniel Mothé
Daniel Blanchard, Die Idee der Revolution und Castoriadis
Cornelius Castoriadis, Die „Rationalität" des Kapitalismus
Jacques Wajnsztejn, Die Krise der Arbeit erfordert eine Revolution in der Theorie
Homme Wedman, Christian Cornelissen (1864–1943)
Jeff Stein, Freiheit und Industrie: Der Syndikalismus von Christian Cornelissen
Raimund Dehmlow/Rolf Mader, Ein Brief kommt nicht an: Otto Gross und die Münchener Räterepublik
Charles Jacquier, Ein Brief von Jean-Paul Samson an Romain Rolland über Zensl Mühsam
Ettore Cinnella, Franco Venturi und die russischen Volkstümler
Albrecht Götz von Olenhusen, Rezeption und Repression. Bericht über das Freiburger Raubdruck-Archiv 1968–1999
„Um die Geschichte kämpfen." Manifest
Rezensionen und Hinweise

Abonnements (20 % billiger) und Bestellungen über die Redaktion (die Hefte 1–15 sind einzeln oder zum Gesamtpreis von DM 180,– plus Porto über die Redaktion erhältlich): Wolfgang Braunschädel, Hustadtring 33, 44801 Bochum

Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, D-14195 Berlin